

# AUFTRAG



HEFT 263 – SEPTEMBER 2006

46. JAHRGANG

- EU-Mission  
im Kongo
- Milieu-Studie
- »Gewissen und  
Gehorsam« –  
46. Woche der  
Begegnung
- Menschenrecht  
Religionsfreiheit  
Bioethik



# INHALT

## EDITORIAL ..... 3

### SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- ZUR DEUTSCHEN BETEILIGUNG AN DER KONGO-MISSION DER EU ..... 4
- Der Kongoeinsatz der Europäischen Union – ein tragbares Risiko? von *Ludwig Jacob und H.G. Justenhoven* ..... 4
- Stimmen zum Kongo-Einsatz der Bundeswehr (KNA) ..... 9
- UN: Kinder in Konflikten besser schützen ..... 10
- Interview: „Ein Stück Gelassenheit“ von *KNA-Mitarbn. B. Buchner u. C. Scholz* ..... 11
- Segen der missio-Präsidenten für die deutschen Soldaten in der Republik Kongo (PS/KMBA) .... 12
- „Private Militärfirmen zerstören die Demokratie“ (KNA) ..... 13
- Sexuelle Gewalt in Krisengebieten nimmt zu (KNA) ..... 13
- Weltfriedenstag 2007: „Die menschliche Person, Herzmitte des Friedens“ (ZENIT.org) ..... 14
- „Wer regiert die Welt – Die Zukunft der Großmächte im 21. Jh.“ Studie zur Sicherheitspolitik (Bertelsmann-Stiftung) ..... 15
- Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie (Bertelsmann-Stiftung) ..... 16
- Wo bleibt das christliche Profil? – Meinung zum Entwurf des »Weißbuch 2006« von *Klaus Liebetanz* ..... 17
- „Gegenseitiges Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit und Bundeswehr ist gewachsen“ – Interview mit der Parl. Staatssekretärin Karin Kortmann (SPD) von *Klaus Liebetanz* ..... 20

### DAS BILD DES SOLDATEN

- Briefwechsel zur Erklärung der deutschen Bischöfe „Soldaten als Diener des Friedens“ ..... 23
- Leitfigur im Umfeld des 2. Traditionsstranges der Bundeswehr: Randolph von Breidbach-Bürresheim von *Andreas M. Rauch* ..... 26

### MANN IN KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Und sie glauben doch! Männer und ihre Religion“ von *Erzbischof Ludwig Schick* ..... 28
- Who is who: Die Hirten des deutschsprachigen Raums: Interview mit Prof. Dr. Ludwig Schick, Erzbischof von Bamberg (ZENIT.org) ..... 29

### RELIGION UND GESELLSCHAFT

- Die Religionsfreiheit in 143 Ländern der Welt (ZENIT.org) ..... 31
- Irak: UNHCR-Studie – Christen in großer Bedrängnis (ZENIT.org) ..... 32

- Widerlegt die Renaissance des Religiösen die Säkularisierungsthese? (KNA) ..... 34
- Pfarrgemeinden im Urteil der Katholiken: Erstaunliche Zustimmung – „Nicht nur Niedergang“ (KNA) ..... 34
- Von Wohnzimmern und Sinn im Leben – Religiöse und kirchliche Orientierungen im Spiegel der Sinus-Milieus von *Martin Hochholzer* ..... 36
- Joseph Ratzinger über die Demokratie in der Kirche (ZENIT.org) ..... 40

### GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Universalen Menschenrechten droht Relativierung (Institut für Islamfragen – IfI) ..... 43
- UN-Menschenrechtsrat (KNA/ZENIT) ..... 43
- Zur bioethischen Diskussion in Deutschland: Verantwortung für vernunftbegabte Wesen von *Stefan Rehder* ..... 44
- Embryonenforschung: Von der Rangordnung der Werte von *Rolf Schumacher* ..... 45
- Juden im heutigen Iran: Elf Synagogen in Teheran von *Thomas Klatt* ..... 47
- Russland: Glauben die Russen an Gott? von *Paul Roth* ..... 48
- Wiederentdeckung der Militärseelsorge (KNA) .. 50
- Die Prostitution in der russischen Armee ist beängstigend von *Joachim G. Görlich* ..... 50
- Nachbar Polen: Neue polnische Familie von *Joachim G. Görlich* ..... 51
- Zukunftsforscher: Wohlstand wird neu definiert (KNA) ..... 51
- Herausforderung Bildungspolitik von *Joh. Michael Schnarrer* ..... 52
- Neues Konzept von Familie (KNA) ..... 59

### BLICK IN DIE GESCHICHTE

- 50 Jahre Bundeswehr: Der fünfte Bundespräsident und die Bundeswehr von *Dieter Kilian* ..... 60
- Vor 450 Jahren starb der Ordensgründer Ignatius von Loyola: „Gott in allem finden“ von *KNA-Mitarbeiter Josef Meiners* ..... 67
- Vor 200 Jahren endete das Heilige Römische Reich: „Deutschland ist kein Staat mehr“ von *KNA-Redakteur Alexander Brüggemann* .... 68

### KIRCHE UNTER SOLDATEN

46. WOCHE DER BEGEGNUNG ..... 69
- „Soldaten als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“ – Programm ..... 70
- „Soldaten als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam“ – Einführung von *ZV-Vorsitzendem Richard Schmitt* ..... 72

Gewissen und Gehorsam – Hinführung auf das Leitwort der Woche (PS/Wikipedia.de) .....	73
Befehl und Gehorsam (treff.bundeswehr.de) .....	75
Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken – Gedanken zur Bundeskonferenz .....	77

#### AUS GKS UND STANDORTEN

Aus dem Leben der GKS – Bericht des Bundes- geschäftsführers .....	78
Abschied in Bamberg .....	79
Camino 2006 von Ludwig Strauß .....	81
MOKIMO: Neue Wortschöpfung bei der Bundeswehr .....	82
GKS-Kreise Bad Neuenahr-Ahrweiler und Köln-Wahn: .....	83
GKS-Kreis Köln-Wahn .....	83

GKS-Kreis Köln: .....	84
GKS-Kreis Veitshöchheim: .....	84
GKS-Kreis Dornstadt: .....	85
Standorte Ulm und Dornstadt .....	86
GKS-Kreis München .....	86
Nachlese zum Katholikentag in Saarbrücken .....	90

**STICHWORT** ..... 33, 67

**GEFUNDEN / KURZ BERICHTET** ..... 22, 46

**TERMINE** ..... 80

**PERSONALIA** ..... 87

**BUCHBESPRECHUNGEN** ..... 88

**AUTOREN** ..... 90

## editorial

### Liebe Leserschaft!

**E**inen wichtigen Raum in diesem AUFTRAG Nr. 263 besetzen wieder Beiträge zur Rubrik „Sicherheit und Friedensethik“. Diesmal geht es vor allem um den Friedenssicherungseinsatz deutscher Streitkräfte in der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen der EU-Mission, ihre Rolle bei Friedenskonsolidierung und der Entwicklungszusammenarbeit. Zum Letzteren finden Sie im Interview mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann, abgewogene und grundsätzliche Aussagen (s.S. 20 ff.). Der zum Redaktionsschluss noch nicht beschlossene deutsche Marineeinsatz zum Schutz der Seegrenzen des Libanons konnte in diesem AUFTRAG noch keine Berücksichtigung finden.

**V**ermutlich haben viele der Leser schon von so genannten Sinus-Milieu-Studien gehört. Als „Sinus-Milieus“ werden Basis-Zielgruppen für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Die Deutsche Bischofskonferenz hat diese Sinus-Milieus nach ihrer Religiosität und Kirchenrelevanz untersuchen lassen. Wenn das Ergebnis der Untersuchung auch nicht unbedingt überrascht, so stehen die Bischöfe der Studie von 2005 doch sehr skeptisch und distanziert – vielleicht auch ratlos – gegenüber, vor allem was die Folgerungen daraus anbelangt. Der Beitrag „Vom Wohnzimmer und Sinn im Leben – Religiöse und kirchliche Orientierungen ...“ (s.S. 34 ff.) von Martin Hochholzer, Referent der Fuldaer Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen, gibt einen Einblick in die Studie. Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Bamberg, hat zu den Studienergebnissen bei der Haupttagung der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) ganz kurz, aber unmissverständ-

lich Stellung genommen („Und sie glauben doch! Männer und ihre Religion“, s.S. 29, Nr. 7.)

**S**chließlich will die Redaktion ihre Leser über die Diesjährige Konferenz des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge – der 46. Woche der Begegnung – informieren, die vom 18.-23. September in Ludwigshafen stattfindet (s.S. 69-77).

**E**in Wort in eigener Sache: Die Redaktion der GKS-Zeitschrift AUFTRAG hat eine neue Adresse. Meinen Umzug im Juni nach Lüneburg hat auch das in meinem Arbeitszimmer untergebrachte Redaktionsbüro mitgemacht. Zuschriften an die Redaktion richten Sie bitte – soweit Sie nicht den elektronischen Weg per E-Mail bevorzugen – an die im Impressum auf der 4. Umschlagseite angegebenen Postfachadresse.

Mit diesem Umzug an unseren Wunschwohntort haben meine Frau und ich nun eine Voraussetzung für den Einstieg in die dritte Lebensphase geschaffen. Eine weitere Voraussetzung, um den Ruhestand genießen und uns stärker der „Enkelpflege“ widmen zu können, ist die Übergabe der Aufgaben des Chefredakteurs an einen Nachfolger, wie ich sie seit einigen Jahren anstrebe. Der bis zur Zentralen Versammlung noch Vorsitzende der ZV, Oberst Richard Schmitt, ist bereit, nach seiner Zurruesetzung zum Ende des Jahres diese Aufgabe zu übernehmen. Die formelle Übergabe der Geschäfte und Verantwortung für den AUFTRAG ist zur Bundeskonferenz 2007 vorgesehen.

Mit den besten Grüßen





<< Der sog. „EUFOR RD Congo Teaser“  
(Fotos: PIZ EinsFüKdoBw)

## Zur deutschen Beteiligung an der Kongo-Mission der EU

**D**ie Bundeswehr hatte am 10. Juli 2006 begonnen, ihr Hauptkontingent in die Demokratische Republik Kongo zu verlegen. Die deutsche Präsenz des europäischen Einsatzkontingent EUFOR RD Congo beträgt circa 430 Soldaten in Kinshasa, sowie 305 Soldaten als Reserve in Gabun. Insgesamt umfasst EUFOR RD Congo 2.400 Soldaten, von denen etwa 1.250 in Kinshasa und etwa 1.150 in Gabun stationiert sind.

Am 1. Juni 2006 hatte der Bundestag mit großer Mehrheit dem Bundeswehr-Einsatz im Kongo zugestimmt. 440 Abgeordnete stimmten für den Einsatz, 135 dagegen. Dem Bundestagsmandat war der Beschluss des Bundeskabinetts vom 17. Mai 2006 vorausgegangen, für einen Zeitraum von vier Monaten 500 Einsatzkräfte und 280 Unterstützungskräfte für Logistik und Sanität in der Kongo-Operation einzusetzen.

Die Bundesregierung steht dem Ausgang der Wahlen absolut neutral gegenüber. Die Anwesenheit europäischer Truppen hat entscheidend dazu beigetragen, dass der erste Wahltag weitgehend ruhig und friedlich verlaufen ist. Die Bundesregierung hat sich bereits unter anderem bei der Vorbereitung und Finanzierung dieser größten und teuersten jemals mit Hilfe der UN organisierten Wahlen engagiert (Gesamtkosten: 428 Millionen US\$).

Noch vor dem Beginn der EU-Mission hatte der GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ den Einsatz kritisch diskutiert. Die dazu erstellte Vorlage von Oberst a.D. Ludwig Jakob (freier Mitarbeiter des Instituts für Theologie und Frieden) und Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven (Leiter des Instituts für Theologie und Frieden, Hamburg) wird nachstehend zur Kenntnis gebracht. Wegen der informativen und grundsätzlichen Aussagen dieser Situationsanalyse kann nach Meinung der Redaktion AUFTRAG auf eine Aktualisierung verzichtet werden. – Dem Beitrag folgen (kritische) Stimmen zum Kongo-Einsatz der Bundeswehr.

## Der Kongoeinsatz der Europäischen Union — ein tragbares Risiko?

VON LUDWIG JACOB UND H.G. JUSTENHOVEN

### Der geplante militärische EU-Einsatz im Kongo

Am 23. März 2006 bewilligte der Rat der EU das Konzept für einen militärischen Einsatz der EU, der die Mission der Vereinten Nationen im Kongo (MONUC) während der Wahlen unterstützen soll. Der Rat der EU reagierte dabei auf eine Bitte der UNO (vom 27.12.2005). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am 25. April 2006 mit der Resolution 1671 die Militäroperation beschlossen. Der Einsatz unter dem Namen EUFOR RD Congo wird nachfolgend beschriebene Aufgaben erfüllen.

Die Entscheidung erfolgte in Absprache mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo sowie mit Ländern der Region und mit der Afrikanischen Union. Damit ist eine

wichtige Frage eines jeden militärischen Einsatzes für den EU-Einsatz im Kongo positiv beantwortet: Der Einsatz zur Absicherung der Wahlen ist völkerrechtlich durch das UN-Mandat legitimiert, es liegt die Bitte der zuständigen Regierung im Kongo vor und der Beschluss des deutschen Parlamentes ist zu erwarten. Die Bundesregierung will am 17. Mai über das Bundeswehr-Mandat für den geplanten Einsatz im Kongo innerhalb einer EU-Friedenstruppe entscheiden und am 1. Juni soll das Parlament darüber abstimmen.

Der Auftrag der EU-Eingreifkräfte ist darauf ausgerichtet, eine schnell einsatzbereite Unterstützung der UNO Truppe MONUC zu gewährleisten, die Zivilbevölkerung vor Gewaltakten zu schützen sowie die

Sicherung des Flughafens zu übernehmen und sich auf die Evakuierung gefährdeter Personen vorzubereiten.

Das Einsatzkonzept sieht vor:

- den Einsatz einer in Kinshasa stationierten deutschen Truppe von ungefähr 780 Mann;
- die Bereitstellung einer in Abrufbereitschaft stehenden Truppe in der Stärke eines Bataillons, die außerhalb des Landes in Gabun, Frankreichs engstem Verbündeten in Afrika, stationiert, aber, wenn notwendig, schnell einsatzbereit ist;
- nach Entscheidung des Europäischen Rates erfolgt die Planung und Einsatzführung der militärischen EU-Operation durch das Einsatzführungskommando in Potsdam unter Generalleutnant Karl-Heinz Viereck, die operative Führung in Kinshasa obliegt einem französischen Kommando unter Generalmajor Christian



Damay, der bislang Frankreichs Elfte Luftlandebrigade kommandierte.

- Der Einsatz wird europäisch und multinational sein: Deutschland und Frankreich sollten ursprünglich jeweils 500 Soldaten stellen. Die restlichen Kontingente kommen aus Spanien, Italien, Griechenland, Polen, Belgien, Schweden und Portugal. Die Dauer der Operation soll vier Monate betragen.
- Der geplante Einsatz wird eine autonome EU-Operation sein, d.h. unabhängig von NATO-Strukturen. Das Politische- und Sicherheitskomitee (PSK) der EU mit Javier Solana an der Spitze wird die politische und strategische Führung dieses Einsatzes übernehmen.
- Von den vorgesehenen 1.500 EU-Soldaten (einer sog. „Battle-Group“) werden nur ca. 450 in der 8 Millionen Stadt Kinshasa sowie in deren Umgebung unter französischem Kommando stationiert werden. Der Rest (als sog. „Over the horizon“-Force) wird außerhalb der DR Kongo in Gabun für einen eventuellen Einsatz bereitgehalten. Auf deutscher Seite wird vermutlich das Fallschirmjäger-Btl 263 eingesetzt werden. Erwägt wird ferner die Stationierung eines Versorgungsschiffes in der Kongomündung (das bedeutet 280 Soldaten mehr).
- Noch nicht völlig geklärt sind der genaue Auftrag der Truppe, ihr Verhalten im Krisenfall, ihre Zusammenarbeit mit der UN-Mission, ihre Rolle bei möglichen Evakuierungen sowie die Kriterien für den Einflug der in Reserve stehenden Soldaten und weitere wichtige Details des Einsatzes. Vor allem ist noch nicht klar, ob und inwieweit sich deutsche Truppen in und um Kinshasa an riskanteren Operationen – wie der Eindämmung von Unruhen oder Einsätzen gegen Milizen – beteiligen werden. Damit ist das Risikoprofil dieses Einsatzes noch nicht hinreichend zu erkennen.

### Hintergrund des Konfliktes im Kongo

DR Kongo (ehem. Zaire) wird als ein Paradebeispiel für die Probleme der post-kolonialen Staatenwelt Afrikas angesehen. Aufgrund seiner Größe, Lage und des Ressourcenreichtums ist Kongo mit seinen 50 Mio. Einwohnern ein Schlüsselland in der Mitte Afrikas, dessen (In-)Stabilität

auf die angrenzenden Regionen ausstrahlt:

Das Land wurde 1960 von Belgien in die Unabhängigkeit entlassen. Als „Staat“ wurde Kongo 1885 auf der Berliner Konferenz geschaffen, die Grenzen dort festgelegt. In der Folge wurde der „Unabhängige Kongostaat“ Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. 1908 übernahm der belgische Staat die Herrschaft über den Kongo. Das Bildungssystem blieb rudimentär (bis 4. Klasse), alle politischen Entscheidungen wurden bis in die 1950er Jahre in Brüssel gefällt. Die Herausbildung einer einheimischen Elite konnte unter diesen Bedingungen nicht erfolgen.

Etwa 300 Völker bzw. Volksgruppen mit ebenso vielen Sprachen leben in einem Land von der Größe Westeuropas. Ein „nationaler“ Zusammenhalt war nicht gegeben, da die Landesgrenzen künstlich von den Kolonialherren festgelegt waren.

So mündete die Unabhängigkeit 1960 in einen Bürgerkrieg. Beendet wurde er erst durch die (dann 32-jährige) Diktatur Mobutus, der lange im Westen Ansehen hatte, obwohl der Mobutu-Clan das Land „bis auf die Knochen“ ausraubte. In der Mobutu-Ära war das damalige Zaire, obwohl gar nicht ehemalige Kolonie Frank-

reichs, ein Teil der französischen Einflussphäre in Afrika geworden. Zaire bekannte sich unter Mobutu im Kalten Krieg zum Westen. Er machte das Land zum „Bollwerk“ gegen die sozialistisch-kommunistisch orientierten Nachbarländer. Die USA förderten das Mobutu-Regime jährlich mit mehreren hundert Millionen Dollar.

Gegenüber den Menschenrechtsverletzungen (unter anderem die Ermordung und Unterdrückung politischer Gegner) des Regimes schwieg der Westen. 1997 erfolgte der Sturz Mobutus durch Militär und Stammesmilizen; an dem dann folgenden Bürgerkrieg waren 7 der 9 Nachbarstaaten des Kongo mit beteiligt. Nach der Ermordung von Staatschef Laurent Kabila 2001 kam sein Sohn Joseph Kabila durch ugandische und ruandische Unterstützung an die Macht.

Obwohl der Kongo aufgrund seiner natürlichen Ressourcen ein reiches Land sein könnte, ist die ökonomische Situation dramatisch:

Traditionell lebte die Landbevölkerung von der Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgung). Die enormen Ressourcen des Kongo (Gold, Silber,



Diamanten, Coltan, Kobalt, Edelhölzer) werden von den Warlords und ihren Milizen ausgebeutet und durch ruandische und ugandische Mittelsmänner exportiert. Die kongolesischen Rebellengruppen sind nur wenig an einer Beendigung des Konflikts interessiert. Eine Vereinbarung zwischen Uganda, Ruanda und DR Kongo, künftig enger zu kooperieren, stieß bei ihnen auf wenig Anklang. Besonders die aus ruandischen Regimegegnern und kongolesischen Hutu bestehende Miliz FDLR (Forces Démocratique de Libération du Rwanda) ist bestrebt, die Umsetzung verschiedener Friedensabkommen und die Entwaffnung und Demobilisierung durch die UN zu verhindern, da sie bei einer Befriedung der Region an Einfluss und zugleich wichtige Einnahmequellen verlore. Die andauernden Kämpfe liegen durchaus im Interesse der Warlords: Sie verhindern den Aufbau eines funktionierenden Gewaltmonopols. Es sind jedoch nicht nur die Warlords und afrikanische Nachbarstaaten (Ruanda, Burundi, Uganda), die den Kongo ausplündern, dazu zählen auch Multis aus den USA und Westeuropa. Neuerlich drängt auch China mit Macht in die Region, getrieben von der Notwendigkeit, die wachsende Wirtschaft mit Öl und Rohstoffen zu versorgen.

Der jahrelange, interne Krieg war einer der schlimmsten Konflikte seit dem II. Weltkrieg mit bislang über 3 Millionen Opfern („afrikanischer Weltkrieg“). Noch immer sterben täglich 1.200 Menschen an den Folgen von Seuchen, Hunger oder Gewalt, das sind ca. 440.000 im Jahr (in Ost-Kongo sind 34% der Opfer Kinder unter 5 Jahren). Waffenschmuggel vor allem über die Grenzen von Uganda und Ruanda verseucht das Land mit Kleinwaffen.

### Aufgaben der EU-Mission

Die Unterstützung einer friedlichen Entwicklung in der Region der Großen Seen ist das entscheidende Motiv für das europäische Engagement in Zentralafrika. Ein Beitrag zur politischen Stabilisierung würde die bereits geleistete umfangreiche europäische und deutsche Hilfe zur Entwicklung dieses wichtigen afrikanischen Landes ergänzen.

Laut Resolution 1671 hat EUFOR RD Congo folgende Aufgaben:

- Unterstützung der MONUC, falls bedeutsame Schwierigkeiten bei der Ausführung ihres Mandates auftreten,
- Schutz von Personen vor gewalttätigen Aktionen, unbeschadet der Verantwortung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo,
- Beitrag zur Flughafensicherung in Kinshasa,
- Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals und Schutz der Einrichtungen der EUFOR RD Congo,
- Evakuierungsmaßnahmen in Gefahrensituationen.

Organisatorisches Zentrum des Wahlprozesses ist die Hauptstadt Kinshasa, wo die MONUC-Mission nur in geringerem Maße militärisch präsent ist. Die Soldaten der EU sind zur Begleitung der Wahlen in der Hauptstadt Kinshasa, sowie in Kongos Nachbarland Gabun, stationiert. Sie unterstützen die rund 17.000 UN-Soldaten und Polizisten der MONUC, die vor allem in den östlichen Provinzen des Landes eingesetzt sind.

Ziel des europäischen Einsatzes ist es, die Akzeptanz der Wahl und des Wahlergebnisses durchzusetzen und zu demonstrieren, dass eine Störung des Wahlprozesses von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert würde. Der Oberste Verteidigungsrat der Demokratischen Republik Kongo hat der Mission zugestimmt.

Dabei ist EUFOR RD Congo völlig neutral und unterstützt keinen der Kandidaten. Aufgabe von EUFOR RD Congo ist es, freie und faire Wahlen zu sichern, die den gewählten Vertretern eine echte demokratische Legitimation verleihen.

Quelle: [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Kongo-Einsatz.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Afrika/Kongo-Einsatz.html)

Die Hauptstadt Kinshasa ist in 40 Jahren von 400.000 auf fast 8 Millionen Einwohner gewachsen, ohne dass die Infrastruktur Schritt halten konnte. Viele Menschen leben in Elendsquartieren, und 50% der Bevölkerung haben nur eine Mahlzeit am Tag, 25% nur jeden zweiten Tag; die hygienischen Verhältnisse sowie der Zugang zu Frischwasser sind extrem problematisch.

Als westliche Mächte stehen sich USA und Frankreich mit konträren Interessen im Kongo gegenüber. Seit Jahren läuft ein verdeckter Kampf zwischen Frankreich und den USA um Einfluss in Zentralafrika. Die Annahme ist daher durchaus naheliegend, dass Paris sich mit der Unterstützung Joseph Kabilas einen neuen Klienten schaffen will. Viermal hat Kabila inzwischen offiziell Chirac in Paris besucht. Frankreich ist der drittgrößte Abnehmer kongolesischer Exporte, hinter Südafrika und Belgien.

In der UNO entwirft Frankreich traditionell alle UN-Resolutionen zum Kongokrieg. Der Vorschlag für die Entsendung einer EU-Truppe wurde in der „toten Zeit“ zwischen Weihnachten und Silvester 2005 vom französischen UN-Vizegeneralsekretär Jean-Marie Guéhenno offiziell vorgelegt und bei der EU von denselben französischen Planern weiterverfolgt, die bereits 2003 die französisch geführte EU-Truppe „Artemis“ im Nordosten des Kongo konzipiert hatten.

Frankreich hat ein erhebliches Interesse daran, die eigene Afrika-Politik unter der EU-Flagge laufen zu lassen: das ist billiger, und der EU-Stempel verschafft eine weitaus höhere Legitimität. Deutschland aber kann seinerseits kein Interesse daran haben, die französische Afrika-Politik bedingungslos zu unterstützen. Dass die anderen EU-Staaten

so sehr zögern, Truppen zu stellen – Briten, Dänen, Niederländer –, könnte auch sehr wohl damit zusammenhängen, dass sie den Einsatz als ein französisches Unternehmen bewerten.

### Das politische Engagement der EU im Kongo-Friedensprozess

Uganda, Ruanda und Simbabwe sind mittlerweile zumindest offiziell aus dem Land abgezogen. Alle wesentlichen militärischen und politischen Kräfte haben sich auf die Umsetzung des unter Vermittlung Südafrikas und Angolas im April 2003 erreichten „Pretoria-Akkords“ verpflichtet, der eine Machtteilung unter den innenpolitischen Konfliktparteien für eine Übergangsphase vorsieht. Ein Ergebnis des innerkongolesischen Dialogs, bei dem es um die politische Beteiligung aller wichtigen politischen Gruppen ging, ist die 2003 verabschiedete Übergangsverfassung und die Bildung ei-

*Im Rahmen seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland besuchte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, am 10. Juli 2006 das European Union Operation Headquarters in Potsdam. Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, und der Operation Commander, Generalleutnant Karlheinz Viereck, empfingen Annan und informierten ihn über den Stand der Operation EUFOR RD CONGO und die Arbeit im EU OHQ. Annan äußerte sich bei seinem Besuch beeindruckt vom Operations Headquarters. Er sprach seinen Dank für die Teilnahme der Bundeswehr an der Operation im Kongo aus.*



ner Übergangsregierung unter Begleitung von UNO und EU.

Die EU engagiert sich seit langem zugunsten des Übergangsprozesses in der DR Kongo, hierzu gehört auch der Wahlprozess, den die EU mit 149 Mio. Euro unterstützt. Die EU-Kooperationsstrategie und das vorläufige Programm 2003-2007 sind darauf ausgerichtet, Armut zu bekämpfen, den Aufbau von Institutionen abzusichern und makro-ökonomische Unterstützung zu gewährleisten. Seit 2002 wurden diese Schwerpunkte mit 750 Mio. Euro finanziell unterstützt.

Deutschland beteiligt sich darüber hinaus am Programm der Weltbank zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kämpfern mit über 35 Mio. Euro, im Bereich der technischen Entwicklungszusammenarbeit. 2003 wurden rund 8,2 Mio. Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfe und Nahrungsmittelhilfe verausgabt.

Auf Anfrage der Regierung Kabila wurde im April 2005 die Polizeimission der EU in Kinshasa (EUPOL Kinshasa) zur Unterstützung der Integrierten Polizeieinheit initiiert, und im Juni 2005 die EU-Beratungs- und Unterstützungsmission (EUSEC-RDC) für die Sicherheitsreform des Kongo geschaffen. Diese Mission EUSEC steht unter Führung des französischen Generals Pierre Joana und stellt Berater im Generalstab und sogar im privaten Büro des kongolesischen Verteidigungsministers. Menschenrechtler werfen all diesen neuen kongolesischen Sicherheitskräften schwere Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung vor. Bei der Beratung der für die Sicherheit verantwortlichen kongolesischen Behörden kommt es darauf an, darüber zu wachen, dass Standards, Prinzipien guter „öffentlicher Verwaltung“ sowie Transparenz und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden.

### **Erfolgsaussicht des militärischen Einsatzes im Rahmen des politischen Engagements**

Bereits rund 17.000 UN-Friedenstruppen stehen im Land, um den fragilen Frieden abzusichern mit eindeutigem Schwerpunkt in den ostwärtigen Landesteilen. In der politischen Abwägung eines militärischen Einsatzes spielt die Frage nach der Aussicht auf Erfolg eine wichtige Rolle. So soll abgewogen werden, ob die eingesetzten Menschen und finanziellen Mittel im Anbetracht der mit einem solchen Einsatz verbundenen Risiken als verhältnismäßig und stabilitätsfördernd bewertet werden können.

Die Wahlen im Kongo sollen ein historisches Ereignis werden, ein erster Schritt zur Überwindung von Rechtlosigkeit und Willkürherrschaft nach vier Jahrzehnten Diktatur, Staatszerfall und Krieg.

Die Bevölkerung scheint die Wahlen zu wollen. Das Verfassungsreferendum vom Dezember 2005 war ein überraschender Erfolg, da die Verfassung mit 85% Zustimmung angenommen worden ist, obwohl die meisten der vor allem im Landesinneren lebenden Menschen sie überhaupt nicht gekannt haben. Wahlen sind ein wichtiges Element einer Demokratie, aber Wahlen allein schaffen noch keine Demokratie und keinen Frieden. Ohne die Herrschaft des Gesetzes gibt es keine Sicherheit und keine Demokratie. Auf den Kongo übertragen bedeutet das: solange die Milizen nicht entwaffnet sind, solange weite Gebiete von Warlords beherrscht werden, solange die Regierung selbst sich aus Warlords mit privaten Milizen zusammensetzt, besteht bei einer Wahl die Gefahr, dass angesichts der herrschenden Machtstrukturen nur ein Plebiszit zugunsten der Mächtigen herauskommt. Dann könnten die Wahlen möglicherweise sogar kontraproduktiv

werden, indem sie, im Rahmen der herrschenden Anarchie, die Gewaltherrscher auch noch mit dem Schein der demokratischen Legitimität versehen.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass man nicht von freien und fairen Wahlen in unserem Sinn sprechen kann:

- In der Übergangsregierung sitzen (ehemalige) Warlords, denen nun die Aufgabe zufallen soll, gemeinsam eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, aus der derzeitigen Anarchie und den total maroden Institutionen einen Staat aufzubauen und zumindest in Ansätzen Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Besteht nicht die Gefahr, dass so der Bock zum Gärtner gemacht wird?
- Der wichtigste Gegenkandidat (der bekannte Oppositionelle Etienne Tshisekedi/UPDS) tritt nicht zur Wahl an. Damit hat Joseph Kabila keinen ernstzunehmenden Gegenkandidaten mehr und kann mit einem Wahlerfolg rechnen.

Insgesamt wird auf folgende Risiken im Zusammenhang mit der Wahl hingewiesen:

In jedem Distrikt des riesigen Landes bestehen komplexe, schwer durchschaubare Rivalitäten – zwischen ökonomischen Konkurrenten, ethnischen Gruppen und verfeindeten Politikern. So bedeutet die Parlamentswahl, in der auf dem flachen Land je ein Abgeordneter pro Verwaltungseinheit gewählt wird, landesweit eine Aufforderung zum Kampf. In Katanga werden nach Einschätzung von UN-Experten die Wahlen am problematischsten sein wegen der immensen ökonomischen Interessen.



Eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Friedensprozess ist, dass alle Bürgerkriegsparteien die Waffen niederlegen und ihre Armeen auflösen. Im Kongo ist das nur sehr begrenzt geschehen. Die alten Milizen aus der Zeit des Krieges 1998-2003 bestehen weiter. Die neue Armee FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo), unter EU-Supervision per Verschmelzung früherer feindlicher Einheiten entstanden, umfasst nur einen Bruchteil der mehreren hunderttausend Bewaffneten des Landes. Inner- und außerhalb der offiziellen Strukturen sind weiterhin viele bewaffnete Gruppen mit unterschiedlichen Loyalitäten existent. Selbst Präsident Kabila hat sich in Kinshasa eine nur ihm persönlich unterstehende Präsidenten-Garde von ca. 16.000 Bewaffneten geschaffen.

Speziell für Kinshasa besteht folgendes Risiko: Die im Friedensprozess marginalisierte, zivile Opposition mit vielen Tshisekedi/UPDS-Anhängern könnte in den von ihr kontrollierten Slums zum Aufstand aufrufen. Dann wäre die EU-Truppe geradezu gezwungen, zwecks „Absicherung der Wahlen“ gegen sie vorzugehen. Das würde wie eine Unterstützung der Kabila-Fraktion und anderer Warlords wirken.

Kongos neue Verfassung institutionalisiert eine weitgehende Dezentralisierung: Aus 11 Provinzen sollen binnen drei Jahren 26 werden, und die jeweiligen Provinzregierungen sollen 40 % ihrer Einnahmen selbst behalten. Das ist ein immenser Fortschritt in Richtung einer Schwächung der bisherigen Herrschaftselite, deren Macht auf ihrer Kontrolle der Geld- und Warenflüsse zwischen Provinzen und Hauptstadt gründet.

Es gibt jedoch bisher auf internationaler Ebene nicht einmal den Ansatz von Überlegungen, wie man funktionierende lokale Verwaltungsapparate aufbauen könnte. Faktisch sind die Provinzen heute zumeist primitive Diktaturen. Falls diese Reform durchgesetzt wird, besteht das Risiko, dass der Kongo im Rahmen der Dezentralisierung in viele regionale Diktaturen unter der Herrschaft von Warlords zerfällt.

Ein zentrales Grundproblem des Kongo – fehlendes Gewaltmonopol und funktionierende Sicherheits-

strukturen, die das Eindringen von ausländischen Milizen verhindern können – erscheint angesichts dieser Perspektive ungelöst. Für eine nachhaltige Befriedung der gewaltgeladenen Situation im Kongo gilt es, zunächst die Einkommensquellen der Milizen und Kriegsherren auszutrocknen und die Waffenlieferungen an sie zu unterbinden. Gelingt es ihnen nicht mehr, die Rohstoffe unter ihrer Kontrolle zu vermarkten und sich mit Waffen zu versorgen, werden Zusammenhalt und Schlagkraft ihrer Miliztruppen schnell schrumpfen.

Ob der Einfluss der regionalen Warlords abnehmen wird und diese sich ansatzweise in gemeinwohlorientierte öffentliche Autoritäten transformieren lassen, ist nicht vorhersehbar. Dass der Übergangsprozess bisher nicht zusammengebrochen ist, erklärt sich wohl vornehmlich aus den beschriebenen Ausbeutungsinteressen der Übergangsparteien – ein Kollaps würde den verschiedenen Akteuren gleichermaßen ihre lukrativen Regierungsposten entziehen.

Um einen kontinuierlichen demokratischen Prozess im Kongo in Gang zu halten, bedarf es eines länger andauernden politischen und finanziellen Engagements der internationalen Staatengemeinschaft. Hierzu gehören wirtschaftlicher Aufbau, Aufbau einer unabhängigen Justiz und weniger korrupten Verwaltung sowie die Schaffung effektiver Sicherheitsstrukturen (Armee, Polizei); all dies kann der Kongo nur langfristig mit entsprechender internationaler Unterstützung leisten. Wie realistisch ist also der Plan, die EU-Mission lediglich auf vier Monate zu befristen und die UN-Mission (MONUC) nach den Wahlen deutlich zu verringern?

### Abschließende Bewertung

Die Risiken einer gut ausgerüsteten, mit einem „robusten“ Mandat ausgestatteten Friedensmission scheinen sowohl für die EU und die daran beteiligten Staaten als auch für die entsandten Soldaten noch nicht ausreichend kalkulierbar zu sein – das Risiko für die eingesetzten Soldaten scheint jedoch noch vertretbar zu sein, da der rasche Rückzug bei kritischen Entwicklungen der Sicherheitslage mit eingeplant wird. Die Einschätzung der Erfolgsaussichten

einer wirklichen Befriedung und Demokratisierung ist wesentlich schwieriger, da der eigentliche Demokratisierungsprozess erst nach der Wahl beginnt.

Der EU-Einsatz im Kongo umfasst nach bisheriger Kenntnis primär die Absicherung der Wahlen im Großraum Kinshasa. Im Anbetracht der wahrscheinlich für manche der vier Stellvertreter Kabilas sowie der 35 Minister und 23 Vizeminister kritischen Ergebnisse der Wahlen, können allerdings lokale Gewaltaktionen in entfernteren Regionen nicht ausgeschlossen werden. Sollte es aber zu bürgerkriegsartigen Aufständen kommen, die von den UN-Truppen (MONUC) nicht beherrscht werden können, stünde auch das Kontingent der EU auf verlorenem Posten.

Die Hoffnung des Verteidigungsministers, dass der Einsatz nur 60 Mio. Euro (deutscher Anteil) kosten und in ca. vier Monaten beendet sein würde, wird durch keine Erfahrungen aus vorangegangenen Einsätzen gestützt. Im Gegenteil, die Probleme könnten nach der Wahl erst richtig beginnen, dann nämlich, wenn die Verlierer realisieren, dass sie um ihre bisherigen Pfründe neu kämpfen müssen. Alle vorangegangenen Missionen (Bosnien, Kosovo und Afghanistan) haben den ursprünglich vorgesehen Zeit- und Kostenrahmen sowie Auftragsumfang massiv gesprengt. Diese Situation wäre die eigentliche Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit des militärischen Engagements zugunsten einer friedlichen Entwicklung der DR Kongo. Wie das mit 1.500 Soldaten zu bewältigen sein soll, hat noch niemand erklärt. Die Vielzahl ungeklärter Fragen über das politische und militärische Konzept, das diesem Einsatz zugrunde liegt, machen eine gewissenhafte Abwägung der Erfolgsaussichten äußerst schwierig. Eins ist jedoch klar:

Für die EU und auch Deutschland steht viel auf dem Spiel: einen Fehlschlag der Mission, dem dann ein Rückfall in die „Katastrophe Kongo“ angelastet werden könnte, wird man sich kaum leisten können. Davon würden sich die europäische Handlungsfähigkeit, das europäische Selbstverständnis und unser Ansehen der Welt auf lange Zeit nicht erholen. □



## Stimmen zum Kongo-Einsatz der Bundeswehr

**G**erade von Soldaten wird dieser erneute und zusätzliche Friedenssicherungsauftrag kritisch gesehen. AUFTRAG hatte demgegenüber „Zehn gute Gründe für den Bundeswehreinsatz im Kongo“ benannt (Heft 262/Juni 2006, S 3).

Hier nun einige bei KNA gefundene Äußerungen zum Kongo-Einsatz deutscher Soldaten sowie weitere Meldungen zur Situation:

### Militärbischof: Zu viele deutsche Soldaten im Auslandseinsatz

**B**edenken gegen den Bundeswehreinsatz im Kongo hat der katholische Militärbischof Walter Mixa bekräftigt. Bereits jetzt befänden sich „zu viele“ deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen. Weitere derartige Missionen in politisch instabilen und unübersichtlichen Gebieten überforderten die Bundeswehr, die in den zurückliegenden Jahren einem rigiden Sparprogramm unterworfen gewesen sei. Außerdem belaste die monatelange Trennung die Soldaten und ihre Angehörigen schwer, sagte der Augsburger Bischof Mitte Juli. Dieses Opfer müsse in einem angemessenen Verhältnis zum politischen Ergebnis eines Auslandseinsatzes stehen.

### missio begrüßt

#### Bundeswehreinsatz im Kongo

**D**as Internationale Katholische Missionswerk missio hat den Einsatz im Kongo begrüßt. „Wir beten für den Erfolg der EU-Mission und für friedliche, demokratische Wahlen im Kongo“, erklärten die beiden missio-Präsidenten Pater Eric Englert und Pater Hermann Schallück. Zugleich appellierte missio an die Bundesregierung, ihre Bemühungen gegen den Handel mit Kleinwaffen massiv zu verstärken. Deren Existenz mache den Einsatz von Kindern als Soldaten überhaupt erst möglich. Deutschland zähle zu den führenden Exportländern. missio engagiert sich mit anderen kirchlichen Hilfswerken in der Kampagne „AKTION VOLLTREFFER – KEIN KRIEG MIT KINDERN“. Die Kampagne macht auf den Missbrauch von weltweit mehr als 300.000 Kindern als Soldaten aufmerksam machen (s.a. Kasten S. 10).

### Misereor: Kongo langfristig stärken

**M**isereor-Bischof Werner Thissen hat die Bundesregierung aufge-

rufen, den Kongo auch nach dem geplanten Bundeswehreinsatz zu unterstützen und den Friedensprozess zu stärken. „Wenn wirklich ein Wandel im bürgerkriegsgeplagten Land vollzogen werden soll, müssen wir den Aufbau der Zivilgesellschaft massiv unterstützen“, sagte der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für das Hilfswerk Misereor in Aachen. Die demokratische Kultur müsse gestärkt, die Menschen dürften mit dem Wahlergebnis nicht allein gelassen werden, betonte der Hamburger Erzbischof. „Notwendig ist jetzt ein langer Atem“, so Thissen.

### Außenminister Steinmeier: Kongo-Einsatz stärkt gesamte Region

**A**ußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sieht den EU-Einsatz im Kongo als Beitrag zur Friedenssicherung in der gesamten Region Zentralafrikas. „Jeder Stabilitätsgewinn dort wird zugleich positive Wirkung auf Nachbarstaaten wie Burundi, Ruanda, Uganda haben“, sagte Steinmeier dem Nachrichtenmagazin Focus. Bislang gebe es keine „konkreten Anhaltspunkte“ für mögliche Unruhen im Umfeld der für den 30. Juli geplanten Wahlen. Dennoch könne niemand „mit letzter Sicherheit“ Risiken abschätzen, so der Minister. Zur nach einem Friedensabkommen weiter dramatischen Lage in der sudanesischen Konfliktregion Darfur sagte Steinmeier, Deutschland setzt auch künftig darauf, die afrikanische Führungsrolle bei den internationalen Lösungsbemühungen zu stärken. Er rechne nicht damit, dass die Vereinten Nationen im Falle eines Blauhelm-Einsatzes in Darfur, europäische Kampftruppen anfordern würden. Vielmehr seien bessere Führungsfähigkeiten und logistische Unterstützung notwendig. Die Ursachen der Gewalt lägen aber im Sudan selbst.



### UN-Generalsekretär fordert langfristiges Engagement im Kongo

**U**N-Generalsekretär Kofi Annan hat ein langfristiges Engagement Deutschlands und anderer europäischer Staaten bei der Friedenssicherung in der Demokratischen Republik Kongo gefordert. Er hoffe, dass es mit der Sicherung der Wahlen nicht getan sei. Nach Schließung der Wahllokale sei Hilfe bei der Reform des Sicherheitswesens, der Polizeiausbildung und der Verbesserung der Regierungsführung nötig. Wegen überstürzter Rückzüge aus Konfliktgebieten sei allzu häufig ein mühsam errungener Frieden wieder zusammengebrochen, warnte Annan. Die internationale Gemeinschaft habe dann wenige Jahre später erneut eingreifen müssen. Zugleich lobte der UN-Generalsekretär, Deutschland und seine Verbündeten setzten mit ihrem Einsatz ein machtvolleres Zeichen der Unterstützung. Mit Blick auf die Entwicklungshilfe mahnte der UN-Generalsekretär die europäischen Staaten, in diesem Jahr ihrer Selbstverpflichtung nachzukommen und ihre Zahlungen auf 0,33 Prozent ihres Nationaleinkommens anzuheben. Nach wie vor stünden dem Millenniums-Entwicklungsziel, bis 2015 eine Halbierung der Armut zu erreichen, gewaltige Hindernisse entgegen. So litten in Afrika südlich der Sahara derzeit rund 140 Millionen Menschen mehr unter extremer Armut als vor 15 Jahren.

### Solana beklagt Ausplünderung des Kongo

**D**er EU-Außenbeauftragte Javier Solana hat ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung der Demokratischen Republik Kongo gefordert. Der Kongo sei zu lange ausgeplündert worden, schrieb Solana in einem Gastbeitrag der „Berliner Zeitung“ (14.07.2006). Die Rohstoffvorkommen des Landes sollten der ge-



<< Von Kongolese beobachtet landete am 27. Juli 2006 der erste deutsche Hubschrauber CH 53 auf dem N'Dolo Airport in Kinshasa.

samten Bevölkerung zugute kommen. Ausländische Interessen an den umfangreichen Rohstoffvorkommen vor allem im Osten des Kongo sind einer der Gründe für die anhaltende Instabilität des Landes. Solana rief dazu auf, den Kongo dauerhaft zu befrieden und zu stabilisieren. Das Land sei das „Herz des afrikanischen Kontinents“. Solange der Kongo nicht dauerhaft auf den Weg zurück zu Frieden, Stabilität und Entwicklung gefunden habe, könnten Fortschritte und Hoffnungen auch andersorts bedroht sein. Ein Beispiel für das EU-Engagement sei die Unterstützung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende Juli. Die Gemeinschaft trägt laut Solana 80 Prozent der Kosten für die Wahlen und schicke 3.000 Soldaten zu deren Absicherung in das Land.

#### UNHCR beklagt Menschenrechtsverletzungen im Kongo

Das UN-Flüchtlingshilfswerk hat anhaltende Gewalt in Teilen der Demokratischen Republik Kongo beklagt. Vor allem in den östlichen Provinzen seien Zivilisten weiterhin Opfer von massiven Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Gruppen. So komme es immer wieder zu Vergewaltigungen, Vertreibungen, Plünderungen und Zerstörungen von Häusern. Allein in einem von UNICEF unterstützten Krankenhaus in der ostkongolesischen Stadt Goma seien in den vergangenen drei Jahren 4.500 Mädchen und Frauen nach brutalen Vergewaltigungen behandelt worden. Viele infizierten sich mit HIV und erlitten schwerste, oft tödliche Verletzungen.

Nach Angaben des UNHCR sind rund 1,6 Millionen Kongolese innerhalb des Landes geflohen. Zudem leben etwa 400.000 Kongolese als Flüchtlinge im Ausland.

#### Waffenembargo verlängert

Ein Tag nach den Wahlen verlängerte der VN-Sicherheitsrat das bestehende Waffenembargo gegen die DR Kongo bis Juli 2007. Damit solle verhindert werden, dass die Auseinandersetzungen von Rebellengruppen im Osten des Landes und der gesamten Region der Großen Seen neu entfacht würden. Als Sanktionen sieht die Resolution Reiseverbote und das Einfrieren von Auslandskonten vor.

#### EU ziehen erste Bilanz zu Wahlen im Kongo

Die EU-Wahlbeobachter haben eine positive Bilanz ihrer Mission in der Demokratischen Republik Kongo gezogen. Allerdings seien einige „Abweichungen von den Wahlvorschriften“ festgestellt worden, die derzeit genauer überprüft würden, erklärte Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner in Brüssel. Angesichts der riesigen Ausdehnung des Landes sowie wegen des komplexen Wahlrechts erfordere eine detaillierte Prüfung der Wahlabläufe weitere Zeit. Am Ende dieser Analysen würden die EU-Wahlbeobachter ihren Abschlussbericht vorlegen. Zugleich drückte Ferrero-Waldner ihre Besorgnis über Unruhen und Zusammenstöße zwischen den politischen

Gruppierungen vor der Wahl aus. Während der Auszählung der Stimmen müssten die politischen Führer für ein Klima der Ruhe und Ernsthaftigkeit sorgen, forderte die EU-Kommissarin. Insgesamt beobachteten rund 300 EU-Fachleute die Stimmabgabe. Die EU hat die Wahlorganisation mit rund 149 Millionen Euro unterstützt.

#### Eufor-Truppen wollen Präsenz im Kongo erhöhen

Die europäischen Truppen im Kongo wollen ihre Präsenz während der Stimmauszählung nach den Wahlen landesweit erhöhen. „Wir werden überall im Kongo in unserem Mandatsgebiet präsent sein“, sagte der deutsche Befehlshaber der Eufor-Truppen, Generalleutnant Karlheinz Viereck, am 3. August der Tageszeitung „Die Welt“. Dabei werde sich die Bundeswehr auf Aufgaben in der Hauptstadt Kinshasa beschränken, während andere Eufor-Einheiten im ganzen Kongo mit Ausnahme der nicht zum Mandat gehörenden Ostprovinzen aktiv werden sollen, betonte er. Die Wahlen bilanzierte Viereck positiv. Die Eufor-Truppen seien nicht benötigt worden und nicht zum Einsatz gekommen.

Nach den ersten demokratischen Wahlen seit dem Bürgerkrieg rechnen Beobachter mit Spannungen oder Auseinandersetzungen während der mehrwöchigen Stimmauszählungen. □

#### UN: Kinder in Konflikten weltweit besser schützen

Weltweit 250.000 Kinder werden nach UN-Angaben als Soldaten missbraucht. Zudem seien Zehntausende Mädchen Opfer sexueller Gewalt, betonte die Sonderbeauftragte für Kinder in Konflikten, Radhika Coomaraswamy, am 24. Juli vor dem Weltsicherheitsrat in New York. In einer Erklärung forderte das Gremium größere Anstrengungen, die geltenden Regeln zum Schutz von Kindern effektiver umzusetzen. Die Direktorin des Kinderhilfswerks UNICEF, Ann Veneman, sagte, in den vergangenen 20 Jahren seien rund zwei Millionen Kinder infolge von Krieg getötet worden. Nach jahrelanger Vernachlässigung des Problems sei die internationale Gemeinschaft gefordert, Kinder besser zu schützen.

Coomaraswamy forderte, statt bloßer Verurteilungen konkret gegen Staaten vorzugehen, die sich wiederholt schwerer Menschenrechtsverletzungen an Kindern schuldig machten. Dazu biete die UN-Resolution 1.612 für Kinderrechte ausreichend Handlungsspielraum. Zugleich unterstrich die UN-Verantwortliche, dass es mit Hilfe lokaler, nationaler und internationaler Zusammenarbeit gelungen sei, in Staaten wie Liberia, Sierra Leone, Burundi oder in der Demokratischen Republik Kongo die Situation von Kindern zu verbessern. (KNA)

## INTERVIEW:

## „Ein Stück Gelassenheit“

## Militärseelsorger Pützer begleitet die Bundeswehr in den Kongo

**A**m Freitag, den 14. Juli 2006 brach auch der katholische Militärpfarrer Georg Pützer (44), der die Soldaten seelsorglich betreuen wird, in das zentralafrikanische Land auf. Pützer ist Standortpfarrer bei den Fallschirmjägern in Oldenburg. Vor seiner Abreise sprach er in Hannover mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) über seine Aufgaben und Erwartungen.

**KNA:** Herr Pfarrer Pützer, mit welchen Gefühlen starten Sie in den Kongo-Einsatz?

**Pützer:** Mit einem gesunden Maß an Spannung, und einem Maß an positivem Respekt davor.

**KNA:** Wie haben Sie sich vorbereitet?

**Pützer:** Ich habe die Möglichkeit wahrgenommen, bei der Ausbildung der Truppe dabei zu sein, wie das so üblich ist. Ansonsten setze ich auf die Erfahrung, die ich durch andere Einsätze gewonnen habe.

**KNA:** Was werden Ihre Aufgaben vor Ort sein?

**Pützer:** Für die Menschen da zu sein und mit meinen Möglichkeiten als Seelsorger zur Verfügung zu stehen. Es geht in erster Linie darum, zuzuhören und sich darum zu kümmern, dass die Soldaten ein Stück Normalität erleben können.

**KNA:** Sie haben schon erwähnt, dass es nicht Ihr erster Auslandseinsatz ist.

**Pützer:** Der Kongo ist mein achter Einsatz. Unter anderem war ich nach der Flutkatastrophe im indonesischen Banda Aceh. Gerade eben erst bin ich aus Afghanistan zurückgekehrt.

**KNA:** Es gibt in Deutschland auch Kritik an der Kongo-Mission. Beeinflusst das Ihre Tätigkeit vor Ort?

**Pützer:** Nein, denn meine Funktion ist die eines Seelsorgers, der den Menschen vor Ort beisteht und als Gesprächspartner zur Verfügung steht. Meine Funktion ist es nicht, Einsätze zu bewerten.

**KNA:** Werden Sie Kontakt mit der katholischen Kirche im Kongo haben?

**Pützer:** Wir werden versuchen, Kontakt aufzunehmen. Das ist der Unterschied zu anderen Einsätzen, wo es Kirche in dem Sinne nicht gibt. Es gibt einen deutschen Seelsorger im Kongo, den ich zu kontaktieren versuchen werde, ebenso die anderen Kollegen vor Ort.

**KNA:** Was sind die wichtigsten Dinge, die Sie mitnehmen?

**Pützer:** Ein Stück Gelassenheit. Organisatorisch das, was ich für den Gottesdienst brauche, vom Kelch angefangen bis zum Messbuch. Und viel Lust und Interesse, mit den Menschen zu arbeiten.

**KNA:** Immer mehr Soldaten kommen traumatisiert von Auslandseinsätzen zurück. Eine Aufgabe auch für die Militärseelsorge?

**Pützer:** Natürlich komme ich mit Soldaten in Berührung, die traumatisiert sind. Ich nehme mich derer als Seelsorger selbstverständlich an. Jedoch ist es wichtig, dass man seine eige-



nen Grenzen kennt. Zunächst mal ist die Behandlung traumatisierter Soldaten eine Aufgabe für professionelle Therapeuten.

**KNA:** Wie lange bleiben Sie? Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat schon Zweifel an der 4-monatigen Begrenzung des Engagements geäußert.

**Pützer:** Meine Zeit ist definitiv auf zwei Monate eingegrenzt, bis Mitte September. Dann werde ich durch einen evangelischen Kollegen abgelöst.

(Interview: Bernd Buchner)

**In einem 2. Interview mit KNA unmittelbar nach der Wahl äußerte sich Militärpfarrer Pützer telefonisch zu seinen ersten Eindrücken und der Stimmung unter den Einsatzkräften in Kinshasa.**

**KNA:** Herr Pfarrer, was sind die Sorgen und Probleme bei den deutschen Soldaten in Kinshasa?

**Pützer:** Da sind zum einen die sehr bescheidenen Verhältnisse, in denen man lebt. Nicht jeder kommt gut damit zurecht. Dasselbe gilt für die Trennung von Freundin, Frau oder Familie. Für manchen Soldaten ist das schwierig. Da ist es dann wichtig, darüber zu sprechen. Die Soldaten müssen aber auch mit den Bildern und Eindrücken fertig werden. Viele habe noch nie eine solche Armut gesehen.

**KNA:** Wie reagiert die Bevölkerung auf die Präsenz ausländischer Soldaten?

**Pützer:** Die Bevölkerung nimmt die Mission gut auf. Die Menschen sind sehr freundlich, lächeln und winken spontan. Es gibt natürlich auch Menschen, bei denen man den Eindruck hat, dass ihnen das, wofür wir hier eintreten, nicht passt. Aber das ist ja genau das Problem hier im Lande.

**KNA:** Was sind Ihre Eindrücke nach einem halben Monat Aufenthalt im Kongo?

**Pützer:** Die Armut hier in Kinshasa ist sehr groß, und es gibt kaum Infrastruktur. Es liegt der Geruch von verbranntem Müll in der Luft. Aber die Menschen sind sehr freundlich. Sie haben Interesse an den Wahlen und fragen auch nach, was man so macht. Natürlich gibt es auch andere, die alles skeptisch sehen. Das ist ja völlig normal. Man kommt auch nach der Sonntagsmesse mit den Besuchern ins Gespräch.

**KNA:** Es gab Berichte über Ausschreitungen bei Wahlkundgebungen?

**Pützer:** Wenn es hier Demonstrationen gibt oder Wahlkundgebungen der Präsidentschaftskandidaten, versammelt sich schnell eine große Menschenmenge. Und die Masse reagiert sehr emotional. Dabei kommt es durchaus vor, dass sie untereinander sehr unfreundlich miteinander umgehen.

(Interview: Christoph Scholz)



## Segen der missio-Präsidenten für die deutschen Soldaten in der Republik Kongo

Anlässlich der Verlegung von Bundeswehr-Soldaten im Juli in die kongolesische Hauptstadt Kinshasa haben die missio-Präsidenten Pater Eric Englert (OSA) und Dr. Hermann Schalück (OFM) ihren Segen für die 780 deutschen Soldaten, die gesamte EU-Mission und die internationalen UN-Truppen im Kongo ausgesprochen:

„Mögen Gottes Engel die Bundeswehr-Soldaten und alle Menschen beschützen, die sich für Frieden und Freiheit einsetzen. Wir beten für den Erfolg der EU-Mission und für friedliche, demokratische Wahlen im Kongo,“ so Pater Englert und Pater Schalück.

Gemeinsam mit der ehemaligen Kindersoldatin China Keitetsi danken die missio-Präsidenten den Bundeswehr-Soldaten für Ihren Einsatz im Kongo. China Keitetsi unterstützt die Aktion Vortreffer und übergab während einer Veranstaltung der Kath. Militärseelsorge auf dem Katholikentag in Saarbrücken Dr. Thomas Elßner, Pastoralreferent beim Kath Standortpfarrer Koblenz IV, eine Botschaft für die deutschen Soldaten



in Kinshasa (Foto o.r.). „Für die Zivilisten ist der Einsatz eine frohe Botschaft, denn sie haben Hoffnung und Schutz, Frieden und Freiheit“.

Frau Keitetsi wurde 1976 in Uganda geboren. Mit acht Jahren flieht sie aus dem Elternhaus, gerät dabei in ein Rekrutierungslager der ugandischen Widerstandsarmee und wird Kindersoldatin. 1999 gelingt es ihr als Neunzehnjährige aus Uganda zu fliehen, und sie gelangt u.a. mit

Hilfe der Vereinten Nationen im selben Jahr nach Dänemark, wo sie noch heute einen Wohnsitz hat.

Sie ist die erste Kindersoldatin, die ihre Erlebnisse in einem zum Bestseller gewordenen Buch festgehalten hat: „SIE NAHMEN MIR DIE MUTTER UND GABEN MIR EIN GEWEHR. MEIN LEBEN ALS KINDERSOLDATIN“, Ullstein-Verlag, München, 2002. Heute widmet sie sich der Problematik der Kindersoldaten, um so auf diese ganz besonders schlimme Art der Ausbeutung von Kindern weltweit aufmerksam zu machen. Sie hielt dazu bereits Vorträge vor dem Deutschen Bundestag, der Unesco und der UNO. (PS/KMBA)

### Sehr geehrte Soldaten der Bundeswehr,

als ich die Nachricht vom Einsatz der deutschen Bundeswehrsoldaten in der Demokratischen Republik Kongo hörte, sprang ich vor Freude in die Luft und jubelte. Wenn Sie meine Geschichte kennen, werden Sie verstehen, warum mich die Botschaft so erfreut.

Ich heiße China Keitetsi, musste zehn Jahre als Kindersoldatin in Uganda kämpfen, konnte fliehen und fand in Dänemark Asyl. Ich war ein achtjähriges Mädchen, als für mich der Krieg begann. Eine AK 47 war für mich leicht zu tragen und kinderleicht zu bedienen. Meine Geschichte habe ich mir in dem Buch „Sie nahmen mir die Mutter und gaben mir ein Gewehr“ von der Seele geschrieben. Ich bin häufig in Deutschland, weil ich hier von mehreren Organisationen unterstützt werde.

Im Rahmen der „Aktion Vortreffer“, einer Kampagne der Hilfswerke missio, Adveniat und dem Evangelisch-Lutherischen Missionswerk, setzen wir uns für den Schutz von Kindern vor Krieg und Zwangsrekrutierung in Afrika, Asien und Lateinamerika ein. Ich schreibe Ihnen, weil ich Ihnen im Voraus danken will für Ihren Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo. Für die Zivilisten ist dies eine frohe Botschaft. Denn sie haben Hoffnung auf Schutz, Frieden und Freiheit. Für die Kriegstreiber ist Ihr Friedenseinsatz hingegen eine Drohbotschaft: Sie wissen, dass die internationale Friedenstruppe der Gewalt Einhalt gebieten wird.

Der Einsatz Ihrer Truppe ist ein so wichtiges Signal für Frieden und Demokratie in Afrika. Aber wie sollen sich Bundeswehrsoldaten verhalten, wenn sie in einen direkten Konflikt mit Kindersoldaten geraten? Müssen Sie dann um des Friedens Willen auf Minderjährige schießen? Diese Frage habe ich in den letzten Wochen oft gehört. Natürlich ist es eine schwierige Frage, die ich Ihnen aus meiner Sicht als ehemalige Kindersoldatin beantworten möchte. Zu jener Zeit als Kindersoldatin wusste ich nicht viel über die Welt, aber der professionelle Ruf der westlichen Soldaten war bis zu uns gedrungen, und wir Kindersoldaten hatten und haben Respekt vor ihnen. Wir selber waren eine zusammengewürfelte Truppe aus entführten Kindern, die von skrupellosen Kriegstreibern in die Schlacht geschickt wurden. Es gab keine richtige militärische Ausbildung, keine Strategie.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie auf Kindersoldaten treffen ist gering. Und wenn es dazu kommen sollte, werden nicht Sie diejenigen sein, die Kindersoldaten angreifen werden. Sollten Kindersoldaten in die Offensive geschickt werden und ihr Leben bedrohen, so werden Sie wie jeder vernünftige Soldat handeln: Sie werden zuerst versuchen die Angreifer abzuschrecken und notfalls werden sie sich verteidigen.

Wenn Sie nach den demokratischen Wahlen nicht den Frieden sichern, droht die Fortführung des Krieges und Leids. Dann werden die Kindersoldaten in das sogenannte Feindesland geschickt und in den Dörfern Zivilisten angreifen. Dies muss verhindert werden.

Mit Ihrer Friedensmission sind Sie nicht alleine. Die Projektpartner der Aktion Vortreffer gegen Kindersoldaten setzen sich bereits seit Jahren für Frieden und Versöhnung im Kongo ein. Es sind kirchliche Mitarbeiter, die dort als Seelsorger traumatisierte Kindersoldaten betreuen. Sie rufen die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo auf, den Krieg zu beenden und eine friedliche Gesellschaft aufzubauen.

Wir brauchen Ihren Schutz und Ihre Hilfe. Sehen Sie mich als Kindersoldatin nicht als Monster an, sehen sie mich als Kind, als ein Mitglied einer großen Familie. Helfen Sie uns. Denken Sie einfach an mich. An China Keitetsi, die ihre Tochter sein könnte und die aus den Händen der Entführer und Kriegstreiber befreit werden muss. Ich habe es geschafft und konnte fliehen. Hingegen haben die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo nur durch Ihren Einsatz eine Chance.

Möge Gott Ihnen viele Schutzengel auf den Weg für ihre Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo geben.

**Ihre zutiefst dankbare  
China Keitetsi**



## »Private Militärfirmen zerstören die Demokratie«

### Friedensforscher warnen vor zunehmender Privatisierung der Gewalt

Auf eine zunehmende Tendenz zur Privatisierung von Sicherheits- und Militärdiensten machen Friedensforscher aufmerksam. Dabei unterscheidet der langjährige Leiter des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC), Herbert Wulf, zwischen einer Privatisierung der Gewalt „von unten“ – etwa durch „Warlords“, Milizen, Rebellen oder Jugendgangs – und „von oben“ – dem „Outsourcen“ polizeilicher und militärischer Funktionen an private Firmen.

In seinem Buch „INTERNATIONALISIERUNG UND PRIVATISIERUNG VON KRIEG UND FRIEDEN“ (Nomos Verlagsgesellschaft) stellt Wulf diese Entwicklung in den Zusammenhang des generellen Trends der Globalisierung fast aller Gesellschaftsbereiche. Die Beteiligung an bewaffneten Konflikten sei dabei für manche der Kriegsteilnehmer ein profitables Geschäft.

Ähnlich argumentiert der Publizist Rolf Uessler, der in seinem Buch „KRIEG ALS DIENSTLEISTUNG“ (Ch. Links Verlag) zu der Einschätzung kommt: „*Private Militärfirmen zerstören die Demokratie*“. Zur Begründung weist er darauf hin, dass die Unternehmen außer durch die Verträge, die sie abschließen, und durch das jeweilige Gewerberecht in

keiner Weise gebunden seien und, anders als die staatlichen Institutionen, keine Sicherheitskonzepte beachten und keine gesetzlich vorgeschriebenen Aufträge erfüllen müssten. Sie gehorchten ausschließlich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

#### 200 Milliarden Euro Umsatz

Die Nachfrage nach solchen Dienstleistungen ist jedenfalls spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 weltweit dramatisch gewachsen. Nach Angaben Uesslers lag der Branchenumsatz 2005 bei rund 200 Milliarden Euro. Das abrufbare Personal werde gegenwärtig auf weltweit 1,5 Millionen Personen geschätzt. Mit dem „klassischen“ Bild vom Söldner hätten diese Einsatzkräfte nicht mehr viel gemeinsam. Dabei gehe die Spannweite von der hoch spezialisierten Fachkraft bis zu kurzfristig und projektbezogen angeheuerten einheimischen Unterstützern. Tätig sind sie in den Bereichen Sicherheit (Personen-, Objekt-, Anlagen- und Institutionenschutz), Ausbildung (teilweise in eigenen Trainingscentern), Informations- und Spionagedienste sowie Logistik (Transporte, Lieferung von Nachschub, Wartung von Fahrzeugen und Waffensystemen).

Nicht nur schwache oder in Bedrängnis geratene Regierungen (etwa in Papua-Neuguinea, Sierra Leone oder Sri Lanka) nehmen solche Dienste in Anspruch, sondern auch die Großmächte. So bringt Uessler das Zitat eines Mitarbeiters aus dem US-Verteidigungsministerium: „*Wir sind heute ohne die privaten Militärfirmen nicht mehr in der Lage, einen Krieg zu führen.*“ Allein im Irak seien rund 30.000 Privatsoldaten im Einsatz, darunter zahlreiche Deutsche, die damit nach den Amerikanern die zweitgrößte „Armee“ darstellten und mehr Männer im Einsatz hätten als alle anderen „Koalitionstruppen“ zusammen.

Das zur Begründung für das „Outsourcen“ häufig angeführte Kostenargument ist dabei laut Uessler kaum überprüfbar. Leistung und Qualität privater und staatlicher Sicherheitskräfte seien meist nicht direkt vergleichbar, außerdem gingen die Kosten für Kontrolle und Transparenz nicht in die Bilanzierung ein. Wulf fordert angesichts dieser Entwicklungen nationale und internationale Regeln und Kontrollen des Engagements dieser Firmen. Vor allem ihr Einsatz in Kampfhandlungen müsse „zum Tabu erklärt werden“.

(KNA)

## Sexuelle Gewalt in Krisengebieten nimmt zu

Vergewaltigungen, ein perfides Kriegsinstrument in Kriegs- und Krisengebieten – vor allem auch in den afrikanischen Ländern. Es gehe um eine Problematik, die in Zukunft noch weiter zunehmen werde, befürchten Experten angesichts der weltweit zunehmenden Zahl von Konflikten. Gewalt gegen Frauen in Krisenregionen sei ein Massenphänomen, werde aber kaum auf einer internationalen Agenda behandelt, kritisierte Thoraya Obaid, die Leiterin des UN-Weltbevölkerungsfonds (UNFPA), Ende Juni in Brüssel. Die Teilnehmer der dort durchgeführten ersten internationalen Konferenz gegen sexuelle Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten fordern in ihrem „Brüsseler Aktions-

plan“ unter anderem neue Gesetzesinitiativen, freie medizinische und psychologische Versorgung sowie Trainings- und Sicherheitsmaßnahmen. Hauptziel: Jeder Staat sollte strategische Allianzen mit Regierungen, Justizbehörden, Polizei, Militär und Nichtregierungsorganisationen schließen. Der Blick rund um den Globus zeigt, vorerst ist dieses Dokument nicht viel mehr als ein Papiertiger.

Im Bürgerkrieg in Ruanda vor zwölf Jahren hat sich besonders exemplarisch gezeigt, dass sexuelle Gewalt in Krisengebieten an der Tagesordnung ist. Hunderttausende Mädchen und Frauen wurden vergewaltigt. In Liberia gab die Hälfte der befragten Frauen in den Flüchtlings-

lagern an, mit sexueller Gewalt konfrontiert worden zu sein. In der Demokratischen Republik Kongo praktizieren alle Kriegsparteien Vergewaltigungen.

Auch in den Flüchtlingslagern weltweit, in denen laut UN-Menschenrechtskommission (UNHCR) mehr als 34 Millionen Menschen Zuflucht gesucht haben, finden Mädchen und Frauen keinen Schutz. Die Zahl der Kinder, die etwa in Afrika aus solchen Lagern entführt und zum Soldatendienst gezwungen werden, schätzen Experten auf rund 30.000. Für die missbrauchten Mädchen und Frauen sind neben dem psychischen Trauma auch die Gesundheitsfolgen verheerend: Die HIV-Rate ist in einigen Ländern explosionsartig ange-

stiegen. Laut einer Studie waren fast 70 Prozent der Opfer einer Vergewaltigung in Ruanda HIV-positiv. Aus Scham werden die Opfer von ihren Ehemännern oder Familien verstoßen. Das lässt sie in die Armut abstürzen und zwingt viele in die Prostitution. Verschärft hat sich seit dem Einfrieren der internationalen Hilfe nach dem Wahlsieg der Hamas die Situation in den palästinensischen Flüchtlingslagern. Durch die allgemeine Not der Menschen führen soziale Spannungen häufig zu Gewalt und sexuellen Übergriffen gegen die

weiblichen Insassen. Studien belegen, dass mehr als 20 Prozent der Frauen mit sexueller Gewalt konfrontiert werden.

Es gibt einige wenige Fortschritte: So erreichten die deutsche Hilfsorganisation „medicamondiale“ und bosnische Frauengruppen, dass das Parlament in Sarajevo darüber berät, im Krieg vergewaltigten Frauen eine „Invalidenrente“ zu zahlen. Kommt der Antrag durch, würden damit weltweit erstmals vergewaltigte Frauen als Kriegopfer anerkannt. Liberia, hat als eines der wenigen

Länder in Afrika Maßnahmen ergriffen. Die seit Jahresanfang regierende Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf plant zusätzliche Hilfsangebote für Opfer, Gesetzesänderungen sowie Schulungen für Justiz- und Polizeiangehörige. Auch die Demokratische Republik Kongo arbeitet mit allen Ministerien an einem solchen Aktionsplan. Im südsudanesischen Darfur laufen Gespräche mit den internationalen Friedenstruppen über einen Begleitschutz für Frauen in den Flüchtlingscamps.

(KNA)



#### WELTFRIEDENSTAG 2007:

### »Die menschliche Person, Herzmitte des Friedens«

**U**nter diesem Motto steht der 40. Weltfriedenstag am 1. Januar 2007. Damit solle der Respekt vor der Menschenwürde als grundlegende Voraussetzung für den Frieden der Menschheit betont werden, teilte der Vatikan am 13. Juli mit. Gegenwärtig werde diese Würde

**jedoch ideologisch, durch fehlgeleitete Forschung oder durch bestimmte Lebensstile bedroht. Die entsprechende Botschaft des Papstes zu diesem Tag wird jeweils zum Jahresende veröffentlicht. In Deutschland begehen die Diözesanbischöfe mit den in ihren Bistümern stationierten Soldaten alljährlich den Weltfriedenstag im Laufe des ersten Halbjahres.**

Die Botschaft, die Benedikt XVI. aus Anlass des 40. Weltfriedentags am 1. Januar 2007 verfassen wird, ist dem Thema „Die menschliche Person, Herzmitte des Friedens“ gewidmet.

Wie das Pressebüro des Heiligen Stuhls am heutigen Montag erklärte, drücke das vom Heiligen Vater selbst gewählte Motto die Überzeugung aus, „dass die Würde der menschlichen Person eine wesentliche Bedingung für den Frieden der Menschheitsfamilie darstellt“. Diese Würde „ist das Siegel, das Gott in den Menschen hineinlegen wollte, den er als sein Abbild und ihm ähnlich schuf (vgl. Gen 1,26-27); sie ist Zeichen für die allgemeine Bestimmung der Menschheit und Fundament für die Liebe zu Gott und dem Nächsten“.

Nur wenn sie sich der „transzendenten Würde jeder Frau und jedes Mannes bewusst ist, beschreitet die Menschheitsfamilie den Weg, der zum Frieden und zur Gemeinschaft mit Gott führt“. In diesem Zusammenhang wird im Pressecommuniqué auf jene Stelle der Enzyklika *Deus caritas est* verwiesen, wo Benedikt

XVI. schreibt, „dass die Nächstenliebe ein Weg ist, auch Gott zu begegnen“ (16).

Die Erklärung aus dem Vatikan geht anschließend auf die Bedrohungen ein, denen die Menschenwürde heute begegnet: „irreführende Ideologien“, die aus einem verzerrten Gebrauch von Wissenschaft und Technik und aus ungeordneten Lebensstilen kämen. Ausdrücklich wird auf „Ideologien nihilistischer Prägung“ sowie auf einen „Fanatismus (materialistischer oder religiöser Art)“ Bezug genommen, die danach strebten, die „Wahrheit über die Wirklichkeit, den Menschen und über Gott zu leugnen oder angebliche Wahrheiten aufzuerlegen“.

Wissenschaft und Technik würden häufig – insbesondere, was die Biomedizin angeht – als „Werkzeuge einer egoistischen Sicht von Entwicklung und Gemeinwohl“ gebraucht und somit nicht immer ihrem eigentlichen Ziel gerecht, dem „Allgemeinwohl der Menschheit zu dienen“.

Die Förderung und verbreitete Akzeptanz von „ungeordneten Lebensstilen, die der menschlichen Wür-

*de zuwiderlaufen, schwächen die Herzen der Menschen und verdunkeln ihren Verstand so sehr, dass die Sehnsucht nach einem geordneten und friedlichen Miteinander ausgelöscht wird. All das stellt eine Bedrohung für die Menschheit dar: Wenn nämlich die Menschenwürde nicht respektiert wird und im gesellschaftlichen Leben nicht das Allgemeinwohl angestrebt wird, ist der Friede in Gefahr.“*

Auf all diesen Herausforderungen antwortet die Kirche gemäß der Erklärung des Heiligen Stuhls „mit einer christlichen Anthropologie, die auf drei Pfeilern gründet“. Diese Grundfesten sind „die Würde, die Geselligkeit und die Tätigkeit des Menschen inmitten einer Welt“, die immer mehr an der natürlichen Ordnung, die Gott in das Universum hineinlegte, ausgerichtet sein müsse. Außerdem sollte der Mensch stets einen allumfassenden, solidarischen Humanismus im Blick haben und in diesem Sinn „die Entfaltung des gesamten Menschen und aller Menschen“.

Jede Verletzung der menschlichen Person, so heißt es abschließend, „ist eine Verletzung des Friedens; jede Verletzung des Friedens bedeutet eine Verletzung der Wahrheit über Menschen und Gott: Die menschliche Person ist die Herzmitte des Friedens!“

Der Heilige Stuhl fasste zuvor auch die dreifache Aufgabe der Kirche zusammen: „das Evangelium des Lebens, die Vorrangstellung des Menschen im Universum und die Liebe Gottes zur Menschheit zur verkünden“. (ZENIT.org)

## »Wer regiert die Welt – Die Zukunft der Großmächte im 21. Jahrhundert«

- USA verlieren international ihr Monopol als Großmacht
- Nur Minderheit der Deutschen sieht die Bundesrepublik noch als Global Player
- Deutsche sind Anwälte für EU, UNO und multilaterale Zusammenarbeit
- Auffällige Unterschiede zwischen der deutschen und internationalen Wahrnehmung

Die Mehrheit der Deutschen sieht das eigene Land weder heute noch in Zukunft als globale Macht. Gleichzeitig glauben sie aber, dass die EU in Zukunft diese Rolle einnehmen wird und sprechen sich mehrheitlich für eine multilaterale Weltordnung unter Führung der UNO aus. Dies ist das Ergebnis einer weltweiten, repräsentativen Studie der Bertelsmann Stiftung. Danach betrachten gegenwärtig 40 Prozent der befragten Deutschen das eigene Land als Weltmacht, ebenso viele sehen diesen Status für Deutschland auch in den nächsten 15 Jahren gegeben. Unangefochtener Global Player Nummer 1 aus deutscher Sicht sind aber heute die USA. 90 Prozent der Deutschen teilen diese Einschätzung. An zweiter Stelle wird mit 75 Prozent die EU genannt. Es folgen China mit 68 Prozent, die UNO mit 66 Prozent, Japan mit 57 Prozent und Russland mit 50 Prozent.

Für das Jahr 2020 erwarten die Deutschen nur eine leichte Verschiebung zugunsten von China. Dann sehen nur noch 82 Prozent von ihnen die USA als Weltligisten, dicht gefolgt von China mit 75 Prozent. Die Bedeutung von EU, UNO, Japan und Russland wird gleich bleibend geschätzt.

Die weltweite Erhebung der Bertelsmann Stiftung, bei der insgesamt über 10.000 Menschen befragt wurden, zeigt eine deutliche Abweichung der deutschen Einschätzung über die Bedeutung der Weltmächte von den Befragten in den meisten anderen Ländern. Denn im internationalen Durchschnitt wird die Bewertung der EU als globalem Akteur von nur 32 Prozent der Befragten geteilt. Auch im Jahr 2020 sehen nur 30 Prozent die EU als weltpolitischen

Akteur. Vergleichsweise hohe Werte erzielt die EU dabei noch in den USA, Russland und Japan. Keine Weltmachtchancen geben ihr dagegen Chinesen, Inder oder Brasilianer. Deutschland selbst sehen im Durchschnitt nur 26 Prozent als Weltmacht mit abnehmender Tendenz, wobei es die höchsten Werte noch bei den Befragten in Großbritannien und Russland erzielt.

Als wirkliche Weltmächte werden heute international die USA mit 81 Prozent angesehen, gefolgt von China (45 Prozent), Japan (37 Prozent) und Großbritannien (32 Prozent). Für das Jahr 2020 erwarten nur noch 57 Prozent die USA als Weltmacht, aber 55 Prozent auch China, gefolgt von Japan (32 Prozent), Russland (26 Prozent) und Indien (24 Prozent). Die UNO schätzen im Unterschied zu den Deutschen international nur 26 Prozent der Befragten als Global Player ein, im Jahr 2020 sogar nur noch 21 Prozent.

Befragt nach den notwendigen Eigenschaften einer Weltmacht nennen die meisten Menschen politische Stabilität, wirtschaftliche Stärke sowie leistungsfähige Bildung und Forschung. Militärische Stärke ist für die Mehrheit als Machtfaktor immer weniger bedeutsam. Diese Eigenschaft weltweit wird nur noch von 20 Prozent der Befragten als wichtig eingeschätzt. In Deutschland fällt dieser Wert mit sieben Prozent am geringsten aus. Als wichtigste Herausforderung der Großmächte gelten der Internationale Terrorismus, Armut und Klimawandel.

Die Mehrheit der Bevölkerung in den wichtigsten Staaten der Erde erwartet zudem offensichtlich in Zukunft keine gemeinsame Weltagenda. Sie gehen vielmehr von einer

multipolaren Weltordnung ohne einen gemeinsamen Ordnungsrahmen aus. Und obwohl sich viele Menschen von der UNO zukünftig eine größere Rolle wünschen, wird sie als zentrale Ordnungsmacht nur auf dem siebenten Platz gesetzt. Eine wichtigere Rolle bei der Friedenssicherung und der Stabilität in der Welt wird zukünftig weltweit vor allem von den USA (55 Prozent) erwartet. 38 Prozent erwarten diese Aufgabe von der UNO. In Deutschland wünschen sich dies dagegen 83 Prozent.

Gefragt nach dem geeigneten Ordnungsmodell, in dem sich Frieden und Stabilität in der Welt am besten verwirklichen lassen, nennen 68 Prozent der Deutschen die UNO. Im weltweiten Durchschnitt sagen dies mit 42 Prozent aber weniger als die Hälfte. In Indien, Japan, Russland und den USA meint dies sogar nur jeder Dritte. Mit Ausnahme der Chinesen setzt die Mehrheit der weltweit Befragten außerhalb Europas dagegen auf die Führung durch eine Weltmacht oder durch verschiedene regionale Mächte. In den USA meinen dies beispielsweise 58 Prozent.

Die Politikforscher der Bertelsmann Stiftung folgern aus der Befragung, dass es zu einer Rückbesinnung auf die jeweilige nationale Stärke eines Landes und verhängnisvolle klassische Großmachtspolitik des 19. Jhs. kommen könnte, wenn diese Bevölkerungsmeinung politikbestimmend wird. Hierfür spricht auch, dass die Stärke und Bedeutung des eigenen Landes in fast allen Ländern höher eingeschätzt wird, als von den Befragten in allen anderen Ländern. Besonders ausgeprägt war dies bei den Befragten in Indien, Russland, Großbritannien und Brasilien.

Professor Werner Weidenfeld, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung: „Die Menschen sehen die heutige Vormachtstellung der USA in Zukunft schwinden, aber sie erwarten auch kein harmonisches Gleichgewicht der Weltmächte, das etwa von der UNO moderiert wird. Sie setzen vielmehr auf eigene Stärke im globa-



len Wettbewerb und wünschen sich für das jeweils eigene Land eine bedeutsamere Rolle für Stabilität und Frieden. Wenn diese Perspektive und Erwartung für die Politik weltweit bestimmt wird, birgt es die Gefahr eines nationalistischen Wettlaufs zwischen den heutigen und zukünftigen Weltmächten, bei dem alle nur verlieren.“

Betrachtet man das Meinungsbild der Europäer insgesamt, so zeigt sich, dass sie die Verschiebung der weltpolitischen Gewichte bemerkt haben. Sie kompensieren ihren nationalen Bedeutungsverlust durch große Hoffnungen auf die EU. Die Stimmungslage wird dabei aber weiterhin gleichzeitig durch nationale Wahrnehmungsmuster geprägt. Professor Werner Weidenfeld: „Die Umfrage spiegelt auch das europäische Dilemma. Ohne herausragende Führungsleistung wird sich Europa da-

nach in den gewohnten Bahnen bewegen. Der Kontinent bleibt eine Weltmacht im Werden mit großen Potenzial zur Weltmachtbildung aber ohne Kraft der politischen Bündelung seiner Ressourcen.“

Für die Studie der Bertelsmann Stiftung waren durch das Meinungsforschungsinstitut Gallup/TNS-EMNID weltweit 10.000 Menschen zur Rolle und Funktion der Weltmächte heute und im Jahr 2020 befragt worden. Die Untersuchung fand in den USA, Russland, Brasilien, China, Indien, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien statt.

Die Ergebnisse wurden Anfang Juni in Berlin zum Auftakt einer internationalen Konferenz der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel „Wer regiert die Welt – Die Zukunft der Großmächte im 21. Jahrhundert“ vorgestellt. Detailergebnisse im Internet:

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

## Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie

### Unklare Konzepte für Auslandseinsätze der Bundeswehr

**A**ngesichts der wachsenden Zahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und einer diffusen Erwartungshaltung an die Rolle der Bundeswehr fordert die Bertelsmann Stiftung die Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts habe sich die klar bestimmbare Sicherheitslage Deutschlands in eine unübersichtliche Situation mit einer Vielzahl diffuser sicherheitspolitischer Bedrohungen gewandelt. Die Bandbreite reiche dabei von internationalem Terrorismus, über die Proliferation von Atomwaffen und Staatszerfall bis zur Sicherung von Energieimporten. Die vermehrte Übernahme deutscher Verantwortung im internationalen Kontext werde sowohl in Deutschland als auch im Ausland von einer ständig wachsenden Erwartungshaltung nach Auslandseinsätzen der Bundeswehr begleitet. Dr. Klaus Brummer, Sicherheitsexperte der Bertelsmann Stif-

tung: „Spätestens nach der Diskussion um den Kongo-Einsatz ist jetzt eine Klärung unausweichlich geworden. Wegen der Vielzahl der gegebenen Begründungen ist bis heute umstritten, weshalb sich genau Deutschland und seine europäischen Partner im Kongo oder anderenorts engagieren. Und spätestens seit der neuen Diskussion über einen denkbaren Einsatz deutscher Soldaten in einer Friedenssicherungsmission im Nahen Osten offenbart sich ein grundlegendes Problem deutscher Sicherheitspolitik: Es fehlt eine nationale Sicherheitsstrategie.“

Unter dem Stichwort „Transformation“ versuche die Bundeswehr derzeit ihre Fähigkeiten dem gewandelten Anforderungsprofil anzupassen. Bei leeren Kassen, spannungsgeladenen Reformprozessen sowie mehrjährigen Entwicklungszyklen beim Material sei dies kein leichtes Unterfangen. Klaus Brummer: „Die größte Kluft existiert jedoch zwischen

den Erwartungen und den eigenen Fähigkeiten auf der einen und der konzeptionell-strategischen Grundlage für das eigene Handeln auf der anderen Seite. Diese Lücke kann nur eine Sicherheitsstrategie schließen. Deren Aufgabe bestünde darin, die „W-Fragen“ des außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Handelns Deutschlands zu klären. Antworten müssten gefunden werden auf die Fragen: Wann wird man aktiv? Wo, sprich an welchen Orten? Wie, d.h. mit welchen konkreten Mitteln? Schließlich warum, also für welche Ziele setzt man sich ein, und mit wem?“

Das angekündigte Weißbuch des Bundesverteidigungsministers sei keine adäquate Antwort auf dieses Erfordernis. Es könne den Anforderungen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs und der Handlungsmaxime des vernetzten Handelns, bei der die gesamte Palette der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen bzw. zivilen, zivil-militärischen und militärischen Instrumente eines Landes politikfeldübergreifend in einen kohärenten Gesamtansatz gebündelt werden, nicht gerecht werden. Auch die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) könne keine zufriedenstellende Antworten auf die W-Fragen geben. Denn zu vage sei darin die Verbindung zwischen Bedrohungsanalyse und den abzuleitenden Instrumenten bzw. Maßnahmen.

Klaus Brummer: „Diese Gründe machen eine nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland notwendig. Neben der Analyse der Herausforderungen und Bedrohungen muss eine Sicherheitsstrategie die vitalen Interessen Deutschlands definieren. Sie muss Mittel, Instrumente und Partner benennen, die zur Umsetzung der Interessen notwendig sind, sowie klären, in welchen Fällen ein Eingreifen erforderlich ist. Wie wichtig ein solches Dokument ist, zeigt die weithin unstrukturierte Diskussion um den Einsatz deutscher Soldaten im Kongo, die neue Unsicherheit ob der Rolle der Bundeswehr in Afghanistan und auch die Diskussionen über die Bedingungen eines Einsatzes im Rahmen einer Friedenstruppe für den Nahen Osten.“ (PrSt Bertelsmann-Stiftung)



# Wo bleibt das christliche Profil?

## Meinung zum Entwurf des »Weißbuch 2006«

VON KLAUS LIEBETANZ

**S**eit Mai 2006 steht der Entwurf des Verteidigungsministerium für ein neues Weißbuch im Internet. Angeblich soll eines der als vertraulich eingestuft Entwurfsexemplare des „Weißbuch neu“ (im Weiteren abgekürzt WBn) durch einen Koalitionspolitiker an einen bekannten Journalisten weitergegeben worden sein. Dieser hat dann den gesamten Text ins Internet gestellt ([www.geopowers.com](http://www.geopowers.com)). Diesem „Versehen“ ist es zu verdanken, dass die interessierte Öffentlichkeit Einfluss auf die Gestaltung des neuen Weißbuches hat, was sicher sinnvoll ist. Dem neuen Verteidigungsminister Franz Josef Jung wird viel Ärger erspart, weil er die Chance zur Nachbesserung hat. In der vorliegenden Form ist das neue Weißbuch insbesondere für christliche Soldaten kaum akzeptabel. Im Folgenden werden einige Steine des Anstoßes diskutiert.

### Fast ausschließliche Betonung deutscher Interessen

Wesentlich stärker als das letzte Weißbuch von 1994 geht der neue Entwurf auf die nahezu ausschließliche Wahrung deutschen Interessen bei der Sicherheitspolitik ein. Dies kommt besonders in folgenden Aussagen zum Ausdruck:

- „Vorrangige Interessen deutscher Sicherheitspolitik bestehen darin, die europäische sowie transatlantische Sicherheit und Stabilität zu stärken, den Wohlstand des Landes durch einen freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen, Krisen und Konflikte, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen, vorbeugend einzudämmen und zu bewältigen, ...“ (WBn S. 9)
- „Die Vertiefung und Entwicklung guter Beziehungen zu strategischen Schlüsselstaaten in den verschiedenen Regionen, Beiträge zur Bewältigung von Krisen und Konflikten sowie zur Förderung regionaler Stabilität sind wichtige Handlungsfelder deutscher Sicherheitspolitik. Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich insbesondere den Regionen, in denen

kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“ (WBn S. 12)

- „Staatsversagen und Staatszerfall, gleichermaßen Ursachen wie Folgen solcher Entwicklungen, sowie eine unkontrollierte Migration können zur Destabilisierung ganzer Regionen beitragen und die internationale Sicherheit massiv beeinträchtigen. Europa und Deutschland besitzen nach wie vor eine hohe Anziehungskraft für Menschen, die ihre Heimat aufgrund

von Verfolgung, Armut, Hunger oder anderen Notlagen verlassen, um durch Migration ein besseres Leben zu suchen.“ (WBn S. 7)

- „Die innenpolitischen Folgen unkontrollierter Migration als Folge von Flüchtlingsbewegungen sind ein aktuelles und wachsendes Problem der europäischen Gesellschaften, denn große Ströme von Bürgerkriegsflüchtlings, Armuts- und Wirtschaftsmigranten können die Integrationsfähigkeiten von Gesellschaften überfordern und das Zusammenleben belasten.“ (WBn S. 8)
- „Es gilt, Krisen und Konflikten rechtzeitig dort zu begegnen, wo sie entstehen, und dadurch ihre negativen Wirkungen von Deutschland und seinen Bürgern möglichst weit gehend fernzuhalten.“ (WBn S. 8 unten)

### Die Legitimität von Interessen

Bei aller Kritik am Entwurf zum neuen Weißbuch sollte jedoch Fol-

Bei einer Lehrvorführung im Mai 2006 auf dem Truppenübungsplatz wurde die neueste Ausrüstung der Panzergrenadiere vorgestellt: Am Helm das integrierte Nachtsichtgerät, Bewaffnung ein Schnellfeuerwaffe mit verbesserter Zieloptik und Nachtsichtfähigkeit, verstärkter Splitterschutz.

Foto: Klaus Liebetanz



gendes unbestritten sein: Es ist legitim und sinnvoll, eigene Interessen zu formulieren. Auch aus moraltheologischen Gründen gibt es keine Einwände, da bekanntlich die „wohlgeordnete Nächstenliebe“ bei sich selbst beginnt und das zweite jüdisch-christliche Hauptgebot ausdrücklich lautet: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Kritisch und u.U. verwerflich wird es nur, wenn die eigenen Interessen zur ausschließlichen Richtschnur eigenen Handelns werden. In diesem Zusammenhang lässt folgender Satz im Weißbuch neu aufhorchen:

„Deutschland setzt als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillen und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente ein. Dazu gehören auch militärische Mittel. Militärische Einsätze sind mit Gefahren für Leib und Leben verbunden und können weit reichende politische Folgen nach sich ziehen. Deshalb ist in jedem Einzelfall eine klare Antwort auf die Frage notwendig, inwieweit Interessen Deutschlands den Einsatz erfordern und rechtfertigen.“ (WBn S. 9)

### **Das katastrophale Beispiel amerikanischer Sicherheitspolitik**

Als Ergebnis der Erfahrungen des US-amerikanischen Engagements in Haiti, Somalia, Nord-Irak und im ehemaligen Jugoslawien hat die Clinton-Administration die Präsidentenweisung Nr. 56 „über das Krisenmanagement bei Komplexen Operationen“ im Mai 1997 herausgegeben. Absicht dieser Präsidentenweisung (PDD 56) ist es, bei einem plötzlich auftretenden Krisen- und Konfliktfall auf nationaler Ebene rasch ressortübergreifende, effektive Krisenteams zu bilden, die als integrierte Stäbe weltweit operieren können, um amerikanische Interessen zu vertreten. Es werden interministerielle Arbeitsgruppen gebildet. Diese haben den politisch-militärischen Implementierungsplan (Pol-Mil Plan) zu erarbeiten. Wesentlicher Punkt – gleichsam als *conditio sine qua non* – ist die klare Feststellung der nationalen Interessenlage.

Wie verheerend sich die Ausrichtung des politischen und militäri-

schen Handelns ausschließlich nach der nationalen Interessenlage auswirkt, zeigt das Versagen der Vereinigten Staaten beim Völkermord in Ruanda. Die Amerikaner verzögerten im Sicherheitsrat eine rasche Verstärkung der UNAMIR-Truppe, um den Angriff der amerikafreundlichen „Patriotischen Front“ nicht zu unterbrechen, mit deren Hilfe schließlich auch der Kongo erobert werden konnte. Der völkerrechtswidrige Angriff der Vereinigten Staaten auf den Irak in 2003 ist auch nach den Grundsätzen der PPD 56 durchgeführt worden. Zum Pol-Mil Plan gehört unter anderem auch die medien-gerechte und propagandistische Vorbereitung eines Angriffskrieges, um eigene nationale Interessen durchzusetzen.

### **Die Grundgesetzformulierung „Dem Frieden in der Welt zu dienen“ fällt weg**

Das Weißbuch 94 beginnt noch das 3. Kapitel „Die Konzeption deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ mit folgendem Satz: „Die Präambel des Grundgesetzes bestimmt für Deutschland das außen- und sicherheitspolitische Ziel, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen. Aus dem Grundgesetz ergibt sich die Schutzverpflichtung und Gestaltungsaufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.“

Das neue Weißbuch meidet den Satz „dem Frieden in der Welt zu dienen“ und ersetzt ihn durch eine neue Formulierung, nämlich: „Sie (die deutsche Sicherheitspolitik, Anm. d.V.) dient den Menschen in Deutschland.“ (WBn S. 7)

Es ist völlig unverständlich, warum ausgerechnet ein CDU/CSU-geführtes Ministerium auf diese fundamentale Formulierung aus der Präambel des Grundgesetzes verzichtet. Schließlich waren es doch die Vertreter der CDU/CSU im Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee in Bayern, die sich im Herbst 1948 so vehement für die Formulierung „dem Frieden in der Welt zu dienen“ eingesetzt und obendrein mit der religiösen Beteuerungsformel „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ versehen haben (s. „Sicherheitspolitische Be-

trachtung zur Präambel des Grundgesetzes“, S. 20 f.).

Damit entspricht das Weißbuch in seiner derzeitigen Fassung nicht dem christlichen Wertverständnis des Soldaten, wie es das 2. Vatikanische Konzil in Nr. 79 von „Gaudium et spes“ wie folgt formuliert hat: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

### **Die Bedeutung der Friedenskonsolidierung nicht thematisiert**

Das Weißbuch neu erwähnt den Begriff der Friedenskonsolidierung eher beiläufig in einer Aufzählung. Es hat die hervorragende Bedeutung der „Friedenskonsolidierung in der Nachkriegsphase“ nicht erkannt. Gerade in Staaten, die durch einen langen, verheerenden (Bürger-) Krieg zermüht und ausgeblutet sind, besteht die große Chance – vergleichbar wie in Deutschland – zu einem sich selbst tragenden Friedensprozess zu kommen. Das setzt allerdings voraus, dass eine konzertierte Aktion aller deutscher Ressorts durchgeführt wird. Wenn ein deutscher militärischer Einsatz nicht durch massive und nachhaltige Entwicklungshilfe und eine effektive Ausbildung der lokalen Polizei unterstützt wird, gerät die militärische Mission zu einem bloßen Aktivismus oder zum reinen Showbusiness. Die eklatante Schiefelage bei der derzeitigen Friedenskonsolidierung wird übergangen. (vgl. „Die Schiefelage der Friedenskonsolidierung in Afghanistan – eine Herausforderung für die große Koalition“ im AUFTRAG 261; S. 38 ff.) Kronzeuge für die Schiefelage in Afghanistan ist der UNO-Sonderbeauftragte für diese Region, Tom Koenigs (Grüne), der sich in einem Spiegel-Interview Anfang August 2006 wie folgt äußerte: „Sie (die Erwartungen in Afghanistan, Anm. d. Verf.) waren schlicht zu hoch, weil nach dem Sieg über die Taliban 2001 alles so gut angefangen hatte. Daraufhin hat die Staatengemeinschaft in gefährlicher Weise an Personal und Geld gespart, z.B. beim Aufbau einer afghanischen Polizei.“

Nach seiner Auffassung ist auch die afghanische Armee viel zu schwach (*Der Spiegel* 32/ 2006, S. 104 ff.).

### **Neugewichtung der finanziellen Mittel in der Phase der Friedenskonsolidierung**

Ziel der Friedenskonsolidierung ist ein sich selbst tragender Friedensprozess, der vor allem mit zivilen Mitteln erreicht werden muss. Andernfalls wird der Soldat – wie in Afghanistan – zu einem Lückenbüßer von verfehlter und halbherziger Politik. Langfristig muss es daher der Bundesregierung in den nächsten neun Jahren gelingen, das Verhältnis der finanziellen Verteilung in der Friedenskonsolidierung – nach Beendigung akuter Kämpfe – wie folgt zu gestalten:

- 20% der Mittel für militärische Absicherung,
- 20% für die effektive und rechtstaatliche Ausbildung der lokalen Polizei,
- 40% für entwicklungspolitische Maßnahmen, wie vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen und schließlich
- 20% der Mittel für den demokratischen Staatsaufbau, für Friedensfachkräfte und für humanitäre Hilfe.

Nur so lässt sich eine nachhaltige Wirkung der Friedenskonsolidierung erreichen. Hier ist die große Koalition und der Deutsche Bundestag gefordert, wenn sie dem verfassungsgemäßen Auftrag, dem Frieden in der Welt zu dienen, nachkommen wollen. Das dies langfristig auch Deutschland dienen wird, steht außer Frage.

Der mehrfache Hinweis im Weißbuch neu auf den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ ist wenig hilfreich, so lange dieser „Aktionsplan“ nur mit sehr marginalen Finanzmitteln ausgestattet ist und in Nr. 139 desselben eine Verstetigung dieser geringen Mittel festgeschrieben wird. Damit ist genau genommen, der Aktionsplan derzeit das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben wurde. Der Aktionsplan war nach Aussage von Fachleuten eher „weiße Salbe für grüne Seele“ wegen des von den Grünen verantworteten Kosovokrieges und ist in der Folgezeit nicht ernsthaft mit Leben erfüllt worden.

### **Zunehmend entwurzelte Soldatenfamilien**

Das Weißbuch neu widmet ein ganzes Kapitel der Umwandlung der Bundeswehr von einer reinen Verteidigungsarmee zu einer weltweit operierenden Einsatzarmee. Das ist legitim und folgerichtig. Es beachtet jedoch nicht ausreichend, dass im Zuge des hohen Tempos der „Transformation“ die Soldatenfamilien auf der Strecke bleiben. Nach Aussagen von Oberst Richard Schmitt, dem Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten, auf dem diesjährigen Katholikentag in Saarbrücken ziehen 80% der Soldatenfamilien nicht mehr um, wenn der Vater versetzt wird. Hinzu kommt eine hohe Scheidungsrate der Soldaten. Die Masse der Soldatenkinder wachsen praktisch ohne Vater auf. Die Entwurzelung der Soldaten nimmt zu und damit auch der Zynismus. Ein zynischer Soldat ist in der Regel kein guter Soldat für den Frieden. Hier muss die Bundeswehr mit geeigneten Maßnahmen energisch gegensteuern.

### **Vermehrte Ausbildung von lokalen Soldaten**

Anfang der Neunziger Jahre haben deutsche Hilfsorganisationen, wie das Deutsche Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk Hunderte von deutschen Helfern in die Katastrophengebiete entsandt. Dies stellte sich als unzumutbar heraus, weil es genügend geeignetes lokales Personal in den betreffenden Regionen gab. Außerdem widersprach es dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe und damit der Nachhaltigkeit. Heute bin ich als Prüfer für Projekte der deutschen humanitären Hilfe froh, wenn ich weltweit vor Ort überhaupt noch einen deutschen Projektleiter antreffe. Und das Erstaunliche ist, alles läuft viel besser und preisgünstiger. Davon sollte auch die Bundeswehr lernen. Es ist nicht einzusehen, warum deutsche Soldaten hauptsächlich Checkpoints und Patrouillen im Ausland betreiben sollen. Wenn man richtigerweise davon ausgeht, mindestens 10-15 Jahre in den Krisenregionen militärisch präsent zu bleiben, muss die Bundeswehr in viel stärkerem Maße als bislang einheimische Verbände aus-

bilden (s.o. Aussagen von Tom Koenigs). Afghanistan ist ein bitterarmes Land. Es ähnelt im Gegensatz zum Kongo einer braunen Mondlandschaft ohne nennenswerte Bodenschätze. Das einzige, was Afghanistan besitzt, sind hervorragende und mutige Kämpfer. Schließlich haben sie die Russen und Engländer besiegt. Davon zeugt noch heute eine erbeutete englische Kanone vor der wunderschönen und prachtvollen „Blauen Moschee“ in Herat. Die Freiheit und Sicherheit eines Landes muss in erster Linie durch das Blut der lokalen Soldaten erkämpft werden. Deutsche Soldaten können sie durch technische Ausbildung und Ausrüstung unterstützen. Sie sollen aber auf keinen Fall die Hausaufgaben der ANA (Afghan National Army) und der afghanischen Polizei machen. Mit anderen Worten:

Es kommt darauf an, die Fähigkeiten des Partners zu stärken und nicht alles allein machen zu wollen. Auch militärische Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen, andernfalls wird die Bundeswehr zur Besatzungsarmee. Die Stärkung der lokalen Streitkräfte wäre allemal preiswerter und nachhaltiger. Wenn man den einheimischen Kräften jedoch grundsätzlich misstraut, kann man den Friedensprozess ohnehin vergessen. Auf jeden Fall könnte man so die Anzahl deutscher Soldaten im Ausland reduzieren und ihrer Entwurzelung entgegenwirken.

### **Abschließende Bemerkungen**

Die Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und insbesondere Bundesminister Dr. Jung sollten es sich wirklich gut überlegen, ob sie den vorliegenden militärisch-technokratischen Entwurf des Verteidigungsministeriums so passieren lassen wollen. Außerdem ist zu hoffen, dass das AA und das BMZ die notwendigen Klarstellungen beibringen. Es wird spannend zu verfolgen, wie sich der vorliegende Entwurf zum endgültigen Weißbuch 2006 weiterentwickelt. Dann wird sich auch zeigen, ob christliche Soldaten überhaupt noch guten Gewissens CDU/CSU wählen können. □



INTERVIEW MIT DER PARLAMENTARISCHEN STAATSEKRETÄRIN KARIN KORTMANN (SPD):

## „Gegenseitiges Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit und Bundeswehr ist gewachsen“



*AUFTRAG: Der Entwurf des neuen „Weißbuches zur Sicherheitspolitik Deutschlands“ aus dem Verteidigungsministerium betont fast ausschließlich die Förderung deutscher Interessen. Ist für das BMZ die Richtschnur des Handelns ausschließlich von der deutschen Interessenlage abhängig. Gibt es noch andere Motive für das politische Handeln?*

**PStS Kortmann:** Zunächst einmal möchte ich auch für die Arbeit des BMZ in Anspruch nehmen, dass sie im Interesse Deutschlands liegt. Die Förderung nationaler Interessen ist für eine Regierung ja zunächst einmal auch nichts Ungewöhnliches, zumal unsere Verfassung die Bundesregierung ja explizit auffordert, zum Wohle des deutschen Volkes zu agieren. Und dass die Bekämpfung der weltweiten Armut, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sowie die Stabilisierung von fragilen Staaten auch unsere nationalen Interessen berühren, wird heute niemand mehr ernsthaft in Frage stellen wollen.

Regierungshandeln orientiert sich nicht allein an der nationalen Interessenlage, sondern wird immer auch durch eine ethische Komponente geprägt, also der Frage, welche Ziele wir verfolgen und auf welche Art und Weise wir diese erreichen wollen.

Dass der Entwicklungspolitik von der Öffentlichkeit dabei häufig mehrere Grundsätze zugeschrieben werden als anderen Politikfeldern, hat meines Erachtens damit zu tun, dass unser Wirken vor allem den Be-

**D**ie nachfolgenden Fragen des AUFTRAGS an die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Kortmann aus dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellte Klaus Liebetanz, Major a.D. und Mitglied im GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“. Karin Kortmann war in der Zeit von 1990-1997 Vorsitzende des Bundes der Katholischen Jugend (BDKJ).

nachteiligten auf dieser Welt zugute kommen soll. Unsere Partner zählen in aller Regel nicht zu den Mächtigen dieser Welt, sondern sind Staaten, in denen Menschen tagtäglich um ihr Existenzminimum kämpfen müssen, von Krankheiten, Vertreibungen und Verletzungen ihrer Würde bedroht sind, deren Regierungen nicht im Stande sind, so elementare Grunddienste wie Gesundheitsversorgung, Schulbildung oder sauberes Wasser zur Verfügung zu stellen. Es ist auch unbestreitbar, dass der Motivation der in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Menschen, im BMZ, aber auch in den vielen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen, ein starkes karitatives Element innewohnt.

Das vielleicht charakteristischste Merkmal der Entwicklungszusammenarbeit ist ihre Partnerorientierung. Uns geht es nicht um die schlichte Übertragung westlicher Konzepte, sondern um die gemeinsame Entwicklung von Lösungsansätzen auf gleicher Augenhöhe. Dieses Prinzip hat mit dem umfassenden Sicherheitsbegriff auch seinen Eingang in die Sicherheitspolitik gefunden. Sicherheit kann auf Dauer nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden. Dies setzt voraus, dass wir auch die Gefährdungen für unsere Partnerländer ernst nehmen, und es wird klar, dass Armut und die Befriedigung elementarster Grundbedürfnisse hier eine besondere Rolle spielen.

*AUFTRAG: Die Auslandseinsätze der Bundeswehr (Bw) bezog sich in den letzten zwölf Jahren zu 99 % auf die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (z.B. auf dem Balkan, in Afghanistan und jetzt im Kongo). Wie sehen Sie das Verhältnis von deutschen Streitkräften im Ausland*

*und dem BMZ?*

**PStS Kortmann:** Der Krieg auf dem Balkan und mehr noch die Bemühungen um die Stabilisierung und den Wiederaufbau Afghanistans haben Bw und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vor bis dato unbekannte Herausforderungen gestellt. Nie zuvor haben deutsche Soldaten und zivile Aufbauhelfer derart eng auf ein gemeinsames Ziel hin kooperieren müssen. Da ist es nur natürlich, wenn angesichts unterschiedlicher Organisationsstrukturen und -kulturen ein funktionales Rollenverständnis sich nicht von heute auf morgen herausbildet und alles reibungsfrei läuft. Die Kritik, die von vielen Seiten zu Beginn des deutschen Afghanistan Engagements an der Kooperation zwischen Bundeswehr und EZ geäußert wurde, ist meines Erachtens heute aber weitgehend verstummt. Ohnehin hat die Zusammenarbeit vor Ort viel besser geklappt, als mancher es zu Hause wahrhaben wollte.

Das Wichtigste aber ist doch, dass das gegenseitige Verständnis gewachsen ist. Wir sind uns alle im Klaren darüber, dass die Herausforderungen in Nachkriegsgesellschaften nicht (allein) militärisch zu lösen sind. Unbestreitbar ist aber auch, dass ziviler Wiederaufbau ein Mindestmaß an Sicherheit voraussetzt. Das Prinzip „GEMEINSAME VERANTWORTUNG, GETRENNTE VERANTWORTLICHKEITEN“ beschreibt meines Erachtens den Weg, den wir weiter gehen sollten, recht gut.

Übrigens: Um dieses gegenseitige Verständnis auch weiterhin zu fördern, haben das BMVg und das BMZ einen Personalaustausch vereinbart. Bereits heute versieht ein Offizier seinen Dienst im BMZ, und eine BMZ-Kollegin tut das Gleiche auf der Hardthöhe.



*AUFTRAG: Das Ziel der Friedenskonsolidierung ist ein sich selbst tragender Friedensprozess in der betreffenden Region. Dieses Ziel kann nur durch zivile Maßnahmen erreicht werden. Streitkräfte können diesen Prozess absichern und sind auch häufig eine „conditio sine qua non“, aber sie können den Prozess nicht gestalten. Aus der Natur der Sache kommt daher dem BMZ in der Friedenskonsolidierung eine Schlüsselrolle zu. Wird das im BMZ erkannt und spielt das BMZ in Zukunft eine größere Rolle bei der Friedenskonsolidierung?*

**PStS Kortmann:** Aber natürlich wird das im BMZ erkannt. Wir sind doch heute bereits in einer ganzen Reihe von Ländern tätig, die einen Konflikt hinter sich haben. Neben dem Balkan und Afghanistan sind dies vor allem die Länder in der Region der Großen Seen und in Westafrika. Wir unterstützen die Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten, fördern nationale Versöhnungsprozesse und helfen beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, ohne die ein normales Wirtschaftsleben nicht in Gang kommen kann. Im Rahmen unserer entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe stehen uns in diesem Jahr wie auch in den vergangenen Jahren rd. 88,5 Mio. • zur Verfügung, die u.a. für die Unterstützung von Flüchtlingen und Intern Vertriebenen und die Überbrückung von Nahrungsmittelengpässen verwandt werden können. Mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) haben wir zudem ein Personalentsendeinstrument, das eigens für die Aufgabe der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung geschaffen wurde. Seit Beginn des Programms wurden 236 Friedensfachkraftstellen in 39 Ländern bewilligt. Derzeit befinden sich 122 Friedensfachkräfte im Einsatz.

Wir sollten unseren Blick aber nicht nur auf jene Länder verengen, die gerade einen gewaltsamen Konflikt hinter sich haben. Es geht uns ja auch um die Prävention von gewaltsamen Konflikten. Wir wissen, dass die Art und Weise, wie der Staat mit seinen Bürgern umgeht, großen Einfluss darauf hat, ob sich latente Konflikte in gewaltsame Auseinandersetzungen entladen. Demokratische Reformen, rechtsstaatliche Verfahren, die Achtung der Menschenrechte

und die Bekämpfung der Korruption, mithin das, was wir Good Governance nennen, hat erheblichen Einfluss auf die Stabilität von Gesellschaft und Staatswesen. Das BMZ hat die Zusammenarbeit in diesen politischen Bereichen in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Rund ein Viertel unserer bilateralen Zusagen fließen dorthin. Die Unterstützung von Justizreformen oder die Begleitung von Reformen des Sicherheitssystems sind Beispiele hierfür.

*AUFTRAG: Langfristig muss es der Bundesregierung, gelingen, das Verhältnis der finanziellen Verteilung in der Friedenskonsolidierung nach dem Abflauen der Kämpfe wie folgt zu gestalten: 20 % der Mittel für militärische Absicherung, 20 % für die effektive und rechtsstaatliche Ausbildung der lokalen Polizei, 40 % für entwicklungspolitische Maßnahmen, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und schließlich 20 % der Mittel für den demokratischen Staatsaufbau, für Friedensfachkräfte und für humanitäre Hilfe. Halten sie diese Verteilung für realistisch? Was muss sich in der großen Koalition ändern, damit dieses Ziel erreicht werden kann?*

**PStS Kortmann:** Ich halte es für problematisch, finanzielle Richtgrößen für einzelne Komponenten der Friedenskonsolidierung zu benennen. Dazu ist jeder einzelne Fall zu unterschiedlich, und auch die Rolle, die die Bundesregierung jeweils übernehmen will, muss ja keineswegs das gesamte Spektrum der Friedenskonsolidierung umfassen. Aber dass die Vernachlässigung des zivilen Wiederaufbaus für das Scheitern vieler Frieden unterstützender Maßnahmen der VN verantwortlich war und er hinfort gestärkt werden muss, hat der vom UN-Generalsekretär in Auftrag gegebene Brahimi-Report aus dem Jahr 2000 hinreichend deutlich gemacht. Das Problem ist doch, dass Militäreinsätze in aller Regel sehr kostenintensiv sind und die Leistungsfähigkeit – oder Bereitschaft – der internationalen Gemeinschaft für umfassende Wiederaufbauprogramme dann schnell an ihre Grenzen stößt. Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, dass wir den Einsatz des Militärs immer als ultima ratio betrachten und zu allererst versuchen müssen, ihn durch Maßnahmen der zivilen Krisenprävention

überflüssig zu machen. Genau dieses Ziel verfolgt der noch von der Vorgängerregierung verabschiedete Aktionsplan Zivile Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, zu dem sich auch die Koalition bekennt.

*AUFTRAG: Die Bundesregierung beteiligt sich jährlich mit ca. 80 Mio. • an der militärischen Absicherung in der DR Kongo (MONUC). Der kommende Einsatz der Bw im Kongo wird in diesem Jahr weitere 60 Mio. • kosten. In welchem Maße wird sich das BMZ schon jetzt am Aufbau dieses durch den „afrikanischen Weltkrieg“ zerstörten und durch das organisierte Verbrechen ausgeplünderte Land beteiligen? Welche Maßnahmen sind für die Zeit nach der erfolgten demokratischen Wahl geplant. Werden die bislang in den letzten Jahren gesperrten finanziellen EZ-Mittel für die DR Kongo nunmehr in vollem Maße eingesetzt?*

**PStS Kortmann:** Deutschland hat seine bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit der DR Kongo auch während der Bürgerkriege der 1990er Jahre nicht völlig ausgesetzt. Zu dieser Zeit und bis 2001 konzentrierten sich die deutschen Aktivitäten auf humanitäre Maßnahmen mit dem Ziel die Basisversorgung der Menschen herzustellen und auf die Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfekräfte der Zivilgesellschaft.

Die offizielle Wiederaufnahme der EZ erfolgte mit dem Besuch von Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul bei Staatspräsident Kabila im Herbst 2004. Damals wurden die bis dahin „eingefrorenen“ Mittel für die finanzielle Zusammenarbeit in Höhe von ca. 65 Mio. • freigegeben. Zusätzlich wurden in den Jahren 2004 und 2005 ca. 30 Mio. • für Maßnahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit neu zugesagt, außerdem wurden in diesen beiden Jahren über 12 Mio. • für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Nothilfe bereitgestellt.

Die Aktivitäten der deutschen EZ in der DR Kongo sind derzeit breit gefächert. Der Schwerpunkt liegt in der Stabilisierung des Übergangsprozesses und der Reintegration von Ex-Kombattanten, Kindersoldaten, Kriegsopfern und Vertriebenen. Außerdem unterstützen wir den Wahlprozess sowohl über den gemeinsam von UNDP verwalteten

Fonds als auch im Rahmen unserer bilateralen Zusammenarbeit. Aus der Vergangenheit herrührende Vorhaben in der Gesundheitsversorgung und HIV/AIDS-Bekämpfung, der Wasserver- und -entsorgung sowie zur Förderung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft führen wir fort.

Nach erfolgreich verlaufenen Wahlen wird die DR Kongo ihren für die Bundesregierung hohen politischen Stellenwert beibehalten. Es würde unserer eigenen Politik allerdings entgegenlaufen, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt und einseitig über Schwerpunkte der Zusammenarbeit entscheiden würden. Klar ist, dass wir unser bilaterales Programm auf der Grundlage der Armutsbekämpfungsstrategie der DR Kongo vereinbaren und in die Arbeitsteilung mit anderen Gebern einpassen werden.

**AUFTRAG:** Was halten Sie von der britischen Idee, bei Friedenseinsätzen in der Konsolidierungsphase einen gemeinsamen Finanzpool für militärische und entwicklungspolitische Maßnahmen im Bundeshaushalt vorzuhalten?

**PStS Kortmann:** Die hinter den britischen Conflict Prevention Pools stehende Idee, durch das Pooling von Haushaltsmitteln und die gemeinsame Entscheidung über ihre Verwendung die ressortübergreifende Strategiebildung zu verbessern, halte ich grundsätzlich für interessant. Allerdings sind die Voraussetzungen hierfür in Großbritannien und Deutschland doch sehr unterschiedlich hinsichtlich der Organisation der Regierung sowie der haushaltsrechtlichen, politischen und finanziellen Voraussetzungen. In Großbritannien stockt z.B. das Finanzministerium die von den einzelnen Ressorts zur Verfügung gestellten Mittel erheblich auf, eine Konstruktion, die mir in Deutschland gegenwärtig wenig realistisch erscheint.

Ich glaube auch nicht, dass das Pooling von Haushaltsmitteln eine Voraussetzung für ein kohärentes und effizientes Herangehen an Maßnahmen der Krisenprävention und Friedensentwicklung ist, wenngleich hier sicherlich noch Verbesserungen durch die Bundesregierung im Hinblick auf ressortübergreifende Konzepte möglich sind. Das Drei-Säulen-Konzept der Bundesregierung für

den Wiederaufbau in Afghanistan zeigt meines Erachtens, dass Strategiebildung auch ohne eine besondere haushaltstechnische Konstruktion möglich ist. Der von uns gewählte Ansatz, zur Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der Krisenprävention ist eher anlass- und projektbezogen. So haben wir zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in Indonesien ein ressortübergreifendes Konzept erarbeitet, in dem jedes Ressort seine komparativen Stärken und die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel eingebracht hat. Die Implementierung der einzelnen Maßnahmen und die Steuerung des Mitteleinsatzes werden von den Ressorts gemeinsam wahrgenommen. Einen ähnlichen Ansatz haben wir auch bei einem Projekt zur Stärkung westafrikanischer Fähigkeiten zur Friedenssicherung gewählt.

Der Ressortkreis Zivile Krisenprävention, der mit der Steuerung beider Vorhaben betraut ist, wird die Erfahrungen auswerten und auf dieser Grundlage Empfehlungen für die Steuerung des Mitteleinsatzes im Bereich der Krisenprävention erarbeiten.

**AUFTRAG:** Zum Abschluss möchten wir Ihnen noch eine persönliche Frage stellen. Sie waren von 1990 bis 1997 die Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Finden Sie bei Ihrer Tätigkeit als Parl. Staatssekretärin im BMZ überhaupt noch Zeit zum Gebet und/oder zur Meditation? Mit anderen Worten: Gibt Ihnen Ihr christlicher Glaube Kraft und Motivation für die enormen Anforderungen Ihres neuen Amtes?

**PStS Kortmann:** Mit dem neuen Amt, bin ich doch kein neuer Mensch geworden. Das was mich als Person prägt, mir Halt gibt, mein Leben begleitet, gehört auch zu mir, wenn ich das BMZ betreue. Bei all dem Elend, das ich bei meinen Reisen in die Entwicklungsländer sehe, werde ich demütiger und dankbarer für all das, was ich an Frieden und Sicherheit, Glück, Liebe und Geborgenheit erlebe. Und ich vertraue auf die Kraft der Einsicht, dass Ungerechtigkeiten zu überwinden sind. Dazu erlebe ich ebenso viele beglückende Beispiele auf meinen Reisen. Das da auch manches Gebet, sowohl bittend wie dankend gesprochen wird, das ist für mich selbstverständlich. □

#### GEFUNDEN:

#### Gewissensschutz

**S**oldaten auf Zeit, die nach Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus der Bundeswehr entlassen werden, dürfen nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) nicht in einem unverhältnismäßigen Ausmaß zur Erstattung ihrer Ausbildungskosten herangezogen werden. Das Gericht entschied in Leipzig über die Klagen zweier Luftwaffenoffiziere, die nach Abschluss ihrer Ausbildung zum Flugzeugführer auf dem Transportflugzeug „Transall“ den Kriegsdienst verweigert hatten. Daraufhin waren beide zur Erstattung von 94.000 Euro (bei Gesamtkosten der Ausbildung von jeweils rund 600.000 Euro) herangezogen worden.

Die Gewissensentscheidung, die es den Klägern unmöglich gemacht habe, im Soldatenverhältnis zu verbleiben und so der Erstattungspflicht zu entgehen, stellt nach Auffassung des Gerichts, das eine anders lautende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts aufhob, eine besondere Härte dar. Die Behörde müsse deshalb die Erstattungsverpflichtung reduzieren. In welchem Umfang das zu geschehen hat, hängt davon ab, welche Beträge die Kläger dadurch erspart haben, dass sie diese Fähigkeiten und Kenntnisse bei der Bundeswehr und nicht auf eigene Kosten in einer zivilen Ausbildungseinrichtung erworben haben. Der zu erstattende Betrag darf, betonte das Bundesverwaltungsgericht, dabei nicht so hoch sein, dass er von der Stellung eines Antrags auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer abschreckt (BVerwG 2 C 18.05 und 2 C 19.05 – Urteile vom 30. März 2006). – Die Zentralstelle für Recht und Schutz von Kriegsdienstverweigerern begrüßte das Urteil. Dadurch werde die Gewissensfreiheit der Soldaten gestärkt. (KNA)

## GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

Postfach 64 02 32 + 10048 Berlin

An den  
Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz  
S. Eminenz  
Karl Kardinal Lehmann  
Postfach 29 62  
53113 Bonn

Eminenz, sehr verehrter Herr Bischof,

die Deutsche Bischofskonferenz hat sich am 29. November 2005 mit der Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr „Soldaten als Diener des Friedens“ an die Öffentlichkeit gewandt.

Als Gemeinschaft Katholischer Soldaten- GKS sind wir sowohl als katholischer Verband als auch als Soldaten der Deutschen Bundeswehr unmittelbar angesprochen.

Im Namen der Mitglieder des Verbandes möchte ich mich mit diesem Schreiben für die Sorge und die gesellschaftliche Verantwortung, die in der Erklärung zum Ausdruck kommen, von Herzen bedanken. Die GKS will an der Diskussion über die Erklärung teilnehmen, dies umso mehr, als Bundespräsident Horst Köhler den öffentlichen Diskurs über die Bundeswehr und deren risikoreiche Auslandseinsätze angemahnt hat und dabei vom Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages im Jahresbericht 2005 unterstützt wurde.

## 1. Anlass und Entstehen der Erklärung

Nachdem die deutschen Bischöfe mit den großen Erklärungen „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1983) und „Gerechter Friede“ (2000) zu sicherheitspolitischen und friedensethischen Fragen Stellung genommen hatten, kann diese Erklärung mit Fug und Recht als außergewöhnlich bezeichnet werden. Erstmals sind die Streitkräfte unseres Landes selbst Gegenstand der Erörterung der bischöflichen Synode.

Der katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und die Deutsche Kommission „Justitia et Pax“, in der die deutschen Soldaten durch Herrn Generalleutnant Karl-Heinz Lather vertreten werden, haben ihren Einfluss und ihre Sachkenntnis bei der Entstehung dieser wertvollen Erklärung eingebracht.

Mit dem ursprünglichen Untertitel „Welche Bundeswehr wollen wir?“ rückt der eigentliche Anlass für die Beschäftigung mit einer staatlichen Institution in den Blick: Einerseits war sicherlich das Jubiläum „50 Jahre Bundeswehr“ Grund genug, sich mit den Streitkräften in unserem wiedervereinigten Vaterland zu beschäftigen, andererseits aber bereiten Ereignisse in der Bundeswehr und ihr weltweiter Einsatz Sorge.

## 2. Stellungnahme der GKS

Wir unterstützen die Ausführungen und Wertungen mit allem Nachdruck.  
Hervorzuheben sind aus unserer Sicht folgende Aspekte:

### 2.1 Berufsethos und ethische Bildung

Im Kapitel 2.2.3 „Soldatisches Selbstverständnis angesichts von Individualisierung und Pluralisierung der Wertorientierungen“ sind die Kernfragen unserer „modernen“ Gesellschaft – und somit auch der Bundeswehr als deren Spiegelbild – in prägnanter Weise angesprochen. Insbesondere die Frage nach der Vereinbarkeit des Neutralitätsgebotes des Staates auf weltanschaulichem Gebiet mit der Idee des „Staatsbürgers in Uniform“ als berufsethischem Leitbild für die Streitkräfte muss in der Tat mit einem eindeutigen Bekenntnis zu den Grundsätzen der Inneren Führung, die vom christlichen Menschenbild und leidvoller Geschichtserfahrung geprägt sind, beantwortet werden. Die Einsicht in diese Zusammenhänge ist seit über 50 Jahren Bildungsziel der Bundeswehr, insbesondere durch Politische Bildung. Ohne die Rückbindung (re-ligio) allgemeingültiger Werte und Normen an die letzte, die göttliche Instanz bleiben diese Erziehungsziele jedoch letztlich unverbindlich und hohl („soft“ siehe 2.1.3). Die zu Recht eingeforderten und von ministerieller Seite



Bundesvorsitzender

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

Am Weidendamm 2  
10117 Berlin

Telefon 030/20619990

Fax 030/20619991

eMail: gks.berlin@t-online.de

schulmäßig geplanten „umfassenden Bildungsprozesse“ in soldatischer Ethik bedürfen aus unserer Sicht deswegen dringend der geistlichen Begleitung. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Erklärung der Zentralen Versammlung „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ verweisen (siehe Anlage). Dieser Forderung wird in dem aus unserer Sicht recht knapp bemessenen abschließenden Kapitel 3.3 zwar zum Ausdruck gebracht. Es wird aber großer Kraftanstrengung bedürfen, die „Ethische Bildung“ vor dem Schicksal der Politischen Bildung zu bewahren, deren Praxis zu Recht als „bedauerlich“ bezeichnet wird.

## 2.2 Begründungsverpflichtung bei Einsätzen

Dieses vom Bundespräsidenten in seiner bereits weiter oben erwähnten Rede erhobene Postulat steht in engem Zusammenhang mit dem „prekären Moment der Verdrängung“ (2.2.1) der Fragen zur äußeren Sicherheit in unserer Gesellschaft. Da die Frage nach dem legitimen, ethisch verantwortbaren deutschen oder auch europäischen Interesse nur allzu zurückhaltend gestellt wird, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn der Bürger dies als Sache „der Militärs“ abtut und den Soldatinnen und Soldaten das Verstehen der oft sehr komplexen Materie überlässt.

Ethisch wie rechtlich tragfähige Einsatzbegründungen, zu denen der Souverän verpflichtet ist, sind der Schlüssel für die Identifikation der Soldaten mit ihrem Auftrag und damit ein Kernelement der Inneren Führung; das ist zwar aufwändig und fordert hohen Einsatz von der politischen Leitung und der militärischen Führung, ist aber unverzichtbar, wenn die Soldaten einerseits guten Gewissens Gehorsam leisten sollen und andererseits „Tendenzen zur Ausprägung von Söldner- und Kriegermentalitäten“ (2.1.1) wirksam begegnet werden soll.

Die Wehrform hat zwar wesentlichen Einfluss auf das „Innere Gefüge“ der Streitkräfte, sie ist jedoch aus unserer Sicht für das Wesen der Inneren Führung nicht konstitutiv. Obwohl wir eindeutig positiv zur Wehrpflicht eingestellt sind, steht die Wehrpflichtdebatte für uns gegenwärtig nicht im Vordergrund. Ebenso enthalten wir uns einer Stellungnahme zur Frage der Verankerung der Grundsätze der Inneren Führung in einem Bundesgesetz (3.1). Wir halten eine rechtliche Kodifizierung eher für problematisch, da sich Innere Führung weiterentwickelt und sich der Kernbestand der Führungskultur der Bundeswehr kaum auf wenige Normen verdichten lässt.

## 3. Wahrnehmung der Erklärung in Bundeswehr, Kirche und Öffentlichkeit

Ich vermag gegenwärtig noch nicht zu erkennen, dass die Erklärung Zündstoff für Diskussionen geliefert hat, wenngleich das Bischofswort reißenden Absatz findet. Es ist an uns, die Erklärung vor dem Schicksal vieler anderer guter Texte zu bewahren, die mit einem wohlwollenden Kopfnicken in den Bücherschränken verschwanden. Wir werden die Erklärung in unserem Verband breit verteilen und die Diskussion darüber führen.

## 4. Beitrag der GKS - Perspektiven und Vorschläge

Als katholischer Verband wollen wir also unsere Möglichkeiten nutzen, um der Erklärung und damit auch der Inneren Führung Gehör zu verschaffen. Wir wollen aber auch Anregungen geben, die in die Weltkirche hineinreichen. Generalleutnant Karl-Heinz Lather hat in einem Namensartikel in „Die Tagespost“ vom 11. März 2006 einige Wege skizziert, die ich hier aufgreifen möchte:

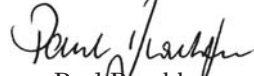
- Unterstützung der jungen Demokratien Osteuropas bei der Entwicklung einer Führungskultur und beim Aufbau einer Militärseelsorge
- Beschäftigung der europäischen Bischofskonferenz mit dieser Thematik
- Erörterung durch die Militärseelsorge auf europäischer Ebene.

Wir werden unseren Einfluss im Apostolat Militaire International – AMI – geltend machen und das Gedankengut der Inneren Führung auch über den europäischen Horizont hinaus verbreiten (siehe AMI-Erklärung „Der katholische Soldat am Beginn des 3. Jahrtausends“ vom 15.11.2000). Die im besten Wortsinn katholische, weltumfassende Verfasstheit unserer Mutter Kirche ermöglicht dies durch die Mitwirkung auf weltkirchlicher Ebene im COIC/CICO.

Ebenso werden wir den innerkirchlichen Dialog mit der internationalen katholischen Friedensbewegung „pax christi“ und die „Lobbyarbeit“ in Gesprächen mit Parlamentariern fortsetzen.

Abschließend darf ich ihnen versichern, dass die GKS auch in Zukunft ihre Arbeit auf der Grundlage des Glaubens und insbesondere der katholischen Friedenslehre fortsetzen wird. Wir werden dabei eng mit der Katholischen Militärseelsorge zusammenarbeiten. Von den Gründern unserer Gemeinschaft haben wir als Erbe übernommen, das im Glauben geschärfte kritische Gewissen der Bundeswehr zu sein und fühlen uns deswegen in besonderer Weise der Inneren Führung verpflichtet.

Ich bitte um Ihr Einverständnis, dieses Schreiben als Anstoß und Beitrag zu einer Debatte in Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft zu veröffentlichen.

  
Paul Brochhagen  
Oberstleutnant



DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ  
DER VORSITZENDE



Herrn  
Oberstleutnant Paul Brochhagen  
Bundesvorsitzender der Gemeinschaft  
katholischer Soldaten  
Postfach 640232

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

Postanschrift  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Ruf 0228-103-0  
Direkt 0228-103-290  
Fax 0228-103-299  
e-mail: Vorsitzender@dbk.de

PA: S 1534 /06

Bonn, den 12.06.2006

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant Brochhagen,

herzlich danke ich Ihnen und der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) für Ihren Brief vom 14. Mai 2006, besonders auch für Ihre freundlichen Glückwünsche zu meinem 70. Geburtstag.

Es freut mich, dass die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz „Soldaten als Diener des Friedens“ vom 29. November 2005 unter den katholischen Soldaten gute Aufnahme gefunden hat. Durch Ihre Kommentare zu der Erklärung fühle ich mich auch in der Einschätzung bestätigt, dass es an der Zeit war, eine solche bischöfliche Orientierung für den soldatischen Dienst vorzulegen und die Grundsätze der Inneren Führung angesichts heutiger Infragestellungen in Erinnerung zu rufen. Einzelfragen wie diejenige, ob es eines Bundesgesetzes zur rechtlichen Stärkung der Inneren Führung bedarf, sollten sicher weiter diskutiert werden. Gerade die Deutsche Kommission Justitia et Pax, die ja auch bei der Vorbereitung der bischöflichen Erklärung wichtige Beiträge geleistet hat, ist ein geeigneter Ort, um die kirchliche Meinungsbildung voranzubringen und zu vertiefen.

Ausdrücklich möchte ich dafür danken, dass Sie die Erklärung „Soldaten als Diener des Friedens“ mit großem Engagement in die deutsche, aber auch in die internationale Debatte hineintragen. Meiner Wahrnehmung nach findet die Diskussion über die hier angesprochenen Themen noch viel zu selten statt, sodass sich die Praxis aus rein „pragmatischen“ Gründen quasi unter der Hand langsam verschiebt. Dieser Tendenz entgegenzutreten, ist eine wichtige Aufgabe. Ich habe daher auch keine Einwände gegen Ihre Absicht, in diesem Zusammenhang auf das an mich gerichtete Schreiben zurückzugreifen.

Mit herzlichen Grüßen und Segenswünschen

Ihr

+ Karl Kard. Lehmann

Karl Kardinal Lehmann



## Eine Leitfigur im Umfeld des zweiten Traditionsstranges der Bundeswehr

Randolph von Breidbach-Bürresheim (1912-1945)

VON ANDREAS M. RAUCH

**O**berleutnant Randolph von Breidbach-Bürresheim gehört zu den Leitbildern des zweiten Traditionsstranges der Bundeswehr. Bekanntlich kennen wir drei Traditionsstränge,

- die preußische Militärreformen (Hardenberg, von Stein),
- das Attentat des 20. Juli 1944 und
- das Konzept der Inneren Führung aus den 50er Jahren.

Breidbach-Bürresheim war eine Randfigur des 20. Juli.

### Ein erster Überblick

Der Lebenslauf des Oberleutnant Dr. iur. Randolph Freiherr von Breidbach-Bürresheim stellt sich dar als ein dramatischer Werdegang. Am 10. August 1912 in Bonn geboren verbringt Breidbach einen großen Teil seines Lebens auf dem großelterlichen Landsitz Burg Satzvey. Aufgrund der politischen und sozialen Spannungen im Deutschen Reich im Kontext des I. Weltkrieges zieht die Familie 1918 auf das Familiengut Schloss Fronberg um. Ab 1922 besucht Breidbach das Humanistische Gymnasium in Metten und macht 1931 auf dem Max-Gymnasium in München sein Abitur. Im gleichen Jahr beginnt er noch sein Jura-Studium.

Mit seinem Beitritt in die Reitertruppe umgeht Breidbach zunächst seine Eingliederung in die SA im November 1933. Nach Ableistung des Militärdienstes legt er 1936 das erste Staatsexamen ab. 1939 wird Breidbach aus der SA ausgeschlossen, unter anderem aufgrund der Inhaftierung des Vaters für einige Tage. Am 16. Mai 1938 legt Breidbach seine Dissertation zum Thema „Die Haftung des Binnenschiffers“ an der Universität Erlangen ab und tritt in

die Kanzlei Dr. Müller („Ochsen-sepp“, Mitbegründer der CSU) in München ein. Im November 1939 wird Breidbach Oberleutnant der Wehrmacht und an die Abwehrstelle München versetzt, wo er geheime Kontakte zum Heiligen Stuhl pflegen kann, um durch die Einschaltung Großbritanniens das Dritte Reich zum Frieden zu zwingen.

Im Frühjahr 1940 nimmt Breidbach am Frankreichfeldzug teil. Im Januar 1941 legt er sein zweites Staatsexamen ab. Danach kehrt er zum Militär zurück. An der Ostfront 1942/43 erkrankt er an Gelbfieber und wird dadurch psychisch und physisch geschwächt. Am 5. April 1943 werden Hans von Dohnanyi, Dietrich Bonhoeffer und Dr. Josef Müller verhaftet, was im Ergebnis zum Auffinden der so genannten „Breidbach-Berichte“, in denen über Verbrechen der Wehrmacht im Osten berichtet wird, in der Kanzlei Dr. Müller führt. Vor diesem Hintergrund wird Breidbach am 5. Mai 1943 verhaftet.

Am 3./4. März 1944 finden in Berlin Gerichtsverhandlungen zum Fall Dr. Müller und Breidbach statt, die mit einem Freispruch enden. Doch vom Reichssicherheitshauptamt wird weiter Haftfortsetzung angeordnet. Im Frühjahr 1944 bittet die Mutter Randolphs Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg – ebenfalls Angehöriger der Reiterstaffel 17 – um Hilfe, der ihr einen positiven Ausgang garantiert. Am 20. Juli 1944 scheitert das Attentat gegen Hitler. Am 6. November 1944 wird Breidbach in das Gestapo-Gefängnis Berlin-Moabit verlegt, um Geständnisse von ihm zu erzwingen, was nicht gelingt. Am 20. Februar 1945 erfolgt ein Sammeltransport von Häftlingen des 20. Juli 1944 in das Konzentrationslager Sachsenhausen, wo Breidbach aufgrund fortschreitender Tuberkulose am 13. Juni 1945 nach Kriegsende im Krankenrevier des ehemaligen KZ verstirbt.

### Herkunft und Jugend

Traum geboren, der Welt ent-rückt, irgendwie unwirklich: so erscheint Burg Satzvey dem Besucher auf den ersten Blick. Zwei bronzene Löwen, Symbole von Macht, Herrschaft und Edelmut, säumen das mittelalterliche Tor von Burg Satzvey – gleichsam als Wächter eines kleinen Paradieses in der Nähe der Stadt Euskirchen bei Bonn. Zugleich betritt der Besucher jenen Ort, in dem Randolph Rudolph Friedrich Hubertus Maria Freiherr von Breidbach-Bürresheim gen. von Riedt zunächst als Kind während des I. Weltkrieges, dann als junger Mann in den 30er Jahren des 20. Jhs. und schließlich als Soldat in den ersten Jahren des II. Weltkrieges häufig zu Gast war. Diese großzügige mittelalterliche Burganlage im ländlichen Idyll der Vordereifel schien für Randolph von Breidbach einen Hort der Sicherheit, der Geborgenheit und Beständigkeit ausstrahlen, sowohl in ihrer steinernen wie auch in ihrer geistigen Architektur und gerade angesichts der tief greifenden politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in der ersten Hälfte des 20. Jhs.

An der Burg vorbei führt ein Turm in den ersten Stock, wo die im Jahr 2006 88-jährige Adeline Gräfin Beissel von Gymnich, eine Cousine Randolphs und ihr 90-jähriger Mann leben. Die Wohnung ist mit dunklen, schweren Möbeln eingerichtet, an den Wänden hängen Fotografien von lebenden und toten Verwandten. Im Speisesaal blicken mit ernstem, erhabenem Blick alte Familienporträts aus dem 18. und 19. Jh. auf den Betrachter. Die gelbe Farbe der Wohnzimmerwände wirkt belebend und auch hier künden viele alte Gemälde und Antiquitäten von dem Kunstinteresse und der Sammelleidenschaft vergangener Generationen.

Irgendwie scheint die Zeit an dieser Örtlichkeit stehen geblieben zu sein. Dem Besucher kommt es vor, als wäre Randolph von Breidbach

erst vor wenigen Tagen in diesen Räumen gewandelt. Trotzdem ist in diesen spät winterlichen Tagen die Kälte spürbar, die trotz Heizung aus den ungeheizten Räumen des Erdgeschosses vom Boden steigt.

Und dann kommt Gräfin Beissel auf ihren Vetter Randolph zurück. Gradlinig, durchsetzungsstark und zielstrebig sei er gewesen und er habe eine gute Ausbildung erfolgreich durchlaufen. Zudem sei er ein frommer Mann gewesen, ganz unter dem Einfluss seiner dominanten Mutter stehend, die ihn vor den Geschwistern bevorzugte. Randolphs Bruder Goswin, der später Schloss Fronberg im oberpfälzischen Schwandorf erben sollte, stand eher unter dem Einfluss des französischen Kindermädchens. Randolph hatte zwar eine Freundin, aber Glaube und Mutter ließen hier wenig Spielraum, so Gräfin Beissel. In der äußeren Erscheinung sah Randolph blendend aus und war stets elegant gekleidet, so wie er auf seine äußere Erscheinung insgesamt Wert legte. Randolph war in Satzvey stets lebhaft und freundlich, lebenslustig und humorvoll, bestimmt und zuverlässig gewesen. Insgesamt machte Randolph einen intelligenten Eindruck auf seine Umgebung. Randolph ging jeden Sonntag zur Kirche und kam grundsätzlich immer gerne auf Burg Satzvey. Aus dem Gästebuch der Burg Satzvey geht hervor, dass Randolph gerade in den 30er Jahren häufig zu Gast war, mitunter fast monatlich wie etwa im Jahr 1931.

### Christliches Wirken im Umfeld des 20. Juli

Das Lebensbild des Randolph von Breidbach ist Beleg dafür, dass eine aus dem Christlichen erwachsende Gesellschaftsverantwortung in Deutschland auch in den Zeiten der nationalsozialistischen Terrordiktatur vorhanden waren. Breidbach wirkte im geistigen Umfeld des 20. Juli 1944 und er war dem Initiator des 20. Juli, Oberst Klaus Graf Schenk von Stauffenberg, persönlich bekannt, da sie miteinander verwandt waren und im gleichen Reiterregiment dienten. Wäre Breidbach zum Zeitpunkt des 20. Juli 1944 nicht bereits inhaftiert gewesen, so hätte er sich möglicherweise im Umfeld Stauffenbergs oder Bonhoeffers

unmittelbar engagiert, um ein Ende der Schreckensherrschaft Hitlers und ein Ende des sinnlosen Krieges herbeizuführen. Für Breidbach war der aus dem Christlichen stammende Friedensauftrag maßgebend, der eben ein Dienst an der Gemeinschaft ist und keinesfalls als Selbstzweck angesehen werden kann. Friedensdienst, so wie ihn die katholische Kirche versteht, ist folgerichtig Dienst am Weltgemeinwohl.

Die so genannten „Breidbach-Berichte“ gingen über die Kanzlei des Rechtsanwaltes Dr. Josef Müller an den Heiligen Stuhl. In den Jahren 1939/40 wurden wiederholt Versuche unternommen, über den Vatikan Großbritannien Informationen zuzuspielen, in deren Folge Hitler zum Frieden gezwungen werden sollte. Dieses Handeln ist nicht ungewöhnlich. Denn ohne einen Zweifel spielt der Heilige Stuhl bis heute durch sein diplomatisches Wirken und sein geistliches Wort in den internationalen Beziehungen eine wichtige und vielseitige Rolle.

Der christliche Friedensauftrag verlangt, mit allen Kräften für Recht und Gerechtigkeit einzutreten (Friedensförderung) und den Frieden mit politischen und militärischen Mitteln zu sichern (Friedenssicherung). Das Evangelium gibt die Zuversicht, dass das Friedenshandeln von Menschen nicht vergeblich ist (Friedenshoffnung).

Im Umfeld des I. und II. Weltkrieges hat es immer wieder tapfere, sensible, begabte, junge Männer gegeben, die leider viel zu früh gestorben sind. Erinnert seien aus dem Bereich der bildenden Kunst an den frühen Tod der Maler und Zeichner August Macke (1887-1914), Hermann Stenner (1891-1914) und Franz Marc (1880-1916). Wie diese hatte der Oberleutnant von Breidbach auch das Schlachtfeld gesucht, aber nicht wie die Vorgenannten dort den Tod als Soldat gefunden. Damit wird zugleich der Unterschied zwischen Breidbach und den Anderen deutlich. Zwar war Stenner offen für katholische Sujets in der Malerei wie etwa den des Heiligen Sebastian, doch im Kern waren diese Künstler eben nicht so fromm wie von Breidbach. Und während die genannten Künstler den Tod auf dem Schlachtfeld fanden, so war der Tod von Ran-

dolph von Breidbach eben nicht durch Kriegshandlungen herbeigeführt. Vielmehr wurde er als politischer Häftling einem 2-jährigen Martyrium von verschiedenen Instanzen des totalitären NS-Staates im Umfeld des 20. Juli unterzogen, die im Ergebnis Breidbachs Tod herbeiführten.

Abschließend können wir festhalten: In seinem scheinbar kurzem, tragischen und gesellschaftspolitisch letztlich wirkungslosen Lebensverlauf ist Breidbach-Bürresheim zum Märtyrer geworden, indem er sich zu seinem christlichen Glauben bekannte, Zeugnis für Christus ablegte und damit Christus nachfolgte. Wie einem von Randolphs Briefen zu entnehmen ist, war er überzeugt, dass sein Lebensweg von Gott vorgezeichnet war: *„Ihr müsst auch nicht bitter gegen das Schicksal werden – alles geht wie es vorgezeichnet ist. Ich glaube mehr und mehr, dass die Menschen nur Werkzeuge sind.“*

Jesuitenprovinzial Augustinus Rösch (1893-1961) aus München, der Randolph gut gekannt hatte, schrieb dessen Mutter unter dem Datum des 1. Februar 1946: *„... dass Ihr Randolph drüben in der ewigen Liebe des dreieinigen Gottes immer dankt für alles, was ihm Vater und Mutter und Geschwister und Heim und Hof und Kirche waren ... Ihr Randolph ist über alles Begreifen selig drüben; er möchte nicht mehr zurück, wohl aber möchte seine in Gott frohe Seele Ihnen viel, sehr viel letzte, tiefe, stille Freude vermitteln. Er wird es tun, bis das Wiedersehen kommt, das keine Trennung mehr kennt.“* Durch Randolph von Breidbach-Bürresheim ist es Christus selbst, der zum Handelnden wird. Damit erfüllt sich das Wort der Heiligen Schrift: *„Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt, und jeder, der lebt und an mich glaubt, wird auf ewig nicht sterben.“* (Joh 11,25-26) □

*Hinweis: Ende 2006 wird Dr. Andreas M. Rauch in der Schriftenreihe „Forschungen zur Volkskunde“ der Initiative Religiöse Volkskunde in Norderstedt, hrsg. von Manfred Becker-Huberti, Reimund Haas und Eric W. Steinhauer eine ausführliche Biographie von Dr. iur. Randolph Freiherr von Breidbach-Bürresheim veröffentlichen.*



## „Und sie glauben doch! Männer und ihre Religion“

Männerbischof Erzbischof Dr. Ludwig Schick nimmt in seiner Ansprache bei der Haupttagung der Gemeinschaft katholischer Männer (GKMD) am 11. Mai 2006 im Bonifatiushaus Fulda auch Stellung zur Sinus-Milieu-Studie

**1.** „Und sie glauben doch! Männer und ihre Religion.“ Ist das überhaupt ein angemessener Titel für eine christliche und kirchliche Veranstaltung? Selbstverständlich glaubt jeder an irgendetwas, an sich selbst und seine Fähigkeiten, an die Liebe seiner Frau, an die Verlässlichkeit der Sozialsysteme, an die Pünktlichkeit der Bahn und die Sicherheit des Flugverkehrs und vielleicht auch daran, dass „überm Sternenzelt muss ein guter Vater wohnen“, wie es bei Beethoven in der 9. Symphonie heißt, oder dass einer existiert, *der die Welt im Innersten zusammenhält.*

„Religion“ ist auch ein sehr diffuser Begriff, der alles umfasst, was mit Transzendenz zu tun hat. Seit Jahrhunderten wird von Theologen die Frage diskutiert, ob Christentum überhaupt Religion im religionssoziologischen und religionspsychologischen Sinn ist. Im Neuen Testament wird das Christsein nie Religion genannt. Christsein ist „Nachfolge Jesu Christi“, der „neue Weg“, so in der Apostelgeschichte, „Kirche“, auf Deutsch: *Gemeinschaft der Berufenen.* Christsein ist „Wandel im Geist Jesu“, „Freundschaft mit ihm“, ist „Miteinander-Brot-Brechen“, wobei Jesus Christus *real* in der Mitte ist. Letztlich ist Christsein *eine Beziehung des Menschen mit Jesus Christus und mit seinen Mitmenschen.*

**2.** Aber gerade als solches ist Christsein und Kirche heute unabdingbar, gefragt und gesucht, auch von den Männern. Wenn wir derzeit eine neue *Sehnsucht nach Spiritualität* entdecken, dann steckt meines Erachtens die Sehnsucht dahinter, endlich wieder in ein persönliches und personales Verhältnis zu Gott, der in Jesus Christus Mensch gewor-

den ist und ein Gesicht hat, zu kommen, um durch Jesus Christus eine tragfähige Gemeinschaft mit den Mitmenschen aufbauen zu können.

**3.** Die Not unserer Zeit, gerade auch bei den Männern, besteht doch darin, dass sie ohne Gemeinschaft mit Gott und mit den Mitmenschen leben. Das gerade erschienene Buch des Mitherausgebers der FAZ Frank Schirmacher mit dem Titel „Minimum“ und dem Untertitel „Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft“ macht dies



Der Bamberger Diözesanbischof, Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick, ist als Mitglied der Kommission Seelsorge in der Deutschen Bischofskonferenz deren Beauftragter für die Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Bistümern. Neben Erzbischof Schick der Präsident der GKMD Franz-Josef Schwack.

(Foto: M. Hochholzer)

erschreckend klar. Es ist ein Essay, das mit einem Kapitel über die „Männer“ beginnt und mit einem Kapitel über die Männer, das allerdings die Überschrift „Erbengemeinschaft“ trägt, schließt. Im ersten Kapitel wird von Männern gesprochen, die dem heutigen Idealtyp des Mannes entsprechen: Männer, die Helden und Abenteurer sind, die allein sich durchschlagen und die siegen. Schirmacher weist mit namhaften Soziologen und Psychologen nach, dass die Realität ganz anders ist. Diese Helden- und Siegesmänner sind de facto die Schwachen und Verlierer.

**4.** In diesen beiden Kapiteln untersucht Schirmacher zwei Ereignisse. Das erste Kapitel beschreibt die Ereignisse des „Donnertrecks“.

1846 machten sich 81 Menschen, mehrere große Familien, Alleinreisende und einige ortskundige Führer durch die Sierra Nevada auf, um ihr Glück in einem neuen Siedlungsgebiet zu machen. Sie wurden am Fuß eines Gebirgsmassivs, das sie überqueren mussten, vom Winter überrascht und saßen dort im Eis fest. Der Treck konnte nicht vor und nicht zurück. Die Vorräte wurden aufgebraucht, die Nerven auch und nach und nach kam einer nach dem anderen ums Leben. 40 überlebten.

Forscher haben nachgewiesen, dass die alleinreisenden Männer die ersten waren, die umkamen oder sich umbrachten. Am längsten haben große Familien durchgehalten und wurden teilweise gerettet. Warum? Weil sie sich gegenseitig stützten, trugen, nährten und ermutigten.

Das letzte Kapitel „Erbengemeinschaft“ erzählt von der großen Hitzewelle 1995 in Chicago. Auch da waren die meisten Toten unter den allein stehenden Männern zu beklagen. Familien hielten am besten durch.

**5.** Kirche, liebe Schwestern und Brüder, hat den Auftrag, Gemeinschaft zu bilden mit Gott und untereinander, so hat es das Zweite Vatikanische Konzil in Lumen Gentium definiert. Die Spiritualität der Gemeinschaft ist ihre Spiritualität, ihr Glaube ist Glaube an die Gemeinschaft von Gott und Mensch und ihre Religion ist Beziehungspflege zu Gott und zum Nächsten. Wir dürfen deshalb keiner Spiritualität verfallen, ihr frönen, sie fördern oder in sie hineintappen, die dem Einzelnen

seine heile Welt vorgaukelt, ihn in einer „splendid isolation“ lässt, ihn aus der Gemeinschaft und ins Nirwana, Kismet oder die ewige Ruhe versetzt. Schirmmacher hat seinem Buch „Minimum“ den Untertitel gegeben „Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft“. An der Gemeinschaft der Menschen mitzubauen, ist unsere Aufgabe als Kirche, auch als Männerseelsorge und Männerarbeit.

**6.** Wir Christen glauben, dass tragfähige Gemeinschaft immer die Vertikale und die Horizontale umfassen und nie die eine ohne die andere sein kann. Auch deshalb ist das Kreuz unser Symbol.

Das Kreuz zeigt uns aber auch an, dass diese vertikal-horizontale Gemeinschaft nicht ohne Anstrengung und Kraft, ohne Kreuz, zu haben und zu erhalten ist. Der Mensch muss sich ausstrecken nach Jesus

Christus, das fordert Zeit für Gebet und Gottesdienst, für Gespräch, Umkehr, Besinnung und Buße.

Der Mensch muss sich auch ausstrecken in die Horizontale. Dabei muss er auch seine Milieus, seine Vorlieben, seine Abschottungen, sein Monadendasein, seine Konzentration auf sich und sein Haben und Gelten überwinden und sich auf den anderen einlassen, auch auf den ganz unten und den ganz oben, auf den ganz nahen oder ganz fernen. Gemeinschaft ist auch in der Horizontalen unteilbar. Wer sich nur auf einen bestimmten Teil eingrenzt, der verliert das Ganze, und wer sich nicht auf alle einlässt, der findet auch Jesus nicht, der sich gerade mit den Letzten identifiziert.

**7.** Deshalb, liebe Schwestern und Brüder, ist es wichtig, dass wir uns immer wieder auf unsere Urquellen besinnen und uns nicht von

Milieustudien verführen lassen. Sie haben die Tendenz zu Segmentierung und Abgrenzung. Sie erwecken auch den Eindruck, dass es so ist, so bleibt und immer so sein wird. Die Sinus-Milieu-Studie scheint mir besonders problematisch. Sie kann der Männerseelsorge und -arbeit, der kirchlichen Arbeit insgesamt, als Realitäts- und Faktenanzeige, wobei auch das bei der Sinus-Milieu-Studie nicht unumstritten ist, dienen. Aber die Kirche muss ihren ureigensten Auftrag erfüllen, nämlich die Milieus und Ghettos überwinden. Nur wenn die Kirche Gemeinschaft zwischen Gott und den Menschen und den Menschen untereinander in der Kraft Christi bildet, dient sie den Menschen. Wenn wir den Menschen dienen, dienen wir unserem Gott, dessen Ehre nach dem Kirchenvater Irenäus darin besteht, dass der Mensch sein Heil findet. □

## WHO IS WHO: DIE HIRTEN DES DEUTSCHSPRACHIGEN RAUMS:

### Interview mit Prof. Dr. Ludwig Schick, Erzbischof von Bamberg

*„Als Kirche und Seelsorger müssen wir vor allem Lehrmeister des Gebetes sein.*

*Wenn der Seelsorger einen Menschen zum persönlichen Beten geführt hat, hat er alles getan“*

**I**m sechsten ZENIT-Interview der Reihe „Who is Who: Die Hirten des deutschsprachigen Raums“ schenkt Erzbischof Ludwig Schick Einblick in sein persönliches Frömmigkeitsleben, seinen Berufungsweg und seine Herzensanliegen.

Der Oberhirte der Erzdiözese Bamberg wurde am 22. September 1949 in Marburg geboren. Am 15. Juni 1975 empfing er das Sakrament der Priesterweihe. Die Förderung der Berufung zum Priestertum und zum Ordensleben gehören zu seinen vorrangigen Anliegen: „Dafür setze ich mich ein, dafür möchte ich noch viel mehr tun. Dafür bete ich vor allem. Wir brauchen mehr Priester und Ordensleute.“

Der ehemalige Fuldaer Weihbischof, der am 22. Juni 2002 vom damaligen Papst Johannes Paul II. mit der Leitung des Erzbistums Bamberg betraut wurde, ruft zu einer neuen Wertschätzung der Stille auf: „damit der Mensch Gott spürt und zu ihm gelangt“. Im jetzigen Papst Benedikt XVI. sieht er denjenigen, der „die Mauern des Säkularismus zwischen Gott und den Menschen niederreißen kann“.

**ZENIT:** Wie verstehen Sie Ihr Hirtenamt?

**Erzbischof Schick:** Für mich ist besonders die Kurzdefinition des heiligen Papstes Gregor über das Hirtenamt des Bischofs wichtig. Er schreibt in seiner „Hirtenregel“ („Regula pastoralis“), dass der Bischof ein guter Hirte sein und der Herde mit gutem Beispiel vorangehen soll. Dem hat der heilige Bischof

Otto von Bamberg in einer Randnotiz hinzugefügt: „Dilige, punge gregem, sectando per omnia legem – liebe, ‘stupse’ die Herde voran, folge in allem dem Gesetz“.

Als Bischof möchte ich die Herde, das heißt besonders die eigenen Diözesanen, lieben, sie voranbringen, mich um jeden einzelnen kümmern und selbst dem Gesetz Christi der Gottes- und der Nächstenliebe

und den Vorschriften der Kirche folgen. Dazu fühle ich mich vor allen Dingen für die Priester und pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet. Der Bischof muss auch auf Gefahren für Glaube und Sitte hinweisen, auch korrigieren und zu rechtweisen, um Abfall vom Glauben und Böses zu verhindern.

**ZENIT:** Eine persönlichere Frage: Könnten Sie uns etwas über Ihre Entscheidung zum Priestertum und allgemein Ihren Glaubensweg erzählen? Wer oder was hat Sie begleitet?

**Erzbischof Schick:** Als ich vor dem Abitur stand, kam mir spontan die Frage: „Was machst du denn mit deinem Leben?“ Und ebenso spontan kam mir die Antwort: „Du musst in deinem Leben etwas tun, das anderen hilft, gut zu leben.“ Dann habe ich konkreter darüber nachgedacht, in welchen Berufen ich das verwirklichen könne. Mir kamen drei Berufe in den Sinn:

– „Lehrer“; dann kannst du Kindern und Jugendlichen etwas beibringen, was ihnen hilft zu leben.

- „Arzt“; dann kannst du Gesunde vor Krankheit bewahren und Kranke gesund machen und so helfen, dass ihr Leben gelingt.
- „Pfarrer“; um Menschen die Beziehung zu Jesus Christus, zum Evangelium, zu Gott zu ermöglichen, weil es ihnen hilft, sinnvoll zu leben und in Frieden zu sterben.

Ich habe mich für den letzteren Beruf entschieden und bin froh und glücklich dabei. Begleitet haben mich meine Familie, gute Freunde, die verheiratet sind, Priester und Ordensleute.

*ZENIT: Gibt es für Sie so etwas wie eine geistige Heimat, einen theologischen Hintergrund?*

Erzbischof Schick: Meine geistige Heimat ist die Heilige Schrift; bezüglich Kirche und Seelsorge das Zweite Vatikanische Konzil. Von den zeitgenössischen Theologen haben mich am meisten Henry de Lubac und Hans Urs von Balthasar angesprochen. Gern gelesen habe ich Joseph Ratzinger und Romano Guardini. Sie sind zusammen mit dem heiligen Augustinus und Thomas von Aquin mein „theologischer Hintergrund“.

*ZENIT: Woraus schöpft Ihr inneres Leben? Gibt es für Sie eine besondere Kraftquelle?*

Erzbischof Schick: Meine Kraftquelle ist vor allem die Eucharistie. In der täglichen Messfeier und in der Anbetung des Allerheiligsten hole ich mir Kraft. In der Eucharistie fühle ich mich mit dem Herrn ganz eng verbunden. Letztlich ist er „Weg, Wahrheit und Leben“ für mich. Die Kirche und das christliche Leben entstehen aus der Eucharistie. Die Eucharistie ist Quelle und Mittelpunkt der Kirche und auch meines persönlichen Lebens.

*ZENIT: Die Weltbischofssynode im Oktober vergangenen Jahres stand genau unter diesem Thema. Was gehört zur Eucharistie noch dazu?*

Erzbischof Schick: Zur Eucharistie gehört das Wort Gottes. Das erlebe ich jeden Tag neu, wenn ich geistlich Schriftlesung halte und das Brevier bete. Zur Eucharistie gehört auch Maria. Sie hat Jesus Christus geboren und ihn uns geschenkt. „Per Mariam ad Jesum“ – „durch Maria zu Jesus“. Sie schenkt uns auch heute immer wieder neu ihren Sohn in geistlicher Weise. Der tägliche Rosenkranz ist für mich sehr wichtig.

*ZENIT: Was bedeutet es zu glauben? Wie wirkt sich das aus?*

Erzbischof Schick: Glauben heißt: Vertrauen auf Gott haben und im Angesicht Gottes leben. Das wirkt sich in allen Bereichen meines Lebens aus. Das Vertrauen auf Gott schenkt Hoffnung und Zuversicht, Freude und Gelassenheit. Die Weisungen und Gebote Gottes sowie seine Verheißungen gestalten mein Leben, geben mir Halt, Sicherheit und Richtung. Beides gehört zusammen: Vertrauen auf Gott und entsprechend seinen Weisungen zu leben.

*ZENIT: Jesus ist auferstanden.*

*Wo sehen Sie ihn, wie kommunizieren Sie mit ihm?*

Erzbischof Schick: Jesus Christus ist lebendig und wirksam. Das Gebet ist für mich letztlich persönliches Zwiegespräch mit ihm, so wie es Ignatius von Loyola in seinen Exerzitionsbüchlein immer wieder schreibt. Alle vorformulierten Gebete und auch die Schriftlesung müssen zum persönlichen Gespräch mit Jesus Christus hinführen. Wie im menschlichen Bereich, gelingt diese Kommunikation nicht immer. Man muss sich täglich neu um gutes Beten bemühen und wenn es nicht gelingt, darf man nicht aufgeben.

*ZENIT: Was sind Ihre Herzensanliegen?*

Erzbischof Schick: Das Lieblingswort aus dem Neuen Testament ist für mich das Wort Jesu: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben“ (Joh 10,10). Mein Herzensanliegen ist, dass alle Menschen das Leben Jesu Christi haben und daraus Versöhnung, Friede, Freude, Zuversicht, Gerechtigkeit und Liebe erfahren.

In meinem bischöflichen Dienst ist mir vor allem die Förderung von Berufungen zum Priester- und Ordensberuf eine große Herausforderung und das große Herzensanliegen. Dafür setze ich mich ein, dafür möchte ich noch viel mehr tun. Dafür bete ich vor allem. Wir brauchen mehr Priester und Ordensleute.

*ZENIT: Worin sehen Sie die großen Herausforderungen unserer Zeit?*

Erzbischof Schick: Die große Herausforderung unserer Zeit und in unseren Breitengraden ist die Überwindung des Säkularismus. Es gibt eine diffuse Religiosität, die sogar anwächst mit Elementen des Christentums, des Buddhismus, Geisterglau-

be, Horoskope und Talisman- oder Versicherungsreligion. Das ist aber noch kein Glaube an den transzendenten personalen Gott im christlichen Sinn. Für viele Menschen ist der christliche Gott fern, er kommt nicht in ihr Leben hinein. Wie können Menschen heute glauben, hoffen und lieben, wie können sie eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus herstellen?

Dazu ist es wichtig, die Stille wieder zu entdecken, die Medien so zu gebrauchen, dass sie helfen und nicht dominieren und alles bestimmen. Wichtig ist, dass man Ruhe und Frieden auch in der Kirche und in der Liturgie findet, damit der Mensch Gott spürt und zu ihm gelangt. Als Kirche und Seelsorger müssen wir vor allem Lehrmeister des Gebetes sein. Wenn der Seelsorger einen Menschen zum persönlichen Beten geführt hat, hat er alles getan. Der heilige Augustinus hat es so formuliert: „Unruhig ist unser Herz, bis es ruht in Dir, o Gott.“ Es gibt viele unruhige Herzen, die auch in Religionen oder Religiösem Ruhe suchen. Sie zum Gott und Vater Jesu Christi zu führen, darauf kommt es an.

*ZENIT: Was sagen Sie zu Papst Benedikt XVI., welche Hoffnungen verbinden Sie mit ihm?*

Erzbischof Schick: Papst Benedikt ist ein großes Geschenk Gottes an die Kirche in der ganzen Welt und besonders an die Kirche in Deutschland. Er ist ein sehr intelligenter, viel wissender, sehr frommer und spiritueller Papst. Zugleich ist er sehr einfach. Er kann die Menschen zum Wesentlichen des Lebens führen, zur Verbindung mit Jesus Christus.

Sein theologisches Denken und Predigen dreht sich vor allem um die Person Jesu Christi, ER ist sein großes Anliegen. Ich verbinde mit Papst Benedikt die Hoffnung, dass er die Mauern des Säkularismus zwischen Gott und den Menschen, gerade in unseren Breitengraden, niederreißen kann. Papst Johannes Paul II. war es gegeben, die Mauern zwischen den Menschen, vor allen Dingen zwischen dem Ostblock und dem Westen, niederzureißen und sie miteinander zu verbinden. Jetzt brauchen wir einen Abbruch der vertikalen Mauern zwischen Mensch und Gott. Das kann Papst Benedikt XVI. bewirken. (ZENIT.org)



# Die Religionsfreiheit in 143 Ländern der Welt

## Jahresbericht »Religionsfreiheit weltweit« von »Kirche in Not« im Überblick

*Der jüngste Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ tadelt vor allem Asien und Afrika wegen weit verbreiteter Religionsverfolgungen. Einschneidende Verletzungen der Religionsfreiheit werden auch in China beklagt.*

**Z**um siebten Mal hat das internationale katholische Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe in italienischer Sprache einen ausführlichen Bericht über die Lage der Religionsfreiheit in der Welt veröffentlicht. Der Jahresbericht beklagt auch in diesem Jahr zahlreiche Verletzungen dieser Grundfreiheit des Menschen.

Die vorgestellte Untersuchung stellt für 143 ausgewählte Staaten dar, inwieweit es den Einwohnern möglich ist, ihre Religion frei zu wählen, ihre Glaubensgemeinschaft zu wechseln oder Verbindung mit Angehörigen des eigenen Bekenntnisses in anderen Ländern aufzunehmen.

Für die 423 Seiten starke Studie haben die Autoren nach Angaben des Münchener Pressebüros von „Kirche in Not“ verschiedene Dokumentationen, Presseberichte und Agenturmeldungen ausgewertet und durch Augenzeugenberichte von Betroffenen ergänzt, die das Hilfswerk im Rahmen seiner Tätigkeiten erhalten habe. Gegenstand des Berichts sind – unabhängig von der Konfessionszugehörigkeit – alle Formen von Verletzung der Religionsfreiheit.

Bei der Präsentation des Bandes unterstrich der Leiter von „Kirche in Not“ in Italien, Dr. Orazio Petrosillo, dass die Religionsfreiheit ein „Naturrecht“ sei und dem religiösen Bekenntnis vorausgehe. Immer gehe es um das „Recht auf die Suche nach der Wahrheit“.

Die Religionsfreiheit sei, wie Papst Johannes Paul II. erklärt habe, „das Herzstück der Menschenrechte“, so Petrosillo. Deshalb sei die Achtung der Religionsfreiheit für „Kirche in Not“ der wichtigste Gradmesser für die Achtung der Menschenrechte überhaupt. Im jüngsten Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ werden vor allem **Asien** und **Afrika** wegen weit verbreiteter Religionsverfolgungen getadelt.

Einschneidende Verletzungen der Religionsfreiheit werden auch in

**China** beklagt. Das eigentliche Problem dort sei der Unmündigkeitsstatus, in dem sich die Kirche befinde. Durch Gesetze und Parteipolitik würden die katholischen Gläubigen sogar dazu gezwungen, in die staatlich kontrollierte Patriotische Vereinigung einzutreten; zudem gebe es eigene Regierungsstellen, die für die Einsetzung von Bischöfen zuständig seien.

Da der Heiligen Stuhl und die romtreuen chinesischen Katholiken der Untergrundkirche diese Maßnahmen nicht akzeptierten, würden Bischöfe, Priester, Ordensleute und Laien auch heute noch festgenommen: Sie verschwinden, würden gefoltert und drangsaliert; Priester und Bischöfe säßen im Gefängnis oder in Umerziehungslagern.

Aber auch in **Indien**, dem zweitgrößten Land der Welt, sehen sich die christlichen Gemeinden laut „Kirche in Not“ wegen hinduistischer Fanatiker Schwierigkeiten ausgesetzt. Anti-Konversions-Gesetze und Gewaltanwendung zielten darauf ab, jegliche missionarische Tätigkeit zu unterbinden.

Im kommunistischen **Nordkorea** sind dem nun vorliegenden Bericht zufolge in den vergangenen fünfzig Jahren rund 300.000 Christen „verschwunden“.

In den **islamischen Staaten** führe die Verfolgung von „Ungläubigen“ nicht selten zu extremen Notsituationen. Andersgläubige, die gegen die Scharia, das islamische Recht, verstoßen, seien Gefängnis und Folter ausgesetzt.

In **Indonesien**, **China** sowie anderen **kommunistischen Staaten**, aber auch in **Pakistan** und generell in Nationen mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ortet der Bericht Handlungsbedarf. In allen angeführten Ländern würden Menschen wegen ihrer religiösen Überzeugungen ins Gefängnis geworfen und manchmal sogar zum Tod verurteilt.

In **Pakistan** fordere das so genannte „Blasphemiegesetz“ nach wie

vor unschuldige Opfer. Diese gesetzliche Regelung sieht für jeden, der gegen den Koran oder Mohammed gelästert hat, eine lebenslange Freiheitsstrafe oder sogar die Todesstrafe vor. Oft würden Verurteilungen ausgesprochen, obwohl die Beweise fehlten.

Die Lage in **Indonesien** wird im Jahresbericht „Religionsfreiheit weltweit“ als sehr besorgniserregend eingestuft. Dort seien etwa am 1. September drei christliche Erzieherinnen zu drei Jahren Haft verurteilt worden, weil sie muslimischen Kindern erlaubt hatten, an der Sonntagschule teilzunehmen. In diesem bevölkerungsreichsten islamischen Land machten allerdings glücklicherweise auch mutige Stimmen von sich hören, die die Beachtung der Religionsfreiheit forderten. Das zeige etwa eine vor kurzem in Jakarta organisierte Demonstration von 1.500 Christen und gemäßigten Muslimen. Die Kundgebung richtete sich gegen die Zwangsschließung von 23 Gebetsstätten innerhalb von zwei Jahren. Diese Schließungen waren vorgenommen worden, da diese Kirchen gesetzeswidrig errichtet worden wären.

Auf den zu Indonesien gehörenden Molukken hätten muslimische Milizen systematisch Christen niedergemetzelt, so wird berichtet. Gleichzeitig bestehe in vielen indonesischen Provinzen weiterhin die Gefahr, die Scharia unter Gewaltanwendung einzuführen.

Gemäß einer Umfrage, die im vergangenen Jahr gemacht wurde, sind über 3.000 Anhänger radikaler islamischer Gruppierungen zu terroristischen Anschlägen bereit.

Weitere gewalttätige Ausschreitungen gab es in **Afrika**. Betroffen sind unter anderem **Angola**, die **Elfenbeinküste** und der **Sudan**. An der Elfenbeinküste und in **Kenia** gärt es laut Bericht zwischen christlichen und mohammedanischen Gemeinden. Im **Sudan** führe der muslimisch dominierte Norden nach wie vor Krieg gegen die animistischen Stämme und die Christen des Sü-

dens. Flüchtlinge, die nach Norden flüchteten, würden oft gezwungen, zum Islam überzutreten. **Mauretanien** setze inzwischen eine besonders strenge Version des islamischen Rechts ein.

Einen Hoffnungsschimmer auch für diesen Kontinent stellt möglicherweise das kürzlich geschlossene Friedensabkommen im Sudan dar, wird festgehalten. Doch auch dieses scheine erneut gefährdet. Nach Jahren des Krieges sei der Weg noch lang und verlange Aufmerksamkeit und Festigkeit von allen Seiten.

In **Nigeria** wachse derweil die Sorge, dass sich die blutigen Zusammenstöße mit religiösem Hintergrund ausweiten. Seit Einführung der Scharia in zwölf Bundesstaaten im Norden des Landes kamen bei Unruhen Zehntausende Menschen ums Leben. Im Jahr 2004 gab es über 12.000 Tote.

Wenn Papst Benedikt XVI. im September des vergangenen Jahres dafür betete, „dass alle Regierungen und Völker der Erde das Recht auf Religionsfreiheit anerkennen“, dann ist dies kein weltfremdes Anliegen, sondern ein höchst reales.

Islamische Staaten wie **Oman**, der **Jemen**, **Bahrain** und der **Iran** hätten in Bezug auf die Toleranz gegenüber anderen Religionen Fortschritte gemacht. Aber im Allgemeinen sei es Moslems immer noch verboten, zu anderen Religionen zu konvertieren; und nichtmohammedanischen Männern sei es nach wie vor verboten, mohammedanische Frauen zu heiraten.

Mit Ausnahme von **Kuba**, wo das Regime die Katholiken marginalisiere, gebe es in **Nord- und Südamerika** keine bedenkliche Situation, was die Religionsfreiheit betrifft. In **Venezuela** gäben aber die laizistischen Erklärungen und Entscheidungen der von Hugo Chavez geführten Regierung Anlass zu Besorgnis. Man befürchtet eine mögliche negative Entwicklung und Einschränkungen für katholische und andere christliche Gemeinschaften in diesem Land.

In **Kolumbien**, **Mexiko**, **Ecuador** und **Jamaika** scheine das Eintreten der Kirche für die Menschenrechte seitens des Staates und der Behörden als eine Konfliktquelle betrachtet zu werden.

Sogar in **Europa** komme es gelegentlich zur Benachteiligung von Religionen oder religiösen Bewegungen. Eine laizistische orientierte Gesetzgebung in **Schweden**, **Frankreich** und **Belgien** werde oftmals dazu benutzt, um traditionelle christliche Vereinigungen und Gruppen zu benachteiligen.

In **Osteuropa** halte ein staatshöriges Denken nach wie vor am Erbe der kommunistischen Vergangenheit fest. Für sie sei Religionsfreiheit sowie die Bildung von religiösen Vereinigungen etwas, was vom Staat „gewährt“ werde.

In den Territorien der **Russischen Föderation** „versucht die russisch-orthodoxe Kirche, den (inoffiziellen) Status einer Staatsreligion zu erlangen“, heißt es im Bericht von „Kirche in Not“. Die orthodoxe Kirche versuche, dieses Ziel zu erreichen, indem sie Druck auf die Regierung und die lokalen Behörden ausübe und diese auffordere, so genannte „nichttraditionelle“ Religionen, die früher verfolgt worden seien, nicht anzuerkennen. Das sei insbesondere in **Weißrussland**, **Georgien**, **Mazedonien**, **Moldawien** und **Russland** der Fall. (ZENIT.org)

## Irak: UNHCR-Studie – Christen in großer Bedrängnis

Die Zahl der im Irak lebenden Christen ist von etwa 1,4 Millionen im Jahre 1987 auf inzwischen deutlich weniger als 1 Million gesunken

**S**eit dem Einmarsch der Koalitionstruppen und dem Sturz des Saddam-Regimes im März 2003 hat sich die Situation von Angehörigen nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften und vor allem der Christen im Irak „insgesamt spürbar verschlechtert“, heißt es in einer neuen Studie des UN-Flüchtlingshochkommissariats.

Die ausführliche Hintergrundinformation zur Situation der christlichen Bevölkerung des Irak, die am 11.07.2006 vorgestellt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass angesichts der jüngst zu beobachtenden weiteren Destabilisierung der Verhältnisse im Irak „Verfolgungen oder die Furcht vor Verfolgungen für alle Christen landesweit eine realistische Bedrohung“ darstellen.

„Das sich insgesamt verschlechternde politische und soziale Klima, andauernde Beeinträchtigungen der individuellen Sicherheit und der wirtschaftlichen Existenz sowie zielgerichtete Anschläge und Übergriffe bei gleichzeitigem Fehlen effektiver nationaler Sicherheitskonzepte und einer zunehmend ambivalenten Position der Bevölkerung und der Regie-

rung bezüglich der Religionsfreiheit weisen nicht auf die Wiederherstellung, sondern klar auf eine Verschlechterung der Verfügbarkeit effektiven Schutzes vor religiös bedingter Verfolgung hin.“

Die UN-Teilorganisation, die sich um Flüchtlinge und Vertriebene kümmert, deckt in dem 12 Seiten starken Bericht zunächst die Defizite

der irakischen Rechtslage in Bezug auf die Religionsfreiheit auf, um anschließend die Lage der Christen im Irak unter die Lupe zu nehmen, die bei der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben diskriminiert und mancherorts tödlich angegriffen würden. Auch die Motive für diese Übergriffe und Feindseligkeiten werden beleuchtet.

„Nach UNHCR vorliegenden Berichten sind Christen von der dramatischen Verschlechterung der Situation nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften besonders stark betroffen“, heißt es in der Untersuchung. „So sehen sich Christen in zunehmendem Maße Diskriminierungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Diensten der sozialen Grundversorgung ausgesetzt. Viele irakische Christen fürchten jedoch vor allem

*Verfolgung durch aufständische Gruppierungen wie Ansar Al-Sunna und islamistische Milizen, beispielsweise die Badr-Organisation oder die Mahdi-Armee, die in verschiedenen Städten und Orten im Irak die faktische Kontrolle über ganze Straßenzüge übernommen haben. Infolge der Veröffentlichung satirischer Darstellungen des islamischen Propheten Mohammed in verschiedenen europäischen und US-amerikanischen Tageszeitungen haben sich die Sicherheitslage und die politischen Rahmenbedingungen für Christen im Irak seit Januar 2006 weiter verschärft.*“ Die Vertreter der christlichen Religionsgemeinschaften im Irak haben derzeit politisch kaum Gewicht, da sie lediglich 6 von 275 Sitzen (2 %) im irakischen Parlament innehaben.

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat bestätigt die Befürchtungen hochrangiger irakischer Kirchenvertreter in Bezug auf die Verfassung, die am 15. Oktober 2005 angenommen wurde: Verglichen mit der Übergangsverfassung, die im März 2004 vom US-Sonderverwalter im Irak, Paul Bremer, unterzeichnet wurde, enthielten die neuen Regelungen „spürbare Beeinträchtigungen der Rechtsstellung von Angehörigen religiöser Minderheiten“ und böten „keine absoluten Garantien zum Schutz der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit“. Der Schutz nichtislamischer Religionen sei nicht ausreichend garantiert; Artikel 2 (1) des Verfassungsentwurfes könne von der Gerichtsbarkeit dazu missbraucht werden, „anerkannte Menschenrechte politischer und sozialer Reformer, religiöser Minderheiten oder Frauen zu verkürzen“.

Artikel 2 (2) des Verfassungsentwurfes garantiere zwar einerseits allen Individuen Freiheit bei der Wahrnehmung ihrer religiösen Rechte, verpflichte aber andererseits die staatliche Gewalt im Irak zugleich, „die islamische Identität der Mehrheit der irakischen Bevölkerung“ zu gewährleisten. UNHCR stellt diesbezüglich fest, dass die effektive Umsetzung dieses Zieles jedoch geradezu „ein – mit Strafe bewehrtes – Verbot jeglicher Formen der Werbung oder Mission für andere, nicht-islamische Religionsgemeinschaften“

erfordere. „Die Gewährleistung der islamischen Identität des Staates und seiner Bevölkerung scheint darüber hinaus auch eine Pönalisierung der Apostasie, islamkritischer Äußerungen sowie der Ausübung von Tätigkeiten zu rechtfertigen, die nach islamischen Vorstellungen nicht tolerierbar sind.“ Die Verfassung lasse darüber hinaus völlig offen, „ob die Abkehr vom Islam beziehungsweise der Übertritt zu einer nichtislamischen religiösen Gruppierung effektiv geschützt,

### Religion im Irak

Mehr als 95% der Iraker sind Muslime, ca. 60% Schiiten und ca. 35% Sunniten. Die arabischen Sunniten stellen eine Minderheit von weniger als 20% dar, die jedoch durch die Geschichte hinweg die Herrschaft ausübte. Auch die Kurden sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Sunniten. Weiterhin gibt es in Irak zahlreiche kleinere Religionsgruppen wie Yeziden, Mandäer und Angehörige verschiedener (monophysitischer, orthodoxer und katholisch-unierter) orientalisch-christlicher Kirchen (u.a. Khaldäer, Nestorianer, Gregorianer, römische und syrische Katholiken, armenische Christen, Altsyrisch-Orthodoxe usw.). Die Zahl der noch in Irak verbliebenen Juden wird auf einige Hundert geschätzt. Alle Angaben stellen nur grobe Schätzungen dar.

*gewohnheitsrechtlich verboten, aber straffrei oder aber nach den Prinzipien der Scharia weiterhin mit Strafe bewehrt ist*“.

Nach offiziellen Angaben ist die Zahl der im Irak lebenden Christen von etwa 1,4 Millionen im Jahre 1987 auf inzwischen deutlich weniger als 1 Million gesunken. Christliche Würdenträger gehen davon aus,

dass derzeit vermutlich mehr als 700.000 irakische Christen im Ausland leben. Das unabhängige „Brookings Institute“ schätzt darüber hinaus die Zahl der innerhalb des Irak vertriebenen Christen auf mindestens 150.000 Personen. Die Assyrian Academic Society macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass der überwiegende Teil der Chaldo-Assyrischen Bevölkerung in den zentral- und süd-irakischen Provinzen aus Langzeitvertriebenen besteht, deren ursprüngliche Siedlungsgebiete im Nordirak im Zusammenhang mit Säuberungsaktionen der ehemaligen irakischen Regierung in den achtziger Jahren sowie infolge von Auseinandersetzungen rivalisierender kurdischer Gruppen zerstört oder konfisziert worden sind.

Etwa ein Drittel der irakischen Christen (vor allem Chaldäer und Assyrier) lebt gegenwärtig in den unter kurdischer Autonomieverwaltung stehenden Provinzen Dohuk, Erbil und Sulaimaniya im Norden des Landes, während die verbleibenden Christen hauptsächlich in und um die Städte Bagdad und Basra leben. Eine weitere Gruppe von etwa 15.000 Christen lebt in der Stadt Kirkuk, über deren noch ungewisse Zugehörigkeit zu den unter kurdischer Verwaltung stehenden Autonomiegebieten oder zum Zentralirak erst im Juli 2007 per Referendum entschieden werden soll.

(ZENIT.org)

### STICHWORT:

#### Wer und was ist ZENIT?

„Die Welt von Rom aus gesehen“ will „Zenit“ vermitteln. Die „Non-Profit-Organisation“ versteht sich als „internationale Nachrichtenagentur“, wenn sie auch kaum als Agentur im klassischen Sinn einzuordnen ist. Der Bezug der Beiträge per E-Mail ist für die Abonnenten oder die Leser im Internet umsonst, sofern sie für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, die Tarife für eine Weiterverbreitung sind laut Homepage „verhandelbar“.

Das 1997 von dem Spanier Jesus Colina (37) gegründete Unternehmen im Besitz der „Innovative Media Inc.“ in New York beschäftigt nach eigenen Angaben mittlerweile 52 Journalisten, Übersetzer, Techniker und Verwaltungskräfte, bringt Angebote in sechs Sprachen und hat weltweit 400.000 Abonnenten. Chef der deutschsprachigen Ausgabe ist seit zwei Jahren Dominik Hartig, der von Wien aus arbeitet. Nach seinen Worten kommen die Mitarbeiter aus mehreren geistlichen Gemeinschaften; gegründet mit Hilfe der „Legionäre Christi“, zu deren Umfeld Colina gehört, verstehe sich „Zenit“ als unabhängig und sei keine Einrichtung der „Legionäre“. (PS/KNA)



## Widerlegt die Renaissance des Religiösen die Säkularisierungsthese?

**M**it dem Pontifikatswechsel im Jahr 2005 und dem Weltjugendtag im selben Jahr in Deutschland machten viele (journalistische) Beobachter eine Renaissance der Religion aus. In zeitlichem Abstand hinterfragt der Religions- und Kultursoziologe Detlef Pollack (Frankfurt/Oder) im Gespräch mit der „Herder Korrespondenz“ (HK, Juli-Heft), die Einschätzung, dass die so genannte Säkularisierungsthese ihre Plausibilität verloren habe.

Markante Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung von Kirche und Religiösem bestreitet Pollack nicht. Er rät jedoch, sorgfältig zwischen „medialer Präsenz“ und der „alltagspraktischen Bedeutung von Religion und Überzeugungen für die Lebensführung des Einzelnen“ zu unterscheiden. Eine „Trendumkehr“ erkennt er nicht. Auf Grund einer von ihm im März durchgeführten Erhebung sieht der Soziologe das Wiedererstarken des religiösen Interesses im Kontext eines internationalen Bedrohungsszenarios. So hätten 70 % der befragten Bundesbürger in West und Ost die Ansicht vertreten, die wachsende Vielfalt religiöser Gruppierungen in Deutschland sei eine Ursache für Konflikte. Weitere 43 % sahen die Bundesrepublik durch fremde Kulturen beziehungsweise Nationen bedroht.

### „Starkes Desinteresse“

Zugleich ist jedenfalls für Pollack nicht nachweisbar, dass vor allem unter den deutschen Jugendlichen die Konfrontation mit anderen Religionen zu einem Erstarken des eigenen (christlichen) Glaubens führe. Das Desinteresse an Religion in der deutschen Jugend, erklärt er, „ist offenbar so stark, dass solche Effekte, wenn sie denn überhaupt vorhanden sind, relativ schwach ausfallen“. Er geht damit auf Distanz zur „cultural defence“-These. Und gerade in der Auseinandersetzung mit dem Islam wachse das Insistieren der Bundesbürger auf der Säkularität von Staat, Recht und Politik. Gleichzeitig bestätigt er eine doch eher vordergründige Faszination durch das Fremdartige und Außergewöhnliche religiöser Zeremonien. So gesehen sei das Interesse der Medien, die stets auf Unbekanntes aus seien, keine so große Überraschung.

Rückschlüsse auf den individuellen Glauben von Menschen, so Pollack, sollten daraus nur sehr vorsichtig abgeleitet werden: „Die Indikatoren für eine alltagspraktisch gelebte Religiosität gehen seit Jahrzehnten zurück.“ Noch diffuser erscheint ihm die Renaissance des Religiösen im politischen Raum. Hier stoße diese einerseits rasch auf eng definierte Grenzen des Mach- und Durchsetzbaren. Zum anderen wirken auf ihn die sich mehrenden Rufe nach einer Rückbesinnung auf (christliche) Werte fast so, als sei der Glaube an

die Veränderbarkeit der Gesellschaft aufgegeben.

Mit der Säkularisierungsthese geht für Pollack kongruent, dass sich die Menschen mit dem Maße der Modernisierung und Wohlstandsentwicklung in ihrer Gesellschaft freier der Selbstverwirklichung und Sinn-suche zuwenden könnten. Dies bedeute aber keine Trendumkehr. Das Zahlenmaterial bestätige vielmehr die kontinuierliche Abnahme der Kircheng Zugehörigkeit und die sinkende kirchlich-religiöse Praxis. Dies treffe für den öffentlichen Raum ebenso zu wie für den privaten. Die Kirchen täuschten sich, so Pollack, wenn sie das höhere Medieninteresse als Indikator eines religiösen Aufschwunges deuteten. Die Kirchen trügen allerdings nur bedingte Verantwortung (Selbstsäkularisierung?) für die Entwicklung. Eine Umkehr dieses Prozesses durch einige Korrekturen sei nicht möglich. (KNA)

## Pfarrgemeinden im Urteil der Katholiken: Erstaunliche Zustimmung – »Nicht nur Niedergang«

**I**n einer Dimap-Umfrage haben vor allem gemeindeverbundene deutsche Katholiken ihren Pfarreien ein relativ gutes Zeugnis ausgestellt. Dies konterkariere doch verbreitete „Niedergangsszenarien“, erklärte Kai Reinhold, der die Erhebung ausgewertet hat, gegenüber KNA. Die Pfarreien könnten ihr Potenzial nutzen, sie seien „besser gerüstet, als manch einer glauben mag“. Kai Reinhold, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projektes „CrossingOver“ unter Leitung des Kirchenhistorikers Wim Damberg an der Ruhr-Universität Bochum, der diese für Deutschland adaptiert hat, erläuterte auf Anfrage einige Details und Tendenzen. Die umfassende Analyse steht noch nicht zur Verfügung, die wird Reinhold demnächst in seiner Dissertation an der Ruhr-Universität Bochum veröffentlichen.

Im März hatte das Meinungsforschungsinstitut Dimap (Bonn) 1.054 Katholiken zu ihrer Gemeindebindung befragt. Als Teil einer vergleichenden Studie zu den Pfarrgemeinden in den USA analysiert Reinhold die Ergebnisse beider Umfragen und äußerte sich im Gespräch mit KNA zu einigen für Deutschland relevanten Erkenntnissen darüber, was Katholiken hierzulande heute glauben und wie sie über ihre Pfarreien denken.

Seit den 1960er Jahren erleben hierzulande die katholischen Ge-

meinden ein rückläufiges Interesse der Gläubigen. Das spiegelt sich teilweise wider in der kontinuierlich sinkenden Zahl der Gottesdienstbesucher und ebenso in den massiven Kirchenaustritten in den 1990er Jahren. In diesem Kontext stellte jüngst etwa der Essener Bischof Felix Genn fest: „Die Sozialgestalt von Kirche geht nicht zu Ende, sie ist zu Ende.“

### „Nicht nur Niedergang“

Gleichzeitig aber nehmen Demoskopen ein wachsendes Interesse an

Glaube und Kirche wahr. Bedeuten jedoch „angesagte“ Großevents wie der Weltjugendtag 2005 in Köln, fragt Reinhold,

- dass die deutschen Katholiken mit ihrem normalen Pfarrleben nichts mehr anfangen können?

Und:

- Ist „katholisch sein“ für sie noch wichtig?
- Wie viele Katholiken haben überhaupt noch Kenntnisse über ihre Wohnort-Gemeinde?
- Wie viele fühlen sich einer bestimmten Pfarrei zugehörig?
- Wie zufrieden sind sie mit ihr, und welche Rolle spielt diese (noch) in ihrem Leben?

Die Umfrage werfe ein neues Licht auf das Verhältnis der Katholiken zu ihren Gemeinden. Den vielfach anzutreffenden „Niedergangsszenarien“ sieht Reinhold doch eine erstaunlich große Zustimmung zu traditionellen Glaubensaussagen gegenüber stehen: So gaben mehr als zwei Drittel der Befragten an, sie stimmten „stark“ oder zumindest „in etwa“ mit dem Glauben an die Gottessohnschaft und die Auferstehung Jesu überein. Nur etwa 10 Prozent könnten sich damit „in keiner Weise“ identifizieren.

Hinsichtlich des Gottesdienstbesuchs am Sonntag erscheint Reinhold die Selbsteinschätzung der Befragten im Vergleich zu den jährlichen kirchenamtlichen Teilnehmerzahlen tendenziell zu hoch. Eine Erkenntnis, die sich mit Erfahrungen aus früheren Umfragen decke. Etwas mehr als die Hälfte der Katholiken gehe demnach ein- oder mehrmals im Monat oder auch regelmäßig jede Woche zur Sonntagsmesse. Die Mehrzahl besuche diese jedoch lediglich ein bis drei Mal im Monat. Für 27 Prozent habe der Sonntagsgottesdienst nur noch punktuelle Bedeutung. Weitere 20 Prozent nähmen „nie“ oder „fast nie“ an Messfeiern teil. Auch die Überalterung spiegele die Umfrage wider: Mehr als die Hälfte der regelmäßigen Kirchgänger sei 65 Jahre und älter.

Auch in der kürzlich teilweise publizierten „Milieu“-Studie des Heidelberger Marktforschungsinstituts Sinus Sociovision (s. *Beitrag S. 33 ff.*) wird hervorgehoben, dass nur noch in wenigen Gesellschaftsgruppen wie etwa den „Traditions-

verwurzelten“ eine Nähe zur herkömmlichen Pfarrgemeinde existiere.

Laut Dimap-Umfrage fühlten sich immerhin noch 53 Prozent der Katholiken einer bestimmten Pfarrei zugehörig; für Reinhold eine der „wichtigsten Erkenntnisse“. Bei Frauen und den über 65-Jährigen liege der Wert höher, bei den 46- bis 65-Jährigen genau im Mittel und bei den 24- bis 45-Jährigen bei 47 Prozent. Bemerkenswert für den Bochumer Wissenschaftler: 41 Prozent der religionsmündigen Jugendlichen bejahten noch eine Zugehörigkeit zu ihrer Gemeinde. Andererseits: 47 Prozent der Katholiken hätten einen solchen Abstand, dass sie offensichtlich nicht einmal mehr eine emotionale Bindung an eine Gemeinde bestätigen könnten. Daher seien zum Binnenleben ihrer Pfarreien nur noch die „Katholiken mit Gemeindebindung“ befragt worden. Die Mehrheit von diesen gehöre zur Pfarrei ihres jeweiligen Wohnortes, während sich 13 Prozent einer anderen Gemeinde verbunden fühlten. Die eigene Territorialgemeinde, meint Reinhold, habe also offensichtlich noch nicht ausgedient; sie biete immer noch vielen Katholiken Heimat. Vor allem in Großstädten aber erhöhe sich der Anteil derer, die sich einer anderen Gemeinde zuwendeten auf bis zu 21 Prozent. Noch stärker scherten Jugendliche und junge Erwachsene aus der Territorialgemeinde aus.

Das geäußerte individuelle Zugehörigkeitsgefühl, so Reinhold, sage aber noch wenig aus über die tatsächliche Bedeutung der Pfarrei für den Einzelnen. Für fast zwei Drittel der Katholiken mit Gemeindebindung sei diese „ein wichtiger Teil ihres Lebens“, und ein Viertel arbeite ehrenamtlich mit. Somit leisteten bundesweit bis zu 3,4 Millionen Ka-

tholiken (13 Prozent) hier freiwillige Dienste. Rund 7 Prozent der Gemeindeverbundenen gehörten Kleingruppen wie Gebets- oder Bibelkreisen an. Für drei Viertel entsprächen die Aktivitäten ihrer Pfarrgemeinden „voll“ oder „eher“ ihren persönlichen religiösen Bedürfnissen. Für 20 Prozent sei dies „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ der Fall.

Den Gemeindepfarrern, hob Reinhold eine weitere Erkenntnis hervor, werde eine zentrale Bedeutung beigemessen. Die Mehrheit der Befragten habe angegeben, sich im zurückliegenden Jahr mindestens ein Mal mit ihrem Pfarrer „über Themen, die mit ihrem Leben, ihrer Familie oder der Kirche zu tun haben“, gesprochen zu haben. Die Messfeiern und sonstigen Pfarr-Aktivitäten entsprächen in hohem Maße den Bedürfnissen der Gemeindeverbundenen; sie bedeuteten oft auch „Hilfe für ihr Leben“ und „bringen sie mit Menschen zusammen, die ihre Werte teilen“. Rund 15 Prozent dieser Befragten erlebten Gemeinde als „all ihren religiösen und sozialen Wunschvorstellungen“ entsprechend; für 54 Prozent sei diese an ihren Erwartungen „ziemlich nah dran“. Für fast jeden vierten Gemeindeverbundenen aber entspreche seine Pfarrei diesem Ideal „nicht besonders“ oder „in keiner Weise“. Zwei Drittel wünschten sich Verbesserungen – im „sozialen Engagement“, bei der „Einbeziehung in Entscheidungsprozesse“ und bei der „Qualität des Gottesdienstes“.

### „Potenzial nutzen“

Die Umfrage stellt den Gemeinden und ihren Seelsorgern, bilanziert Reinhold, ein gutes Zeugnis aus und bestätige deren nach wie vor nicht zu unterschätzende Bedeutung. Auf dieser Momentaufnahme inmitten großer Veränderungen in der Kirche dürften sich Pfarreien und Seelsorger daher nicht ausruhen. Der Bochumer Wissenschaftler: „Wenn – wie von Theologen gefordert – die Gemeinde eine missionarische Strahlkraft über das, was momentan ist, hinaus ausüben soll, dann wird es richtig sein, ihr vorhandenes Potenzial zu nutzen. Insgesamt betrachtet scheinen die Gemeinden vor Ort dafür zumindest besser gerüstet, als manch einer glauben mag.“ (KNA – ID NR. 30)

### Kommentar im konradsblatt

Die Pfarrei-Studie thematisiert die Freiburger Kirchenzeitung: „Die Frage kann also nicht lauten, ob die pfarrlichen Strukturen weiterhin bestehen bleiben sollen. Denn eine gleichwertige Alternative dazu gibt es offensichtlich nicht. Entscheidend ist vielmehr, welches Profil eine Pfarrei hat – ob mit oder ohne eigenen Pfarrer. Und es ist jede Mühe wert, die Pfarrgemeinden bei ihrer Suche nach einer zeitgemäßen Gestalt gemeindlichen Lebens zu unterstützen.“ □

# Von Wohnzimmern und Sinn im Leben

## Religiöse und kirchliche Orientierungen im Spiegel der Sinus-Milieus

VON MARTIN HOCHHOLZER

Zwei bekannte Männer aus Großbritannien, die scheinbar vieles gemeinsam haben: Beide sind 1948 geboren, haben geheiratet, sich aber von ihren Frauen getrennt, haben erwachsene Kinder, sind beruflich erfolgreich und sehr vermögend, sozial engagiert, ja, teilen sogar ihre Vorliebe für die Urlaubsregion: den Alpenraum. Und doch sind sich Ozzy Osbourne, ein britischer Rockmusiker, und Prinz Charles gar nicht so ähnlich.

Das Einkommen und der dadurch erreichte soziale Status sagen allein noch nichts darüber aus, wer jemand ist. Und auch Menschen mit gleicher Bildung und gleichem Beruf können in ganz unterschiedlichen Welten leben.

Andererseits findet man doch erstaunliche Übereinstimmungen. „Zeigen Sie mir Ihr Wohnzimmer, und ich zeige Ihnen, welchen Sinn Sie Ihrem Leben geben oder in Ihrem Leben gefunden haben“, fordert Thomas Becker seine Zuhörer auf. Als Leiter der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle in Hamm stellt er im kirchlichen Raum die Erkenntnisse der Sinus-Milieu-Forschung vor, insbesondere die Ergebnisse der Studie „RELIGIÖSE UND KIRCHLICHE ORIENTIERUNGEN IN DEN SINUS-MILIEUS 2005“.

In diesem Zusammenhang war er auch bei der Haupttagung 2006 der Männerarbeit zu Gast. In einem kurzweiligen und anschaulichen Vortrag führte er die Teilnehmer in den milieuorientierten Ansatz der Sozialforschung ein. In diesem Heft können wir leider nur einen kleinen Ausschnitt aus der Fülle der Informationen wiedergeben.

### Die Entwicklung der „Grundorientierung“ in Deutschland

Werbung 1952: Die Hausfrau müsste eigentlich glücklich sein: Ihr Mann ist

so brav, dass er nicht nur beim Abtrocknen hilft und den Müll raus trägt, sondern sogar Socken stopft. Und auch die Kinder sind artig – meistens. Nur ein dunkler Punkt: Nach dem Mittagessen verschwindet der Göttergatte immer sofort ins Café. Warum verschmäht er ihren eigenen Kaffee? Des Rätsels Lösung: Sie verwendet nicht den richtigen Kaffee-filter!

Mit den 50er Jahren beginnt Thomas Becker seinen Gang durch die Entwicklungsgeschichte der sog. „Grundorientierung“ in Deutschland (vgl. dazu die Übersicht unten). Die Grundorientierungen, die für verschiedene Zeiten prägend waren, leben weiter – in den verschiedenen Milieus, die man heute in Deutschland findet und die ganz unterschiedliche Altersstrukturen aufweisen: Viele „Konservative“ und „Traditionsverwurzelte“ sind noch in der Zeit des Wirtschaftswunders aufgewachsen, während bei den „Experimentalisten“ und den „modernen Performern“ die junge Generation dominiert.

Gerade Werbefilme spiegeln gut wider, was Menschen zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Milieus anspricht (bzw. womit die Wirt-

schaft sie anzusprechen versucht). Der oben skizzierte Spot stammt aus der Zeit des Wiederaufbaus. Man kann sich allmählich wieder etwas leisten. Aber (noch) stehen traditionelle Werte im Vordergrund: Pflichtbewusstsein und Fleiß, Tugendhaftigkeit. Eine wichtige Rolle spielen Institutionen, gerade auch die Familie. Dass in obigem Spot der Familienvater nach dem Mittagessen allein ins Café geht, weil ihm dort der Kaffee besser schmeckt: Wäre das heute noch vorstellbar? Und sie bemüht sich natürlich, die perfekte Hausfrau zu sein und den dunklen Punkt auszumerzen.

Die 60er bis 80er Jahre überspannen zwei gegenläufige Tendenzen. Im „Wirtschaftswunder“ spielen jetzt Status und Besitz, Lebensqualität und Genuss eine Rolle. Allmählich erweitern sich auch die Spielräume für die eigene Lebensgestaltung.

Auf der anderen Seite – man denke nur an 1968 oder an die Entstehung der Grünen – kommt es zur radikalen Kritik am Herkömmlichen: Selbstverwirklichung, Emanzipation und Einsatz für Ökologie und Frieden werden vielen wichtig.

50er Wiederaufbau	60er bis 80er Wirtschaftswunder Wertewandel		90er bis heute Postmoderne
Pflichten und Konventionen	Status	Konsumkritik	Mobilität Nachdenken über die Folgen der Moderne
	Besitz	Selbstverwirklichung	Flexibilität
Traditionelle Moral	Lebensqualität	Emanzipation	Multimedia
Tugend und Verzicht	neue Spielräume zur Lebensgestaltung	Ökologie soziales Engagement	virtuelle Realität
Institutionen, Familie			Mix aus Werten u. Gegensätzen
	>> Hedonismus	>> Postmaterialismus	>> Relativierung >> Sinnsuche
Traditionelle Werte Selbstkontrolle	Modernisierung Selbstverwirklichung		Neuorientierung Selbstmanagement

Die Entwicklung der Grundorientierungen in Deutschland



Wie auch immer – ob mit Schwerpunkt auf dem Konsum oder auf der Individualität: In einer Phase der Modernisierung tritt das bisherige Wertegerüst in den Hintergrund, und man gestaltet sein Leben selbst.

„Geht einfach alles immer schneller? Oder bin ich nur langsamer geworden? Jeden Tag ist es, als würde man auf einem neuen Planeten aufwachen. [...] Versteht mich nicht falsch, ich will ja nicht die Welt anhalten. Aber – kann sie sich nicht ab und zu mal um mich drehen?“ Soweit der Werbespot einer Bank, die verspricht, den Kunden von den lästigen Details des Daseins zu entlasten.

Mit dem Ende des Kalten Krieges wird das Leben zunehmend komplexer. Die Fülle der Möglichkeiten, aber auch die Widersprüchlichkeit von Werten und Anschauungen in einer globalisierten Welt überfordern so manchen. Andere dagegen haben sich eingestellt auf ein Leben, das jeden Tag neu gestaltet werden kann, wo eine Fülle von Lebensentwürfen zur Auswahl steht, wo sich scheinbar alles selbst relativiert. Der Preis: Flexibilität und Mobilität und der Verzicht auf eine feste Realität.

Zugleich findet man in dieser Phase der „Neuorientierung“ auch eine Nachdenklichkeit, eine Reflexion über die Grenzen der Welt und die Folgen der Modernisierung, eine neue Suche nach Sinn.

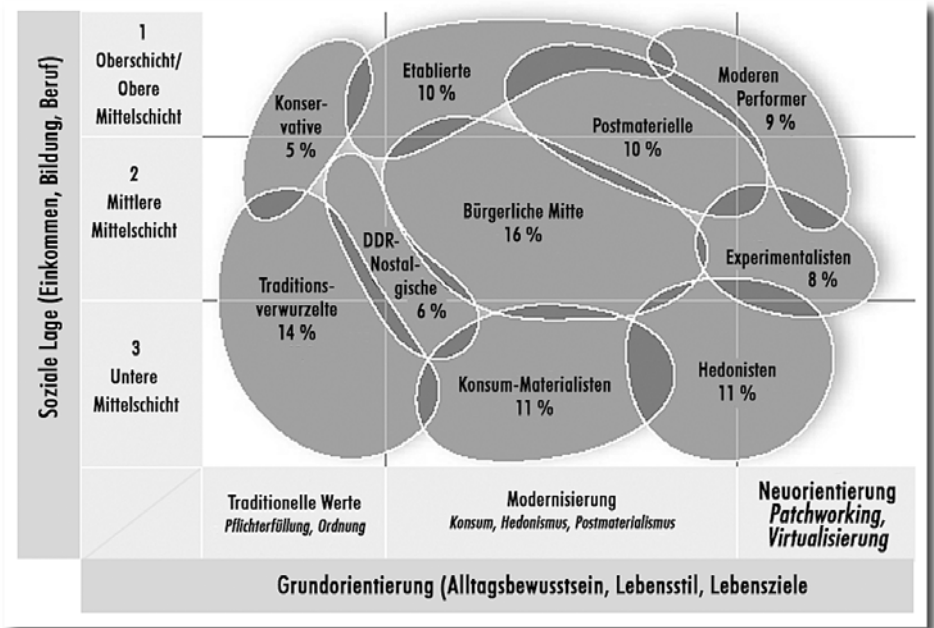
Und man findet Leute wie Sie und mich, die nicht ganz in dieses Schema passen, die nicht alles Neue mitmachen, deren Leben auch Züge von Lebenseinstellungen früherer Jahrzehnte trägt. Die also verschiedenen Milieus angehören.

### Sinus-Milieus in Deutschland

Die Sinus-Milieu-Forschung will der Tatsache gerecht werden, dass nur ein kleiner Teil der Menschen „voll im Trend“ lebt (was auch immer der sein mag) und dass auch die soziale Lage (Einkommen, Bildung, Beruf, Status) noch ganz unterschiedliche Lebensstile zulässt.

Seit 1978 führen die Forscher dieser Richtung intensive Interviews mit Tausenden von Menschen. Auf dieser Grundlage ordnen sie sie in ein zweidimensionales Schema ein: zum einen nach der sozialen Lage, zum anderen nach der jeweiligen Grundorientierung. Diese Grund-

### Sinus-Milieus 2005 in Deutschland



orientierungen stehen in Zusammenhang mit den eben skizzierten Entwicklungsphasen der deutschen Gesellschaft: Für einen Großteil der Menschen, die unter eine Grundorientierung eingeordnet wurden, war die entsprechende Zeit prägend.

Im nächsten Schritt werden die Befragungsteilnehmer in Gruppen eingeteilt: in die so genannten Sinus-Milieus. Diese Milieus können dann beschrieben und dargestellt werden – auch optisch mit Fotografien typischer Wohnzimmer und akustisch durch Beispiele von Lieblingsmusik. Das bedeutet natürlich eine gewisse Pauschalierung. Thomas Becker betont: „Sie finden hier nicht *‘die Menschen, so wie sie wirklich sind’*, sondern *‘wir bieten Ihnen eine sozialwissenschaftlich fundierte und anerkannte Perspektive, mit der Sie die soziale Wirklichkeit betrachten können.’*“

Die Milieus zeichnen sich dadurch aus, dass die Menschen, die ihnen zugeordnet werden, wesentliche Elemente der Lebenswelt gemeinsam haben: Werte, Lebens-

stil, auch die Alltagsästhetik: Was die einen schön finden (z.B. ein Poster mit einem Pinup-Girl im Schlafzimmer), käme anderen nie ins Haus.

Eine Übersicht über die Einordnung der Milieus und deren Verteilung in der Bevölkerung gibt die Tabelle oben. Nähere Informationen zu einigen ausgewählten Milieus finden Sie in den Kästen unten und auf den nächsten beiden Seiten.

Die Milieus überschneiden sich zwar leicht, sind aber meist so unterschiedlich zueinander, dass sie sich gegenseitig abstoßen, d.h. dass die

### Merkmale einiger ausgewählter Sinus-Milieus

#### Traditionsverwurzelte:

- v.a. Senioren, hoher Frauenanteil
- v.a. Hauptschulabschluss und Berufsausbildung
- Arbeiter, Bauern, kleine Angestellte
- Bescheidenheit, keine großen Ziele, Bewahrung des Erarbeiteten,
- Festhalten an traditionellen Werten, gegen Sittenverfall und Spaßgesellschaft
- Orientierung an der Ordnung Gottes
- Geborgenheit in der traditionellen Familie und bei Freunden/Nachbarn: „seinen Platz in der Gesellschaft haben“
- wichtig: Ordnung und Sauberkeit
- Alltagsästhetik: altdeutsch-rustikal, neben Vorzeigeräumen (Wohnzimmer) praktisch eingerichtete Funktionsräume
- Bildung zwar positiv gesehen, aber keine Bereitschaft zur eigenen Weiterbildung
- Wunsch nach Bestätigung der eigenen Meinung

Fortsetzung auf Seite 38

## Fortsetzung von S. 37

**Konservative:**

- überwiegend über 50 Jahre alt
- recht viele Hochschulabsolventen, höhere Angestellte, Beamte, Selbständige
- Bewahren von Werten und Traditionen
- Pflichtethos, viele Ehrenämter
- teilweise Elitedenken
- Wertschätzung von Kunst und Kultur
- Distanzierung von Zeitgeist und oberflächlichem Konsum
- Alltagsästhetik: traditionelle Einrichtungsstile, nicht-moderne Kunst, kein Protz
- humanistisches Bildungsideal; Bildung als Ausweis der Gesellschaftsfähigkeit

**Bürgerliche Mitte:**

- Altersschwerpunkt: 30 bis 50
- überwiegend verheiratet, Kinder
- mittleres Bildungsniveau
- Facharbeiter, mittlere Angestellte, viele Hausfrauen
- wollen einen angemessenen, mittleren Status erhalten Zielstrebigkeit, Fleiß, Vorsorge/Sicherheit wichtig
- beruflichen Erfolg und privates Glück (Familie, Freundeskreis) miteinander verbinden
- Beachtung gesellschaftlicher Normen und Konventionen, Abgrenzung gegen soziale Ränder
- erstreben Harmonie und Schönheit im privaten Leben bei Bewahrung der Bodenständigkeit
- Wunsch nach Lebensqualität, Komfort und Genuss
- Alltagsästhetik: etwas gehobener, aber konventionell; gemütlich und praktisch; Wohntrends werden gerne aufgegriffen; Ausschmücken der Wohnung durch Blumen, Kerzen ...
- Bildung dient der Vergewisserung der Milieuzugehörigkeit; großes Interesse an Weiterbildung und Informationen – breites Themenspektrum

**Hedonisten:**

- bis 50 Jahre, viele Jüngere
- viele Ledige und Singles, aber auch Familien
- einfache bis mittlere Bildung

- einfache Angestellte und Arbeiter, viele Schüler/Azubis
- suchen Spaß, Unterhaltung, Bewegung, Freiheit
- gleichzeitig träumen viele von einem geordneten Leben (intakte Familie, festes Einkommen ...)
- teilweise „Doppelleben“: angepasstes Berufsverhalten – Sich-Ausleben in der Freizeit häufig aggressive Abgrenzung zu den „Spießern“ und allem Etablierten und nach unten (Ausländer, „Asoziale“); Gewaltpotential
- Leben im Hier und Jetzt, spontaner Konsum, keine Ausgabenkontrolle, kaum Lebensplanung
- Spaß an Provokationen und Tabuverletzungen; Hang zu „außerbürgerlichen“ Szenen und Gruppen
- Alltagsästhetik: Originalität und Selbstgemachtes wichtig; Bequemlichkeit geht vor Ordnung – gewolltes Chaos; ausgefallene Dekorationen; starke Reize und Provokantes gesucht (z.B. Piercings)
- keine Lust, sich für Bildung anzustrengen; lieber leicht verdauliche Informationen, Edutainment\*)

**Moderne Performer:**

- jüngstes Milieu
- Ledige, viele leben noch bei Eltern
- hohes Bildungsniveau
- viele Schüler/Studenten; viele Selbständige; qualifizierte Angestellte
- Leistungsbereitschaft und Ehrgeiz hoch
- zugleich Streben nach Selbstverwirklichung und intensivem Leben
- Hinterfragen von Normen und Konventionen
- Experimentieren mit unterschiedlichen Lebensstilen
- fühlen sich als junge Elite
- Begeisterung für moderne Technik und Multimedia und für sportliche Freizeitgestaltung (Outdoor)
- Alltagsästhetik: konventionelle Elemente werden kreativ neu kombiniert; Integration modernen Designs; Wohnung mehr als „Ausstellung“ inszeniert
- hohes Interesse an aktuellen gesellschaftlichen Themen
- Weiterbildung v. a. unter dem Aspekt des Nutzens gesehen; gute Aufbereitung gefordert

\*) Edutainment: von engl. *education* „Erziehung“ und *entertainment* „Unterhaltung“; mediale Wissensvermittlung als Mischung aus Unterhaltung und Belehrung; das Fernsehen setzt immer stärker auf E.

Angehörigen der einzelnen Milieus in ganz eigenen Welten leben und wenig mit Menschen, die aus anderen Milieus stammen, anfangen können (vom Verstehen ganz zu schweigen).

Die Werbung hat sich schon länger darauf eingestellt, sich darauf zu konzentrieren, ganz bestimmte Zielgruppen zu erreichen.

Porsche wendet sich an andere Milieus (wirbt etwa in anderen Medien) als Fiat. Ein weiteres Beispiel: Das Lebensgefühl welches Milieus spiegelt sich wohl in diesem Werbespot?

*Ein Mann in einem Sportwagen wird von der Polizei angehalten. „Mensch, Herr Wachtmeister“, versucht er sich zu entschuldigen: Er sei gerade in einem Elektro-*

*Discounter gewesen, wo er bei den billigen Angeboten einfach zuschlagen musste. „Und in diese teure Scheißkarre geht ja nichts rein. Können Sie nicht mal ‘ne Ausnahme machen?“ Auf dem Dach – nur notdürftig gesichert – stapeln sich die Schachteln.*

Hier werden sich wohl am ehesten die „Konsum-Materialisten“ wiederfinden.

**Sinus-Milieus und Kirche**

Mit der Studie „Religiöse und kirchliche Orientierungen in den Sinus-Milieus 2005“ haben sich die Bischöfe alles andere als Streicheleinheiten geholt. Doch gleichzeitig haben sie einen Beleg dafür bekommen, dass die Kirche auch für Menschen in Lebenswelten von Be-

deutung ist, die landläufig als „kirchenfern“ bezeichnet werden.

Es verwundert wohl nicht allzu sehr, dass die Katholiken in den Milieus der „Konservativen“ (42,1 %), der „Traditionsverwurzelten“ (40,8 %) und der „Etablierten“ (38,4 % bei einem Durchschnitt in der gesamten Bevölkerung von 34,7 %) überrepräsentiert sind, während bei den „DDR-Nostalgischen“ die Konfessionslosen dominieren. Ansonsten sind die Katholiken in allen Milieus mit über 30 % Anteil vertreten.

Wie die Kirche wahrgenommen wird und welche Erwartungen ihr entgegengebracht werden, ist aber völlig unterschiedlich. Den „Traditionsverwurzelten“ gibt die Kirche Heimat und Schutz; die „Konservativen“ meinen, die Kirche sei weniger für sie als für die Gesellschaft wichtig, um Werte und das christliche Abendland zu erhalten; die „Etablierten“ sehen die Kirche als „Kulturveranstalter“ und schätzen Kirchenkonzerte und gediegene Veranstaltungen der Erwachsenenbildung; die „Bürgerliche Mitte“ braucht die Kirche v.a. für die Kindererziehung, für die Vermittlung elementarer Werte; und bei den „Postmateriellen“ findet sich der Kern der „Kirche von unten“. Andere Milieus können eher wenig mit der Kirche anfangen, fühlen sich dort fehl am Platz oder nehmen nur ausgewählte kirchliche Angebote in Anspruch.

Wie es kirchlich in unseren Beispiel-Milieus aussieht, sehen Sie im nebenstehenden Kasten.

Ist die Kirche also nur eine Kirche einiger weniger Milieus? Müssen bestimmte Bevölkerungsgruppen – etwa die „Konsum-Materialisten“ und die „Hedonisten“ – ganz abgeschrieben werden?

„Aber die Kirche muss ihren ureigensten Auftrag erfüllen, nämlich die Milieus und Ghettos überwinden“, insistiert Erzbischof Schick in seiner Predigt bei der Haupttagung der GKMD (Gemeinschaft der katholischen Männer (s. S. 41). Und erinnert so daran, dass die frohe Botschaft allen Menschen gilt (vgl. Mt 28,20).

Kein leichter Auftrag! Dazu müssen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kirche erst einmal fragen, welche Menschen sie mit ihren Methoden und Angeboten erreichen. Ein Vorschlag, der in der Diskussion nach dem Vortrag eingebracht wurde: Priester sollten regelmäßig Orte (Kneipen ...) besuchen, wo sie sonst nie hingehen – um auch einmal mit ganz anderen Menschen als sonst ins Gespräch zu kommen.

Was können die Kirche und speziell die Männerarbeit aus den Ergebnissen der Sinus-Forschung lernen? Hier beginnt das Nachdenken erst. Auch Thomas Becker hat keine Patentrezepte. Nur eine Antwort an die Kirche sieht er in allen Milieus: Seid authentisch, biedert auch nicht an!

*„Lass mich dich lernen, dein Denken und Sprechen, dein Fragen und Dasein, damit ich daran die Botschaft neu lernen kann, die ich dir zu überliefern habe.“*

Klaus Hemmerle (1929-1994),  
Bischof von Aachen 1975-1994

*Dieser Bericht wurde von Martin Hochholzer, Referent bei der Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den Deutschen Diözesen in Fulda, nach einem Vortrag von Thomas Becker bei der Haupttagung der GKMD im Mai 2006 erstellt und in „Mann in der Kirche“, Heft 1/Juli 2006, S. 6-11, veröffentlicht.*

## Stichpunkte zu den religiösen und kirchlichen Bindungen in ausgewählten Sinus-Milieus

### Traditionsverwurzelte:

- enge Bindung an die Kirche
- sonntäglicher Kirchgang selbstverständlich
- kirchliche Hierarchie und Lehre voll akzeptiert
- starkes ehrenamtliches Engagement in der Kirchengemeinde

### Konservative:

- Kirche als Bewahrerin der christlich-abendländischen Tradition
- Kirche soll es um Orientierung für die Menschen gehen, nicht um Machterhalt
- Kirche weniger für einen selbst wichtig, vielmehr für die kommende Generation

### Bürgerliche Mitte:

- Kirche soll grundlegende Werte vermitteln – weniger einem selbst, sondern v.a. den Kindern
- Pfarrgemeinde als lockere und fröhliche Gemeinschaft gewünscht
- gegen Moralisieren
- Trennung von persönlichem Glauben und Kirche

### Hedonisten:

- starke Distanz zur Kirche, die als Machtapparat gesehen wird
- Vorstellung, dass Kirche die eigene Lebenseinstellung nicht akzeptiert: zu lustfeindlich und moralisierend
- deshalb prinzipielle Ablehnung kirchlicher Ge- und Verbote
- Männer eher auf Spaß etc. fixiert
- bei Frauen eher Suche nach Religiösem, v.a. nach sinnlichen Erfahrungen

### Moderne Performer:

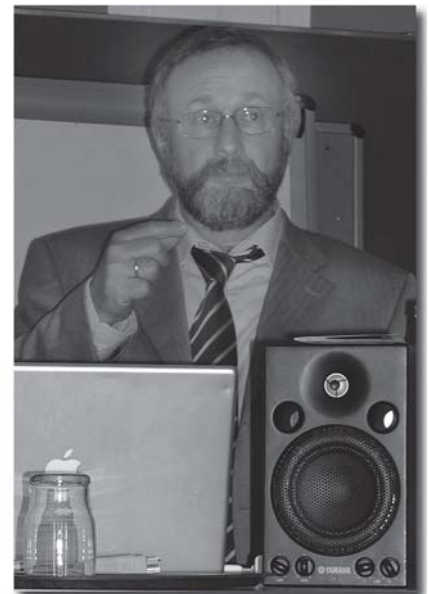
- Kirche als „Expertensystem“, das man nur im Bedarfsfall in Anspruch nimmt
- gegen eine Kirche, die Befolgung von Lehren und lebenslange Bindung verlangt
- Kirche kann mit Erlebnis, Entspannung und religiöser Bildung punkten

Der Vortragende  
Thomas Becker ist der  
Leiter der Katholischen  
Sozialethischen Arbeits-  
stelle der DBK in Hamm.

Die KSA beschäftigt  
sich mit Sekten- und  
Weltanschauungs-  
fragen, Suchtkranken-  
seelsorge sowie Kinder-  
und Jugendschutz.

Kurz: „Die KSA leistet  
Hilfen zur Bewältigung  
der pastoralen Heraus-  
forderungen, die sich  
durch die Modernität  
der gesellschaftlichen  
Lebensverhältnisse für  
Christentum und  
Kirche ergeben.“

(Foto: PS)







## Joseph Ratzinger über die Demokratie in der Kirche

»Gemeinde – Presbyterat – Episkopat sind ineinander geschoben und jeweils von beiden Seiten her spezifisch aufeinander bezogen«

**1970** wurde ein Vortrag des jetzigen Papstes Benedikt XVI. mit dem Titel „Demokratie in der Kirche?“ veröffentlicht. Die darin enthaltenen Thesen wurden im Jahr 2000 vom damaligen Präfekten der Kongregation für die Glaubenslehre noch einmal bestätigt. Nachstehend zwei Abschnitte dazu aus dem Werk *„Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten, Grenzen, Gefahren“* (Limburg 1970) von Joseph Ratzinger und Hans Maier, Neuauflage 2000 im Topos-Verlag. Darin nimmt der jetzige Papst Benedikt XVI. zur Frage der Demokratie in der Kirche Stellung. – Es folgt ein Interview, das ZENIT mit Dr. Manfred Gawlina von der Ludwig-Maximilians-Universität München zu diesem Thema geführt hat.

Die Tatsache, dass bis weit ins Mittelalter hinein sich die einzelnen Gemeinden ihre Vorsteher selbst gewählt haben, war für sie der selbstverständliche Ausdruck des Subjektcharakters der einzelnen Ekklesien. Bevor wir uns unmittelbar der praktischen Frage zuwenden, muss allerdings die theologische Grundfrage noch etwas genauer geklärt werden.

Kirche ist nicht einfach Volk, sondern Versammlung. Daher ist das eigentliche Aktiv von Kirche, Kirche als solche, konkret in der gottesdienstlichen Versammlung gegeben. Sie ist der primäre Ort der Kirche, bzw. der Kirchenbegriff hat hier seinen primären Ort. Gottesdienstliche Versammlung ist nicht etwas Nachträgliches zu Kirche, sondern ihre Erstform. Die zum Gottesdienst versammelte Gemeinde ist daher Kirche im Vollsinn des Wortes. Nochmal anders gesagt: Der Inhalt von Kirche ist das Wort, das Fleisch wird und die Menschen zu sich ruft. Da in jeder legitim versammelten kirchlichen Gemeinde das ganze Wort des Evangeliums und der ganze Herr anwesend sind, ist in ihr das Ganze von Kirche präsent.

Dennoch ist die Gesamtkirche nicht, wie zum Teil daraus abgeleitet wurde und wird, eine nachträgliche Addition oder ein organisatorisches Dach, das aber außerhalb des eigentlichen Kirchenbegriffs, außerhalb des eigentlichen Wesens von Kirche stünde. Der ganze Herr ist vielmehr in jeder Gemeinde ganz, aber er ist auch in der ganzen Kirche nur einer. Deshalb ist Maßstab dafür, ob man bei dem einen Herrn steht, dass man

in der Einheit der einen Kirche steht. Das Wort des Herrn ist zwar einerseits überall ganz, aber es kann ganz nur dadurch gehabt werden, dass man es im Ganzen und mit dem Ganzen hat. Entsprechend gilt: Eucharistie ist je ganz und doch nur sie selbst, wenn sie mit allen geteilt wird.

Es sollte nach dem Gesagten bei den Amtsbestellungen der Subjektcharakter der Gemeinde durch die Ermöglichung ihrer eigenen gemeindlichen („demokratischen“) Aktivität konkret angenommen werden. Amtsbestellungen sollten diesem Prinzip gemäß nie nur von oben erfolgen — hier muss an der seit dem 13. Jh. zum Sieg kommenden Entwicklung entschieden Kritik geübt werden. Andererseits kann Amtsbestellung nie nur von unten, von der Einzelgemeinde her erfolgen, sondern muss immer auch den gesamt-kirchlichen Faktor in sich bergen: Das Zueinander beider scheint mir für eine rechte Kirchenordnung konstitutiv zu sein.

Die beiden kirchlichen Grundämter Presbyterat und Episkopat sind kollegial strukturiert und drücken damit das eigentümliche Zueinander von Einzelgemeinde und Gesamtkirche auf der Ebene des Institutionellen aus. Presbyter ist man nicht allein, sondern im Presbyterium eines Bischofs. Bischof ist man wiederum nicht allein, sondern im Bischofskollegium, das seinen Einheitspunkt im Bischof von Rom findet. Und endlich: Christ ist man nicht allein, sondern als Zugehöriger einer konkreten ecclesia, die ihre Einheit in dem verantwortlichen Presbyter hat. Die drei Kollegien, auf

die wir unumkehrbar so stoßen: Gemeinde – Presbyterat – Episkopat sind ineinander geschoben und jeweils von beiden Seiten her spezifisch aufeinander bezogen. Die gegenseitigen Beziehungsverhältnisse sind dabei unumkehrbar und nicht in parlamentarische Modelle auflösbar, aber es sind eben doch Beziehungen:

Der Pfarrer ist mehr als Geschäftsführer der Gemeinde, der Bischof mehr als geschäftsführender Vorsitzender seiner Pfarrer und der Papst mehr als geschäftsführender Generalsekretär der zusammengefassten nationalen Bischofskonferenzen. Jedem kommt auf seiner Ebene eine unumkehrbare Eigenverantwortung für das Evangelium zu, in der sich die parlamentarische Unableitbarkeit des Glaubens ausdrückt. Und doch ist keiner der genannten Amtsträger ein Autokrat. Ich verweise nur auf die klassische Formulierung der Doppelseitigkeit des Verhältnisses durch Cyprian. Er betont einerseits mit einem Nachdruck, der durch die ganze Geschichte weiterwirkt: „Nihil sine episcopo“ („Nichts ohne den Bischof“); die Forderung der Öffentlichkeit und der Einheit der Ortskirche unter dem Bischof erreicht bei ihm im Kampf gegen Wahlgemeinden und Gruppenbildung ihre äußerste Schärfe und Klarheit. Aber derselbe Cyprian erklärt seinem Presbyterium gegenüber nicht weniger deutlich: „Nihil sine consilio vestro“ („Nichts ohne euren Rat“), und er sagt ebenso klar zu seiner Gemeinde: „Nihil sine consensu plebis“ („Nichts ohne die Zustimmung des Volkes“).

In dieser dreifachen Form von **Mitwirkung am Aufbau der Gemeinde** liegt das klassische Modell kirchlicher „Demokratie“ vor, die nicht aus einer sinnlosen Übertragung kirchenfremder Modelle, sondern aus der inneren Struktur der kirchlichen Ordnung selbst erwächst und daher dem spezifischen Anspruch ihres Wesens gemäß ist.

Eine kirchlich-demokratische Tradition eigener Art wird sichtbar, wenn man den Sachverhalt beachtet, dass Kirche sich in Krisenzeiten gegen die Herrschenden immer mit Nachdruck auf das Volk, auf die Gemeinschaft der Glaubenden berufen und das demokratische Element gegen das fürstliche ins Spiel gebracht hat. Das zeigt sich, wenn sich Ambrosius gegen den Versuch, kirchliche Angelegenheiten in kaiserlicher Kabinettspolitik zu entscheiden, auf die Öffentlichkeit der Kirche und auf ihre Kirchlichkeit beruft: Kirchliches könne nur von der Kirche und nur von der Öffentlichkeit der Glaubenden in der Kirche entschieden werden. Das gilt wieder, wenn sich Gregor VII. und die Verfechter seines Reformkurses gegen die staatliche Usurpation der Kirche als eines Mittels kaiserlicher Politik auf das gläubige Volk berufen und vom Volk her gegen Fürstenmacht Kirche als Kirche durchzusetzen sich bemühen. Das gilt ebenso, wenn sich im 19. Jh. die Kirche zeitweise dem Liberalismus verbündet und von seiner demokratischen Stoßkraft bei der Überwindung des Staatskirchentums Unterstützung erwartet und findet. Das gilt in anderer Richtung, wenn in der arianischen Krise das kirchliche Volk gegen die von den Theologen und Hierarchen ausgehandelten theologiepolitischen Kompromisse und „Fortschritte“ den nizänischen Glauben durchhält und so als Regenerationskraft der Kirche sich bewährt.

... Die Pfarrgemeinderäte sind – von unvermeidlichen Ausnahmen abgesehen – zu einem wichtigen Element in der Pfarrgemeinschaft geworden; ihr Beitrag daran ist kaum noch wegzudenken. Auch Diözesanräte sind als Forum der Begegnung unterschiedlicher Tendenzen und Kompetenzen, als eine Weise der Auseinandersetzung

und der Konsensbildung in den Herausforderungen unterschiedlicher Situationen zu einer wertvollen Kraft geworden, die dem Bischof hilft, die unterschiedlichen Aspekte auftretender Fragen, die Stimmungen und Erfahrungen in den verschiedenen Schichten seiner Diözese wie die Möglichkeiten sinnvoller pastoraler Aktion zu erkennen und entsprechend zu handeln. Freilich wird hier die Versuchung schon größer, in an-

gespannten Situationen mehr zu den Medien als zueinander zu reden. Aber je mehr die gemeinsame Arbeit zu einer normalen Situation der Mitglieder wird, desto leichter kann man dieser Versuchung widerstehen.

*Quelle: Joseph Ratzinger, Hans Maier: „Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen“, Neuauflage 2000, Matthias-Grünwald-Verlag; S. 39 ff. und Schlusswort S. 83.*

## „Demokratie in der Kirche?“ – Begegnung mit der Theologie Joseph Ratzingers

Interview mit Dr. Manfred Gawlina von der Ludwig-Maximilians-Universität München

**In diesem Interview erklärt der Philosoph Dr. Manfred Gawlina, unter anderem, dass sich Ratzingers Aussagen gegen den Versuch wehrten, „in allen praktischen und normativen Fragen demokratische Entscheidungsprozeduren einzuführen“. Dr. Gawlina ist Spezialist in Transzendentalphilosophie und hat eine Vortragsreihe, die unter dem Titel „Joseph Ratzinger: Begegnungen mit seiner Theologie“ in Buchform erscheinen wird, zusammen mit Professor Dr. Konstantin Nikolakopoulos vom Institut für Orthodoxe Theologie an der Universität München organisiert.**

**ZENIT:** Was hat sie dazu bewegt, die Hintergründe der Theologie Joseph Ratzingers im Rahmen einer interdisziplinären Vortragsreihe auszuleuchten?

**Gawlina:** Der Theologe Josef Ratzinger, unser jetziger Papst Benedikt XVI., hat zur so genannten „Münchener Konstellation des Geistes“ gehört. Er hat hier in München promoviert und seine Habilitation unter Schwierigkeiten durchgezogen. Er ist eigentlich nur im Kontext der anderen damals hier in München wirkenden geistigen Größen zu verstehen. Bedeutende philosophische Köpfe wie zum Beispiel ein Ernesto Grassi [Vertreter des Existentialismus, Anm. ZENIT] leben nicht mehr, andere sind jetzt hoch betagt und halten immer noch sehr kontroverse Positionen. Das Profil des Theologen Joseph Ratzinger kann nur richtig gewürdigt werden, wenn man ihn in diesen Kreis einreicht, auch wenn er nicht alle dort herrschenden Überzeugungen angenommen hat oder teilt.

Wer den Horizont des heutigen Papstes verstehen möchte, der muss auch einen Blick auf die transzendental-philosophische Schule tun, die sich in der bayrischen Hauptstadt damals gebildet hatte. Es gab in jenen Jahren beispielsweise eine intensive Auseinandersetzung mit der

Philosophie Dostojewskis. Das sind Strömungen, die seine Identität mitgeprägt haben.

**ZENIT:** Wie kommt es, dass auch das Institut für Orthodoxe Theologie an der Vorlesungsreihe über die Theologie Josef Ratzingers beteiligt ist?

**Gawlina:** Zur „Münchener Konstellation“ gehört auch seit Jahren die orthodoxe Theologie, wenngleich sie mit Blick auf die universitäre Tradition der Theologie in Bayern noch relativ jung ist, aber wegen ihrer Verwurzelung bei den Kirchenvätern eine besondere Ausstrahlung hat. Es war eine besondere Herausforderung für die orthodoxe Theologie, sich mit dem Weg der Zeitgeschichte zu beschäftigen, mit dem, was die Entwicklung Joseph Ratzingers mitgeformt hat. Es gab auch eine pan-orthodoxe Vesper, die für Papst Benedikt XVI. gefeiert wurde. Dort gab es viele Besucher, die erleben konnten, wie das Spirituelle uns eint.

Joseph Ratzinger hat als junger Theologe eine große Rolle beim Konzil gespielt, er hat dessen Duktus beeinflusst und die Art, wie er dies getan hat, ist ohne die Ausrichtung seines inneren Kompasses in München überhaupt nicht zu verstehen. Die Frage, wie er nun die Leitung der Kirche auf dem Weg ins dritte Jahrtau-

send weiterführen wird, und vor welchem Hintergrund er dies tut, diese Frage wollten wir von einer wissenschaftlichen und philosophischen Perspektive her stellen.

**ZENIT:** Warum war es ihnen so wichtig, den im Jahr 2000 neu aufgelegten Vortrag Joseph Ratzingers „Demokratie in der Kirche?“ zu analysieren?

**Gawlina:** Mir ist wichtig, dass man den gesamten Werdegang unseres Papstes betrachten lernt. Wir haben versucht, seine theologischen Grundgedanken als Universitätslehrer mit dem zu vergleichen, was er als Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre gesagt hat. Mich hat es gereizt, gerade diesen Text zu untersuchen, den Joseph Ratzinger im Jahre 1970 während der Studentenunruhen geschrieben hat. In dieser bewegten Zeit hat er diesen konkreten Aufsatz mit dem Titel „Demokratisierung der Kirche?“ verfasst und ganz bewusst ein Fragezeichen dahinter gesetzt. Dieser Beitrag wurde damals zusammen mit einem zweiten Aufsatz veröffentlicht, der aus der Feder des Münchener Politikwissenschaftlers und damaligen Kultusministers Hans Meier stammt. Meiers Gedanken tragen den Titel: „Vom Ghetto der Emanzipation, Kritik der demokratisierten Kirche“.

In diesem Milieu hat sich Ratzinger fragen wollen: Muss die Kirche wirklich etwas von der Euphorie der Demokratie lernen? Den gängigen Disput aufgreifend, fragt er: Stellt Kirche nicht eine absolutistische anmutende Oligarchie dar, in der die Macht in einem geistlichen Oberhaupt konzentriert ist? Ratzinger erklärt dann, dass den damaligen Tendenzen, die beiden gängigen Begriffe von Demokratie begeistert auf Kirche zu übertragen, Einhalt geboten werden müsse. Konkret meint er damit die „totale Demokratie“ und den „Verfassungsstaat“. Das Wesen einer Gemeinschaft wie das von Kirche, so argumentiert Ratzinger, kann man nicht auf begrifflicher Ebene mit der Struktur eines Staates definieren. Im Staat sei das Volk die höchste Instanz, was sich aber nicht einfach auf Kirche übertragen ließe.

Als Philosoph hat mich natürlich die Hermeneutik seiner Argumentation interessiert. Der Vortrag wurde damals bei der Tagung der deutschen

Publizisten in München im Kardinal-Wendel-Haus gehalten. Damals erklärte der jetzige Papst: „Kirche ist nicht einfach Volk, sondern Versammlung. Daher ist das eigentliche Aktiv von Kirche, von Kirche als solche, konkret in der gottesdienstlichen Versammlung gegeben. Sie ist der primäre Ort der Kirche, beziehungsweise der Kirchenbegriff hat hier seinen primären Ort.“

**ZENIT:** Was sagen diese Thesen Joseph Ratzingers einem Philosophen?

**Gawlina:** Ich habe versucht, durch einen Vergleich der Motive und Parallelen den Hintergrund des Vortrags zu analysieren. So wie hier, auf Seite 40 der Neuauflage des Vortrags, gesprochen wird, kommen mir Assoziationen zu konkreten protestantischen Positionen. Unter anderem wird hier gesagt: „Da in jeder legitim versammelten kirchlichen Gemeinde das ganze Wort des Evangeliums und der ganze Herr anwesend ist, ist in ihr das Ganze von Kirche präsent.“ Natürlich müsste man genauer auf das eingehen, was Joseph Ratzinger in seinem Buch „Das neue Volk Gottes“ dazu geschrieben hat. Er schließt sich auf alle Fälle im Jahr 2000 erneut der Position des Liturgiewissenschaftlers J. A. Jungmann an, dessen Buch „Wortgottesdienst“ er sehr schätzt. Einen Abschnitt vorher schreibt er in „Demokratie in der Kirche?“: „So hat Jungmann gezeigt, dass das Subjekt der Feier gerade die versammelte Gemeinde als Ganze ist und der Priester nur, sofern er dieses Subjekt mit verkörpert und sein Dolmetsch ist.“

Die Aufsätze von Josef Ratzinger und Hans Meier wurden im Jahr 2000 im Topos-Verlag neu aufgelegt (Joseph Ratzinger, Hans Meier: „Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen“). Das Interessante ist, dass Joseph Ratzinger seinen Beitrag als Kardinal kommentiert hat. Dieser Kommentar „Demokratisierung der Kirche – dreißig Jahre danach“ ist nicht unbrisant. Er schreibt also im Jahr 2000 nach der Lektüre seines „fast vergessenen Vortrags“: „So musste ich zu meiner Überraschung feststellen, dass ich alles damals Gesagte auch heute noch so vertrete.“ Er hält also die Position, die er im Jahre 1970 vertreten hat. Das war die Motivation für meinen Vortrag.

**ZENIT:** Worin sehen sie das „Brisante“ an seiner Position?

**Gawlina:** Nun, vor diesem Hintergrund wird der gedankliche Rahmen klar, den er verinnerlicht hat und als Papst Benedikt XVI. weiterentwickeln wird, und mit Blick auf seinen Beitrag beim Zweiten Vatikanischen Konzil natürlich auch das, was er vielleicht verändern wird.

Der Vortrag Ratzingers wehrt sich gegen den Versuch, in allen praktischen und normativen Fragen demokratische Entscheidungsprozeduren einzuführen. Man muss allen Erwartungen an eine solche Veränderung der Kirche gemäß politischen Strukturen, so gibt er zu bedenken – selbst wenn sie nur analog gebraucht würden –, schon aus Realismus heraus einen Riegel verschieben. Er stellt fest, dass man das Demokratiekonzept nur abwehren kann, wenn man einen Vollbegriff von Kirche hat. An diesem „Vollbegriff“, so denke ich als Philosoph, muss sich nun dieses Büchlein messen lassen. Die Kirche kann sich im Grunde nur von ihrem Haupt her definieren, das heißt hier von Christus. Dann stellt sich angesichts dieser Wirklichkeit das Thema Demokratie in seiner ganzen Schärfe.

In seinem Schlusssatz zum Vorwort der Neuauflage versichert Kardinal Ratzinger: „Demokratie in der Kirche, davon bin ich fest überzeugt, kann nicht darin bestehen, noch mehr Abstimmungskörperschaften einzurichten; sie besteht vielmehr darin, dem Lebendigen und seiner Vielfalt mehr Raum zu geben.“ Der entscheidende Punkt meiner Analyse war, ob der Bezugspunkt zur Frage „Demokratisierung der Kirche?“ intellektueller Natur ist, oder ob dieser Bezug noch ein intensiver, ein realer ist. Das wird er meiner Meinung nach – durch seinen vollen Bezug auf den Leib Christi und die Realpräsenz Christi im Messopfer.

Mein ausführlicher Beitrag dazu wird bald zusammen mit allen anderen Referaten in einem Buch vorgelegt. Da gibt es dann auch eine ausführliche Analyse über die Philosophie Joseph Ratzingers. Das Buch, das in der Reihe „Koinonia-Oriens“ herauskommt, wird den Titel „Joseph Ratzinger: Begegnungen mit seiner Theologie“ tragen. ([ZENIT.org](http://ZENIT.org))



# Universalen Menschenrechten droht Relativierung

Institut für Islamfragen (IFI): Wirklich kein Zwang im Glauben? Religionsfreiheit und Menschenrechte aus islamischer Sicht – eine theologische Betrachtungsweise von Albrecht Hauser

Vor einer islamischen Relativierung der universalen Menschenrechte warnt Kirchenrat i.R. Albrecht Hauser vom Institut für Islamfragen. Hauser sieht das erst nach blutigen Religionskriegen erkämpfte und auf dem christlichen Gottes- und Menschenbild beruhende universale Menschenrechtsverständnis in Gefahr. Angesichts der schwierigen Lage der Christen in islamischen Ländern und der teilweisen Verfolgung von Konvertiten fordert Hauser, „Mut, die Probleme nicht länger zu verharmlosen und unter den Teppich zu kehren“.

In einer Sonderveröffentlichung des Instituts vom Juni 2006 weist Hauser auf die Bemühungen islamischer Regierungen in Ländern wie Ägypten, Pakistan, Sudan, Indonesien und einzelnen Bundesstaaten Nigerias hin, die Menschenrechtserklärungen islamisch zu deuten und zu relativieren. Eine wichtige Rolle spielt laut Hauser dabei die Organisation der islamischen Konferenz (OIC), die 1969 gegründet worden sei, um die westliche Hegemonie in den internationalen Organisationen zu überwinden.

1990 veröffentlichte in Kairo die OIC mit ihren 57 Mitgliedsstaaten eine Islamische Menschenrechtserklärung. Artikel 1 und 10 sprechen vom „wahrhaften Glauben“ des Islams als Garantie jeder Menschenwürde und Artikel 25 stellt jedes Menschenrecht unter den Vorbehalt der Übereinstimmung mit dem islamischen Gesetz (Scharia). Aus Sicht Hausers streben islamische Lobbyisten und Vertreter in den internationalen Gremien die Anerkennung der Scharia als Teil der universalen Menschenrechtserklärungen an.

## Einführung der Scharia zur Aufrichtung einer islamischen Gesellschaft

Von Muslimen als unumstößliches Gesetz Gottes verstanden, schreibt die Scharia „umfassende Rahmenbedingungen für das menschliche Leben auf der Erde“ fest. Neben Vorschriften über den Ablauf re-

ligiöser Rituale enthält die Scharia als Sammlung von Koranversen und Überlieferungen Mohammeds auch detaillierte rechtliche Vorschriften für das öffentliche Leben in Politik und Gesellschaft. Eine Trennung von Staat und Religion kenne der klassische Islam nicht. Die Einführung der Scharia gilt als notwendiger Schritt zur Aufrichtung einer islamischen Ordnung in den noch von Ungläubigen beherrschten Gebieten.

## Religions-, Meinungs- und Pressefreiheit stehen auf dem Spiel

Eine Anerkennung oder Einbeziehung islamischer Rechtsvorschriften hätte aus Sicht Hausers fatale Folgen, vor allem die Unterdrückung all derer, die nicht Muslime werden wollen. Christen und Juden drohe der dhimmi-Status (Untergebenen-Status), eine rechtliche Benachteiligung aufgrund des Glaubens. Weiter sähe die Scharia für den

vom Islam Abgefallenen die Todesstrafe vor. Der in den universalen Menschenrechtserklärungen garantierte Religionswechsel beinhaltet demnach aus islamischer Sicht nur die Hinwendung zum, nicht die Abwendung vom Islam. Auch die Meinungs- und Pressefreiheit sei gefährdet. Verstärkt bemühten sich islamische Verbände auch in nichtislamischen Ländern, kritische Äußerungen über den Islam rechtlich zu verbieten. Diesem Trend gelte es die Universalität der Menschenrechte entgegenzustellen und die Meinungs- und Pressefreiheit nicht zu relativieren. □

## Download Hinweis:

Der Sonderdruck mit dem vollständigen Text Albrecht Hausers kann von der Internetseite des IFI <http://www.islaminstitut.de> unter dem Link „Sonderdrucke“ Nr. 07 heruntergeladen werden.

## UN-Menschenrechtsrat

### Auftakt

Der neue UN-Menschenrechtsrat hat am 19. Juni in Genf seine Arbeit aufgenommen. UNO-Generalsekretär Kofi Annan äußerte die Hoffnung, dass das Gremium seine großen Aufgaben zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte erfüllen werde: „Der Menschenrechtsrat bedeutet eine große neue Chance, für die Vereinten Nationen wie für die gesamte Menschheit.“ Der neue Rat besteht aus 47 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die von der UN-Vollversammlung gewählt worden sind – unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland. Einstimmig wählten die Delegierten den mexikanischen UNO-Botschafter Luis Alfonso de Alba zum Ratspräsidenten.

Der Menschenrechtsrat hatte bis zum 30. Juni vor allem Arbeitsweisen und Verfahren genauer festzulegen sowie inhaltlich zwei Resolutionen gegen das Verschwindenlassen und zum Schutz indigener Bevölkerungen

zu verabschieden. Das Gremium wird mindestens drei Mal jährlich tagen und kann bei Krisen spontan einberufen werden.

### Heilige Stuhl: weniger politisieren

Der Heilige Stuhl hofft, dass im UN-Menschenrechtsrat weniger politisiert werden wird als in der Menschenrechtskommission, der Vorgänger-Behörde.

Erzbischof Silvano Tomasi, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf, erklärte gegenüber „Radio Vatikan“, was er sich von diesem neuen Menschenrechtsrat erhoffe, der „neben Entwicklung und Sicherheit einer der drei Grundpfeiler der Vereinten Nationen“ sei. Der offizielle Vertreter des Papstes wünscht sich, dass die Behörde „imstande sein wird, den Erwartungen zu entsprechen, die die internationale Gemeinschaft mit den Reformen verbunden haben:

Fortsetzung auf Seite 45, Sp 2 u. 3

# Verantwortung für vernunftbegabte Wesen

## Neuer Sammelband über Kriterien biomedizinischer Ethik

VON STEFAN REHDER

**V**ielleicht ist in den aktuellen bioethischen Fragen ja tatsächlich schon alles gesagt worden, nur eben noch nicht von jedem. Fest steht dagegen: Trotz der seit mehr als fünf Jahren dauernden Debatte wird Entscheidendes immer noch nicht gewusst – und das von gar nicht so wenigen Menschen. So gaben laut der kürzlich von der Europäischen Kommission vorgestellten Studie „Europeans and Biotechnology in 2005: Patterns and Trends – Eurobarometer 64.3“ immerhin 15 Prozent der Europäer zu Protokoll, über die embryonale Stammzellforschung – das am ausführlichsten diskutierte Thema, der an Einzelfragen nicht gerade armen Debatte – zu wenig zu wissen. Weil sich aber auch diese Bildungslücke mit vertretbarem Aufwand schließen lässt, trifft es sich gut, dass jetzt im Herder Verlag ein von Konrad Hilpert und Dietmar Mieth herausgegebener Sammelband erschienen ist, der fundierte Informationen zur Festlegung und Anwendung ethischer Beurteilungskriterien liefert.

So klärt das von Theologen, Philosophen und Medizinern verfasste Buch zunächst zahlreiche der in der bioethischen Diskussion verwendeten Begriffe und Kategorien wie „Leben“, „Potenzialität“, „Mensch“ und „Person“ sowie „Leid“ und „Würde“, legt – darauf aufbauend – den moralischen und rechtlichen Status des Embryos dar und diskutiert die Auswirkungen, die die erweiterten biotechnologischen Möglichkeiten für das Bild vom Menschen haben.

Auch wenn es schwer fällt, einzelne Beiträge dieses beachtlichen Werkes gesondert hervorzuheben, so können doch die Beiträge „Die Frage nach der Einheit des Menschen. Bioethik und Hylemorphismus“ (Ludger Honnefelder) sowie „Mensch und Person“ (Friedo Ricken) insofern als Schlüsselbeiträge betrachtet werden, als in ihnen jeweils begründet wird, warum der Mensch immer auch zugleich Person ist, der Würde zu-

kommt und die deshalb, unabhängig von ihren realen Fähigkeiten, niemals verzweckt werden darf.

Während Honnefelder eindrucksvoll zeigt, dass wer dem Phänomen Mensch gerecht werden will, nun einmal nicht an der aristotelischen Substanzlehre vorbeikommt, und diese überdies erfolgreich gegen den Vorwurf eines Sein-Sollen-Fehlschlusses in Schutz nimmt, zeigt Ricken, dass der „Begriff Mensch nicht nur ein deskriptives Prädikat zur Bezeichnung einer Spezies ist“, sondern immer auch zugleich für „eine Idee“ stehe, unter der alle Mitglieder der Spezies gesehen werden müssten: „Sie sind Wesen, denen wir Verantwortung dafür schulden, wie wir sie behandeln.“ Im Gegensatz zu der Verantwortung, die der Mensch als vernunftbegabtes Wesen auch für andere Wesen trage, ist die Verantwortung, die er gegenüber den Mitgliedern seiner eigenen Spezies besitzt, laut Ricken eine doppelte: „Im Unterschied zum Tier ist das Kind nicht nur das Wesen, für das ich Verantwortung habe, sondern immer auch die Instanz, vor der ich mich zu verantworten habe; ich bin für, aber nicht vor dem Tier verantwortlich, aber ich bin für das Kind und vor ihm verantwortlich.“

Nicht weniger lesenswert ist auch der Beitrag „Lebensbeginn und Menschenwürde“ von Eberhard Schockenhoff, in dem der katholische Moraltheologe die lehramtliche Position der katholischen Kirche erläutert und gegen Einwände souverän zu verteidigen weiß. Dass Biopolitik nicht zuletzt immer auch Sprachpolitik ist, bei der Begriffe zur Waffe werden können, veranschaulicht auf treffliche Weise der Beitrag des Mainzer Theologen Johannes Reiter („Bild und Sprache der Gentechnik. Zur Hermeneutik naturwissenschaftlicher Rede und Argumentation“). Einige bioethische Problemstellungen wie die Präimplantationsdiagnostik (Hille Haker) und

die Patentierung menschlichen Lebens (Dietmar Mieth) werden – auch das ist verdienstvoll, wenngleich die Auswahl ein wenig willkürlich erscheint – in dem vorliegenden Band gesondert behandelt.

Darüber hinaus befasst sich der Sammelband auch noch mit der bioethischen Diskussion innerhalb der Theologie (Josef Römelt und Stephan Ernst) und fragt schließlich, welche politische Relevanz den Ergebnissen des bioethischen Diskurses in einer pluralistischen Gesellschaft überhaupt noch zukommen kann (Konrad Hilpert, Günter Virt und Hans Halter). Eine nützliche Hilfe für all diejenigen, die sich erst jetzt tiefer mit der Bioethik beschäftigen wollen, bietet auch der Anhang, der eine umfangreiche Auswahl der bislang erschienenen offiziellen Stellungnahmen zu bioethischen Fragen aus dem Bereich der Kirchen und dem staatlichen Raum enthält.

Bedauerlich ist allein, dass die Bearbeitung der Frage nach dem Stand der Embryologie ausschließlich Reproduktionsmedizinern (Riccardo E. Felberbaum, Wolfgang Küpker) überlassen wurde. Hier wäre wohl zumindest ein ergänzender Beitrag eines Autors Pflicht gewesen, der selbst kein Anbieter so genannter Kinderwunschbehandlungen ist, die vom Lehramt der katholischen Kirche mit guten Gründen unmissverständlich abgelehnt werden. Wer sich erst jetzt ernsthaft mit bioethischen Fragenstellungen auseinandersetzt, kommt trotz dieses echten Mankos an dem ansonsten empfehlenswerten Buch zumindest vorerst nicht vorbei.

*Konrad Hilpert; Dietmar Mieth (Hg.), Kriterien biomedizinischer Ethik. Theologische Beiträge zum gesellschaftlichen Diskurs. Reihe: Quaestiones Disputatae. Band 217. Herder-Verlag, Freiburg 2006, 506 Seiten.*

(aus: DT vom 08.07.2006)

# Rangordnung der Werte – Embryonenforschung

VON ROLF SCHUMACHER

**D**ie Entwicklung ist absurd: Am 15. Juni 2006 hat sich das Europäische Parlament mit 284 gegen 249 Stimmen für die finanzielle Förderung von verbrauchender Embryonenforschung im Rahmen des 7. EU-Forschungsprogramms ausgesprochen. Sollte sich der EU-Minister rat dieser Empfehlung anschließen, müssten Österreich, Deutschland, Polen, Luxemburg, Slowakei, Litauen und Malta Forschungsprojekte mitfinanzieren, die in ihren eigenen Ländern verboten sind.

Der Vorgang zeigt: Wir brauchen in diesen wie in anderen Fragen ein europäisches Bewusstsein und entsprechende öffentliche Debatten.

## Auf die Rangordnung der Grundsätze und Werte kommt es an

In Deutschland sind solche Debatten bereits in erstaunlicher Breite und mit hohem Differenzierungsniveau geführt worden. Wer aber glaubt, in einer pluralen Gesellschaft sei das einmal erreichte Diskussionsniveau Allgemeingut und das erreichte Ergebnis für immer gesichert, der irrt. Vielmehr bedarf es ständiger Debatten und Klärungsprozesse. Grundsätzlich gilt in einer pluralen Gesellschaft: Es ist völlig legitim, dass Interessen bzw. Güter miteinander in Konkurrenz treten. In einem ständigen ethischen Diskurs muss geklärt werden, mit welchen Maßstäben und nach welchen Rangordnungen die in Konkurrenz stehenden Güter abgewogen werden. Und da gibt uns unsere Verfassung, gespeist aus den großen Traditionen der Antike und der Aufklärung und nicht zuletzt aus dem christlichen Menschenbild, eine eindeutige Wertpräferenz an die Hand:

Die Würde des Menschen – unabhängig von seinen Entwicklungsstufen und seinen Fähigkeiten – ist unantastbar, sie nimmt in der Rangordnung der abzuwägenden Güter die erste Stelle ein. Im Klartext heißt das: Die Würde des Menschen wird dort verletzt, wo der Mensch als Träger der Menschenwürde vom Staat oder von anderen Menschen zum bloßen Objekt gemacht und für Zwecke anderer genutzt wird, sei es für den Zweck der freien Forschung, sei es für den Zweck, später Krankheiten heilen zu können. Anders ausgedrückt: Es gibt eine Rangordnung der Grundsätze und Werte, die wie folgt lautet:

1. Die Menschenwürde hat Vorrang.
2. Da das Leben die vitale Basis der Menschenwürde ist, ergibt sich für den Staat die Aufgabe, das menschliche Leben wirksam zu schützen.
3. An der Menschenwürde findet die Freiheit der Forschung ihre Grenzen.
4. Auch ein noch so guter Zweck heiligt nicht das Mittel, die Würde eines einzelnen Menschen anzutasten.

## Der Beginn menschlichen Lebens

Angewandt auf die politisch umstrittene Frage der verbrauchenden

Embryonenforschung muss zunächst die Frage, wann das menschliche Leben beginnt, präzise beantwortet werden. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass Christen diese Frage nicht von einem ethischen Sondergut her beantworten, sondern hier auch auf die naturwissenschaftliche Erkenntnis angewiesen sind. Und die Erkenntnis der Biologie lautet: Das menschliche Leben beginnt als Zygote (befruchtete Eizelle) mit doppeltem Chromosomensatz in der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle – unabhängig von der Art seines Zustandekommens. Von diesem Zeitpunkt an entwickelt sich der Mensch nicht zum Menschen, sondern als Mensch. Jeder Versuch, eine andere Grenze für den Beginn des menschlichen Lebens und in der Folge für die Schutzwürdigkeit des Menschen zu ziehen, ist willkürlich.

Eine überzeugende Begründung für diese Position liefern die sogenannten SKIP-Argumente:

- Das Spezies-Argument: Da Embryonen als Mitglieder der Spezies Mensch Menschen sind, besitzen sie Würde.

## Fortsetzung von Seite 43

dass weniger politisiert wird, wenn jene Krisen angesprochen werden, die mit Menschenrechtsverletzungen zu tun haben“.

Der Rat könne „das Bewusstsein um die Menschenrechte in alle Tätigkeitsbereiche hineintragen“, zeigte sich Erzbischof Tomasi überzeugt. Er müsse er sich allerdings darum bemühen, allen klarzumachen, dass die „Grundlage für die Menschenrechte“ jedes Einzelnen der Respekt sei und „dass wir alle Kinder Gottes sind“.

## Kirchen loben effektive Arbeit des UN-Menschenrechtsrats

**I**nternationale kirchliche Organisationen haben die erste Sitzung des UN-Menschenrechtsrats wegen ihrer Transparenz und Ergebnisse gelobt. Die Annahme der Konvention gegen das Verschwindenlassen bedeute einen „Kurswechsel im Völkerrecht zu den Rechten der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung“, erklärte Weltkirchenratsvertreter Guillermo Kerber am 4. Juli

in Genf. Kirchliche und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) hätten sich bei den Debatten in der vergangenen Woche offen und aktiv beteiligen können. Diese Offenheit für die Zivilgesellschaft müsse der Rat bewahren, forderten Weltkirchenrat, Lutherischer Weltbund und die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi. Sie hofften auf eine entschiedene Umsetzung der Strafrechtskonvention zum Verschwindenlassen. Es bestehe die Hoffnung, dass mit der international getroffenen Übereinkunft viel für den Frieden der Familien verschwundener Personen erreicht werde. Das neue höchste internationale Gremium zum Schutz der Menschenrechte hatte bei seiner ersten Sitzung in Genf auch eine Konvention für die Rechte indigener Völker verabschiedet. Vereinte Nationen, die beteiligten Staaten wie NGO zeigten sich überzeugt, dass der ein effektives Instrument zur Durchsetzung von Grundrechten weltweit werden könne. (KNA/ZENIT)



- Das Kontinuitäts-Argument: Embryonen entwickeln sich kontinuierlich, d.h. ohne moralrelevante Einschnitte zu erwachsenen Menschen, die Würde besitzen.
- Das Identitäts-Argument: Embryonen sind in moralrelevanter Hinsicht identisch mit erwachsenen Menschen, die Würde besitzen.
- Das Potenzialitäts-Argument: Embryonen haben das Potenzial, sich als Mensch zu entwickeln und dieses Potenzial ist uneingeschränkt schützenswert.

Eine andere Position legt den Beginn des menschlichen Lebens mit der Nidation (Einnistung in die Gebärmutter) fest. Dieses Kriterium überzeugt nicht, denn mit der Nidation ändern sich nur die für die weitere Entwicklung wohl entscheidenden Umgebungsbedingungen, nicht aber ändert sich in irgendeiner Weise das Wesen des Embryos. Die Nidation entscheidet nicht über Menschsein und folglich auch nicht über Menschenwürde. Der entscheidende qualitative Sprung bei der Entstehung des neuen menschlichen Lebens geschieht mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Es wäre verfehlt, die Nidation als eine normative Zäsur anzusehen, die schutzwürdige von nichtschutzwürdigen Lebensphasen unterscheidet.

### Embryonen in vivo und in vitro auf je geeignete Weise schützen

Oft wird das Argument angeführt, in Deutschland sei der Embryo in vitro besser geschützt als in vivo. Dazu ist festzuhalten: Die Gesetzgebung in Deutschland hält am Lebensrecht des Embryos in vivo und in vitro fest. Bei der künstlich herbeigeführten Verschmelzung von Ei- und Samenzelle in vitro weiß der Staat von Beginn an, dass hier ein Embryo entstanden ist. Insofern muss er dem Embryo in vitro gegenüber seiner Schutzpflicht von Beginn an nachkommen. Dass das Embryonenschutzgesetz von 1990 dies so festlegt und zudem sagt, dass Embryonen nur zur Herbeiführung einer Schwangerschaft hergestellt werden dürfen, ist im europäischen Vergleich eine große Errungenschaft, die es beizubehalten gilt.

Bei einer Schwangerschaft in vivo weiß zunächst einmal der Staat gar nicht von dem entstandenen Embryo, und folglich ist es für den Staat schwerer, der Schutzpflicht gegenüber dem Embryo von Beginn an nachzukommen. Zunächst weiß nur die Mutter und gegebenenfalls der behandelnde Arzt von der Schwangerschaft. Kommt es aufgrund der besonderen Konstellation in vivo – der Zweifelhait in der Einheit des Mutterleibes – zu einer Konfliktsituation, so muss alles daran gesetzt werden, die Mutter für ein Leben mit dem Kind zu gewinnen.

Dabei kommt es darauf an, zugleich das Rechtsbewusstsein zu bewahren, dass Schwangerschaftsabbruch ein Unrecht ist und die Situation der sich in einem Schwangerschaftskonflikt befindenden Frau ernst zu nehmen. Dazu ist die verpflichtende psychosoziale Beratung ein geeigneter Weg, sofern die ergebnisoffene Beratung entsprechend der gesetzlichen Bestimmung zielorientiert auf den Schutz des Lebens erfolgt. Deshalb ist die Qualität der Beratung von entscheidender Bedeutung. Eine solche, unserer Gesetzgebung zugrunde liegende Konzeption, die an der Rechtswidrigkeit festhält und die Strafdrohung zugunsten einer am Lebensschutz orientierten Beratung zurücknimmt, ist den beiden bisher erprobten Alternativen – sowohl der Fristenlösung wie der so genannten Indikationenlösung, bei der die Entscheidung über den Schwangerschaftsabbruch im Konfliktfall faktisch von der Mutter auf den Arzt verlagert wird – weit überlegen.

### Faszination Stammzellforschung

Kehren wir noch einmal zur Forschung zurück. Zweifelsohne geht von der Stammzellforschung eine ungeheure Faszination aus. Stammzellen verheißen eine neuartige Möglichkeit, Krankheiten zu heilen, die bisher nicht erfolgreich behandelt werden konnten. Es scheint sich eine revolutionäre Entwicklung in der Medizin anzubahnen. Die Hoffnung lautet, mit Hilfe von Stammzellen – aufgrund ihrer Fähigkeit sich zu vermehren und in verschiedene Zelltypen auszudifferenzieren – ganze Organe wieder herstellen zu können.

Umso wichtiger ist es, in der nationalen wie internationalen Forschungsförderungspolitik die Förderung auf ethisch unumstrittene Methoden zu konzentrieren. Die adulte Stammzellforschung und die Forschung mit konserviertem Blut der Nabelschnur sind ethisch unumstritten, weil sie niemanden schädigen und kein menschliches Leben vernichten. Sie sind zudem wissenschaftlich interessant, weil aufgrund der immunologischen Vorteile keine Abwehrreaktionen zu erwarten sind, und sie sind zudem ökonomisch reizvoll, insofern hiermit Wettbewerbsvorteile erarbeitet werden können.

So geht schließlich die Forderung an den EU-Ministerrat, der Empfehlung des Europäischen Parlaments zur finanziellen Förderung verbrauchender Embryonenforschung im Rahmen des 7. EU-Forschungsprogramms nicht zu folgen und stattdessen auf unumstrittene Projekte zu setzen. □

### KURZ BERICHTET:

#### Libanon: Bischöfe befürchten Massen-Exodus der Christen

Die maronitischen Bischöfe des Libanon befürchten nach den Zerstörungen durch israelische Luftangriffe und infolge wachsenden islamischen Fundamentalismus einen Massen-Exodus von Christen. In einem am 25. August über den römischen Pressedienst asianews verbreiteten Appell wenden sie sich an die internationalen Organisationen, der Bevölkerung vor allem bei der Wiedereröffnung von Schulen und der medizinischen Versorgung zu helfen. Die Abwanderung von Christen sei in diesen Tagen immens, betonte der Patriarchalvikar von Sarba, Guy-Paul Noujem: „Sie gehen fort, weil sie sich allein gelassen fühlen.“ Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sei nicht in der Lage, die Kinder auf Privatschulen zu schicken – aber Staatsschulen gebe es im Libanon praktisch nicht. Beiruts maronitischer Erzbischof Paul Matar äußerte die Befürchtung, dass der kommende Winterbeginn die Krise noch verschärfen werde. Die Menschen erwarte eine ungewisse Zukunft.

Nach Angaben des melkitischen Bischofs Tyrus im Südlibanon, Georges Bakouni, wurden allein in seiner Diözese 15 Kirchen durch israelische Bomben zerstört. Er appellierte an die Flüchtlinge, wieder in ihre Häuser zurückzukehren, um zu „bezeugen, dass der Libanon nicht stirbt“. Bakouni wörtlich: „Wir überlassen niemals den Libanon den Händen der Israelis oder der Muslime.“ Die Christen seien „lange vor ihnen in diesen Land gekommen“ und wollten mit allen zusammenleben. (KNA)

## JUDEN IM HEUTIGEN IRAN:

# Elf Synagogen in Teheran

Während Iran sich öffentlich anti-israelisch gibt, wird die jüdische Minderheit im Lande weithin toleriert

VON THOMAS KLATT

**G**laubt man der Bibel, so haben Juden den Persern viel zu verdanken. Für den Propheten Jesaja war Kyrus, der König von Persien, der von Gott „Gesalbte“, der Israel aus der babylonischen Gefangenschaft befreien und sie nach Hause entlassen sollte, damit sie in ihrer alten Heimat den Jerusalemer Tempel wieder aufbauen konnten. Vor gut zweieinhalb Jahrtausenden, genau 539 v.Chr. mit der Eroberung Babyloniens und ein Jahr später mit dem so genannten Kyrus-Edikt, ging die alttestamentliche Vorhersehung in Erfüllung. Hätte es also ohne den persischen Großkönig ein Israel im Heiligen Land, einen Zweiten Tempel, eine Klagemauer nie gegeben? Historisch belegbar ist jedenfalls, dass Juden seit dem Altertum in Persien, dem heutigen Iran, siedeln. König Salomo soll auf einer Reise sogar das heutige Isfahan gegründet haben. Im zwölften Jahrhundert spricht eine Quelle von fünfzehntausend Juden, die dort wohnten.

Mit dreißigtausend Juden lebt im Iran heute die größte jüdische Gemeinde im mittleren Osten. Allein in Teheran gibt es elf Synagogen, nebst jüdischen Schulen und sozialen Einrichtungen. Die iranischen Juden genießen damit mehr Freiheit als etwa die Minderheit der sunnitischen Muslime, die bis heute keine Moschee in Teheran errichten dürfen. „Die meisten Muslime im heutigen Iran sind sich bewusst, dass der Islam in der Tradition des Judentums und des Christentums steht. Juden und Christen besaßen in der muslimischen Mehrheitsgesellschaft im gewissen Maße eine privilegierte Stellung. Sie hatten eine völlige Ritualfreiheit, zum Beispiel durften sie Wein herstellen. Sie mussten keinen Wehrdienst leisten, dafür aber eine Sondersteuer entrichten. Über die Jahrhunderte hat es im Nahen Osten immer ein fruchtbares und tolerantes Zusammenleben der drei

abrahamitischen Religionen gegeben“, sagt der Berliner Islamwissenschaftler Peter Heine.

Die Frauenrechtlerin Hamideh Mohagheghi hat in Deutschland das islamische Beratungsnetzwerk HUDA mitgegründet. Bis heute hält die in Deutschland lebende Iranerin engen Kontakt zu ihrer alten Heimat. Den Streit Teherans mit der westlichen Welt und mit Israel müsse man einzuordnen wissen, meint sie. „Im Iran wird die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel und den Juden gemacht. Ich war im Januar noch im Iran und habe auch eine Synagoge in Teheran besucht. Von der Kritik an Israel sind die Juden im Land überhaupt nicht betroffen. Es gibt auch einen jüdischen Abgeordneten im Parlament, der hinter der Politik des Staates steht. Nach offizieller iranischer Lesart ist der Staat Israel durch die Vertreibung eines anderen Volkes und wegen der willkürlichen Einteilung der Welt durch England auf Unrecht gebaut. Nicht das jüdische Volk, sondern der Staat Israel sollte in dieser Form vernichtet werden.“

Von Anti-Semitismus könne im Iran keine Rede sein, schätzt auch Peter Heine ein. Treffender wäre der Begriff eines staatlich doktrinierten Anti-Zionismus. Doch wie schon das Schah-Regime ließ sich zumindest in der Vergangenheit auch die Islamische Republik Rüstung made in Israel liefern. Zudem definiert sich der Iran nicht als arabische Nation. Der Einsatz für die Palästinenser entspringe eher politischer Rhetorik. „Die Iraner sind ausgesprochene Nationalisten, die ihre arabischen Nachbarn nicht besonders schätzen. Die Iraner sind sehr stolz auf ihre Kultur und ihre spezifische Form des schiitischen Islams. Sie könnten sich durchaus vorstellen, die Ordnungsmacht in der Region zu sein. Aber allen ist bewusst, dass der Iran militärisch nicht ernsthaft gegen Israel vor-

gehen kann, sondern dass das Rhetorik ist“, meint Heine.

Obwohl die heute im Iran lebenden Juden nicht existenziell bedroht sind, hat die jüdische Gemeinde in Persien schon bessere Zeiten gesehen. Rückblickend erscheint die Ära der Pahlevis von 1925 bis 1979, in der zuletzt hunderttausend Juden in weitgehend gesellschaftlicher Gleichberechtigung lebten, als das „goldene Zeitalter“ im Iran. Viele iranische Juden stiegen zur gebildeten Mittelschicht auf und lebten materiell in größerem Wohlstand als die Bevölkerungsmehrheit. Mit der Islamischen Revolution setzte ein jüdischer Exodus vor allem junger, gut qualifizierter Gemeindeglieder ein. In vielen iranischen Orten bestehen die jüdischen Gemeinden heute nur noch aus alten Menschen. Rund 75 000, also drei Viertel aller iranischen Juden gingen in den Westen, nach Tel Aviv oder London. Die zurückgebliebenen Juden stellten sich jedoch stets loyal zum Staat. Selbst Khomeini erkannte dies an.

## Politische Kraftmeierei

Nach wie vor sind die Juden in der iranischen Verfassung als Dhimmis, also Schutzbefohlene, definiert. Im bescheidenen Umfang würde es heute sogar wieder eine Rückwanderung in Richtung Iran geben, meint Hamideh Mohagheghi. Die aggressiven Aussagen des neuen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad müsse man vor allem im Kontext der inneriranischen Politik verstehen. Dort ginge es um einen Generationenwechsel. 60 % der Iraner sind unter 21 Jahren. Sie wollen nicht mehr auf die alte Riege der Ayatollahs hören. Ahmadinedschads Polemik gegen Israel stärke sein Ansehen bei der Jugend. Dass der Holocaust dabei so unverblümt geleugnet werden kann, das erklärt die gebürtige Iranerin auch mit der mangelnden Schulbildung im Land. „Das ist gut möglich, dass die meisten Iraner nichts von der Judenvernichtung wissen, weil sie ja auch die deutsche und europäische Geschichte nicht kennen. Wo wird das unterrichtet? Wenn ich so an meine Schulzeit denke, habe ich in Geschichte überhaupt nichts von Deutschland gelernt“, erinnert sich Hamideh Mohagheghi.

(aus: DT vom 30.03.2006)

## RUSSLAND: Glauben die Russen an Gott?

VON PAUL ROTH

**B**ereits die Überschrift deutet an, dass wir uns auf einem schwierigen Gelände befinden. Die Zahlen, die wir aus der einstigen Sowjetunion und dem heutigen Russland erhalten, sind unzuverlässig. Das hängt davon ab, wer uns diese Zahlen übermittelt. Wir beschränken uns in diesem Artikel auf die Bewohner der Russischen Föderation. Als die Sowjetunion zerfiel, die einstigen Sowjetrepubliken sich selbstständig machten, blieb als größter Rest noch die Russische Föderation mit der Hauptstadt Moskau. Sie hat etwa 145 Millionen Einwohner, von denen rund 80 Prozent Russen sind.

Mehr als 70 Jahre waren alle Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion brutal vom Staat und der kommunistischen Partei verfolgt worden. (Schließung von Kirchen, Verhaftung von Priestern und Gläubigen, Beschlagnahme kirchlichen Eigentums usw.) Nach menschlichem Ermessen gab es Ende der 80er Jahre keinen wesentlichen Einfluss einer Religionsgemeinschaft. Man muss eine Einschränkung machen: als die Machthaber auch auf die Unterstützung der Gläubigen im Krieg angewiesen waren, durfte z.B. die orthodoxe Kirche wieder ihr Moskauer Patriarchat mit einem kirchlichen Oberhaupt besetzen, wenige Priester ausbilden. Als eine Art „Gegengabe“ unterstützte das Patriarchat die Regierung finanziell und moralisch.

Doch nach dem Tod Stalins (1953) verstärkte Chruschtschow wieder die Atheismuspropaganda und so blieb es bis zur Wahl (1985) Gorbatschows zum ZK-Generalsekretär. Natürlich hinterließ die Gottlosenpropaganda ihre Schleifspuren. Sie begleitete die Jugendlichen von der Schule bis in die Militärzeit. Die Militärzeit wurde ab und zu als „Schule des Atheismus“ bezeichnet.

### Religionsgemeinschaften

Wenn von der orthodoxen Kirche in Russland die Rede ist, wird darunter durchweg das Moskauer Patriarchat und seine Anhänger gemeint. Sie ist die größte Religionsgemeinschaft Russlands. Vergessen werden durchweg die „Altgläubigen“, die sich vor Jahrhunderten vom Patriarchat getrennt haben. Auch muss man auf die orthodoxen Gläubigen der „Katakombenkirche“ hinweisen. Die große Zahl kleinerer Sekten kann hier nur erwähnt werden. Inzwischen sind je-

doch in Russland Gemeinden der orthodoxen Auslandskirche entstanden, die sich in den zwanziger Jahren vom Patriarchat losgesagt hatten. Insgesamt wird angenommen, dass es 40 bis 60 Religionsgemeinschaften



verschiedener Richtungen in der Russischen Föderation gibt.

Bevor die Religionsgesetze der Sowjetunion (1990) und der Russischen Föderation im Rahmen der von Gorbatschow verkündeten „Perestroika“ (1991) in Kraft traten, die nun endlich die Gläubigen mit den Ungläubigen gleichstellten, ließen sich viele Russen orthodox taufen. Für 1991 wurde angegeben, dass von den Bewohnen Russlands 60 Millionen russisch-orthodoxe Christen seien. Andere Zählungen hielten 50 % der Bewohner für Gläubige verschiedener Konfessionen. Nicht vergessen werden sollen die Muslime; da werden Zahlen zwischen 10 und 40 Millionen genannt. Für die Orthodoxen und die Muslime trifft jedoch zu, dass viele von ihnen keinerlei Glaubensbekenntnis kennen, sondern ihre ethnische Zugehörigkeit mit der Zugehörigkeit zu einer Konfession gleichsetzen. Soziologen haben dies festgestellt; einige meinen, dass die Anzahl der Nichtgläubigen weiter

über 50 % liegt – es gibt noch höhere Werte. Der russische Soziologe S. Furmann ist zu der Überzeugung gekommen, dass die überwiegende Mehrheit der Russen weder Atheisten noch Gläubige seien.

Für die Jahre 2003/04 kann man von folgenden Zahlen ausgehen: Moskauer Patriarchat 132 Eparchien (etwa Diözesen) in Russland, für 10.767 Gemeinden, 5 geistliche Akademien, 354 Klöster. Von katholischer Seite wird die Zahl der Gläubigen auf 500.000 geschätzt.

### Die „Symphonie“

Unter „Symphonie“ verstand man zur Zarenzeit die enge Zusammenarbeit von Patriarchat und Zar.

*Zeichnung für das Kapitel „Wie und warum sterben die Götter“ aus einem atheistischen Buch, Moskau 1959*

Der Begriff ist in den letzten Jahren wieder aufgetaucht. Gorbatschow hat erkannt, dass die Machthaber auf die Mithilfe der Gläubigen angewiesen sind. Gorbatschow ist offensichtlich nicht religiös. Sein Nachfolger war auf Fotos mit einer Kerze in der Hand in einer Kirche zu sehen. Putin hingegen benimmt sich wie ein getaufter Christ. Nachdem der „religiöse Boom“ Anfang der 90er Jahre abflaute, haben sich Patriarchat und Regierung einander immer stärker angenähert. Es ist ziemlich sicher, dass der Patriarch und Putin über wichtige Fragen beraten. Man sieht sie häufig auf Pressefotos nebeneinander.

Als 1997 ein neues Religionsgesetz verkündet wurde, blieb nach wie vor die durch Verfassung garantierte Trennung von Kirche und Staat erhalten. Jedoch wurde der orthodoxen Kirche eine Sonderrolle eingeräumt. Kritiker unterstellen dem Patriarchat, es wolle wieder zur „Symphonie“ der Zarenzeit zurück.

Die staatliche Atheismuspropaganda ist verschwunden. Die politischen Parteien haben ebenfalls diese Propaganda eingestellt. Das Patriarchat hat die Auseinandersetzung um eine „russische nationale Idee“ teilweise von orthodoxer Seite genutzt, um die Orthodoxie anzubieten.



Selbst von Seiten der Kommunisten sind lobende Worte über die Rolle der orthodoxen Kirche geäußert worden. Das Patriarchat verfügt über zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften. Das 1991 gegründete Radio „Radonesch“ ist bis in die Ukraine hinein zu hören. Der Versuch, eine Journalistenvereinigung unter dem Dach des Patriarchates zu schaffen, ist nicht geglückt.

### Orthodoxer Religionsunterricht

Für die orthodoxe Kirche ist der Weg frei, sich an Bildung und Ausbildung zu beteiligen. Da sind einmal die Ausbildungsstätten für Geistliche, dann Schulen in orthodoxer Hand – es soll rund 100 orthodoxe Gymnasien geben. Das Hauptaugenmerk richtet sich jedoch auf die staatlichen Schulen. Zu Beginn des Jahres 2002 wurde mit Empfehlung des Koordinationsrates des Bildungsministeriums und des Moskauer Patriarchates das Lehrbuch „Grundlagen der orthodoxen Kultur“ von A. Borodina veröffentlicht und teilweise verwendet. Kritiker sehen darin einen orthodoxen Katechismus und verlangen eine Berücksichtigung der anderen Religionen. Das Bildungsministerium will angeblich das Buch von Borodina durch die „Geschichte der Weltreligionen“ ersetzen.

Im Jahre 2004 veröffentlichte N. Mitrochin in Moskau das Buch „Die russisch orthodoxe Kirche: Gegenwärtiger Zustand und aktuelle Probleme“ (daraus wurden auch zahlreiche Angaben für diesen Beitrag entnommen). Mitrochin kommt am Ende seines umfangreichen Buches (S. 580) zu dem Urteil: „Angesichts der antidemokratischen Politik kann die russisch-orthodoxe Kirche zu einem wichtigen Bestandteil einer konservativen staatlichen Ideologie werden.“

Die Auseinandersetzung zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen hat ihre polemische Note verloren. Auf der einen Seite gibt es Stimmen, die das Absterben des Atheismus voraussagen. Auf der anderen Seite wird auf wissenschaftliche Erkenntnisse und rechtliche Probleme verwiesen: Welcher naturwissenschaftlich Gebildete könne heute noch an Gott glauben!? Teilweise weicht man auf Kult und Ritus aus. Die orthodoxe Kirche hat die von den Bolschewiki ermordete Zarenfamilie heilig-

gesprochen und in St. Petersburg feierlich beigesetzt. Auf der anderen Seite wird auch wieder gefordert, die Mumie Lenins aus dem Mausoleum zu entfernen. Die von Stalin gesprengte Erlöserkirche im damaligen Leningrad ist inzwischen – auch mit öffentlichen Geldern – wieder errichtet worden. In vielen Orten und Dörfern, sogar auf Kasernengelände werden Kirchen und Kapellen gebaut. Das einstige atheistische Leitorgan „Wissenschaft und Religion“ ist um Objektivität bemüht und heißt jetzt „Religion und Gesetz“. Es gibt eine Vereinigung der Atheisten.

### Politoffiziere im Priesterrock

Auf dieses Thema ist bereits im AUFTRAG Nr. 259/August 2005, S. 47 f. hingewiesen worden. Natürlich gab es zur Zarenzeit Militärgeistliche und im 2. Weltkrieg durften die polnischen Einheiten die auf sowjetischer Seite kämpften, Militärgeistliche haben. Die orthodoxe Kirche äußerte sich 1958 „Auch nach der Oktoberrevolution konnte die Kirche ihre Einstellung zum Heimatland nicht ändern.“ An irgendeine Militärseelsorge wurde erst wieder nach dem Ende der Sowjetzeit gedacht.

Inzwischen hatte „Glasnost“ es möglich gemacht, über Missstände in den Streitkräften zu berichten: Selbstmorde wegen Rekrutenmisshandlungen, Diebstähle untereinander usw. (s.a. die folgenden Beiträge: „Wiederentdeckung der Militärseelsorge“ und „Die Prostitution in der russischen Armee ist beängstigend“).

Als das Millennium der Taufe der Kiewer Rus' (1988) heranrückte, wurde die Atheismuspropaganda in den Streitkräften verstärkt. Nun rückte in den Vordergrund die Überlegung, dass die moralischen Grundsätze der Religion die Armee von ihren Missständen befreien könnten. Seit Beginn der 90er Jahre kam es zu immer neuen Begegnungen zwischen den Streitkräften und dem Moskauer Patriarchat. Im Jahre 2000 gab es in Garnisonen und militärischen Lehranstalten 117 orthodoxe Gebetsstätten. 1994 gab es sogar einen Vor-

Allegorische Darstellung des ohne transzendente Werte erzeugten Sowjetmenschen. Zeichnung von N. Beewzew aus „Krokodil“ (15/1990)

Diese Zeichnung von S. Michejew brachte die atheistische Zeitschrift „Nauka i religija“ (Nr.10/1987)



schlag, die Stellen, die vorher den Politoffizieren vorbehalten waren, Militärgeistlichen zu übergeben. 1996 wurde in den Streitkräften festgestellt, wie viel Soldaten gläubig seien. 1996 sollen sich 37 %, 1997 32 % als Gläubige bekannt haben.

Von anderen Religionsgemeinschaften wurde kritisiert, dass hier offensichtlich nur an die orthodoxe Kirche gedacht worden war.

Der Chefredakteur der Zeitschrift „Religion und Recht“, Anatolij Pschelinzew (ein „bekannter Jurist“, wie es in die „Unabhängige Zeitung“ vom 05.07.2006 heißt) äußerte in einem Interview, dass die Verfassung geändert werden müsse, wenn man beabsichtige Militärgeistliche einzuführen. Bei einem Besuch in den USA habe er festgestellt, dass Militärgeistliche für die verschiedenen Konfessionen zur Verfügung stünden. So seien z.B. acht orthodoxe Soldaten von einem eigenen Militärgeistlichen betreut worden.

Pschelinzew sagt in dem Interview u.a.: „Die Mehrheit der russischen Soldaten sind überhaupt Ungläubige. Darum muss man auch deren Meinung berücksichtigen und nicht nur die des gläubigen Teils der Bevölkerung ...“ □



## Wiederentdeckung der Militärseelsorge

**R**usslands Streitkräfte befinden sich vor allem auch moralisch in einem mehr als desolaten Zustand. Menschenunwürdige Zustände und Zwischenfälle in der Armee bereiten der Regierung um Präsident Wladimir Putin zunehmend Kopfzerbrechen. Abhilfe verspricht sich der Kreml nicht nur von einer tiefgreifenden Militärreform. Dem moralischen Verfall der Divisionen soll künftig auch eine 5.000 Mann starke „Division der Militärg Geistlichen“ aus allen „traditionellen“ Konfessionen im Land entgegen treten.

### Tagesbefehl für eine neue Militärseelsorge in Russland

Russland entdeckt neu die Bedeutung der in der Sowjetunion aus ideologischen Gründen abgeschafften Militärseelsorge. Nachdem es unter den letzten Zaren Militärg Geistliche gab, die dann von den Bolschewiken nach der Revolution von 1917 durch Politkommissare ersetzt worden waren, arbeitet Moskau gegenwärtig angesichts der Missstände in den Streitkräften an einer Militärreform. In diesem Kontext wird auch die Schaffung einer „Division der Militärg Geistlichen“ vorbereitet.

Zu dieser „Division“ sollen 5.000 Geistliche aus allen „traditionellen Konfessionen“ in Russland „eingezogen“ werden. Die katholische Kirche gehört nicht zu den anerkannten Denominationen. Ihre Priester dürfen daher nicht neben orthodoxen Geistlichen, Imamen, Rabbinern oder Lamas in den Streitkräften tätig werden.

Mit Hochdruck treibt Moskau die Militärreform voran, seit das „Komitee der Soldatenmütter“ den Fall von Andrej Sytschow (18) publik gemacht hat, der das ganze Land erschüttert. Dem Rekruten mussten nach Misshandlungen durch Mitsoldaten beide Beine und die Genitalien amputiert werden. Die Tat wird der „Dedowschtschina“ (Herrschaft der Großväter), wie die älteren Wehrpflichtigen genannt werden, angelastet. Diese „pflegen“ eine „Tradition“ aus Sowjetzeiten: Während des 24-monatigen Militärdienstes drangsalierten die Rekruten des zweiten Ausbildungsjahres die Neueingezogenen. Diese vergelten später Gleiches mit Gleichem an den Nachrückenden.

### Orthodox geleitete Seelsorge

Der Vorfall hat das ohnehin angeschlagene Ansehen der Streitkräfte weiter beschädigt. In der Duma for-

derten Parlamentarier aller Fraktionen Sofortmaßnahmen gegen die „Dedowschtschina“. Verteidigungsminister Sergej Iwanow musste einen Rechenschaftsbericht vorlegen. Als erste Maßnahme hat Präsident Wladimir Putin einen Ukas zur Verkürzung des Wehrdienstes von 24 auf 12 und des Ersatzdienstes von 42 auf 21 Monate ab 2008 unterzeichnet. Des Weiteren ist die Einrichtung einer Seelsorge in den Streitkräften geplant. In der Zeitschrift „Argumenty i Fakty“ erläuterte der orthodoxe Priester Michail Wassiljew, als Leiter der geplanten „Division der Militärg Geistlichen“ unterstehe er dem Moskauer Patriarchat. Für seine Aufgabe absolvierte er Kurse an der Akademie des Generalstabs und 32 Kriseneinsätze.

Mit vielen einer Militärseelsorge obliegenden Aufgaben sind laut Wassiljew derzeit weithin Offiziere betraut, „für die man sonst keine Verwendung findet“. Bereits seit einigen Jahren wirken rund 2.000 orthodoxe Priester in der Armee. Künftig sollen sie einen „bescheidenen Sold“ erhalten, aber weder einen militärischen Rang bekleiden noch Waffen tragen. Auch sollen sie nicht in Krisen- und Kampfsituationen zum Einsatz kommen. Ob diese Seelsorger etwas gegen die „Dedowschtschina“ ausrichten können, will Wassiljew nicht garantieren. Zudem sollen sie gegen die hohe Selbstmordrate in der Armee angehen. Ein Abbau der schlechten Lebensbedingungen im Militär wäre dazu das beste Mittel. Auch der fehlende Glaube an Gott so der oberste Militärseelsorger, spiele wohl eine Rolle.

Erste Erfolge kann Wassiljew bereits vorweisen: Immer mehr Soldaten wünschten vor Kriseneinsätzen die Taufe. Gefährlich kann es aber auch für die Feldgeistlichen selbst werden: In Tschetschenien wurden bereits vier orthodoxe Priester getötet. (KNA)

## Die Prostitution in der russischen Armee ist beängstigend

VON JOACHIM GEORG GÖRLICH

**S**o lautet die Überschrift in der Warschauer Wochenzeitung „Angora“, die sich in wichtigen Abdrucken aus nationalen und internationalen Medien spezialisiert hat. Und in diesem Sinne druckte sie auch ungekürzt einen Beitrag von Dmitrij Timorenko aus der russischen Zeitung „Zobiesednik“ ab. Timorenko beruft sich auf eine Expertise der Internationalen UN-Kommission für sexuelle Ausbeutung, wonach Russland führend beim „Hineinziehen seiner Soldaten in Prostitution und Pornogeschäft“ ist.

Vor allen Dingen junge Rekruten würden zum homosexuellen Sex von einer organisierten Kaste von Vorgesetzten gezwungen, heißt es. Es gebe „Offiziers-Zuhälter“, die sich damit einen zweiten üppigen Sold verdienen. Davon zeugten hilfeschreiende Briefe von Jungsoldaten an ihre Mütter: „Mama, beim Militär haben sie

aus mir eine Prostituierte gemacht“ usw.

Bereits 1997 erschoss sich ein verzweifelter Rekrut während seines Wachdienstes. Seit dem sind in der Armee solche derart motivierte Suizidvorfälle, primär bei Rekruten, an der Tagesordnung. „Manche betreiben (Homo-)Sex nur wegen einer zusätzlichen Ration Suppe“, heißt es an anderer Stelle des Beitrags von Timorenko.

Die russische Zeitung teilt die soldatischen Prostituierten zuerst in zwei Kategorien ein: Die Gezwungenen und die es (öfters auf Druck) mehr oder minder freiwillig tun.

Insgesamt aber gibt es unter den Prostituierten in Uniform drei Klassen: Die „Bordsteine“, die es zum geringsten Lohn tun; danach kommen die „Bürgersteiger“, und zuletzt die

Fortsetzung auf Seite 51 u.

## NACHBAR POLEN:

## Neue polnische Familie

VON JOACHIM GEORG GÖRLICH

**A**uch in Polen ändert sich das Familienbild. Heute nämlich verdient schon jede verheiratete Polin mehr, als ihr Mann. Und jeder 20. Ehemann ist quasi Hausmann und hat die Kindeserziehung übernommen. Das wundert nicht, wenn ganze Scharen von Frauen im westlichen Ausland wie Deutschland, Holland, Belgien und sogar Großbritannien jobben, sei es als „Putzen“ oder auf den Feldern, und nur mal alle paar Wochen oder gar Monate nach Hause kommen können. Freilich befasst sich auch der Mann mit dem eigenen Häuslebau, was als Statussymbol gilt.

Das ist schon die zweite Generation – so die „Polityka“ – wo die Frauen besser ausgebildet, denn die Männer sind. Aber sie konstatiert weiter: Viele der Frauen, die im Ausland schuften, würden gern „Nur“-Hausfrau sein, wenn es die ökonomischen Verhältnisse zuließen.

Die Illustrierte hebt hervor, dass diese Neuentwicklung für die Männer und deren bisherigen Rolle ein Problem sei, voran ein psychologisches, aber ebenso ein berufliches. Die Tendenz, dass sie immer mehr vom Einkommen der Partnerin werden leben müssen, nimmt zu. In den bisherigen Frauenberufen, wie u.a. Lehrerin und Krankenschwester, sowie in den humanistischen Studienfächern gibt es keinen großen Zuwachs. Hingegen gibt es dreimal mehr Frauen in den Wirtschaftsstudienfächern und viermal mehr in

den technischen, denn vor 30 Jahren.

Hinzu kommt, dass laut Umfragen 52 Prozent der Jugend nicht mehr die Arbeit als oberstes Ziel betrachtet, sondern Freizeit und Familienleben. Und: Der Kinderwunsch ist bei Männern größer entwickelt, als bei Frauen. Es gibt immer mehr Ehen, wo eine Akademikerin, sogar eine gutaussehende, einen Arbeiter oder Handwerker heiratet. Was aber keineswegs heißt, dass diese Ehen nach der Flitterzeit glücklich sind.

Doch einige Dinge sind geblieben: Für jede Polin gilt weiterhin das Ziel, bis zum 25. Lebensjahr „unter die Haube zu kommen“. Und: Zumindest ein Kind gehört zum „guten Ton“. Auch für die Managerin, die Offizierin, Professorin usw.

Natürlich muss auch die katholische Kirche diesen Wandel berücksichtigen. Schon vor Jahren machte der Oppelner Erzbischof Prof. Dr. Alfons Nossol darauf aufmerksam. Ebenso auf die Tatsache, dass die Gastarbeitertätigkeit im westlichen Ausland die Familien zerschlage. Denn: Auch viele Frauen, die dort arbeiten, trennen sich von ihren Partnern und Familien. Eine der Hilfsmaßnahmen ist, dass die Zahl der Auslandsseelsorger für polnische Katholiken aufgestockt wurde.

Nach wie vor gilt in Polen aber die traditionelle Faustregel: Der Mann ist der Kopf der Familie, die Frau jedoch der Hals – und der lenkt bekanntlicherweise dezent den Kopf ... □

## Fortsetzung von Seite 50

„Aristokratie“, die männlichen Nobelhuren, die in gut situierten Kreisen herumschwirren und bestens bezahlt werden. Inzwischen ist ein Krieg zwischen zivilen und militärischen Strichjungen ausgebrochen.

Dass das Ganze Militär- und Staatsführung immer mehr beunruhigt, liegt auf der Hand, zumal man es nicht im Griff hat. Jetzt nehmen sich dieser Thematik die „Soldaten-Mütter“ und die russisch-orthodoxe Kirche an. Für diese gilt Homosexualität als besonders abartig. Nicht bes-

ser ist es im Volk mit dieser Ansicht bestellt.

Die letzten Homosexuellen-Demonstration in Moskau, an der auch der deutsche „Grüne“ Volker Beck teilnahm, ist ein Spiegelbild dessen. Besonders aggressiv zeigte sich hier der Großteil der jugendlichen, nationalistischen und christlichen Gegen-demonstranten. Und die Zustände in den russischen Garnisonen sind keineswegs dazu angetan, diese Anti-Meinung der Mehrzahl der Russen zu ändern. □

Zukunftsforscher:  
Wohlstand wird  
neu definiert

**D**ie steigende Zahl der Erwerbslosen wird nach Einschätzung des Zukunftsforschers Horst W. Opaschowski zu einem gesellschaftlichen Wandel und zu einer Neudefinition von Wohlstand führen. Insbesondere sei ein Absinken des Lebensstandards auf breiter Ebene zu erwarten, sagte der Wissenschaftliche Leiter des Hamburger BAT-Freizeitforschungsinstituts am 18. Juli in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Hamburg. Dies führe aber nicht zwangsläufig dazu, dass die Menschen unglücklicher würden. Wohlstand werde zunehmend über das Materielle hinausgehend definiert und „zu einer Frage des persönlichen Wohlbefindens“, glaubt der Wissenschaftler. Sozialpsychologische Untersuchungen hätten ergeben, dass sich Menschen „im Mittelbereich zwischen Not und Überfluss“ am wohlsten fühlten.

Nach Meinung von Opaschowski werden sich die Menschen in Zukunft nicht mehr allein über bezahlte Tätigkeiten, sondern auch über Tätigkeiten für Familie und Gemeinwesen, soziales Engagement und freiwillige Mitarbeit in Organisationen und Verbänden definieren. Das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts „Kindererziehung und Erwerbstätigkeit sind gleichwertig“ ziele genau in diese Richtung. In der „multiaktiven Leistungsgesellschaft des 21. Jhs.“ würden bezahlte und unbezahlte Arbeiten langfristig gesehen den gleichen Wert bekommen, so der Zukunftsforscher. Schon heute habe Wohlstand bei vielen Deutschen mehr mit sozialer Lebensqualität wie beispielsweise intakter Familie, guten Freunden und netten Nachbarn als mit Geld und materiellen Gütern zu tun. (KNA)



# Herausforderung Bildungspolitik

VON JOHANNES MICHAEL SCHNARRER

## Grundlagen

Das Wort Bildung entstammt dem Wortstamm und der Bedeutung von bilden (formen), das transitiv im Sinne von „jemanden bilden“ und intransitiv im Sinne von „sich bilden“ verwendet wird. Bildung wird als Geisteshaltung und als geistige Fähigkeit verstanden; als Streben, mehr wissen und erkennen und die Welt verstehen wollen, mit dem Ziel, unter den Bedingungen der Zeit sich selbst und den Werten gegenüber, die unser Leben bestimmen, Verantwortung zu tragen; als Fähigkeit, Wissen sinnhaft zu ordnen und zu verwenden. Bei Bildung handelt es sich um einen Entfaltungsprozess, der ohne Einwirkung von außen undenkbar ist. Allerdings hat die Erkenntnis Platz gegriffen, dass zwar Einwirkung von außen, so die Vermittlung von Wissen, Kenntnissen und Fähigkeiten und das Aufzeigen von Werten, erfolgen können und auch müssen, dass aber das, was Bildung ausmacht, die innere Formung und die Wertbezogenheit, nicht vermittelbar sind. Bildung ist vielmehr immer Selbstbildung, sie verlangt Bereitschaft zur Verantwortung und ein Streben nach Entfaltung und ist ohne eigene Erfahrung nicht denkbar. Sie bezeichnet keineswegs – wie oft verkürzt dargestellt – die Zugehörigkeit zu den „Gebildeten“, zu den Menschen, die höhere Schul- und akademische Bildung erfahren haben. Der transitive Gebrauch des Wortes „bilden“ kommt daher heute kaum noch vor. Die früher damit bezeichnete Bedeutung, d.h. der gesellschaftliche und schulische Erziehungs- und Bildungsauftrag, wird heute mit dem Begriff „Ausbildung“ wiedergegeben. Bildung wird als persönliche Aufgabe, als individuell zu vollziehendes Phänomen gesehen.

Bildung beschreibt immer einen Prozess, der Begriff wird aber – entgegen seiner eigentlichen Bedeutung – auch als Zustandsbeschreibung verwendet. Bildung im Sinne eines Zustandes kann aber höchstens dann gegeben sein, wenn es sich bei dem vermeintlichen Zustand gleichsam um eine Momentaufnahme eines

## INHALT

- Grundlagen
- Christlicher Kulturauftrag und Menschenbild
- Neue Kultur
- Die Notwendigkeit eines Ethikunterrichts
- Die Wertefrage
- Zugänge zu den Urteilen des Gewissens
- Zum Verhältnis der Generationen
- Mögliche Elemente eines geistigen Generationenvertrags
- Anmerkungen

Vorganges handelt, der noch nicht abgeschlossen ist. „Genügend gebildet“, „vollkommen gebildet“ widerspricht der Idee der Bildung von der ständigen Vervollkommnung, als Streben und Ziel des einzelnen. Bildung ist insofern immerwährende Selbstbildung, unabhängig von den äußeren Gegebenheiten. Der statische Begriff „Bildung“ in Zusammensetzungen, wie z.B. akademische Bildung oder berufliche Bildung, weist auf eine Ausbildungsphase hin, die fast immer mit irgendwelchen Qualifikationen im Sinne von Berechtigungen verknüpft ist. Erwachsenen-Bildung, Politische Bildung usw. bezeichnen organisierte Ausbildungsangebote bzw. Ziele, die in der Regel freiwillig sind und aus denen sich im Allgemeinen keine förmlichen Qualifikation ergeben.

## Christlicher Kulturauftrag (Menschenbild)

Grundlegende bildungspolitische oder pädagogische Entscheidungen lassen sich jenseits von Empirie und Pragmatik letztlich nur durch den Rückgriff auf das zugrundeliegende Verständnis vom Menschen begründen und beurteilen.

Der Mensch bedarf der Bildung und Erziehung und ist zu diesen fähig. Dabei beschreiben Bildung und Erziehung nur unterschiedliche As-

pekte und Reichweiten eines als Einheit zu verstehenden Prozesses: Bildung betont das Wissen, Können und Urteilen, Erziehung das Wollen und Handeln; Bildung ist im Idealfall ein lebenslanger Prozess, Erziehung hat ihre Grenzen üblicherweise am Erwachsenenalter. Der Mensch ist ein weltoffenes Wesen, befähigt und genötigt, sich die Welt selbst zu erschließen, sich in ihr zu orientieren, sie zu gestalten und sein Leben durch Handeln selbst zu führen. Sein Selbst-, Welt- und Sozialbezug ist nicht einfach durch die Natur vorgegeben und unmittelbar, sein Handeln nicht durch vorgegebene Regeln festgelegt. Daher entwickeln sich seine Anlagen und Fähigkeiten nicht von selbst, sie bedürfen der gelenkten Entfaltung und Entwicklung. Das unabhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unumgängliche Mittel dazu ist die planmäßige und organisierte Bildung und Erziehung des Menschen durch den Menschen mit den immer auf einander bezogenen Zielen der:

- **Kultivierung**, d.h. die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, die im Einzelnen bis auf die elementare Sprachkompetenz nur in Grenzen überzeitlich bestimmbar sind. Die heute beliebte nur formale Bestimmung, man müsse nur das „Lernen des Lernens“ lernen, übersieht allerdings, dass man immer angeleiteter grundbildender Prozesse bedarf und die Inhalte eben nicht beliebig sind. Es bedarf daher gerade heute wieder eines grundbildenden Kanons, der durch einheitliche und überprüfbare Standards „Chancengleichheit“ durch Wissen sichert;
- **Zivilisierung**, d.h. die Befähigung zum geselligen und gesellschaftlichen Umgang mit anderen Menschen;
- **Moralisierung**, d.h. die Bildung der moralischen Persönlichkeit, die Ausbildung von Tugenden, wertorientierten Haltungen und Handlungsdispositionen und die Gewissensbildung; es bedarf

wieder eines öffentlichen Bewusstseins von Grundwerten und Tugenden für den Zusammenhalt und die Identität unserer Gesellschaft;

- **Selbstdisziplinierung**, d.h. die Gewöhnung der Heranwachsenden an das Einhalten von Regeln mit dem Ziel, ihr eigenes Verhalten kontrollieren und Regelverletzungen als solche empfinden zu können und korrigieren zu wollen;

Daher sind Bildung und Erziehung nie bloße Privatsache. Lebenskompetenz insgesamt umfasst gleichermaßen Selbst- und Sozialkompetenz, sie äußert sich in Urteilskraft, Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Toleranz, Kultur- und Weltoffenheit, Herzensbildung und Mitmenschlichkeit. Im Menschenbild ist der große Unterschied und die Abgrenzung zu anderen Richtungen der Weltdeutung begründet, denn es macht einen entscheidenden Unterschied, ob ich den Menschen als religiöses, aufgeklärtes, liberales, innerweltliches Wesen sehe oder mit anderen Grundansichten behaftet.

### Neue Kultur

**B**ildungsauftrag ist auch Kultur- und Bildungsauftrag. Und da ändert sich einiges z.B. im zwischenmenschlichen Bereich. Das Bildungsmonopol der älteren Generation wird aufgebrochen und immer mehr zu einem sich gegenseitig akzeptierenden, wenn junge Menschen älteren den Umgang mit dem Internet und den Computern „beibringen“. Ziel eines im christdemokratischen Menschenbild begründeten Bildungs- und Erziehungsverständnisses ist nicht die Bildung „zur“, sondern „der“ Persönlichkeit und ihrer Anlagen. Daher hat „Bildungs-Politik“ über das Instrument Schule und Hochschule größere und kleinere Schnittmengen mit Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Familien- und Jugendpolitik, Kriminalpolitik. Aber sie darf sich nicht nur instrumentalisieren lassen, sondern muss ihren Eigenwert behaupten.

Das gilt insbesondere für die Demokratie, die wie keine andere Staatsform aufgrund aktiver Partizipationsrechte am politischen Entscheidungsprozess des gebildeten und aufgeklärten Bürgers bedarf. Er

muss verstehen, dass und warum er in einer Gemeinschaft lebt, der gegenüber er verantwortlich ist, welches die Quellen ihres Selbstverständnisses sind, was sich in ihrer Geschichte bewährt hat und welchen allgemeinen sittlichen Regeln und Grundwerten sie verpflichtet ist.

Bildung und Erziehung aus dem Verständnis der Volkspartei widerspricht daher der heute weit verbreiteten Reduktion des Menschen auf seine Funktionalität und der Vorstellung, nur das sei in der Bildung wichtig und wertvoll, was sich – im Sinne einer schlichten Zweck-Mittel-Relation – rein ökonomisch verwerten lasse. Bildung ist mehr als Ausbildung. Bildung ist kulturelle Teilhabe, Bildung beinhaltet Urteilskraft, die Fähigkeit zum Selbstdenken, zur rationalen Argumentation und zum eigenen Standpunkt. Bildung zielt auf das sittliche Subjekt, Gewissen, Tugenden, Charakter, Selbstachtung, Fähigkeit zur Distanz und die Fähigkeit, sich selbst auf Lebenssinn hin zu entwerfen. Daher kommt dem kulturellen, allgemeinbildenden, auf Vermittlung von Grundwerten, Tugenden und Sinnkonzepten angelegten Auftrag von Bildung und Erziehung Vorrang vor reiner Berufsbefähigung, gar Berufsfertigkeit zu, der auch die beruflichen Schulen einbezieht.

Allgemein ist feststellbar, dass sich das Bildungsverständnis im Anschluss an die Erben Humboldts in den vergangenen Jahrzehnten – auch durch die 1968er Generation – von einem eher autoritären zu einem kollegialen, oft schon allzu kollegialen Verständnis entwickelt hat. So scheint eine der wichtigsten Herausforderungen für die Bildungspolitik der nächsten Jahre darin zu liegen, die Generation der „Wohlstandskinder“ neu zum Leistungsprinzip und dessen eigentlichen Sinn zu motivieren. Ganz ohne Autorität wird es in der Vermittlung von Werten und Inhalten auch künftig nicht gehen.

### Die Notwendigkeit eines Ethikunterrichts

**D**ass Ethik in der Gegenwart eine besondere Hochkonjunktur aufweist ist unbestritten. Vor allem die Entwicklung in Wissenschaft und Technik haben die demokratisch-pluralistischen Gesellschaften unse-

rer Tage vor vielfältige ethisch-moralische Herausforderungen und Konfliktsituationen gestellt. Teilweise sind dadurch Probleme entstanden, die sich mit den Antworten unserer traditionellen sittlichen Überzeugung nur allgemein oder auch gar nicht beantworten lassen, denn die ökonomische und technokratische Selbstinszenierung des Menschen hat bereits viele ethische und moralische Grenzen gesprengt. Vor ökologischen Problemen bis zu Veränderungen unserer Lebenswelt durch Computer oder neue Möglichkeiten der Medizin sind moralische Herausforderungen entstanden, die in die Frage münden, ob wir alles dürfen, was wir können. Überdies sind wir in ein Zeitalter einer Komplexität und Pluralität von Wertvorstellungen eingetreten, die einander durchaus widersprechen können.

Die großen Religionen, bisher weitgehend auch als moralische Instanzen anerkannt, haben im Gefüge dieses Wertpluralismus und – relativismus partiell ihre Verbindlichkeit eingebüßt und sehen sich zunehmend mit ethischen Antworten nicht religiöser Herkunft konfrontiert. Die vielen Abmeldungen vom Religionsunterricht in unseren Höheren Schulen sind Ausdruck solcher Entwicklungen. Die Überlegungen zur Installierung eines Ethikunterrichtes als Komplementierung und/oder als Ersatz bzw. Alternative für den Religionsunterricht entspringen dieser Situation stellen seit einigen Jahren einen permanenten Bestandteil der Diskussion dar. Seit vielen Jahren im Stadium von Schulversuchen wird der Ethikunterricht in den nächsten Jahren immer dringlicher notwendig, da viele Kinder im wertfreien Raum aufwachsen und Orientierung brauchen, die ihnen vorenthalten wird, wenn es nicht gelingt andere Formen der Wertvermittlung zu finden, da der Religionsunterricht ideologisch besetzt ist!

Im Jahre 2000 begann die Universität Wien mit der Ausbildung von Ethiklehrern. Aber solange dieser so notwendige Unterricht im Bereich Ethik vom Bildungsministerium nicht allgemein anerkannt ist, bleiben auch solche Initiativen wirkungslos. Dieser Lehrgang ist auch nicht gegen die Religionspädagogik angelegt, sondern in Zusammenar-

beit mit ihr. Ein Etikettenschwindel freilich im Sinne einer alleinigen Patronanz der Religion für die Ausbildung der Ethiklehrer sollte vermieden werden. Denn Ethik kann auch ohne religiöse Begründung auskommen, wie etwa die wichtigsten ethischen Entwürfe der Tradition, die Ethik des Aristoteles und die Ethik Kants zeigen. Selbst Religionspädagogen sprechen schon von der Pflicht öffentlicher Schulen ein Ersatzfach einzurichten, wo die entsprechenden Bildungsziele auch für die am konfessionellen Religionsunterricht nicht teilnehmenden Schüler ihren Ort finden.

In einer pluralistischen und interkulturellen Gesellschaft müssen auch andere Religionen in ihrer Bedeutung für die Wertvermittlung beachtet werden, soll es nicht zum gesellschaftlichen Kampf der Kulturen und Werte kommen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Probleme der angewandten Ethik gelegt werden, wobei medizinische Ethik, Wirtschaftsethik und ökologische Ethik besonders heftig und kontroversiell diskutiert werden. Probleme der Lebensverlängerung, der Gentherapie und Gentechnologie, der computergesteuerten Medizin sind nicht nur wissenschaftlich-technische, sondern auch tiefgreifende ethische Fragen. Darüber hinaus gilt es aber auch Probleme der Orientierung in unserer Lebenswelt zu behandeln. Die Jugendkulturen, die Sexualität, das Generationenverhältnis und die Veränderungen durch eine multikulturelle Gesellschaft, müssen hier ebenso ihre Platz finden, wie Fragen der Menschenrechte, des Verhältnisses von Ethik und Politik sowie selbstverständlich Probleme der Beziehung des Einzelnen zur Gemeinschaft.

Ein Ethikunterricht darf weder an den Schulen noch an den Universitäten zu einer theoretischen Pflichtübung erstarren. Da es dabei um Fragen geht, die unser Leben, unser Verhalten, das Umgehen mit Werten und Haltungen ebenso betreffen, wie die Zukunft unser aller und unserer Kinder, gilt es als Lehrziel so etwas wie ethische Kompetenz zu entwickeln, die es uns erlaubt auch in schwierigen Entscheidungen verantwortungsvoll und umsichtig zu handeln. Probleme der sozialen Ge-

rechtigkeit, der kritischen Sicht auf die Dominanz der Wirtschaft und des Wohlstandes in unseren Gesellschaften sind dabei ebenso zu beachten wie der Umgang mit unserem Leben und unserem unmittelbaren sozialen Umfeld. Es kann nicht Ziel der Ethik sein, moralische Tribunalisierung zu betreiben oder dem Zug der Sachzwänge folgend moralische Prinzipien einfach zu relativieren. Dass jede Diskussion um Werte, die bekanntlich Unruhestifter sind, konfliktgeladen bleiben muss, ist selbstverständlich. Letztlich dient der Ethikunterricht nicht nur dazu, Menschen für einen bestimmten Beruf auszubilden, sondern eben den Blick zu weiten, den fächerübergreifenden Diskurs einzuüben, was wiederum vor allem heißt, dass hier Bildung als im Bewusstsein der humanen Freiheit den Menschen zum verantwortungsbewussten und entscheidungsfähigen Bürger zu erziehen verstanden wird.

Inhaltlich könnten folgende Schwerpunkte den Ethikunterricht ausmachen (diese Liste ist natürlich nicht vollständig, stellt aber einen Vorschlag dar):

1. **Der Mensch als Individuum:** Werte, Schule, Freizeit, Eigenwesen, Gefühle, Kommunikation, Selbstmord, Freiheit, Verantwortung, Sekten, Krankheit, Tod, eigene Psychohygiene
2. **Die Beziehung zum Du:** Partnerschaft, Familie, Sexualität, Konfliktlösung, Männer- und Frauenbilder, Genderprobleme
3. **Die Familie:** Generationen, Familienpolitik, Formen des Miteinander, Verständnis für Andere
4. **Die Gesellschaft:** Menschenrechte, Solidarität, Autoritäten, Strukturen, politisches Handeln, Engagement in Vereinen, Globalisierung, Wesen der Bürgergesellschaft
5. **Der Mensch als Kulturwesen:** Umgang mit dem Fremden, Bildung und Ausbildung, Krieg und Frieden, Macht des Geldes, Entwicklung von Fähigkeiten, Berufsorientierung, Sinnvermittlung im Leben, Bewältigung von Leid
6. **Der Mensch und seine Mitwelt:** Tier- und Naturschutz, Ethik und technischer Fortschritt, Menschenschutz und Sicherheit, Umgang mit unveräußerlichen Gü-

tern (gute Luft, sauberes Wasser), Ökologie/Technik, Gewalt

7. **Der Mensch als religiöses Wesen:** Monotheistische Religionen, östliche Religionen, Naturreligionen, Religionskritik, Dialog der Religionen im Sinne eines Weltethos.

### Die Wertefrage

Wer in der Postmoderne nach den Werten fragt, sie anspricht oder gar einklagt, der setzt sich einer unendlichen Geschichte aus, weil eine einheitliche Wert-Definition immer schwerer zu vermitteln ist. Und dort, wo diese Wert-Definition Anerkennung findet, rückt die diese akzeptierende Gruppe in Ideologieverdacht.

Bis vor 20 Jahren wurden die Werte in der öffentlichen Diskussion stets als typisch „konservativ“ angesehen. Doch dies hat sich in der letzten Generation wesentlich geändert, auch wenn der Wertbegriff alles andere als klarer geworden ist. In aller Munde ist z.B. der Terminus der „Werte-Gemeinschaft Europas“. Heute ist der Begriff der Werte-Gemeinschaft Europas als inhaltliche Substanz kaum eindeutig, geschweige denn definierbar.<sup>1</sup> Und so kann die Gemeinschaft Europa nur dann lebendig werden, wenn die Bürger durch die Werte in Liebe und Achtung gegenüber den Mitmenschen diese auch vollziehen. Werte und das Werten gehen also vom Menschen aus, denn er wertet sich selbst, den anderen, er wertet die Strukturen und die Gesellschaft. Ohne Be-Wertung ist es gar nicht möglich, dass der Mensch zu sich selbst findet, weil genau darin die Voraussetzung besteht, sich selbst und die Gemeinschaft zu betrachten, eben in Selbstverantwortung zu handeln. Und erst dann ist eine Abgrenzung im positiven Sinne zum Anderen und dessen Kultur ermöglicht.

Tagtäglich werten wir Menschen, befinden das eine Bild als schöner als das andere, *be-werten* durch einen Kauf eines Gegenstandes etwas als besser, günstiger, schöner. Letztlich ist das Werten etwas, um das wir wissen und das jeden einzelnen betrifft. Dabei geht es nicht nur um die Ver-Wertung von Wissen, Informationen oder Technik, sondern im Besonderen um die Vermittlung



und Anerkennung von Werten. Hierin liegt eine ganz essentielle pädagogische Aufgabe, der aber von der gegenwärtigen Bildungspolitik viel zu wenig Rechnung getragen wird.

Jeder Mensch stellt sich die Frage, welche Kriterien ihn selbst leiten? Denn es gibt natürlich Wertmaßstäbe, denen ein Christ nicht ohne weiteres folgen kann, wie z.B. dem Konzept der Fun-Gesellschaft, wo die Transzendenz im wesentlichen auf Immanenz, also Innerweltlichkeit reduziert wird. Mit den Sitten und Gebräuchen ändern sich auch die gesellschaftlichen Werte und Kriterien. Und so ist selbst der Staat den Wertungen des Einzelnen unterworfen. Andererseits ist es unbedingt notwendig, im ICH eine Identität zu stiften, denn mit dem Gewissen gibt es in uns eine Stimme, die unmittelbar an uns herantritt.

Ernst-Wolfgang Böckenförde umreißt das große Spannungsfeld zwischen Bürger und Staat folgendermaßen: *„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz der Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er die inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.“*<sup>2</sup> Diese Spannung, hier als Dilemma geschildert, ist und bleibt auch auf dem Hintergrund der Veränderungen und der Sozialstaatsdebatte<sup>3</sup> von großer Relevanz, denn der Wohlfahrtsstaat befindet sich gegenwärtig in tiefgreifenden Veränderungen.

Meinen die einen, es handle sich bei den Werten um etwas, das den Menschen einfach wichtig ist und lehnen damit den Wertbegriff als solchen ab, nutzen ihn dann aber im späteren Verlauf des Gesprächs oder der Abhandlung, als ob sie ihre Prämisse gar nicht genannt hätten. Hingegen sind die Anderen überzeugt, dass es bei den Werten nur um die geläufigen konservativen Verständnisnismuster gehe, die eh schon allen

klar sein sollen. Dritte wiederum sind überzeugt, Werte wiesen keine persönliche Struktur auf, sondern seien nur als gesellschaftliche zu verstehen und hätten damit rein systemischen Charakter, der mit Anthropologie nichts zu tun habe. Diese letztgenannte Theorie – besonders im Anschluss an den Systemtheoretiker Niklas Luhmann formuliert – hat fatale Folgen, weil damit das Wert-Verstehen getrennt wird vom Humanum und zweitens einem Automatismus anheim gestellt wird, dem die Werte keinesfalls unterliegen dürfen. Anders hingegen sieht dies im Vollzug aus, denn da kann es schon zu Wert-Verwirklichungsmechanismen kommen, die nicht inakzeptabel sein müssen, weil wir nicht täglich neu über unsere Grundeinstellung entscheiden können, die intrinsisch mit Werten an sich und dem Werten verbunden sind. Hier wird deutlich, dass es sich um *zwei Dinge* handelt, wenn man *Werte für sich als solche annimmt* (und begründet) und sie dann vollzieht.

Es ist durchaus nicht zu hoch gegriffen, wenn man sagt, dass sich in unserer Zeit am Wert-Verständnis die Geister scheiden, sobald die Argumente in der Diskussion genauer unter die Lupe genommen werden. Das beginnt bereits dort, wo die Wert-Definition nicht mehr eindeutig ist oder als solche allgemeine Anerkennung findet.

### Zugänge zu den Urteilen des Gewissens

**B**ildungs-Kompetenz setzt die Fähigkeit voraus, Wichtiges vom Unwichtigen zu trennen. Das wurde bisher vor allem durch Autoritäten vorgelebt, damit es der junge Mensch imitierend, bewusst oder unbewusst, aufnehmen konnte. Heute sind die Vorbilder vielfach andere als früher. Und so werden die nächsten Generationen z.B. auch ihre Kompetenz erweisen müssen, aus der Fülle von Daten, Vernetzungen und Informationen auswählen zu lernen. Aber diese Grundbefähigung lernt man heute wie früher durch die Bildung des Gewissens.

In der heutigen Gesellschaft stellen wir einen ambivalenten Gebrauch des Wortes Gewissen fest. Für die einen stellt die Berufung auf ihr Gewissen tatsächlich nur das Ali-

bi für sittliche Willkür, absolute Autonomie, Leugnung sozialer und sittlicher Bindungen, partielle oder totale Wertblindheit dar. Richtig verstanden ist Gewissen aber die unentbehrliche Voraussetzung für sittliches Handeln in Freiheit und Verantwortung und damit für menschenwürdige Selbstverwirklichung. Das Gewissen ist nicht eine besondere Gnadengabe für den gläubigen Menschen, sondern nach der Auffassung einer ganzheitlichen Anthropologie und des christlichen Menschenverständnisses eine mit dem Personsein des Menschen natürlich gegebene Anlage, die zum sittlichen Handeln, zum Urteil über gut und böse befähigt. Somit ist das Gewissen auch ein Konstitutivum vom Menschsein. Naturalistische, evolutionistische und soziologische Thesen, nach denen das Gewissen erst das Produkt einer späteren soziokulturellen Entwicklung wäre, lassen sich nicht aufrechterhalten (z.B. H. Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*. 95: „Das Über-ich impft dem Individuum ein Gewissen ein). Darin allerdings ist den Theorien recht zu geben, dass die angeborene Anlage wie jede andere auch erst im Lauf des Lebens ausgebildet werden muss, um im bewussten sittlichen Agieren (actus humanus) wirksam zu werden. Das Gewissen muss auf Werterkenntnis und Wertvollzug hin durch Wort und Beispiel geprägt werden. So wird das Urgewissen im Wertgewissen fort entwickelt. Erst unter Voraussetzung eines gebildeten Wertgewissens tritt das Gewissen in seiner eigentlichen Funktion, als Situationsgewissen, in sein Recht und erlangt seine den Menschen anrufende und damit verpflichtende Kraft. Als Sitz des Gewissens nennen wir heute nicht mehr einseitig den Verstand, sondern den Seelengrund bzw. die Personmitte. Anders gesagt, und das ist für die Bildung von eminenter Bedeutung, in der Wissensbildung und -betätigung schwingen auch die triebhaften, emotionalen und willensmäßigen Kräfte des Menschen mit, die kultiviert gehören!

Die Funktion des Gewissens kommt nicht schon im bloßen sittlichen Urteil über das Verhalten anderer Menschen zur Geltung, sondern erst wenn der Mensch selbst sehr konkret vor eine sittliche Entschei-

dung gestellt ist. Dann macht das Gewissen als mahnendes oder warnendes Wissen auf die zur Entscheidung stehenden Werte aufmerksam, es räumt eindringlich und mit guten Gründen mit allen Argumenten auf, die hier und jetzt gegen einen Wert zu stehen scheinen, oder es hilft, in einem Konflikt zwischen mehreren Werten dem gerade jetzt geforderten den Vorzug zu geben (Güterabwägung). Ist die Gewissensüberlegung, die sehr lange dauern und von starker emotionaler Bewegung begleitet sein kann, abgeschlossen, kommt es zum Gewissensspruch und zu dessen Vollzug. Das Gewissen überprüft schließlich den sittlichen Akt und äußert sich positiv als gutes oder negativ als schlechtes Gewissen. Bei einer unsittlichen Entscheidung drängt es auf eine Revision bzw. Wiedergutmachung hin.

Die Ausbildung und Entwicklung der Gewissensanlage zum informierten Wertewissen und verantwortlichen Situationswissen vollzieht sich nach den Erkenntnissen der Psychologie in mehreren Stufen und zählt zu einer vorrangigen Bildungsaufgabe. Das frühkindliche Gewöhnungsgewissen leistet schon bald erste Triebverzicht als Antwort auf die Liebeszuwendung der Bezugspersonen, in der Regel der Mutter. Damit beginnt der Weg des Menschen vom Naturwesen zum Kulturwesen. In der wichtigen Stufe des autoritären Gewissens identifiziert sich das Kind (ca. 2.-8.Lebensjahr) mit dem Verhalten seiner Eltern, es interiorisiert oder introjiziert es. Im reifenden Gewissen stellt der junge Mensch sein bisher von den Eltern übernommenes Verhalten kritisch in Frage. Er will jetzt nicht mehr das tun, was die anderen tun, sondern in seinem Handeln die eigene Individualität entfalten. Dieser für die Erziehungsarbeit oft schwierige Prozess mündet schließlich in die Phase des personalen Gewissens. Hier handelt der Mensch in Freiheit und Bindung zugleich, in Bejahung einer Wertordnung, in Würdigung der Situation und aus persönlicher Motivation. Leider erreichen viele Menschen diese Reifungsstufe nicht, sondern bleiben zeitlebens auf der Stufe des autoritären Gewissens stehen, werden unkritische Befehlsempfänger, verfallen Schlagworten und überneh-

men bereitwillig Trends der anonymen Gesellschaft. Ziel konservativer Bildungspolitik sollte es also sein, möglichst viele Menschen zu einer Reifung zu führen bzw. die Rahmenbedingungen dazu zu schaffen, dass sie diese höchste Stufe der Gewissensbildung erreichen (können).

Diese Schritte zur Urteilsbildung des Gewissens zusammenfassend, lässt sich festhalten, dass hier die prinzipielle Irrtumsmöglichkeit – wie auch im Feld der natürlichen Erkenntnis – nicht schon einen vernünftigen Zweifel an der Richtigkeit aller oder einzelner Überzeugungen begründet. Ein handfestes Zweifeln an einer bestimmten Annahme stützt sich meistens auf Feststellungen, die gegen diese Annahme sprechen und setzt damit andere Überzeugungen über objektive Tatsachen voraus. Ein universeller Zweifel ist in diesem Sinne unvernünftig. Dazu sagt Ludwig Wittgenstein Folgendes: „Wer an allem zweifeln wollte, der würde auch nicht bis zum Zweifel kommen. Das Spiel des Zweifelns selbst setzt schon Gewißheit voraus.“ (L.v. Wittgenstein; *Über Gewißheit*. Hrsg. von G.E.M. Anscombe/ G.H. v. Wright; Oxford 1974; 115.)

Für die Österreichische Volkspartei sollte es wichtig sein, die sog. Wissensbildner wieder mehr zu stärken, das sind aber nicht nur traditionelle Institutionen wie Familie, Gemeinschaft, Vereine, Schule und Universität (um nur einige zu nennen), sondern auch neue sind hier zu berücksichtigen, wie die Medien, die oft sublim Werte und Wissensurteile zur Nachahmung vermittelnd anregen. Bevor man zur Urteilsbildung kommt, ist ein Erkenntnisprozess notwendig, der viele Menschen in der Nachmoderne zu überfordern scheint, weil weder Zeit noch Ressourcen vorhanden sind, um eine Abstraktionsfähigkeit zu erreichen, die im tiefsten Sinne des Wortes ein selbstverantwortetes Wissensurteil tatsächlich zustande kommen lässt.

### Zum Verhältnis der Generationen

Johann Wolfgang von Goethe schreibt im Einleitungswort von *Dichtung und Wahrheit* 1811 bereits: „... ein jeder, nur zehn Jahre früher oder später geboren, dürfte, was seine eigene Bildung und Wirkung nach

außen betrifft, ein ganz anderer geworden sein.“<sup>4</sup> Von daher ist es nach wie vor angemessen zu sagen, von generationstypischen Problemlagen und sozial zu differenzierenden Kategorien zu sprechen.

Dass das Generationenverhältnis wieder stärker in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit (und der sozialwissenschaftlichen im besonderen) rückt, das liegt auch an den äußeren Ursachen. Es gibt einen wachsenden gesellschaftlich-politischen Problemdruck, der zur näheren Beschäftigung mit dem Thema regelrecht zwingt. Ob es um die Renten und Pensionen, die soziale Sicherung im Ganzen, um die medizinische Versorgung, die Kranken- und Altenpflege, um die Zukunft der Familie oder um die Bildung und Erziehung geht, ist auf den ersten Blick schon einsichtig, dass dabei stets auch über die Gegenwart und Zukunft des Generationenverhältnisses sowie ihrer Beziehungen zueinander verhandelt wird.

Aber auch wenn es um Wirtschaft und Finanzen, um Arbeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit geht, steht wiederum das Verhältnis der Generationen zur Debatte. Noch wichtiger als die aktuellen Anlässe, auf die die Politik reagiert, sind die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen im Verhältnis der Generationen. Noch nie in der Geschichte haben so viele Generationen so lange gleichzeitig in Gesellschaft und Familie zusammengelebt. Diese Veränderung wiederum hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Was sie für die Menschen und ihr Zusammenleben bedeutet, das beginnen wir erst ganz allmählich wahrzunehmen, denn tiefgreifende Prozesse geschehen oft sublim.

Wenn man heute über Schuld und Versöhnung spricht, dann ist dies eng damit verbunden, eine Unrechtssituation aufzuarbeiten, weil sich vor allem die gesellschaftlichen Umstände wesentlich geändert haben. Es sei daran erinnert, dass gerade im Zuge der Aufarbeitung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, aber auch schon seit 1989 in allen anderen Ländern des früheren Warschauer Paktes, die unter dem kommunistischen Regimeinfluss Sowjetrusslands zu leben hatten, die Frage teils unbeantwortet, teils beant-

wortet wurde, wer denn Schuld sei, an den Verletzungen der Menschenrechte, wie z.B. Vergehen an politischen Gefangenen oder an den Todesschüssen an der Berliner Mauer, um nur einige markante Beispiele zu nennen, wo die Geschichte neu zu schreiben ist. Die Frage nach der Schuld impliziert ebenso die nach der Wiedergutmachung. Und letzteres tangiert im Sinne der Versöhnung der Generationen eine Ebene, die über das Irdische hinausgeht, wie in den Schriften des Alten und Neuen Testaments beschrieben wird.

Und genau hier sollte konservative Politik ansetzen, nämlich beim breiten Dialog der Generationen untereinander. Keine Generation lebt doch für sich allein, und je mehr man vom Anderen weiß, umso besser kann man die Zeiten und Epochen verstehen. In diesem Sinne ist es eine große Herausforderung für die ÖVP, wenn sie ihren Regierungsauftrag auch so versteht, die Bildung der Heranwachsenden als Weichenstellung für die Zukunft zu sehen. Aber diese Aufgabe kann nur bewältigt werden, wenn die Generationen möglichst viel von- und übereinander wissen.

### Mögliche Elemente eines geistigen Generationenvertrags

**„Ripeness is all – Reifen ist alles.“**, sagt bereits Hamlet am Ende seines eigenen Lebens. Jeder Mensch ist ein Reifender, der sich bildet und gebildet wird. Generationsbildung ist heute mittels durchgehender Informatisierung einerseits, und einer Beeinflussung, sogar Erfassung durch die Massenmedien, durch Fernsehen, andererseits, einen Himmel voller TV-Satelliten und Büros von Computern, bestimmt. Vor diesem Strukturwandel war die Prägestkraft von Gemeinschaftserziehung in den Schulklassen, Jugendgruppen, Organisationen und sozialen Bewegungen relativ stark. Die epochalen Effekte des Zeitgeistes konnten sich gegenüber dieser sozialen Prägestkraft in den Organisationen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht intensiv und generell durchsetzen. Erst durch die Telekratie und den Hang und Zwang zum jeweils Modischen der Werbungs- und Vermarktungsgesellschaft geschieht dies. Soziale Bindungen (und

damit das Lernen voneinander) verloren durch den zunehmenden Zwang zu Effektivität und Leistungsverhalten an Bedeutung. Lebensorientierende Grundhaltungen werden heute erstaunlich stark und laufend vom Druck des Zeitgeistes, auch „Mainstream“ genannt, sowie der Zeitmaschinerie geprägt. Diese Grundhaltungen sind in abnehmendem Maß aus einer Gemeinsamkeit von Festlegungen durch Erlebnisse und Erfahrungen bestimmter Alterskohorten zu erklären und zu deuten. Die ursprüngliche Konzeption Wilhelm Diltheys (1875) von Generation ging von einer einmaligen, in der Jugend erfolgten und daraufhin für das gesamte Leben wirksamen Prägung aus. Auch Karl Mannheim (1928) folgte in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit einer kleinen Abweichung diesem Ansatz. Für Mannheim stellte sich die neue Jugend-Generation jeweils als am stärksten von Einflüssen geprägt dar, die historisch gerade neu waren, hielt aber dennoch an der Vorstellung der einmaligen und lebenslang wirksamen Prägung fest.

Früher alterten die Generationen tatsächlich, indem sie aus der Jugend prägende Lebensformen und Werteinstellungen ins mittlere und höhere Alter brachten. In der Postmoderne werden allerdings die Generationen an verschiedenen Punkten und in verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung wirkungsvoll und eindringlich durch Lebensmodelle aus dem jeweils nur für kurze Frist gültigen Zeitgeist beeinflusst. Und die Generationen ändern sich wie Untersuchungen (z.B. die *Shell-Studie*) zeigen, auch dementsprechend schnell ihre Verhaltensweisen. Bildung ist daher kein punktuell Erleben, sondern ein ständiger Entwicklungsprozess. Erst, wenn die Generationen auch in Kategorien des Davor, Jetzt und Danach denken lernen, kann es zu einem übergreifenden und geistigen Bildungs- und Generationenvertrag kommen.

Das Erlebnisangebot entspezifiziert sich, wird altersunspezifischer bzw. zunehmend irrelevant. Der Markt erweitert die Zugangschancen von der Frühadoleszenz bis ins hohe Alter in ähnlicher Weise, wenn die Skills und Tools (also die Fähigkeiten und Mittel) vorhanden sind.

Vielleicht wird sich – so wie sich die Senioren nur selten als solche angesprochen wissen wollen – auch für die Jugend das Etikett „Jugendlichkeit“ abnützen. Noch wird das dadurch verhindert, dass die Gesellschaft auf der permanenten Suche nach Jugendlichkeit ist.

**Die Informatik spielt bei der Verständigung der Generationen untereinander und beim Lernen voneinander eine zunehmend wichtigere Rolle.** Die Informatik funktioniert quer durch alle Altersgruppen in der modernen Welt. Information fließt ohne Rücksicht auf das Lebensalter, sie fließt nicht mehr vertikal von den Alten zu den Jungen, sondern in alle Richtungen, funktionsbedingt von allen zu jedem und umgekehrt. Die Aufwertung der aus vielerlei Gründen abgewerteten Alten bedarf also außerwirtschaftlicher Kräfte, die nicht marktkonform sind. In einer stark utilitaristischen und auf individuellen Nutzen hin orientierten Kultur sind besondere Erkenntnisse, Einsichten und moralische Anstrengungen zur Aufwertung des höheren Alters nötig, tragen sie doch zu einem moralischen Ausgleich bei und zu einem Mehrwissen der Jüngeren. Viele Betriebe haben bereits begriffen, dass man auf die Erfahrung der Älteren nicht verzichten kann, auch wenn diese Generation vielleicht nicht in der Schnelligkeit mithalten kann, so doch am Umgang und Wissen mit bestimmten Problemen (z.B. in einem Unternehmen, da sich zwar vieles ändert, aber manche Schwierigkeiten periodisch auftreten).

Zwar können die Alterswissenschaften die Abwertung der Älteren erklären und auf die sozialen Defizite hinweisen, jedoch können sie die Aufwertung nicht leisten. Deshalb muss der Anstoß zur Aufwertung von woanders her kommen. Er müsste wohl aus einer neuen sorgenden und bewusst Anteil nehmenden sozialen Grundeinstellung bzw. Mentalität sowie Moral hervorgehen, also einer Mentalität, die statt Vergeudung und schrankenlosem Wettbewerb den Schutz des Menschen vor den eigenen Zerstörungstendenzen und sozialer Missachtung fördert. Nicht zuletzt müssten auch die Alternden selber durch die eigene Lebensführung und ihr Beispiel etwas von ihrer gesamt-



gesellschaftlichen Mitverantwortung erkennen lassen und bereitwillig weitergeben, was sie gelernt haben. In diesem Sinne ist ein geistiger Generationenvertrag nur möglich, wenn eben alle Schichten und Geburtskohorten einander auf gleicher Augenhöhe begegnen und in Toleranz akzeptieren lernen.

***In der Wiederentdeckung der Prinzipien der (christlichen) Soziallehre liegt eine wesentliche Chance zum Interessenausgleich der Generationen und zum bereitwilligen Lernen von- und miteinander.*** Die praktische Anwendung der Prinzipien von Partizipation, Gemeinwohl, Freiheit und Subsidiarität etc. könnten als richtungsweisende Elemente in der Verwirklichung der Humanisierung und im Bildungsprozess des Miteinanderlernens dienen. Das Grundverständnis des „Wir sitzen alle in einem Boot.“ oder der „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist genau das, was die Gesellschaft braucht, um der Ausdünnung sozialer Einstellungen entgegen zu wirken. Menschliche Wärme zwischen den Generationen lässt sich eben auch nicht institutionalisieren. Wenn der Sozialstaat zunehmend die Funktion übernimmt, die Verwandte und Freunde von Älteren früher innehatten (beim Pflegen, als Hilfe im Haushalt, beim Einkaufen), dann bleibt zwangsläufig der Humanitätsfaktor auf der Strecke. Nicht nur der alte Mensch wird dadurch sozialer Bildung beraubt, auch der junge wird leichter ortlos, weil er von seinen Wurzeln und Ahnen einiges lernen könnte. Von daher bieten die Prinzipien der christlichen Soziallehre einen unschätzbaren Wert an Problemlösungskapazitäten, die es anzuwenden gilt.

***Was wir brauchen für einen geistigen Generationenvertrag, ist eine neue Ethik des Mitgefühls zwischen den Generationen.*** Zunächst ist Mitgefühl als die Fähigkeit zu verstehen, sich in andere Menschen hinein zu versetzen und ihr Leid bis zu einem gewissen Grad auch zu teilen. Es geht um die Schulung des sozialen Gefühls der Nähe zu anderen in der Menschen der gleichen Generation ebenso wie zu denen, die einer anderen Generation angehören. Dazu ist viel Zeit, Toleranz und Sensibilität notwendig, weil

die Erklärungen spezifischer Erfahrungshorizonte gewöhnlich nicht mit ein paar wenigen Schlagwörtern hinreichend Erläuterung finden können. Deshalb ist das Herausfinden einer „gemeinsamen Wellenlänge“ zwischen den Generationen *conditio sine qua non*, um den Anderen in seiner je konkreten Situation zu begreifen.

Mitgefühl ist dabei nicht ein Bodenschatz, der sich als Ressource langsam verbraucht, sondern er ist immer wieder neu zu realisieren, weil er die Voraussetzung für das gemeinsame Lernen darstellt. Dabei geht es darum, nicht nur das Leid des Anderen zu erkennen, sondern auch die Ursache dafür mit zu tragen. Freundlichkeit und Großzügigkeit taugen nicht viel, solange auf eine Gegenleistung gehofft wird. Wahres Mitgefühl beginnt dort, wo es die Grenzen zum Nächsten, in der Familie, übersteigt. Wenn das Mitgefühl fehlt, dann droht unser Handeln destruktiv zu werden. Das liegt im Besonderen daran, dass wir unvermeidlich andere verletzen, wenn wir nicht mehr bedenken, welche Auswirkungen unser Tun auf ihr Wohlergehen hat. Dabei kann die Ethik des Mitgefühls einen essentiellen Beitrag zum unabdingbaren Fundament und zur Motivation leisten, damit sowohl Selbstbeschränkung als auch Tugend entwickelt werden können. Von dem Augenblick an, in dem wir uns des Wertes des Mitgefühls wahrhaftig bewusst werden, beginnt sich der Blick auf andere wie von selbst zu verändern. Wohlwollen und Mitgefühl sind kein Luxus, sondern Quellen des inneren wie äußeren Friedens und damit von grundlegender Bedeutung für das weitere Zusammenleben der Generationen. Auf der einen Seite ermöglichen Liebe und Mitgefühl gewaltloses Handeln, und zum anderen bringen sie alle geistig-spirituellen Qualitäten hervor, wie Toleranz, Vergebung und die anderen Tugenden. Genau diese sind es aber, die unseren Handlungen Sinn geben und diese auch konstruktiv werden lassen... und sind damit für Bildung und Ausbildung unabdingbar.

Wenn es den Generationen gelingt, die Grenzen der engstirnigen Eigeninteressen zu überwinden, dann wird sich auch ein besseres Miteinander verwirklichen lassen.

Die bedingungslose Liebe überwindet jede Art von Hindernissen, und letzten Endes hebt sie jene Wahrnehmung auf, durch die sich Eigeninteressen von den Interessen anderer Generationen unterscheiden. Ethisches Verhalten ergibt sich dort von selbst, wo Nächstenliebe, Zuneigung, Ehrlichkeit und Freundlichkeit regieren. Diese Elemente sind damit Grundlagen für das Lernen voneinander. Das Mitgefühl mit dem Anderen schafft Warmherzigkeit und die Voraussetzung für das eigene Glück. Je mehr es der Wunsch des Menschen ist, anderen (auch Generationen) wahrhaft helfen zu wollen, um so mehr Kraft und Selbstvertrauen entwickelt der Mensch, und um so tiefer erlebt er Frieden und Glück. Mit Liebe, Freundlichkeit und Mitgefühl schlägt der Mensch eine Brücke des Verstehens. Auf diese Weise kann das Miteinander der Generationen entkrampft werden und zu gegenseitiger Achtung und Harmonie bzw. Einheit führen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein geistiger Generationenvertrag nicht nur Wunschvorstellung bleiben muss, wenn von allen Seiten her der ehrliche Wille Realisierung findet, dass man miteinander und voneinander lernen möchte. Dazu braucht es Einfühlungsvermögen und ein gehöriges Maß an Überwindung sowie Toleranz. Fatal wäre es, wenn die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Ein geistiger Generationenvertrag ist wesentlich weiter als ein rein ökonomischer, denn dieser bezieht sich im breiteren Sinne auf alle sozialen Ebenen, kulturellen Fähigkeiten und auf die wesentlichsten Werte des menschlichen Daseins.

## Anmerkungen

- 1 Unsere Generation erlebt die Entwicklung der ehemaligen Wirtschaftsgemeinschaft in eine alle Bereiche umfassende Union, in eine Vernetzung Europas. Kontinuierlich erweitern sich ihre Kompetenzen formal durch intergouvernementale Rechtsakte und „by doing“ im Bereich des sog. „weichen Rechts“. Mehr und mehr werden Menschen- und Bürgerrechte angesprochen, Stellungnahmen auch zu straf- und verfassungsrechtlichen Themen verabschiedet sowie umfassende nicht ökonomische Projekte finanziert. Verwaltungstechnisch mag das System relativ gut funktionieren, aber was sind die Maßstäbe und Grund-

sätze des Handelns? Erkennt das Europa von heute seine geistigen Wurzeln, sein kulturelles Erbe, seinen christlichen Ursprung? Eine Werte-Gemeinschaft ist am Entstehen, und die Werte stehen dabei in der Gefahr, nicht mehr als die eigenen Buchstaben zu bedeuten. Natürlich gibt es für das Projekt Europa genügend Architekten und Bauleute. Haben aber die Ingenieure die Basis vergessen? Die schon Jahrhunderte dauernde Realität des christlichen Europas, die darin geborgene Kultur der Dichter und Denker, der Künstler und Handwerker, der Klöster und Kirchen ... tauscht man sie ein, diese Philosophie des Rechts und der Politik, gegen eine billige Ideologie des Egoismus? Es braucht eine Erneuerung Europas, ein neues Entdecken seiner Wurzeln, eine Kultur des Lebens, die die Pläne nachliefert für den bereits begonnenen Rohbau. Es geht um Pläne, die angefertigt sind im Maßstab der Würde eines jeden Menschen und der Schutzwürdigkeit der Familie als Keimzelle einer blühenden Gesellschaft.

- 2 E.W. Böckenförde; *Staat, Gesellschaft, Freiheit*. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt/M. 1976; 60.
- 3 Alle reden über den Sozialstaat, aber sie meinen offensichtlich nicht dasselbe. Auch wenn über Abbau und Umbau und tiefe Einschnitte geredet wird, scheint Unterschiedliches gemeint zu sein. Die Undeutlichkeit und die Beliebigkeit, mit der mit einem von allen als zentral verstandenen Begriff zur Zeit hantiert wird, kann nur zu Missverständnissen führen. Wenn nicht Klarheit in die Argumente kommt, kann es kaum Klarheit in der Sache geben. Dabei ist vielen die Unklarheit offensichtlich ganz recht; Unklarheit war schon immer der ideale Nährboden für Vorurteile. Und die Unklarheit erleichtert denjenigen das Spiel, die fleißig an der Philosophie für die Zerstörung des Sozialstaates stricken. Der Sozialstaat sei richtungslos, aufwendig und kontraproduktiv. Letzteres heißt, er macht die Menschen unselbständig und hält sie in Vormundschaft. ... Sozial-

staat, also das soziale Wirken des Staates, macht nicht die eigene, individuelle Anstrengung jedes Einzelnen entbehrlich und ist auch kein Ersatz für die solidarische Gesellschaft, für zwischenmenschliche Solidarität, für Nächstenliebe. Die Gegner des Sozialstaates maskieren ihn, sie versuchen ihn darzustellen als den Gegensatz zu Eigenverantwortung, auch als Gegensatz zu Individualität. Sie wollen das Wort Sozialstaat zum Synonym von Missbrauch, von Unfähigkeit machen. *Es geht aber nicht um ein Entweder-Oder, es geht um die richtige Balance von Verantwortung des Einzelnen, Zusammenhalt in der Gesellschaft und sozialstaatlichem Handeln.*

- 4 J.W. von Goethe; *Dichtung und Wahrheit*. 1811; In: Ders.; *Werke* Bd. IX; hg. von E. Trunz; München 1982; 9.
- 5 Vgl. J. Zinnecker/ A. Fischer; *Jugendstudie '92*. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. In: *Jugendwerk der deutschen Shell* (Hg.); Jugend '92. Bd. 1; Opladen 1992; 213-243.

## Neues Konzept von Familie

**F**amilie ist da, wo Kinder sind – mit dieser Definition begründet das Statistische Bundesamt sein neues „familienstatistisches Auswertungskonzept“. Eine Entscheidung mit weitreichenden Implikationen. Nicht ohne Grund wenden sich Vertreter der Kirchen gegen ein solches Familienbild. Statistisch gesehen wird Familie damit zugleich erweitert – auf alle möglichen Lebensformen – und verkürzt: Bindungen außerhalb des jeweiligen Haushalts bleiben „außer Betracht“.

### Statistik etabliert neues Familienkonzept

In seinen jüngsten Publikationen mit Daten aus dem Mikrozensus 1996-2004 hat das Statistische Bundesamt ein „neues familienstatistisches Auswertungskonzept“ etabliert. Das „Lebensformenkonzept“ berücksichtigt gleichermaßen „traditionelle“ wie „alternative“ Lebensformen, d.h. „nichteheliche (gegengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie Alleinerziehende und Alleinstehende“.

Zur Begründung für den Paradigmenwechsel muss ein Spruch von Bundespräsident Horst Köhler dienen, laut dem Familie da ist, „wo Kinder sind“. Familie im „statistischen Sinn“ sind damit alle „Eltern-Kind-Gemeinschaften“, wobei der Begriff „Eltern“ wiederum nicht so genau genommen wird, denn neben leiblichen Kindern sind Stief-, Pflege- oder Adoptivkinder in gleicher Weise einbezogen. „Kinder“ sind in der Definition des Statistik-Amtes „ledige Personen mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt“. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgren-

zen hinweg bestehen, oder auch Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung bleiben in diesem Konzept „außerhalb der Betrachtung“. Was auch erklärt, dass die so erhobenen Daten nicht die Frage beantworten können, welche Bevölkerungsgruppe in ihrer Lebenszeit wie viele oder eben keine Kinder hat (ältere Ehepaare, deren Kinder bereits eine eigene Familie haben, zählen als „Ehepaare ohne Kinder im Haushalt“).

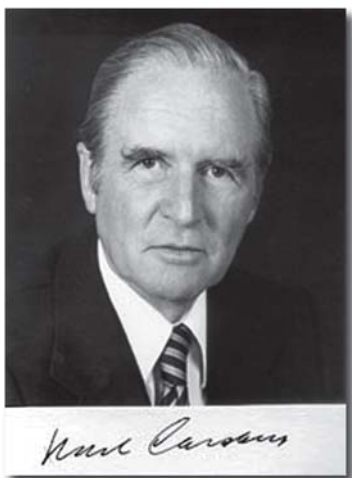
### Weniger Kinder im Osten

Unter diesen Vorzeichen relativieren sich manche Daten, die das Bundesamt bekannt gab, etwa dass es „immer weniger Familien“ in Deutschland gebe. Zurückgegangen ist allerdings die Zahl der „Eltern-Kind-Gemeinschaften“ im beschriebenen Sinne, und zwar von 13,2 Mio 1996 auf 12,5 Mio im März 2004. Ursache ist der Geburtenrückgang in Ostdeutschland Anfang der 90er Jahre – die Zahl der minderjährigen Kinder sank somit von 3,4 Mio (1996) auf 2,5 Mio (2004). Während die Zahl der „traditionellen Familien“ in den alten Ländern vergleichsweise gering sank, lag der Rückgang in den neu-

en Bundesländern bei 25 %; entsprechend stieg die Zahl der „alternativen“ Lebensgemeinschaften. Dennoch sind sowohl im Westen (76 %) als auch im Osten (63 %) Ehepaare mit Kindern die dominierende Familienform, vor Alleinerziehenden und Lebensgemeinschaften.

Die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften liegt nach Angaben des Statistik-Amtes zwischen 56.000 und 160.000. Die niedrigere Zahl geht auf eine Befragung zurück, bei der die Antworten freiwillig waren, die obere Grenze auf eine Schätzung. Die Auskünfte bei der Befragung seien auf Grund der niedrigen Fallzahlen und der Freiwilligkeit „mit Vorsicht zu interpretieren“, so das Bundesamt. Maßgeblich für die Einstufung als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft sei „vor allem“ die gemeinsame Haushaltsführung, eine mögliche Registrierung als „eingetragene Lebenspartnerschaft“ sei dafür „unerheblich“. Mithin kommen bei der Bestimmung der Obergrenze alle Haushalte in Frage, in denen „(mindestens) zwei nicht verwandte Personen gleichen Geschlechts im Alter von 16 Jahren und mehr leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben bzw. nicht verheiratet und beide familienfremd sind“. Dazu gehören allerdings auch etwa Wohngemeinschaften von zwei Studenten ohne partnerschaftlichen Hintergrund, wie die Statistiker einräumen. So weit, so ungenau. Eines weiß das Bundesamt aber sicher: Nach beiden Konzepten zeige sich seit 1996 ein Anstieg gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. (KNA)

## 50 JAHRE BUNDESWEHR:



**K**arl Carstens wurde nur wenige Monate nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, am 14. Dezember 1914, als Sohn des protestantischen Studienrates Dr. phil. Emil Karl Carstens (1877-1914) und seiner Ehefrau Gertrud (1880-1963, geb. Clausen) in Bremen geboren. Seinen Vater, der am Gymnasium in Bremen, unterrichtete, hat Karl Carstens nie kennen gelernt: Zwei Monate vor der Geburt seines Sohnes war dieser mit nur 37 Jahren als Oberleutnant der Reserve gefallen. Halbweise schon bei der Geburt – ein häufiges Familienschicksal im 20. Jahrhundert.

Vater Carstens hatte nach dem Ende seines Studiums eine einjährige Militärzeit beim Bremischen Infanterieregiment 75 absolviert. Sein Urteil darüber war geteilt – einerseits „eine grauenhaft stumpfsinnige Zeit“ und andererseits „erhebend“, wenn er an die Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit geführt wurde.<sup>1</sup> Am 3. August 1914 wurde Emil Karl Carstens zum Reserve-Infanterieregiment 31 nach Altona<sup>2</sup> einberufen und übernahm als Chef die 11. Kompanie. Zwei Monate später – zwischenzeitlich nach schweren Kämpfen der 1. Armee unter Generaloberst Alexander von Kluck (1846-1934) am rechten Heeresflügel während und nach der Marne-Schlacht mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet – traf ihn am 6. Oktober bei einem Spähtrupp im Arbres de Cany bei Noyon, 100 km nördlich von Paris, die tödliche Kugel. 1917 wurden seine sterblichen Überreste nach Bremen überführt.

## Der fünfte Bundespräsident und die Bundeswehr

Prof. Dr. Karl Carstens – Vorbild in unruhiger Zeit

VON DIETER KILIAN

Auch die Großväter beider Seiten hatten als Soldaten gedient.

Die väterliche Linie der Carstens – ursprünglich aus dem Raum Soltau-Frielingen stammend – lebten seit Mitte des 19. Jhs. in Bremen. Carstens Großvater, Johann Heinrich Friedrich (1844-1902), war als junger Mann 1866 im Krieg gegen Preußen in der Schlacht von Langensalza am 27. Juni schwer verwundet worden. Im Lazarett war ihm vom blinden König Georg V. die hannoversche Tapferkeitsmedaille überreicht worden. Da sein verwundeter Arm steif blieb, konnte er seinen Beruf als Tischler nicht mehr ausüben und wechselte in den Postdienst.

Die Vorfahren der Mutter, die Clausens, stammten von der Insel Fehmarn. Großvater Wilhelm Claußen (1843-1896), Ingenieur für Eisenbahn- und Wasserbau, diente 1867/68 als Einjährig-Freiwilliger beim Kaiser-Franz-Garderegiment Nr. 2 in Berlin und nahm zwei Jahre später mit dem Holsteinischen Infanterieregiment 85 („Herzog von Holstein“) unter Oberst Freiherr von Falkenhausen am Deutsch-Französischen Krieg teil.

**N**ach dem Abitur, das Karl Carstens im Jahre 1933 am „Alten Gymnasium“<sup>3</sup> in Bremen ablegte, studierte er Rechts- und Politikwissenschaften in Frankfurt, Dijon, München, Königsberg und Hamburg. Wiederholt wurde er in den Semesterferien zu einer vormilitärischen Ausbildung in sog. „Wehrtüchtigungslager“ (u.a. in Kiel-Gaarden) einberufen. Von der allgemeinen Wehrpflicht, die zwischenzeitlich eingeführt worden war, ließ sich Carstens bis zum Ende seines Studiums zurückstellen. In Hamburg legte er 1936 das erste juristische Staatsexamen ab, und 1937 erlangte er die Doktorwürde. 1938 leistete Carstens als Rekrut eine freiwillige 2-monatige Übung beim Flak-Regiment 26 in Bremen-Grohn ab, und wurde an

der schweren Flak 8,8 cm ausgebildet. Kurz vor Kriegsbeginn, Ende August 1939 erhielt er auf dem Referendar-Lehrgang in Jüterbog den Einberufungsschein zur Luftwaffe: bei der 2. Batterie der Reserve-Flak-Abteilung 407 – ausgerüstet mit 10,5 cm Geschützen – in der Nähe von Düsseldorf wurde Kanonier Carstens zum Flugmelder ausgebildet. Wenige Wochen danach wurde er zur Ablegung des 2. Staatsexamen nach Hamburg abkommandiert. Wegen seiner herausragenden Leistung bot ihm der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes an, die Richterlaufbahn einzuschlagen, was die Freistellung von der Wehrmacht bedeutet hätte. Carstens lehnte ab, da er um den politischen Druck auf die Juristen wusste. Er kehrte daher zu seiner Einheit nach Düsseldorf-Volmerswerth zurück und blieb dort bis Juni 1940. Sein Batteriechef war Dr. Walter Grösser, ein Physikprofessor. Im Juli 1940 wurde er als Gefreiter – heimatnah – zur 1. Batterie der Flak-Abteilung 262 nach Bremen versetzt. Als einziger Sohn einer Kriegerwitwe war er vom Dienst an der Front befreit. Dort wurde er im Dezember 1940 zum Unteroffizier und im Juni 1941 zum Wachtmeister der Reserve befördert. Im Frühjahr 1941 besuchte er den Offizierlehrgang im holländischen Amerfoort, wurde im März 1942 Leutnant und danach als Ordonnanzoffizier in den Stab seiner alten Flak-Abteilung 262 nach Bremen-Horn versetzt; Kommandeur war Major Höfter. In dieser Zeit wurde die Hansestadt von schwersten Luftangriffen heimgesucht. Carstens wurde mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse (EK II) ausgezeichnet. Danach besuchte Leutnant Carstens einen dreiwöchigen Lehrgang an der Flak-Artillerieschule III (FAS III) in Berlin-Heiligensee, wo er zur Funkmess-Ortung feindlicher Flugzeuge ausgebildet wurde. Carstens muss überzeugt haben, denn nach dem Ende des Lehr-



gangs wurde er von der Schule als Ausbilder angefordert und trat seinen Dienst am 15. Juli 1943 an.

In dieser Zeit lernte er auf der Hochzeitsfeier des Ehepaares Heinrich und Annette Maas in Bielefeld die Medizinstudentin Veronica Prior (\* 1923),<sup>4</sup> die Schwester der Braut, kennen. Nach dem Physikum (1. med. Staatsexamen) war Veronica als Rotkreuzschwester im Lazarettendienst verpflichtet worden und arbeitete in einem Lazarett bei Husum. In ihrer Familie gab es keine Bindungen zum Militär.<sup>5</sup> Weihnachten 1944 heiratete das Paar auf dem Standesamt in Berlin-Tegel – Carstens in Luftwaffenuniform. Die kirchliche Trauung fand im Offizierheim statt, da die Kirche in Heiligensee zerstört war.

Im Februar 1945 wurde die FAS III nach Schongau verlegt; dort diente auch der fast gleichaltrige Oberleutnant Franz Josef Strauß (1915-1988), der spätere Verteidigungsminister, doch die Beiden haben sich in dieser Zeit nicht kennen gelernt.<sup>6</sup> Im April 1945 wurde die Schule aufgelöst und Carstens zurück nach Bremen versetzt. Der Krieg war verloren. Sein Kommandeur Höfter zählte – anders als der Kommandant des „Verteidigungsbereiches Bremen“, Generalleutnant Fritz Becker (1892-1967) – nicht zur Kategorie eiserner Durchhaltekämpfer: Er stellte Carstens am 25. April einen Entlassungsschein aus und bewahrte ihn dadurch vor der Gefangenschaft.

Nach dem Krieg trat Carstens zunächst in eine renommierte Anwaltspraxis in Bremen ein. 1948/1949 erweiterte er seine juristischen Kenntnisse durch ein Studium in den USA und erwarb den Grad eines „Master of Laws“ an der Yale-Universität in Connecticut. Im Jahre 1955 trat Carstens – unter dem ersten Außenminister Heinrich von Brentano (1904-1964) – als Europa-Experte ins Auswärtiger Amt ein und kletterte dort schnell die Karriereleiter empor: 1958 wurde er Abteilungsleiter und nur zwei Jahre später – neben Dr. Hilger van Scherpenberg (1899-1969 – Staatssekretär des AA) – der zweite Mann, Staatssekretär im AA. Unter Brentanos Nachfolger Gerhard Schröder (1910-1989) rück-

te Carstens auf den Posten des ersten Staatssekretärs und schied erst 1966 – nach zwölf Jahren im Auswärtigen Amt – aus, als Willy Brandt (1913-1992) in der Großen Koalition das Außenamt übernahm. Parallel dazu arbeitete Carstens als Wissenschaftler: 1960 wurde er als Professor für Staats- und Völkerrecht an die Universität Köln berufen, wo er schon seit 1950 als Privatdozent gelehrt hatte.

Im Dezember 1966, nach Bildung der Großen Koalition, nahm Gerhard Schröder (CDU), der – als Nachfolger von Kai Uwe von Hassel (1913-1997) – in das Verteidigungsressort wechselte, seinen bewährten Staatssekretär Karl Carstens vom Außenamt als beamteten Staatssekretär auf die Hardthöhe mit. Dort folgte Carstens Staatssekretär Gumbel (1909-1984), dessen „pedantisch genaue, aber oft auch undurchsichtige Arbeitsweise ... die Stellung des Staatssekretärs ins Zwielicht gerückt“<sup>7</sup> hatte. De Maizièr urteilt hier noch dezent. Gumbel – seit Juni 1964 Staatssekretär auf der Hardthöhe – sah sich als direkter Vorgesetzter des Generalinspektors. Eine rechtliche Grundlage dafür fehlte, doch Minister von Hassel griff nicht ein, und so eskalierte der Streit. Generalinspekteur Heinz Trettner (\* 1907) reichte am 15. August 1966 seinen Rücktritt<sup>8</sup> ein, als der Erlass über die Zulassung der Gewerkschaft ÖTV in den Kasernen und die gewerkschaftliche Betätigung von Soldaten ohne seine Mitwirkung herausgegeben worden war. Nach dem Wechsel von Gumbel zu Carstens entspannte sich die Lage schnell. General de Maizièr, Trettners Nachfolger, urteilt: „Carstens gelang es innerhalb kurzer Zeit, im gesamten Haus wieder ein vertrauensvolles Arbeitsklima herzustellen. Durch seinen durchdringenden Verstand in der Sache klar und überzeugend, entscheidungsfreudig, korrekt im Umgang mit allen, vornehm in Auftreten und Sprache, gewann er Autorität und Respekt gleichermaßen bei den militärischen und zivilen Angehörigen des Hauses. Intrigen liefen jetzt ins Leere, alle atmeten auf.“<sup>9</sup>

Die „Chemie“ zwischen Carstens und de Maizièr, „der sein Aufgabengebiet wie kaum ein anderer beherrschte“<sup>10</sup>, stimmte – sie schätz-

ten sich gegenseitig. Die eigentliche Bewährungsprobe kam und wurde bestanden. Als Minister Schröder 1967 schwer erkrankte, übernahm Carstens, „... der sich dabei in vorbildlicher Weise des Mittels der Kooperation innerhalb des Ministeriums bediente,“<sup>11</sup> – wie es Gemeinsame Geschäftsordnung (GGO) vorsah – nur die Vertretung des Ministers in den laufenden Angelegenheiten des Ministeriums.

Die Befehls- und Kommandogewalt hingegen wurde von einem anderen Bundesminister<sup>12</sup> wahrgenommen. „Ich hatte schon damals Gumbels Standpunkt für falsch gehalten,“ meinte Carstens<sup>13</sup> lapidar. Er unterstützte das Konzept der Inneren Führung des Generals Graf von Baudissin (1907-1993) und nutzte ihre Grundsätze der Menschenführung auch auf der ministeriellen Führungsebene. In seinem Buch „Politische Führung“ schrieb Carstens 1971 zum Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Gewalt im Verteidigungsministerium, er wäre zu der Überzeugung gekommen, dass „... hier ein Kampf mit falscher Front geführt wurde. Die sogenannten Lehren der Geschichte sind keineswegs immer hilfreich, sie führen im Gegenteil manchmal dazu, dass der Blick, ..., sich nach rückwärts richtet.“<sup>14</sup>

De Maizièr war Generalinspekteur, und an der Spitze der Teilstreitkräfte standen Josef Moll (Heer; 1908-1989), Johannes Steinhoff (Luftwaffe; 1913-1994) und Karl Adolf Zenker (Marine; 1907-1998), sowie Dr. Wilhelm Albrecht (Sanitätswesen; 1905-1993). Generalleutnant Werner Haag (1909-1985) war der erste Soldat auf dem Chefsessel der Personalabteilung. Carstens Persönliche Referenten waren die Luftwaffen-Oberstleutnante Dr. Georg-Wilhelm von Rheinbaben (\* 1920) und Hans-Eberhard Striegel (\* 1920). Gute Kontakte pflegte Carstens auch zum Adjutanten des Ministers, Kapitän zur See Herbert Trebesch (\* 1915; später Vizeadmiral). Das Ehepaar Carstens verbesserte den Kontakt zu den militärischen und zivilen Mitarbeitern auch durch Privateinladungen in ihr Wochenendhaus in der Eifel.

Albert Schnez (\* 1911) – „hervorragend qualifiziert“ wie Carstens

bemerkt –, der Kommandierende General des III. Korps, sollte im April 1968 Nachfolger von Graf Kielmansegg (1906-2006) als Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte (CINCENT) werden. Doch die Planung scheiterte am Einspruch der Niederlande. Carstens vermutet eine heeresinterne Intrige dahinter.<sup>15</sup>

*„Leider gewannen wir den Eindruck, dass hinter den Angriffen auf Schnez Generale des Heeres standen. Ich war darüber betroffen. In einer alten Truppenvorschrift hieß es: ‚Die höchste Tugend des Soldaten ist die Kameradschaft.‘ Aber davon war hier wenig zu spüren. Im November 1967 verzichtete Schnez auf eine Kandidatur. Es war eine Entscheidung, die ihm Ehre machte.“<sup>16</sup>*

Carstens war ein Vordenker. So sah er z.B. bereits 1970 keine Bedenken, „wenn ein Soldat Staatssekretär“ im Verteidigungsministerium werden würde. Erst einige Jahre später wurde dies – gegen starke politische Bedenken – durch Minister Georg Leber (\* 1920) umgesetzt, der erstmals einen Soldaten in die Leitungsetage des Ministeriums berief: Vier-Sterne-General Dr. Karl Schnell (\* 1916) wurde 1977 Rüstungsstaatssekretär. Carstens war – ebenso wie Helmut Schmidt – bereit, den Inspektoren der Teilstreitkräfte den Rang eines Vier-Sterne-Generals zu übertragen, wie dies in den meisten Armeen der Fall ist.<sup>17</sup> Umgesetzt wurde dies jedoch bis heute nicht. Bereits im Dezember 1967 verließ Carstens das Verteidigungsministerium wieder und wurde – in seiner dritten Verwendung als Staatssekretär – Chef des Bundeskanzleramtes<sup>18</sup> unter Kurt Georg Kiesinger (1904-1988). Bei einer Verabschiedung sagte Generalinspekteur de Maizière: *„Die Schnelligkeit Ihrer Entscheidungen ist vorbildlich. Sie strahlen Vertrauen und Offenheit aus. Sie haben Vertrauen jedem Ihrer Mitarbeiter geschenkt und haben dazu verpflichtet, es zurückzugeben. ... Wir lassen Sie alle nur ungern gehen ...“<sup>19</sup>*

Und Carstens ließ seinen engen Kontakt zur Bundeswehr nicht abreißen. *„Es war für mich selbstverständlich, in allen meinen folgenden Ämtern (Anmerkung: z.B. als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag und als Bundestagspräsident) einen engen Kontakt mit der Bundes-*

*wehr zu halten, weil sie für die Freiheit und für die Sicherheit unseres Landes unverzichtbar ist.“<sup>20</sup>*

Mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 schied Carstens aus dem Staatsdienst aus und übernahm bis 1972 die Leitung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Bonn. In dieser Funktion gab er – zusammen mit Prof. Dr. Dieter Mahncke (\* 1941) – eine richtungsweisende Studie zum Thema „Westeuropäische Verteidigungskooperation“ heraus, an der u.a. Helge Hansen (\* 1936) und Dieter Wellershoff (1933-2005) mitgearbeitet hatten, die beide später in höchste Ränge von Heer und Marine aufstiegen. Als Carstens 1972 mit einer kleinen Delegation im Oktober 1972 die Sowjetunion besuchte, sollte auch General a.D. Johann Adolf Graf Kielmansegg daran teilnehmen. Jedoch gab es auf deutscher – nicht auf sowjetischer – Seite Vorbehalte gegen dessen Teilnahme, habe er doch im Zweiten Weltkrieg in Russland gekämpft: Bedenkenträger, die sich einbilden, die Meinung anderer Länder zu vertreten, diese tatsächlich aber nicht kennen. Doch Carstens setzte sich durch. Und so erlebte die deutsche Delegation, dass der General nicht nur mit ausgesuchter Höflichkeit in Moskau empfangen, sondern „fast wie ein Held geehrt“<sup>21</sup> wurde.

Nur kurze Zeit später – 1973 – kehrte Carstens in den Bundestag zurück und gehörte ihm als Mitglied der CDU bis zu seiner Wahl zum Staatsoberhaupt an. Bis 1976 stand er an der Spitze der CDU/CSU-Fraktion. Im Dezember 1976 wurde Carstens zum Bundestagspräsidenten gewählt und übernahm damit das protokollarisch zweithöchste Staatsamt. In dieser Funktion sprach er als Ehrengast auf der 21. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Sindelfingen am 21. April 1977 zum Thema „Die Bundeswehr aus der Sicht des Parlaments“. Er nannte das Eintreten der Vorgesetzten für die ihnen anvertrauten Soldaten das „Gegengstück zum militärischen Gehorsam“<sup>22</sup> und führte als herausragendes Beispiel Feldwebel Erich Boldt an, der sich für einen seiner Soldaten geopfert hatte.<sup>23</sup> Am 24. November

1978 besuchte Carstens die Kampftruppenschule in Münster.

Am 23. Mai 1979 wurde Karl Carstens – fünf Jahre älter als sein Vorgänger Walter Scheel – zum fünften Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt und wechselte in das höchste Amt des Landes. In seiner Antrittsrede am 1. Juli 1979 bekannte er sich zur NATO als wichtigstem Pfeiler unserer militärischen Sicherheit. Er verwies auf die Kardinaltugenden, die er mit Klugheit (Weisheit), Verantwortungsgefühl (Gerechtigkeit), Mut (Tapferkeit) und Geduld (Maßhalten) umschrieb; er fügte noch den Begriff „Solidarität“ hinzu.<sup>24</sup> Auch in der Folgezeit warb Carstens unermüdlich für diese Grundwerte, die er seit Kindesbeinen er- und später selbst vorgelebt hatte. Er bemühte sich um strenge Objektivität und bewies in seinem Auftreten Würde, Stil und politische Sensibilität. Doch damit stellte er sich in jenen Jahren, die vom erbitterten Streit um die Nachrüstung im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses geprägt waren, bewusst und aufrecht gegen die lautstarke Minderheit linker Gruppen der 68er-Bewegung. Zu Carstens Amtszeit – 1982 – betrat ihr politischer Arm, die Partei der Grünen, die Bühne des Bundestages.

Der „überaus kenntnisreiche und sehr selbstbewusste“<sup>25</sup> General Franz-Joseph Schulze (1918-2005), Oberbefehlshaber Europa Mitte (CINCENT), war einer der ersten hochrangigen Offiziere, den Bundespräsident Carstens im September 1979 zum Abschiedsbesuch empfing. Sein erster Besuch als Staatsoberhaupt führte Carstens am 14. November 1979 zur Schule für Innere Führung nach Koblenz. In Anwesenheit des Stellvertreters des Generalinspektors, Generalleutnant Helmut Heinz (1921-2000), und des Schulkommandeurs, Brigadegeneral Werner Lange (\* 1929; später Generalleutnant), sagte er: *„Heute geht es nicht mehr darum sicherzustellen, dass der Primat der Politik gegenüber den Streitkräften gewahrt wird. Das ist ein allgemein akzeptiertes Prinzip innerhalb der Bundeswehr und außerhalb der Bundeswehr. ... Heute geht es mehr darum, ..., dem Soldaten*

deutlich zu machen, warum der Staat von ihm diesen Einsatz verlangt.“<sup>26</sup>

Carstens nannte die Wehrpflicht „eine Art Generationenvertrag“<sup>27</sup> und bekannte sich ebenfalls eindeutig dazu, dass „das Grundgesetz ... den Oberbefehl ... einem parlamentarisch verantwortlichen Mitglied der Bundesregierung übertragen hat.“

Carstens war der erste Bundespräsident, der sowohl Offizier im Krieg war als auch die Bundeswehr als Staatssekretär im Verteidigungsministerium von innen kannte und emotionale Bindungen an sie mitbrachte. Wo immer möglich und sinnvoll, ließ er die Streitkräfte bei seinen Staatsbesuchen als unterstützendes Element einbinden, so z.B. durch ein Konzert eines Musikkorps der Bundeswehr beim Staatsbesuch in Lissabon im Jahre 1980, durch Flüge mit dem neuen Transporthubschrauber CH-53 bei den Inlandstransfers seines Staatsbesuches in Irland im selben Jahr und bei Empfängen an Bord der „Deutschland“ beim Staatsbesuch in Jamaica 1982 und an Bord der „Gorch Fock“ in Philadelphia/USA 1983. Seine Verbundenheit zur Bundeswehr kommt auch durch die namentliche Nennung zahlreicher Soldaten zum Ausdruck, deren er mit Freundschaft und Herzlichkeit in seinen Memoiren gedenkt: z.B. Oberstleutnant Rudolf („Sherry“) Dehning,<sup>28</sup> einem seiner Segelfreunde und Kapitän zur See Wulf D. Fischer, seinem Verbindungsoffizier, sowie Oberstleutnant Götz Adolf Stenzler, den Piloten, der ihn und die kleine Luftwaffenmaschine im September 1967 bei einer Dienstreise nach Istanbul durch Kaltblütigkeit und fliegerisches Können heil durch ein schweres Gewitter brachte.<sup>29</sup> Carstens wehrte sich als Bundespräsident eindeutig gegen die pauschale und überhebliche Verurteilung der Kriegsgeneration durch Teile der linksorientierten jungen Generation. Er griff damit Gedanken auf, die bereits Bundespräsident Heuss in ähnlicher Weise formuliert hatte. In seiner Ansprache zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1979 sagte Carstens: „Manche, vor allem in der jungen Generation, sind nicht bereit, denen, die an den Fronten gekämpft und gelitten haben und zu Millionen gestorben sind, ehrenhaftes Denken

und Handeln zuzubilligen. Ihnen fehlt die Erfahrung des inneren Konflikts, in dem die deutschen Soldaten damals standen. Die meisten von ihnen glaubten, für ihre Heimat zu kämpfen und wussten oder ahnten doch, dass sie damit zugleich ein Unrechtssystem am Leben hielten, dessen Menschenverachtung nichts mit dem Deutschland gemein hatte, für das sie kämpften. Die dabei ihr Leben ließen, verdienen unser ehrendes Gedenken, ebenso wie die vielen Deutschen, die als Zivilisten in der Heimat den Tod fanden.“<sup>30</sup>

Gerade wegen dieser Unruhe unter den Jugendlichen und ihrer Distanz zu ihrem Staat suchte er verstärkt den Dialog mit ihnen und führte die großen Jugendtreffen in seinem Bonner Amtssitz, der Villa Hammerschmidt, ein. Carstens wies – anders, als dies heute bisweilen in der verklärten Selbstüberhöhung einiger Alt-68er zum Ausdruck kommt – zu Recht darauf hin, dass nur ein kleiner Teil der Jugend dem Staat ablehnend gegenüberstand: „Nach meiner Erfahrung ist die ganz überwiegende Mehrheit der jungen Generation zu unserem Staat positiv eingestellt.“<sup>31</sup>

Seine geistige Unabhängigkeit zeigt sich z.B. auch darin, dass er in der Frage der Traditionspflege der Armee einen Kompromiss anstrebte – ein Gedankenansatz, der nicht von allen Soldaten geteilt wurde. „Die führenden Persönlichkeiten der Bundeswehr sollten schließlich bei der Pflege der militärischen Traditionen auf die Anschauungen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen Rücksicht nehmen, sich Teilen dieser Tradition nicht verpflichtet fühlen.“<sup>32</sup> Anlässlich eines Abendessens zu Ehren des Schriftsteller Ernst Jünger (1895-1998) war auch General a.D.

Hans Speidel (1897-1984) mit seiner Gattin geladen.<sup>33</sup>

Ein Mittel der Begegnung sowohl mit den Menschen als auch mit der Umwelt waren Wanderungen durch und in Deutschland, bei denen er und Ehefrau Veronica zwischen 1979 und 1984 an 60 Tagen insgesamt 1.600 km zurücklegten;<sup>34</sup> auch Kontingente der Bundeswehr beteiligten sich bisweilen daran. Auf dem vorletzten Streckenabschnitt im Sommer 1981 besuchte Carstens die Luftlande- und Lufttransportschule in Altenstadt und nahm an Vorführungen der Fallschirmtruppe teil. Dabei erinnerte er daran, dass er im Frühjahr 1945 als junger Offizier in dieser Kaserne bei Schongau stationiert war.

Während Carstens Amtszeit führten Dr. Hans Apel (\* 1932) und Dr. Manfred Wörner (1934-1994) das Verteidigungsressort und an der Spitze der Bundeswehr standen die Generale Jürgen Brandt (1921-2003) und Wolfgang Altenburg (\* 1928) als Generalinspektoren; beiden war Carstens zu seiner Zeit als Staatssekretär im BMVg nicht begegnet. Wiederholt trugen Minister Apel und Generalinspekteur Brandt, sowie nach dem Regierungswechsel Wörner und Altenburg als neuer Generalinspekteur dem Bundespräsidenten zur militärischen Lage vor.

Zum vierten Mal hintereinander wurde der Dienstposten des Verbin-



Am 15. April 1983 stattet der neue Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Altenburg, Bundespräsident Prof. Karl Carstens im Amtssitz, der Villa Hammerschmidt in Bonn, einen Antrittsbesuch ab. (Foto BPrA)



dungsoffiziers zum Bundespräsidenten von einem Marineoffizier wahrgenommen: Kapitän zur See Wulf Dieter Fischer (\* 1940) diente von Juli 1979 bis Ende August 1984 (d.h. noch 2 Monate unter Carstens Nachfolger, Richard von Weizsäcker) im Bundespräsidialamt. Drei Dinge verbanden Präsident und Verbindungsoffizier besonders: die Liebe zur See, das Segeln und die Juristerei, denn auch Fischer war Jurist. Carstens war dem Hochseesegeln noch mehr zugetan als dem Wandern. Und so wollte er auch als Staatsoberhaupt dieses Hobby nicht missen. Doch die strengen Sicherheitsauflagen bildeten eine hohe Hürde, zumal er sich bei diesem Urlaubsvergnügen – auch aus Kostengründen – nicht durch eine Armada von Polizei- und Marinebooten umringt sehen wollte. Fischer schlug ihm vor, die „Asta“, die größte Yacht der Marine<sup>35</sup>, als Begleitboot für die Sicherheitsbeamten und oft auch mitsegelnde Reserveoffiziere der Marine einzusetzen. Ihr Skipper war Verbindungsoffizier Fischer, „ein hervorragender Segler mit vielen 10.000 Seemeilen seglerischer Erfahrung“.<sup>36</sup> Auf zahlreichen Törns entwickelte sich zwischen ihm, dem Skipper der „Asta“, und dem Präsidenten als Skipper der „Monsun“ ein Verhältnis, das Fischer „bei aller gebotenen respektvoller Wahrung der notwendigen Distanz als freundschaftlich und kameradschaftlich“ empfand – eine ideale Voraussetzung für gute Zusammenarbeit. 1983 legte Carstens bei einem Segeltörn auf der kleinen, unbewohnten Insel Stensholmen am Grabe des dort auf einem Soldatenfriedhof beigesetzten Dichters Gorch Fock (Hans Kienau) einen Kranz nieder; Fock war 1916 in der Skagerak-Schlacht gefallen.

Als „schlimmstes“ Erlebnis<sup>37</sup> während seiner Amtszeit als Bundespräsident nannte Carstens die Ausschreitungen während einer öffentlichen Vereidigung von Rekruten in Bremen am 6. Mai 1980. Es war die Zeit, in der öffentliche Veranstaltungen der Bundeswehr zunehmend kritisiert und oft massiv gestört wurden. Carstens wollte mit seiner Anwesenheit ein Zeichen setzen. Von der Bundeswehr waren ihm Bremen und Munster vorgeschlagen worden.

Fischer riet zu Bremen. Carstens entgegnete, dass seine Geburtsstadt mitunter schwierig sei, und es daher keine ungetrübte Freude würde. Und so kam es. Der damals zuständige Verteidigungsminister Hans Apel schreibt: *„Am 6. Mai vormittags ist in Bremen bei unserer Ankunft noch alles in Ordnung. Nachmittags und abends herrschen in der Stadt bürgerkriegsähnliche Zustände mit brennenden Autos, Hunderten von Verletzten. Straßenschlachten toben rund um das Stadion. Carstens und ich müssen mit dem Hubschrauber ins Weserstadion eingeflogen werden. Die Veranstaltung kann trotz Radaus von außen durchgeführt werden. Hans Koschnik (Anm.: der Erste Bürgermeister) kommt mit uns ins Weserstadion. Zur gleichen Zeit flaniert sein Jugendsenator Henning Scherf bei den Demonstranten herum.“*<sup>38</sup>

Carstens ging in seiner Ansprache darauf ein: *„Die Möglichkeit zu einer solchen Betätigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung könnte schnell ein Ende finden, wenn die Bundeswehr unsere Sicherheit nicht mehr verbürgen würde.“*<sup>39</sup>

Doch dies war alles – von Vorwürfen keine Spur. Die Sicherheitskräfte hatten die Herrschaft über das Geschehen verloren. Als der Hubschrauber des Präsidenten aus dem Stadium flog, weil alle Ausfahrten versperrt waren, zischten links und rechts die auf ihn gerichteten Feuerwerkskörper vorbei. Auch beim nächsten Feierlichen Gelöbnis in der Öffentlichkeit, am 12. November 1980 auf dem Münsterplatz in Bonn, dem 25. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr, kam es zu lautstarken Protesten, welche die Feier zu einer Farce machten.

Am 12. Mai 1981 besuchte Carstens u.a. ein Schnellbootgeschwader der Bundesmarine in Eckernförde: *„Als Bremer, dessen Familie zum Teil von der Ostseeinsel Fehmarn her stammt, als früherer Abgeordneter von Ostholstein, als Segler von früher Jugend an, habe ich die Marine immer als etwas ganz Selbstverständliches empfunden. Mit großer Achtung denke ich an einige hervorragende Marineoffiziere, auf deren freundschaftlichen Rat ich stets gern gehört habe.“*<sup>40</sup>

An die Vorgesetzten aller Ebenen richtete er seine Sorge darüber,

dass manche Wehrpflichtige nach Beendigung ihres Wehrdienstes eine kritischere Einstellung zur Bundeswehr hätten als vor Antritt ihres Dienstes. Am 25. Mai besuchte er Fliegende Einheiten und Luftabwehrkräfte der Luftwaffe. Im Sommer desselben Jahres besichtigte er die Heeresübung „Scharfe Klinge“ des II. Korps unter Generalleutnant Meinhard Glanz (1924-2005) im Raum Tübingen. Am 19. März 1982 kam Carstens nach Hamburg und besuchte die Führungsakademie anlässlich des 25. Jahrestages ihrer Gründung. Im Beisein von Generalinspekteur Brandt und Konteradmiral Dieter Wellershoff, dem Kommandeur, ging er in seiner Rede besonders auf die Frage der Auslese von Führungspersonal ein. Fachliches Können allein reiche nicht aus, es müsse von ausgeprägtem Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Soldaten und dem Staat<sup>41</sup> flankiert sein. Er betonte, dass „militärische Führung Menschenführung“ sei; sie dürfe nicht „zu einem funktionsbedingtem ‘Vorgang’ oder zu einem ‘System’ verkümmern, in dem Menschen lediglich technisch orientierten Mechanismen zu folgen haben.“<sup>42</sup>

Am 20. Oktober 1982 nahm er zum zweiten Mal – nun aber als erster Mann des Staates – an einer Kommandeurtagung der Bundeswehr teil. Auf der 26. Tagung der ranghöchsten Soldaten sprach er in Hagen über sicherheitspolitische Fragen und setzte sich u.a. auch mit einer Verlautbarung der Evangelischen Kirche in Deutschland auseinander, wonach ein Atomkrieg wahrscheinlicher als zuvor geworden sei. Es war die Zeit der Nachrüstungsdebatte. Carstens war gegen eine einseitige Abrüstung und schreibt, er wäre über diese Äußerungen, für die es keinen Beweis gegeben habe und sie sich später als falsch erwiesen hätten, empört gewesen.<sup>43</sup> Auf der 11. Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes in Bad Godesberg am 22. Oktober 1981 setzte er sich u.a. mit der Motivation der Wehrdienstverweigerern auseinander.<sup>44</sup> Sein Satz, „ein Wehrpflichtiger leistet mehr für den Frieden als die Friedensbewegung“<sup>45</sup> war – wenn gleich nicht so gefallen, sondern nur sinngemäß ausgedrückt – ein mutiges Wort in einer Zeit, in der solche

Bekenntnisse auf feindselige Kritik des linken Lagers stießen. In einem Interview mit der Zeitschrift „Heer“ im April 1982 wies er darauf hin, dass es für den Soldaten von heute leichter sei, sich mit seinem Land zu identifizieren als während des Krieges. Heute habe der Soldat die Gewissheit, für ein Land kämpfen zu müssen, das auf dem Recht begründet ist.<sup>46</sup> In Carstens Amtszeit fiel auch die Einführung des Ehrenzeichens der Bundeswehr am 9. November 1980. Vergeblich hatte das Verteidigungsministerium bei mehreren Bundespräsidenten, denen die sog. Ehrenhoheit zusteht, einen Bundeswehr-Orden beantragt, dann aber das Projekt nicht weiter verfolgt. Im Bundespräsidialamt wurde durch Staatssekretär Neusel und Kapitän zur See Fischer – ohne Zutun der Hardthöhe – die Haltung des Präsidenten zu einer eventuellen Einführung abgeklärt. Als sich Carstens positiv äußerte, wurde dies Minister Apel signalisiert. Dieser stellte dann den Antrag, der zur Genehmigung durch den Bundespräsidenten führte.<sup>47</sup>

Im Dezember 1982 nahm Bundespräsident Carstens, zusammen mit dem neuen Verteidigungsminister Manfred Wörner, an der Trauerfeier für den im Alter von 85 Jahren verstorbenen ersten Generalinspekteur der Bundeswehr Adolf Heusinger (1897-1982) in Köln-Marienburg teil und erwies damit zugleich – mit feinem Gespür – auch der Armee die Ehrerbietung des Staates. General Kießling kritisierte die geringe Beteiligung der Soldaten an der Beisetzung: *„Aus mir unerklärlichen Gründen waren nur recht wenige Soldaten zu der Trauerfeier gekommen; auch der Generalinspekteur (General Jürgen Brandt) fehlte. Um so größere Beachtung verdient, dass Bundespräsident Karl Carstens diesem verdienten Soldaten die letzte Ehre gab.“*<sup>48</sup>

Carstens wusste um die unverzichtbare Einbindung der Bundesrepublik in das NATO-Bündnis und unterstrich dies durch einen Besuch beim NATO-Hauptquartier am 8. Oktober 1981 in Brüssel; zudem empfing er die Vertreter des NATO-Militärausschusses am 20. September 1982. Darüber hinaus besuchte er – zusammen mit US-General Frederick J. Kroesen, dem Oberkommandierenden der US-Truppen in

Europa und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte (COMCENTAG)<sup>49</sup>, auch in Deutschland stationierte alliierte Truppen, so z.B. die 2. US-Panzerdivision in Garlstadt am 2. Juni 1982. Er sah Besuche dieser Art auch als Zeichen der Würdigung des Einsatzes des Alliierten für die Sicherheit Deutschlands.<sup>50</sup> Im selben Jahr lud Bundespräsident Carstens anlässlich des 25. Jahrestages des Einrückens von Wehrpflichtigen im Jahre 1957 Soldaten aller Dienstgrade und Teilstreitkräfte zu einem Empfang in seinen Amtssitz nach Bonn, ein. Eine seiner Sorgen galt dem nachlassenden Willen der Jugend zur Verteidigung der Heimat. *„Wenn wir auf eine eigene Verteidigung im Rahmen unserer umfassenden Sicherheitspolitik verzichten, laufen wir Gefahr, beides, Frieden und Freiheit zu verlieren.“*<sup>51</sup>

Daher unterstützte er die Gesprächsbemühungen über das Thema „Schule und Frieden“ zwischen dem Verteidigungsminister und den Kultusministern der Länder und sprach sich dafür aus, dass in diesem Zusammenhang auch die Bundeswehr als Friedensarmee ein „angemessene Würdigung“ erfahren sollte.<sup>52</sup>

Am 27. März 1984 empfing Carstens General Dr. Günter Kießling (\* 1925), den Stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber (DSACEUR), zum Abschiedsbesuch. Es war „eines der mich am meisten bedrückenden Gespräche“<sup>53</sup>, gesteht Carstens. Er hatte auf Antrag von Minister Wörner zunächst die vorzeitige Entlassung Kießlings aus dem aktiven Dienst wegen der gegen ihn – fälschlicherweise – erhobenen Vorwürfe, dann aber auch dessen Wiedereinstellung verfügt. In einem Interview, ob die Berichterstattung „eines irrenden oder schlampig informierten Ministers“ (Verteidigungsminister Manfred Wörner) für die Entscheidung des Bundespräsidenten ausreiche, sagte Carstens: *„Ich stehe auf dem Standpunkt, dass der Bundespräsident in einem solchen Fall keine eigenen Recherchen anstellen kann, es sei denn, es liegt offen zutage, dass ihm falsch berichtet worden ist. Die für mich entscheidende Frage war und ist, ob das Vertrauensverhältnis zwischen dem Minister und dem General gestört war. Das hat mir der Minister in einem persönlichen Gespräch ... dargelegt. Dabei stützte*

*er sich auf Erkenntnisse, die sich hinterher als unrichtig erwiesen haben. ... Nachdem sich dann herausgestellt hatte, dass die Informationen unzutreffend waren, habe ich sehr gern daran mitgewirkt, General Kießling wieder zu ernennen und damit zu rehabilitieren. Dies ist sicherlich ein unbefriedigendes Schauspiel gewesen, aber doch insofern vertretbar, ..., als eine Entscheidung, die offenkundig falsch war, korrigiert worden ist.“*<sup>54</sup>

Diese Linie des unparteiischen Staatsoberhauptes ist zu akzeptieren, wenngleich sie aus Sicht des Soldaten unbefriedigend ist. Sie wurde von allen Bundespräsidenten eingehalten, so durch Walter Scheel gegenüber den Luftwaffengenerälen Krupinski und Franke im Jahre 1976 und durch Horst Köhler im Falle der vorzeitigen Pensionierung der beiden Generalleutnante Dieter und Ruwe im Herbst 2005. Dass Carstens Kießling am Ende von dessen aktiver Dienstzeit demonstrativ empfing, war auch eine Geste höchststaatlicher Entschuldigung.

Es war Carstens ausdrücklicher Wunsch, sich am letzten Tag im Amte, dem 29. Juni 1984, von der Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz Bergen zu verabschieden. *„Die Bundesrepublik Deutschland hat sich für Demokratie, für Freiheit und Würde des Menschen als zentrale Werte entschieden. Sie hat die Verteidigung dieser Weltordnung bewusst zu einem Verfassungsgebot gemacht. Wir lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab, aber wir lehnen es nicht ab, uns notfalls gegen einen Angriff zu schützen.“*<sup>55</sup>

In seiner Rede anlässlich der Vereidigung seines Nachfolgers von Weizsäcker am 1. Juli 1984 dankte er der Bundeswehr, *„die ich oft besucht habe, für ihren Einsatz zur Aufrechterhaltung des Friedens.“* Karl Carstens verkörperte als Bundespräsident Disziplin, Toleranz und Tradition und war damit ein Vorbild in einer nicht leichten Zeit.

Er starb am 30. Mai 1992 in Meckenheim bei Bonn im Alter von 77 Jahren und fand seine letzte Ruhestätte auf dem Riensberger Friedhof in Bremen. Die Inschrift auf seinem Grabstein, der auch seiner Eltern gedenkt, lautet:

*„Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“ (2 Kor. 3/17)*

## Anmerkungen:

- 1 Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen, S. 4
- 2 Vor der Johanniskirche in Hamburg-Altona wurde 1925 ein Kriegerdenkmal zu Ehren der Gefallenen u.a. dieses Regimentes errichtet.
- 3 Die Ehefrau seines Vor-Vorgängers, Hilda Heinemann (1896-1979), hatte ebenfalls diese Schule besucht; sie war eine Tochter des Bremer Getreidekaufmannes Anton Ordemann.
- 4 Veronica Carstens wurde später Fachärztin für innere Medizin.
- 5 Ihr Vater – in Baltimore/USA geboren – war als Jugendlicher mit seiner Mutter nach Deutschland zurückgekommen, da der Vater früh verstorben war. Er studierte Ingenieurwissenschaften und arbeitete – unabhömmlich (u.k.) gestellt – während des 1. Weltkrieges bei der Firma Siemens.
- 6 Strauß, als Oberleutnant der Heeresartillerie, war der FAS IV der Luftwaffe unterstellt, tat jedoch in einer angegliederten, selbständigen Lehrgruppe des Heeres Dienst.
- 7 Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden, S. 287
- 8 Aus dem gleichen Grund trat auch Generalmajor Günther Pape (1907-1986), der Befehlshaber im Wehrbereich III, zurück. Da kurz auch der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Werner Panitzki (1911-2000), allerdings aus einem anderen Grund (wegen der aus seiner Sicht mangelnden Unterstützung bei der Überwindung der Starfighterkrise) den Rücktritt eingereicht hatte, entstand in der Öffentlichkeit fälschlicherweise der Eindruck eines „Aufstands der Generale.“ Mit einem Angriff auf den Primat der Politik hatte dies nichts zu tun.
- 9 Maizière, Ulrich de: In der Pflicht, S. 287
- 10 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 334
- 11 Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden, S. 31
- 12 Es war der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Kai Uwe von Hassel, der vormaligen Chef der Hardthöhe.
- 13 Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen, S. 350
- 14 Carstens, Karl: Politische Führung, S. 150
- 15 Carstens schreibt, Schnez wurde vorgeworfen, in den dreißiger Jahren in einer Militärzeitschrift Artikel mit nazistischer Tendenz veröffentlicht zu haben. In einer Überprüfung wurden die Vorwürfe als haltlos entkräftet. Schnez wurde 1968 Inspekteur des Heeres und General Jürgen Bennecke (1912-2002) folgte Graf Kielmansegg als CINCENT. Nach anderen Quellen soll die niederländische Regierung Einspruch gegen die Ernennung von Schnez geltend gemacht haben.
- 16 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 337
- 17 Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden, S. 108. Umgesetzt wurde dies jedoch bis heute nicht.
- 18 Heute besitzt der Chef des Bundeskanzleramtes als Bundesminister Kabinettsrang.
- 19 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 352
- 20 Carstens, Karl: Reden und Interviews, Bd. 5, S. 381
- 21 Carstens, Karl a.a.O., S. 398 f.
- 22 Dabei zitierte er Bismarck, der in seinen Erinnerungen über König Wilhelm I. geschrieben hatte: „Er stützte und deckte seine Diener, auch wenn sie unglücklich oder ungeschickt waren – vielleicht über das Maß des Nützlichen hinaus und hatte infolgedessen Diener, die ihm über das Maß hinaus des für sie Nützlichen hinaus anhängen.“ – in: Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 514
- 23 Beim Handgranatenwerfen des PzGrenBtl 71 auf dem TrübPI Putlos am 16. Nov.1961 warf sich Boldt über einen Soldaten, dem die Granate aus der Hand gerutscht war und rettete ihm das Leben; er selbst starb. Die Kaserne der USH in Delitzsch ist nach ihm benannt.
- 24 Carstens, Karl: Reden und Interviews, Bd. 1, S. 26
- 25 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 583
- 26 Carstens, Karl: Ansprache an der Schule für Innere Führung am 14. November 1979 in: Reden und Interviews, Bd. 1, S. 74
- 27 Carstens, Karl: Reden und Interviews, Bd. 5, S. 383
- 28 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 331
- 29 Carstens, Karl: a.a.O., S. 347
- 30 Carstens, Karl: Reden und Interviews, Bd. 1, S. 41
- 31 Carstens, Karl: Interview mit der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ im September 1980 in: Reden und Interviews, Bd. 2, S. 287
- 32 Carstens, Karl: Politische Führung, S. 155 f.
- 33 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 626; zusammen mit Otto von der Linde, dem einzigen noch lebenden Träger der Kriegsstufe des Ordens Pour le mérite.
- 34 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 654
- 35 Die Yacht – 1971 von Morgan in den USA gebaut – war 55 Fuß lang und vor allem, da zivil aussehend, völlig unauffällig. Im Hafen diente sie als Liegeplatz für die gerade 30 Fuß große Yacht des Bundespräsidenten. Der Chef des Bundespräsidialamtes, Staatssekretär Hans Neusel, ursprünglich kein Segler, war im 2. Amtsjahr aus Neugierde einmal mitgesegelt und wurde von der Leidenschaft für diesen Sport angesteckt. Seitdem fuhr er – auch nach seinem Wechsel in das Innenministerium – alle Töms mit, und nach seiner Pensionierung segelte er mehr als 20.000 Seemeilen mit Fischer zusammen.
- 36 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 657
- 37 Carstens, Karl: Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ am 22. Juni 1984; in: Reden und Interviews, Bd. 5, S. 473 f.
- 38 Apel, Hans Der Abstieg S. 124
- 39 Carstens, Karl, Ansprache vor den angetretenen Soldaten im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 in: Reden und Interviews Bd. 1 S. 244
- 40 Carstens, Karl, 12. Mai 1981 in Eckernförde in: Reden und Interviews Bd. 2 S. 204
- 41 Carstens, Karl, in: Reden und Interviews Bd. 3 S. 250 ff.
- 42 Ebenda S. 251
- 43 Carstens, Karl : Erinnerungen, S. 586
- 44 Carstens, Karl: in: Reden und Interviews, Bd. 3, S. 123 ff.
- 45 zit. in: Scholz, Günther a.a.O. S. 355
- 46 Carstens, Karl: Reden und Interviews Bd. 3, S. 487 Interviewpartner waren Obergefreiter Ludger Homann und Gefreiter Bernd Dücke.
- 47 Carstens war – hanseatischer Tradition folgend, keine Orden außer militärischen zu tragen – im Jahre 1951 als Beauftragter des Bremer Senats bei Bundespräsident Heuss vorstellig geworden und hatte diesen gebeten, von der geplanten Einführung eines Verdienstordens Abstand zu nehmen. Er selbst blieb dieser Haltung treu, räumte aber später ein, Heuss habe richtig gehandelt; siehe dazu Günter Scholz: a.a.O., S. 61 f.
- 48 Kießling, Günter: Versäumter Widerspruch, S. 161
- 49 Auf General Kroesen wurde im Heidelberg am 15. September 1981 durch die „Rote Armee Fraktion“ (RAF – „Kommando Gudrun Ensslin“) ein Attentat verübt. Das gepanzerte Fahrzeug, mit dem der General zum Dienst fuhr, wurde von einer Panzerabwehrgranate sowie einer automatischen Waffe getroffen. Der General erlitt leichte Verletzungen. Kroesen war COMCENTAG von 1979 bis 1983.
- 50 Carstens, Karl, in: Reden und Interviews, Bd. 3, S. 400 ff.
- 51 ebd. S. 248.
- 52 In einem Interview mit dem Rheinischen Merkur am 2. Januar 1981 in: Carstens, Karl Reden und Interviews, Bd. 2, S. 353
- 53 Carstens, Karl: Erinnerungen, S. 584
- 54 Carstens, Karl: Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ gegenüber den Journalisten Kurt Becker und Theo Sommer am 22. Juni 1984 in: Reden und Interviews, Bd. 5, S. 471
- 55 zit. in: Scholz, Günther, a.a.O., S. 356

## Literatur:

- Apel, Hans: Der Abstieg. TB Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf. DVA Stuttgart 1991
- Carstens, Karl: Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung. Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart 1971
- Carstens, Karl (Mit-Hrsg.) – Westeuropäische Verteidigungskooperation, Band 31 der Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Verlag Oldenbourg München Wien 1972
- Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen. Harald Boldt Verlag Boppard am Rhein 1993
- Carstens, Karl: Reden und Interviews – 5 Bände – hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- Hölscher, Albert: Zur Carstens-Forschung – unveröffentl. Manuskript 1978
- Kießling, Günter: Versäumter Widerspruch. v. Hase & Koehler Verlag Mainz, 2. Aufl. 1993
- Krack, Bernhard W.: Staatsoberhaupt und Streitkräfte – Die Position der Bundespräsidenten zur Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik. Ergon Verlag Dr. Hans-Jürgen Dietrich, Würzburg 1990
- Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden. Bernard & Graefe Verlag München 1974
- Maizière, Ulrich de: In der Pflicht Verlag E.S. Mittler & Sohn, Herford/Bonn 1989
- Scholz, Günther: Die Bundespräsidenten. Hüthig Verlagsgemeinschaft Decker & Müller, Heidelberg 1990
- Wiedemeyer, Wolfgang: Karl Carstens – Im Dienste unseres Staates. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart 1980



## VOR 450 JAHREN STARB DER ORDENSGRÜNDER IGNATIUS VON LOYOLA:

## „Gott in allem finden“

VON KNA-MITARBEITER JOSEF MEINERS

Ihr müsst wissen, dass Pater Ignatius zwar ein guter Mensch und sehr tugendhaft ist. Aber er ist ein Baske...“ So charakterisierte einer der ersten Jesuiten den Stifter seines Ordens. Tatsächlich war Ignatius ein Sohn seines Volks, dessen Symbole Eiche und Eisen sind. Ohne seine unbändige Willenskraft hätte der Feuerkopf sein Lebenswerk nicht zustande gebracht. Vor 450 Jahren, am 31. Juli 1556, starb Ignatius von Loyola.

Der auf dem familieneigenen Schloss Loyola in Nordspanien am 31. März 1491 geborene Inigo war zunächst kein Musterknabe. Er widmete sich dem Glücksspiel, hatte Frauengeschichten und liebte Waffentaten. Dann die jähe Wende, als ihm 1521 bei der Belagerung von Pamplona eine Kanonenkugel sein Bein zerschmetterte: Statt der gewünschten Ritterromane reichte man ihm auf dem Krankenbett eine romanhafte Beschreibung des Lebens Jesu und mehrere Heiligenviten als Lektüre. Der Lebemann wurde bekehrt.

Danach zog er sich ins Kloster Montserrat zurück, wo er eine Generalbeichte ablegte. Dann begab er sich in die Einsamkeit nach Manresa und kasteite sich in beinahe selbstmörderischer Askese. Sein Bestreben, selbst die Heiligsten unter den Heiligen zu übertreffen, führte ihn vorübergehend zu unbarmherziger Selbsttortur. Schließlich gelangte er zu der Erkenntnis, dass er alles zur größeren Ehre Gottes tun werde. „Omnia ad maiorem Dei gloriam“ - dieser Leitsatz wurde bestimmend für sein Leben.

Ignatius beschloss, eine religiöse Gesellschaft zu gründen. In Manresa entstand sein weltberühmtes Exerzitienbüchlein, das zur Grundlage der berühmten jesuitischen Willensschulung werden sollte. Von einer Pilgerfahrt ins Heilige Land zurückgekehrt, besuchte er die Hochschulen von Barcelona, Alcalá und Salamanca. Zuletzt ließ er sich an der

Universität Paris einschreiben und gründete hier mit Gesinnungsgenossen den Jesuitenorden, den er bedingungslos dem Papst unterstellte. Um ihrem Bund festen Halt zu geben, legte er mit sechs Freunden als „Societas Jesu“ – „Gesellschaft Jesu“ – in der Kirche Saint-Denis auf dem Montmartre die Gelübde der Armut und Keuschheit ab. Unter ihnen waren Peter Faber, der später halb Europa bereiste und als erster Jesuit deutschen Boden betrat, und Franz Xaver, der zum Wegbereiter jesuitischer Weltmission wurde.

Nach seiner Priesterweihe in Venedig wurde Ignatius zum Generaloberen der Gesellschaft Jesu gewählt, der Orden 1540 durch Papst Paul III. bestätigt. Die geistliche Gemeinschaft war völlig neuartig: Statt ein zurückgezogenes Leben hinter Klostermauern zu führen, wandten sich die Jesuiten der Welt zu. Ignatius war davon überzeugt, dass die nötige Reform der schwer angeschlagenen

Kirche nur von innen her erfolgen kann, aus einer vertieften Frömmigkeit und Christusbegegnung. „Gott in allem finden“, so lautete das Leitwort. Neu war auch, dass der Orden kein Kloster besaß und die Mönche keinen Habit trugen. Charakteristisch war eine hochkarätige Ausbildung, die nicht nur Theologie umfasste. Revolutionär für damalige Verhältnisse, so dass sich Ignatius mehrfach vor der spanischen Inquisition rechtfertigen musste und mehrere Monate im Gefängnis verbrachte. Umstritten von Anfang an, entwickelte sich der Orden zur wichtigsten Waffe der Kirche im Zeitalter der Gegenreformation. Neben Peter Faber und Franz Xaver haben auch weitere Mitbrüder bei der Erschließung der „Neuen Welt“ in Südamerika und Asien tatkräftig mitgewirkt. Von seiner bescheidenen Zelle in Rom aus lenkte Ignatius seinen Orden 16 Jahre lang und brachte ihn dank seiner Organisationsgabe zu rascher Entwicklung. In der Ewigen Stadt gründete er auch das Collegium Germanicum, aus dem immer neuer,

vorzüglich geschulter Priesternachwuchs hervorging. Viele von ihnen sandte er nach Deutschland, wo die Lehre Martin Luthers um sich gegriffen hatte.

Das hauptsächliche Instrument seines Wirkens waren die Exerzitien. Acht Jahre vor seinem Tod veröffentlichte Ignatius die Grundmeditationen, Leitideen und Hauptgedanken als Buch. Als der „General“ am 31. Juli 1556 – im Alter von 65 Jahren – starb, zählte der Orden bereits mehr als 1.000 Mitglieder und besaß über 100 Niederlassungen. Obwohl die „Societas Jesu“ immer wieder auf Anfeindungen stieß, die sogar zur vorübergehenden Auflösung des Ordens führten, hat die Gründung des heiligen Ignatius die Jahrhunderte überdauert und ist heute die Ordensgemeinschaft mit den meisten Mitgliedern – derzeit rund 20.000. Ignatius wurde in der Kirche Il Gesu in Rom begraben. Er wurde 1622 heilig gesprochen; sein Fest wird am 31. Juli gefeiert.

## STICHWORT: Jesuiten

Die Jesuiten bilden die größte Ordensgemeinschaft der katholischen Kirche. Gegründet hat die „Gesellschaft Jesu“, so die offizielle Bezeichnung in Anlehnung an das lateinische „Societas Jesu“ (SJ), der Spanier Ignatius von Loyola (1491-1556).

Ignatius schuf einen völlig neuen Ordensstyp. Bezeichnend dafür ist noch heute das dynamische Prinzip, das eine stete Anpassung an die aktuelle Situation verlangt. Jesuiten sind keine Mönche, sie führen kein Klosterleben und tragen keine Ordenskleidung. Neben den drei Ordensgelübden – Armut, Ehelosigkeit und Gehorsam – verpflichten sie sich, wie schon Ignatius, in einem vierten Versprechen zum Gehorsam gegenüber Missionsaufträgen des Papstes. Außerdem legen sie ein Zusatzversprechen ab, nicht nach kirchlichen Ämtern zu streben. So kann ein Jesuit nur Bischof werden, wenn es der Papst ausdrücklich anordnet.

Aufgabenfelder sind traditionell Schulen und Universitäten, die Priesterausbildung und die Arbeit in Massenmedien. Papst Paul VI. beauftragte den Orden zudem, sich mit der sozialen Frage und dem Dialog mit dem Atheismus zu befassen. Jesuiten gelten als „intellektuelle Elite“ und „geistige Avantgarde“ des Katholizismus.

An der Spitze der Gesellschaft Jesu, die in 125 Ländern vertreten ist, steht ein Ordensgeneral, derzeit der Niederländer Peter-Hans Kolvenbach. Zum Orden gehören derzeit weltweit rund 20.000 Mitglieder, in Deutschland rund 440. Bedeutende Jesuiten waren der Indien- und Japanmissionar Franz Xavier (1506-1552) und Matteo Ricci (1552-1610), der am kaiserlichen Hof in China wirkte, sowie der Kirchenlehrer Petrus Canisius (1521-1597). Als berühmte Jesuiten des 20. Jhs. gelten der Konzilstheologe Karl Rahner (1904-1984), der Nestor der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning (1892-1991) und der Naturwissenschaftler und Philosoph Teilhard de Chardin (1881-1955). (KNA)

VOR 200 JAHREN ENDETE DAS HEILIGE RÖMISCHE REICH:

## „Deutschland ist kein Staat mehr“

VON KNA-REDAKTEUR ALEXANDER BRÜGGEMANN

„Die ärzte geben ihn auf, mann ist versichert, daß er sterben wird, und mit all der Gewißheit wird mann doch erschüttert, wann die Post kommt, er ist todt.“ So beschreibt Goethes alte Mutter Catharina Elisabeth ihre Empfindungen, als sie vom Untergang des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ erfährt: Am 6. August 1806, vor 200 Jahren, legte Franz II. in Wien unter dem Druck Napoleons die Kaiserkrone nieder – und setzte damit den Schlusspunkt unter eine fast 1.000-jährige Geschichte.

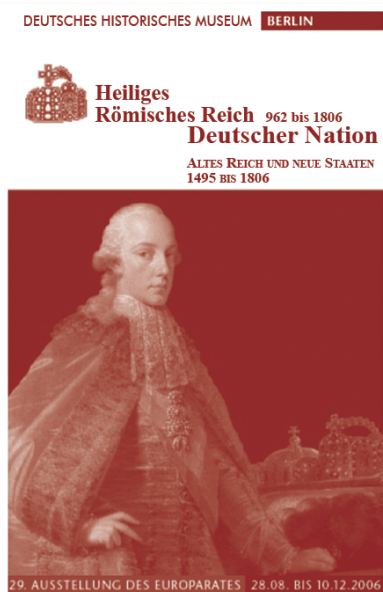
Dabei handelte es sich nicht um eine klassische Abdankung, die manch unverdrossener Reichsromantiker noch durch eine baldige Neuwahl für behebbar hätte halten können. Nein, die Niederlegung war ein echtes Ende – und ein demütigendes dazu. Der Römische Kaiser, der vorsichtshalber noch 1804 für sich und seine Nachkommen in Österreich ein neues Erbkaisertum geschaffen hatte, entband alle Stände von ihren Pflichten, nachdem einige Tage zuvor mehrere Fürsten auf verfassungsrechtlich fragwürdige Weise ihren Austritt aus dem Reichsverband erklärt und der Korsen-Kaiser der Franzosen ein Ultimatum nach Wien übersandt hatte.

Tatsächlich regte sich in Regensburg, Wien und anderswo kaum noch Widerstand gegen das scheinbar Unvermeidliche, war es auch rechtlich noch so anfechtbar: Bestürzung und Sprachlosigkeit herrschten allenthalben. Nun vollzog sich die wenige Jahre zuvor formulierte Prophezeiung des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Das Reich, aus einem Haufen runder Steine aufgeschichtet, müsse auseinander rollen und zusammenstürzen, wenn nur ein Stein davon ins Rollen geriete. „Deutschland ist kein Staat mehr“, so beginnt Hegels berühmte, unvollendete Verfassungsschrift.

Der sakrale Anspruch längst erloschen, die Verfassung ausgehöhlt, durch Säkularisation und Mediatisierung ad absurdum geführt: Das Reich bot bei seinem Untergang ein trauriges Bild. Wo aber lagen die Gründe für das Scheitern einer Institution, die Europa über fast ein Jahrtausend prägte? Historiker verweisen darauf, dass das Reichsgebilde schon durch seine föderale Natur unfähig war, Machtpolitik zu betreiben – und es damit nur eines Gegners vom Kaliber Napoleons bedurfte, um gestürzt zu werden. Der fortdauernde Kampf zwischen dem protestantischen Preußen und dem katholischen Österreich tat ein Übriges.

Gleichwohl war das Reich weit mehr als ein überlebtes, verzopftes Idyll. Die zunächst vor allem durch preußische Kritik geprägte und teils verächtliche Beurteilung des Reiches ist nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs inzwischen einer differenzierteren Sicht gewichen. Manche positive Parallele drängt sich auf zum aktuellen Prozess der europäischen Einigung. So betrieb das Römische Reich Deutscher Nation nach innen eine konsequente Friedenspolitik, die vor allem auf Rechtssicherheit und Freiheit ausgerichtet war. Dass seine Institutionen und Mitglieder dadurch zu immer neuen Kompromissen gezwungen waren, musste freilich nach außen als Schwäche ausgelegt werden – ebenso wie seine defensive Ausrichtung und der fehlende Wille zur militärischen Expansion. Auch die Lebensfähigkeit von Klein- und Kleinststaaten darf im Rückblick als Beispiel gebend gelten.

Auch an ideologischen Anknüpfungspunkten und historischen Instrumentalisierungen des Reiches hat es von der Romantik bis vor allem zur NS-Zeit nicht gefehlt. Da ist etwa die Kyffhäuser-Legende, prominentes Beispiel des 19. Jhs. für das romantisierende „Warten auf ein neues Reich“. Oder das NS-Reichstagsgelände in Nürnberg, das die Nationalsozialisten mit dem Slogan bewarben: „Vom Ort der Reichstage zum Ort der Reichsparteitage.“ Oder die von der SS geprägten „Heinrichsfeste“ in Quedlinburg, die das „Tausendjährige Reich“ in eine vermeintliche Kontinuität von Kaiser Heinrich I. bis zu Heinrich Himmler stellte. Im Sommer 2006 ist der Jahrestag des Untergangs vor allem Anlass für zahlreiche Ausstellungen, die größte ab 28. August im Deutschen Historischen Museum Berlin. Er ist aber auch Gelegenheit, sich ein Kernelement der deutschen Geschichte neu zu vergegenwärtigen. (KNA)



Hinweis: Nähere Informationen über die Ausstellungen zum Heiligen Römischen Reich im Berliner Historischen Museum und im Kulturhistorischen Museum in Magdeburg im Internet unter [www.dasheiligereich.de](http://www.dasheiligereich.de).



KIRCHE UNTER SOLDATEN

# »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS

## — GEWISSEN UND GEHORSAM«



Einladung zur

46. Woche der Begegnung

vom 18. bis 23. September 2006

im Heinrich-Pesch-Haus Ludwigshafen

Sa 16. bis Mo 18. September  
Vorkonferenz für die  
Vorstände ZV und GKS

Mo 18. bis Do 21. September  
Zentrale Versammlung  
(ZV)

Mi 20. bis Sa 23. September  
Bundeskonzferenz  
der GKS

Fr 22. September  
Mitgliederversammlung  
FGKS e.V.

Sa 23. September  
Mitgliederversammlung  
GKS e.V.

### 46. WOCH DER BEGEGNUNG

KATHOLISCHE MILITÄRSEELSORGE



Soldaten  
als Diener  
des Friedens –  
Gewissen und Gehorsam

Ludwigshafen  
18. bis 23. September 2006

18. bis 23. September 2006



## Programm der ZV in Auszügen

### Montag, 18. September

- bis 16:00 Uhr Anreise und Empfang der Teilnehmer
- 17:00 Uhr Eröffnungsgottesdienst, Zelebration:  
MGV Prälat Walter Wakenhut  
Ort: Hauskapelle
- 19:30 Uhr Eröffnung der ZV  
Begrüßung Vorsitzender der ZV  
Oberst Richard Schmitt  
Einweisung in das Tagungshaus  
Pater Tobias Karcher SJ  
Begrüßung durch den KLMD Koblenz  
MD Rainer Schnettker  
Eröffnung der Beratungen  
MGV Prälat Walter Wakenhut  
Bildung eines Wahlausschusses  
anschl. Treffen der Delegierten aus den Dienst-  
aufsichtsbezirken der KLMD

### Dienstag, 19. September

- 08:30 Uhr Morgenlob in der Hauskapelle
- 09:00 Uhr Podiumsgespräch mit Aussprache:  
„Soldaten als Diener des Friedens –  
Gewissen und Gehorsam“  
Teilnehmer:  
• Prof. Dr. Thomas Hoppe, Uni Bw HH  
• Generalmajor Rainer Glatz, Befehlshaber EinsFüKdo Potsdam;  
• Vertreter Wehrbeauftragter des Dt. Bundestages;  
Einführung und Moderation:  
• LtdWissDir i.K. Lothar Bendel, Berlin
- 12:00 Uhr Vorbereitung Wahl des Vorsitzenden ZV
- 15:00 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates  
MD Thomas Stolz, Ulm
- 15:10 Uhr Berichte aus der Arbeit des Vorstandes der ZV, u.a. Arbeit im ZdK, Nachbarschaftshilfe 2005/06 u. 2006/07, aus der Arbeit von Sachausschüssen, Einbringen von Beschlussvorlagen
- 17:30 Uhr Gottesdienst in der Hauskapelle  
Zelebration: Militärbischof Mixa
- 20:00 Uhr Treffen der Delegierten

### Mittwoch, 20. September

- 07:30 Uhr Morgenlob in der Hauskapelle
- 09:00 Uhr Zeugnis für Gott, Dienst am Menschen –  
Leben des seligen Pater Rupert Mayer SJ  
Referent: Pater Karl Weich SJ
- 10:00 Uhr Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken der KLMD und Zusammenfassung durch den Vorsitzenden ZV mit Aussprache
- 12:00 Uhr Verabschiedung von Beschlussvorlagen
- 12:15 Uhr Vorstellung der Kandidaten zur Wahl des Vorsitzenden ZV
- 15:00 Uhr Wahl des Vorsitzenden ZV

- 15:10 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS
- 15:30 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- 15:40 Uhr Wort des Militärbischofs zum Abschluss
- 16:00 Uhr Schlusswort des scheidenden Vorsitzenden der ZV Oberst Richard Schmitt  
Wort des neuen Vorsitzenden der ZV
- bis 16:00 Uhr Anreise von Teilnehmern zur Bundeskonferenz der GKS
- 17:30 Uhr Pontificalgottesdienst in der Pfarrkirche Herz Jesu in Ludwigshafen, Zelebration: Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 19:00 Uhr Empfang und Gästeabend im Heinrich-Pesch-Haus

## Programm der BuKonf GKS in Auszügen

### Donnerstag, 21. September

- 07:30 Uhr Heilige Messe in der Hauskapelle  
Zelebration: Militärbischof Mixa
- 09:15 Uhr Plenum: Eröffnung der Bundeskonferenz durch den Bundesvorsitzenden,  
- Wort des Militärgeneralvikars  
- Bericht des Vorsitzenden ZV  
- Bericht des Bundesvorsitzenden  
- Wort des Geistlichen Beirates  
- Grußworte  
- Aussprache zum Jahresbericht 2006
- 15:00 Uhr Plenum: Vortrag mit Aussprache:  
„Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken“, Referent: LtdWissDir Lothar Bendel, Berlin
- 19:00 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes

### Freitag, 22. September

- 07:30 Uhr Heilige Messe in der Hauskapelle  
Zelebration: MD Thomas Stolz, Ulm
- 09:15 Uhr Arbeitsgruppen zum Thema des Vortrages „Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken“
- anschl. Vorstellung der Ergebnisse im Plenum
- 13:30 Uhr Mitgliederversammlung FGKS e.V.
- 15:00 Uhr Kulturprogramm: Besichtigung des Domes zu Speyer  
anschl. geselliger Abend im Offizierheim Speyer

### Samstag, 23. September

- 08:30 Uhr Heilige Messe in der Hauskapelle  
Zelebration: MD Johann Meyer
- 09:15 Uhr Plenum:  
- Beschlüsse  
- Verabschiedungen von Erklärungen  
- Die Arbeit der GKS im kommenden Jahr (Unser Jahresthema, Aktivitäten)  
- Schlusswort des Bundesvorsitzenden
- 11:00 Uhr Mitgliederversammlung GKS e.V.
- 12:00 Uhr Mittagsimbiss  
anschl. Abreise

Die Woche der Begegnung 2006 findet in der Diözese Speyer, Dekanat Ludwigshafen statt. Das Bistum umfasst den pfälzischen Teil des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz im Land Rheinland-Pfalz und den Saarpfalz-Kreis im Saarland.

## Das Bistum Speyer im Überblick



1 = Dekanat Bad Dürkheim

6 = Dekanat Landau

2 = Dekanat Donnersberg

7 = Dekanat Ludwigshafen

3 = Dekanat Germersheim

8 = Dekanat Pirmasens

4 = Dekanat Kaiserslautern

9 = Dekanat Saarpfalz

5 = Dekanat Kusel

10 = Dekanat Speyer

Gebietsumfang der Diözese: 5893 km<sup>2</sup>

Gesamteinwohnerzahl 1 400 000

davon Katholiken 607 015

Bistumseinteilung 10 Dekanate und 41 Pfarrverbände

Gesamtzahl der Seelsorgestellen 347 Pfarreien. Hinzu kommen  
8 Seelsorgestellen für Ausländer

Bischofskirche Der Dom zu Speyer

Diözesanbischof Dr. Anton Schlembach

Priester im aktiven Dienst 200

Gemeindereferenten/-Innen und  
Pastoralreferenten/-innen 217

Katholische Schulen 11

Bildungshäuser 5





## »Soldaten als Diener des Friedens – Gewissen und Gehorsam«

**G**edanken des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV), Oberst Richard Schmitt, zum Leitthema der 46. Woche der Begegnung und zum Ablauf der ZV (gekürzt).

„... Mit dem Thema »SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM« wollen wir das Spannungsfeld der Anforderungen an den Soldaten im Kontext mit den neuen und künftigen Einsatzerfordernissen vor dem Hintergrund des mit dem Verwaltungsgerichtsurteil des letzten Jahres, dem Luftsicherheitsgesetz und anderen Erfordernissen aufgebrochenen Thema der individuellen Gewissensentscheidung aus den verschiedenen Gesichtswinkeln betrachten.

Dieser thematische Hauptteil wird im Rahmen eines Podiums ... gestaltet. Die Delegierten sollen intensiv in das Gespräch mit einbezogen werden. Zur Vorbereitung empfehle ich die Erklärung der deutschen Bischöfe „Soldaten als Diener des Friedens“ vom 21.11.2005.

Das Thema der ZV „Gewissen und Gehorsam“ wird berührbar an der Person des seligen Jesuitenpaters Rupert Mayer, der in der Militärseelsorge eine besondere Verehrung genießt. P. Mayer hat aus dem Glauben und einem christlich gestalteten Gewissen heraus seinen Dienst am Menschen geleistet, und er hat Zeugnis abgelegt – mit allen Konsequenzen.

Unser diesjähriges Tagungshaus wird von Jesuiten geleitet. Von daher sind wir dankbar, dass P. Karl Weich SJ uns die Biographie des P. Rupert Mayer vorstellen wird.

Im Beratungsteil der ZV stehen wie jedes Jahr die Vorträge aus den Dienstaufsichtsbezirken im Mittelpunkt. Diese werden wieder in Anwesenheit unseres Militärbischofs vorgetragen. Damit haben wir die Möglichkeit, ihm ungeschönt und in aller Deutlichkeit die Sorgen und Nöte der Laien in der Militärseelsorge zu benennen, aber auch die Erfolge und positiven Eindrücke zu berichten.

Wir freuen uns sehr, dass unser Militärbischof neben der Teilnahme an den Beratungen einen Pontifikalgottesdienst mit uns feiern wird. Hierzu sind wir Gast in der katholischen Pfarrkirche Herz Jesu und zeigen auf diese Weise unsere Verbundenheit mit der zivilen Kirche vor Ort.

Der neue Vorstand, den Sie im letzten Jahr gewählt haben, hat die Arbeit erfolgreich aufgenommen und die Arbeit in den Sachausschüssen intensiv angepackt und erste Ergebnisse erzielt. Diese werden Ihnen durch die Vorstandsmitglieder während der ZV vorgestellt. Vielleicht gelingt es ja, noch den einen oder anderen Teilnehmer für die Mitarbeit in einem der Sachausschüsse zu gewinnen.

Es gilt auch Rückblick zu halten auf Ergebnisse der ZV des Vorjahres: Ich gehe davon aus, dass der Herr Militärgeneralvikar uns über den Stand der Diskussion über die von uns als Beschlussvorlage verabschiedete „Ordnung der Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan“ unterrichten wird.

Im letzten Jahr haben wir die Erklärung „Militärseelsorge zukunfts-fähig gestalten“ verabschiedet. Diese habe ich mit Anschreiben an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, den Bundesminister der Verteidigung, die militärische Führung, den Wehrbeauftragten, alle Diözesanbischöfe, den Evangelischen Militärbischof und an alle Diözesanräte in der Bundesrepublik Deutschland verteilt. Über die Resonanz werde ich in der ZV berichten.

Unser sehr erfolgreiches Projekt im Rahmen der Nachbarschaftshilfe „Hilfe für minengeschädigte Kinder und Jugendliche im Kosovo“ läuft in diesem Jahr aus. SFW Peter Weber (Sachausschuss Soziales Engage-



### Renovabis dankt katholischen Soldaten für Projekthilfe

**Osteuropa-Hilfswerk erhielt insgesamt 315.000 Euro an Spenden**

Für „wertvolle und großzügige Unterstützung seiner Projekte hat das Hilfswerk Renovabis der Katholischen Militärseelsorge gedankt. Am Rande des Festaktes zum 50-jährigen Bestehen der Militärseelsorge in Berlin verwies Renovabis Hauptgeschäftsführer Pater Dietger Demuth auf die Summe von rund 315.000 Euro, die das KMBA, die ZV und die GKS dem Hilfswerk seit seinem Bestehen 1993 insgesamt gespendet haben. Mit diesem Geld hätten die kath. Soldaten über Renovabis und seine Partner vor Ort in vielen Notsituationen, aber auch bei wichtigen sozialen und pastoralen Projekten in Mittel- und Osteuropa helfen können, betonte Demuth: „Dadurch haben die Soldaten viel zur Entspannung in den Krisenregionen Südosteuropas beigetragen und dafür gesorgt, dass die Wunden des Krieges schneller heilen“.

So unterstützen die Soldaten etwa seit Jahren ein Hilfs-Programm für jugendliche Landminenopfer im Kosovo. Des Weiteren spenden sie für den Aufbau eines Weisenhauses im slowakischen Nitra und für ein Kinderferiendorf in Jabloniza in der Ukraine. Demuth würdigte die jahrelange Zusammenarbeit von Renovabis und Kath. Militärseelsorge.

(Quelle: [www.renovabis.de/aktuell](http://www.renovabis.de/aktuell))

ment) hat im Auftrag des Vorstandes Möglichkeiten erkundet und wird ein neues Projekt, ebenfalls im Kosovo, vorschlagen: Aufbau und Unterstützung des Loyola-Gymnasiums in Prizren. Dies wiederum in enger Zusammenarbeit mit RENOVABIS und der Möglichkeit, vor Ort Informationen über das Projekt einziehen zu können.

Wie Sie der Tagesordnung der ZV entnehmen können, steht auch unerwartet die Neuwahl des Vorsitzenden der ZV an. ... Meine aktive Dienstzeit endet zum Jahresende, und ich werde die Jurisdiktion des Katholischen Militärbischofs verlassen. Dies erfordert eine Neuwahl. ...“

(aus: Rundbrief 1/2006 des Vorsitzenden der ZV vom August 2006)



# Gewissen und Gehorsam

Eine kurze Hinführung auf den zweiten Teil des Leitthemas der 46. Woche der Begegnung

Nach der Empfehlung des Vorsitzenden der ZV, die Erklärung der deutschen Bischöfe „Soldaten als Diener des Friedens“ vom 21.11.2005 zur Einführung in das Leitthema der Woche zu studieren, gibt die Redaktion AUFTRAG hier noch einige Hinweise zu den Begriffen GEWISSEN und GEHORSAM, wie sie im Internet und in kirchlichen Dokumenten zu finden sind (Auswahl und Zusammenstellung PS).



## Gewissen

Über das Gewissen gibt es die unterschiedlichsten Ansichten, Meinungen oder Theorien.

Viele stellen sich unter *Gewissen* eine spezielle Instanz des menschlichen Bewusstseins vor, die einen dazu *drängen*, wenn nicht sogar *zwingen* soll, aus ethischen bzw. moralischen Gründen bestimmte Handlungen auszuführen oder zu unterlassen. Entscheidungen können dabei als unausweichlich *empfunden* werden oder mehr oder weniger *bewusst*, also *im Wissen um ihre Voraussetzungen und denkbaren Folgen*, vorgenommen werden (Verantwortung).

Handelt ein Mensch entsprechend seinem Gewissen, ist er oder *fühlt er sich* gut und zufrieden und gibt üblicherweise an, *ein gutes oder reines Gewissen zu haben* oder *zu besitzen*; handelt er indessen *entgegen seinem Wissen und Gewissen*, so *fühlt er sich* von dieser vermeintlichen Bewusstseinsinstanz vielleicht angeklagt oder gar verfolgt oder unter Druck gesetzt. Andere *verspüren* eher ein *nagendes Gewissen*, und wieder andere *fühlen sich* von *Gewissensbissen* geplagt oder geradezu gepeinigt.

Ersichtlich handelt es sich bei diesen geläufigen Redeweisen um alltagssprachliche Redewendungen, die über die realen Zusammenhänge kaum etwas aussagen, zumal sie teilweise deutlich metaphorischer Art sind und daher nicht wörtlich verstanden werden dürfen. Auch von anderen Voraussetzungen ausgehende Ansichten und Vorstellungen, Meinungen und Theorien von Natur und Herkunft des Gewissens scheinen kaum geeignet, etwas zur Aufklärung der psychologischen Eigenart des Gewissens beizutragen.

## Das Gewissen im Christentum

Das Alte Testament kennt das Herz als Ausgangspunkt guter wie böser Taten, allerdings ist nirgends die Rede von einer kritischen Instanz im Geist oder in der Seele des Menschen.

Erst Paulus hat den Begriff *Gewissen* in die christliche Theologie eingeführt. Ihm zufolge ist das Gewissen keine Instanz, die eigene ethische Maßstäbe setzt, sondern *Wissen* um das eigene Verhalten angesichts der für dieses Verhalten bestehenden Forderung (Röm 2,14: Wenn Heiden, die das Gesetz nicht haben, sich trotzdem an das Gesetz halten, sind sie selbst das Gesetz usw.; 1. Kor 8,7-13 und 10,25-30). Johannes nimmt in seinem 1. Brief Bezug auf das Gewissen, auch wenn er das Wort *Herz* benutzt. 1. Joh. 3,19 - 21: „*Daran werden wir erkennen, dass wir aus der Wahrheit sind, und werden unser Herz in seiner Gegenwart beruhigen. Denn wenn das Herz uns auch verurteilt – ist Gott größer als unser Herz, und er weiß alles. Wenn das Herz uns aber nicht verurteilt, haben wir gegenüber Gott Zuversicht; ...*“ (nach: Wikipedia, der freien Enzyklopädie)

### Definition des Gewissens

Das Bewusstsein des Menschen um Gut und Böse, dessen Anlage dem Menschen je nach persönlicher Weltanschauung von Gott bzw. der Natur geschenkt wurde in Kombination mit dem inneren Antrieb, diesem Wissen entsprechend zu handeln.

## Aussagen zur Gewissensfreiheit

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

### Artikel 18:

Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

### Art. 4: Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) ...
- (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.

## Gehorsam

Das Wort *Gehorsam* leitet sich (ähnlich wie *Gehorchen*) von *Gehör*, *hören*, *Hinhören* ab und kann von einer rein äußerlichen Handlung bis zu einer inneren Haltung reichen.

Gehorsam ist prinzipiell das Befolgen von Geboten oder Verboten durch entsprechende Handlungen oder Unterlassungen. Gehorsam bedeutet die Unterordnung unter den Willen einer Autorität, das Befolgen eines Befehls, die Erfüllung einer Forderung oder das Abstehen von etwas Verbotenem. Die Autorität ist meistens eine Person oder eine Gemeinschaft, kann aber auch eine überzeugende Idee, Gott oder das eigene Gewissen sein.

(nach: Wikipedia, der freien Enzyklopädie)

Fortsetzung auf S. 74, Sp. 1

## Fortsetzung von Seite 73

## Formen von Gehorsam

1. Kindlicher Gehorsam:  
ein *Sich-Fügen* von Kindern in den Familienverband, das sich aus einem natürlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Eltern ergibt. Im übertragenen Sinn aber auch das kindlich-kindische Verhalten Erwachsener.
2. Solidarischer Gehorsam:  
ein *Sich-Einfügen* in die Gruppe aus Solidarität, auch wenn man im Einzelnen nicht selbst von einer Idee oder Handlung überzeugt ist.
3. Soziologischer Gehorsam:  
„Gehorsam“ als zentrales definitorisches Merkmal für „Herrschaft“ im Kontrast zur „Macht“ bei dem Soziologen Max Weber.
4. Freiwilliger Gehorsam –  
gegenüber Normen, die als gut anerkannt sind (z.B. 10 Gebote) oder gegenüber dem eigenen Gewissen. Damit verwandt ist
5. Gehorsam in Ordensgemeinschaften und anderen Gemeinschaften – als freiwillige Verpflichtung im Sinne der „evangelischen Räte“ (Armut, Keuschheit, Gehorsam).
6. Vorausseilender Gehorsam –Erspüren einer Erwartung; bevor eine Anweisung ausdrücklich formuliert wurde, wird schon ‘gehört’. Als Maxime der Jesuiten wurde es erstmals formuliert. Er spielte eine bedeutende Rolle für die Wirksamkeit nationalsozialistischer Kampforganisationen.
7. Kadavergehorsam, nach einer Wendung aus den Ordensregeln des Jesuitenordens, sowie die Variante des an die Autorität sozialer Organisationen verschenkten Ichs (*die Partei hat immer recht*).
8. Militärischer Gehorsam: ein teilweise erzwungenes Befolgen von Befehlen und Anordnungen. Das Nichtbefolgen (Ungehorsam) zieht häufig Sanktionen nach sich und bedeutet oft ein Risiko für die Sicherheit anderer, kann aber in Einzelfällen auch geboten sein, so die Gehorsamsverweigerung (*fälschlich auch „Befehlsverweigerung“*) aus rechtlichen oder ethischen Gründen.

## Katechismus der Katholischen Kirche zum Gewissen und Gehorsam

gem. Compendium von 2005

## GEWISSEN

**372. Was ist das Gewissen?**

Das Gewissen, das im Innersten des Menschen wirkt, ist ein Urteil der Vernunft, das ihm zum gegebenen Zeitpunkt gebietet, das Gute zu tun und das Böse zu unterlassen. Durch das Gewissen erfasst der Mensch, ob eine auszuführende oder bereits vollbrachte Handlung sittlich gut oder schlecht ist, und kann die Verantwortung dafür übernehmen. Wenn er auf das Gewissen hört, kann der kluge Mensch die Stimme Gottes, der zu ihm spricht, vernehmen.

**373. Was verlangt die Würde des Menschen in Bezug auf das Gewissen?**

Die Würde der menschlichen Person verlangt, dass das Gewissen richtig urteilt (das heißt, dass es mit dem übereinstimmt, was gemäß der Vernunft und dem göttlichen Gesetz gerecht und gut ist). Aufgrund eben dieser persönlichen Würde darf der Mensch nicht gezwungen werden, gegen sein Gewissen zu handeln, und man darf ihn – innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls – auch nicht daran hindern, in Übereinstimmung mit seinem Gewissen zu handeln, vor allem im Bereich der Religion.

**374. Wie wird das Gewissen gebildet, damit es richtig und wahrhaftig ist?**

Das richtige und wahrhaftige Gewissen wird durch die Erziehung und durch die Aneignung des Wortes Gottes und der Lehre der Kirche gebildet. Das Gewissen wird durch die Gaben des Heiligen Geistes unterstützt und durch die Ratschläge weiser Menschen orientiert. Darüber hinaus sind das Gebet und die Gewissenerforschung für die sittliche Bildung von großem Nutzen.

**375. Welchen Regeln muss das Gewissen immer folgen?**

Es gibt drei allgemeine Regeln:

- 1) Es ist nie erlaubt, Böses zu tun, damit daraus etwas Gutes hervorgehe.
- 2) Die sogenannte goldene Regel: „Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen“ (Mt 7, 12).
- 3) Die christliche Liebe achtet immer den Nächsten und sein Gewissen; dies bedeutet freilich nicht, dass etwas als gut angenommen wird, was objektiv schlecht ist.

**376. Kann das Gewissen Fehlurteile fällen?**

Die Person muss dem sicheren Urteil ihres Gewissens stets Folge leisten. Aber aus Gründen, die nicht immer frei von persönlicher Schuld sind, kann das Gewissen auch Fehlurteile fällen. Das Böse, das eine Person aus unverschuldeter Unwissenheit begeht, kann ihr jedoch nicht zur Last gelegt werden, auch wenn es objektiv etwas Böses bleibt. Aus diesem Grund müssen wir uns bemühen, Irrtümer des Gewissens zu beheben.

## GEHORSAM

**485. Was verlangt das sittliche Gesetz im Fall eines Krieges?**

Das sittliche Gesetz bleibt immer gültig, auch im Fall eines Krieges. Es verlangt, dass die Zivilbevölkerung, die verwundeten Soldaten und die Kriegsgefangenen menschlich behandelt werden. Vorsätzliche Handlungen gegen das Völkerrecht und Befehle, solche Handlungen auszuführen, sind Verbrechen, für die blinder Gehorsam kein Entschuldigungsgrund sein kann. Massenvernichtungen sowie die Ausrottung eines Volkes oder einer ethnischen Minderheit sind als schwerste Sünden zu verurteilen. Man ist sittlich verpflichtet, sich Befehlen zu widersetzen, die solche Verbrechen anordnen.

## Befehl und Gehorsam

Zum Stichwort „Befehl und Gehorsam“ bietet die Bundeswehr auf der Jugend-Web-Site [www.treff.bundeswehr.de](http://www.treff.bundeswehr.de) unter dem Link „treff.insite“ die folgende Information an:



Truppe angetreten  
© treff.bundeswehr

Wenn junge Männer und Frauen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren befragt werden, welche negativen Seiten sie denn mit der Bundeswehr verbinden, wird oft an erster Stelle die „Abneigung gegen Befehl und Gehorsam“ genannt. Viele setzen den Soldaten gleich mit einem reinen Befehlsempfänger, der ohne eigene Rechte und willenlos herumkommandiert wird. Häufig wird auch eine entsprechende Darstellung in TV- und Kinofilmen fälschlicherweise als Realität des Dienstes in unseren Streitkräften angesehen.

Verkannt wird hierbei jedoch, welchen Wandel der Soldatenberuf in der Vergangenheit durchlebt hat. So ist vielfach nicht bekannt, welche umfangreichen Beteiligungsrechte schon der junge Soldat vom ersten Tag seines Dienstes an hat.

Gerade die Bundeswehr hat aus der Vergangenheit früherer Armeen in Deutschland gelernt. Die Bundeswehr ist als Armee in einer Demokratie selbstverständlich an die Wesen-züge unserer freiheitlichen Staatsform gebunden.

Das Prinzip des „Staatsbürgers in Uniform“ zielt gerade darauf ab, den Soldaten zum Mitdenken und Mitgestalten auszubilden und zu erziehen. So wird jeder Soldat schon wenige Tage nach seiner Einberufung nicht nur intensiv über seine Pflichten in der Gemeinschaft seiner Gruppe und seines Zuges, sondern selbstverständlich auch über die ihm

zustehenden, vielfältigen Rechte und Beschwerdemöglichkeiten informiert. Kaum eine andere Berufsgruppe besitzt so umfassenden Schutz vor Missbrauch der Vorgesetztenstellung. Natürlich kann keine Armee dieser Welt ohne das Prinzip von Befehl und Gehorsam auskommen, auch nicht die Bundeswehr. Dies soll aber nicht heißen, dass Gehorsam mit „Kadavergehorsam“ gleichzusetzen wäre.

Wenn ein militärischer Vorgesetzter nach Beurteilung der Lage z.B. einen Entschluss für das weitere Handeln seiner Soldaten gefällt hat, muss er diese Absicht in einem Befehl formulieren und dessen Befolgung durchsetzen. Ein verantwortungsbewusster Vorgesetzter wird dies aber auch immer gegenüber seinen Soldaten nachvollziehbar begründen können. Auf der anderen Seite werden auch die Soldaten mit dem gegebenen Befehl keine Probleme haben, wenn sie ihren Vorgesetzten kennen und er durch sein bisheriges vorbildliches Führungsverhalten ihr Vertrauen gewonnen hat.

Da beim Einsatz von Streitkräften der Zeitfaktor eine besondere Bedeutung hat, kann nicht jede Anweisung an einen Soldaten mit einer umfassenden Begründung des Sinns und Zwecks verbunden sein. Es ist gerade das Prinzip von Befehl und Gehorsam, das Streitkräfte zur schnellen Reaktion befähigt.

Auch außerhalb der Bundeswehr gibt es das Prinzip von Befehl und

Gehorsam, auch wenn die Begriffe dort nicht zu finden sind. Ob anstelle von „Befehl“ nun „Anweisung“ oder „Vorgabe“ gesagt wird, ist im Prinzip das Gleiche. Nicht verkennen sollte man allerdings, dass ein „Befehl“ im militärischen Bereich eventuell auch über Tod und Leben entscheiden kann. Und dies macht den wesentlichen Unterschied des Soldatenberufes zu jedem anderen zivilen Beruf aus.

Dieser besonderen Verantwortung ist sich jeder militärische Vorgesetzte bewusst, er weiß auch, dass er alle Konsequenzen, die aus seinem gegebenen Befehl erwachsen, tragen muss. Nicht zuletzt deswegen steht die Definition des Begriffes „Befehl“ auch im so genannten „Wehrstrafgesetz“. Damit wird deutlich, dass sich der Vorgesetzte bei unkorrekten Befehlen, z.B. bei solchen, die eine Straftat zur Folge haben oder gegen die Menschenwürde oder das Kriegsvölkerrecht verstoßen, selbst strafbar macht. Derartige Befehle darf ein Untergebener in der Bundeswehr zudem auch nicht ausführen. Sofern seine eigene Menschenwürde verletzt ist, braucht er sie nicht zu befolgen. Auch über dieses doch recht komplexe Regelwerk wird jeder Soldat zu Beginn seiner Grundausbildung ausführlich unterrichtet.

Die Vorstellung, dass die allermeisten Soldaten reine Empfänger der Befehle einiger weniger Vorgesetzten sind, hat mit der Wirklichkeit nichts gemein. Im Grunde kann jeder Soldat durch die Übertragung von Verantwortung in die Rolle des Vorgesetzten kommen. In der Unteroffizier- bzw. Offizierlaufbahn kann man bereits nach etwa einem Jahr Dienstzeit Führer einer Gruppe mit ca. 10 Soldaten sein. In kaum einem anderen Beruf wird jungen Männern und Frauen in so kurzer Zeit so viel Verantwortung für Menschen und Material übertragen. Hierfür werden sie in



Soldaten auf einem Schiff  
© treff.bundeswehr



ihrer Ausbildung speziell geschult.

Da in der Bundeswehr das Prinzip der Auftragstaktik praktiziert wird, haben die jungen Unteroffiziere und Offiziere zudem eine relativ große Entscheidungsfreiheit. Auftrags-taktik bedeutet, dass ein Vorgesetzter in einem Befehl das Ziel, Mittel und Informationen vorgibt und der Untergebene den Weg zur Erreichung des Ziels selbst bestimmt. Die meisten anderen Streitkräfte, auch innerhalb der NATO, verfahren im Unterschied dazu nach dem Prinzip der Befehlstaktik. Hierbei wird dem

Untergebenen im Rahmen des Befehls auch der Weg zum Ziel vorgegeben.

Befehl und Gehorsam gehören zu den militärischen Grundprinzipien. Jeder Soldat, und ganz besonders der, der in einer demokratisch verfassten Armee wie der Bundeswehr dient, kann sich sicher sein, dass damit der Befehlsgeber, der Vorgesetzte, in einer ganz besonderen Verantwortung für die von ihm gegebenen Befehle steht. Der Befehlsempfänger hingegen, der Untergebene, wird auch gerade durch dieses Prinzip ge-



Kompaniegeschäftszimmer  
© treff.bundeswehr

schützt. Voraussetzung hierfür allerdings ist, dass beide, Vorgesetzter und Untergebener, ihre Pflichten und Rechte kennen, dies ist die Grundlage für gegenseitiges Vertrauen. □

## Befehl und Gehorsam in der deutschen Wehrverfassung

### Die Gehorsamspflicht

	§ 11 Soldatengesetz " Der Soldat muß seinen <b>Vorgesetzten</b> gehorchen. Er hat ihre <b>Befehle</b> nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen."
	§ 19 Wehrstrafgesetz " Wer einen Befehl nicht befolgt und dadurch wenigstens fahrlässig eine schwerwiegende Folge ( § 2 Nr.3 ) verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft. "
	§ 20 Wehrstrafgesetz " Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren wird bestraft, 1. wer die Befolgung eines Befehls dadurch verweigert, daß er sich mit Wort oder Tat gegen ihn auflehnt, oder 2. wer darauf beharrt, einen Befehl nicht zu befolgen, nachdem dieser wiederholt worden ist."

### Der unverbindliche Befehl

	§ 11 Absatz 1 Soldatengesetz " Ungehorsam liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt oder der nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt worden ist."
	§ 11 Absatz 2 Soldatengesetz " Ein Befehl darf nicht befolgt werden, wenn dadurch eine Straftat begangen würde."
	§ 22 Wehrstrafgesetz " In den Fällen der §§ 19 bis 21 handelt der Untergebene nicht rechtswidrig, wenn der Befehl <b>nicht verbindlich</b> ist, <b>insbesondere</b> wenn er nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt ist oder die Menschenwürde verletzt oder wenn durch das Befolgen eine Straftat begangen würde."

## Bischöfe: Gewissen und Grenzen von Befehl und Gehorsam

„Die Streitkräfte sind in das System der demokratischen Gewaltenteilung und -kontrolle so eingegliedert, dass der Primat der demokratisch legitimierten Politik sichergestellt ist. So wird eine Verselbständigung der Streitkräfte verhindert.

Die Bindung militärischen Handelns an die nationale und internationale Rechtsordnung begrenzt Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht der Soldaten. Die Gehorsamspflicht endet dort, wo rechtswidrige Handlungen befohlen werden. Dieser Grundrechtsschutz bestimmt die Rechtsstellung der Soldaten wie die der Bürger im Allgemeinen. Militärisch notwendige Einschränkungen individueller Rechte werden

nach Maßgabe des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit durch Gesetz geregelt. Es liegt nicht in der Kompetenz der Vorgesetzten, über die Gewährung oder Einschränkung von Grundrechten zu entscheiden. Das Grundrecht auf Gewissensfreiheit, das dem Schutz des Menschen als moralischer Person dient, gilt auch in den Streitkräften uneingeschränkt. Es kann nicht unter Berufung auf Gesichtspunkte der militärischen Zweckmäßigkeit oder Funktionsfähigkeit außer Kraft gesetzt werden.“

(aus: Die deutschen Bischöfe:  
„Soldaten als Diener des Friedens. Erklärung zur  
Stellung und Aufgabe der Bundeswehr“, vom 25.11.2005)

# »Ethische Bildung in der Bundeswehr – Chancen und Risiken«



## Vorbemerkung des Bundesvorsitzenden zur Bundeskonferenz der GKS<sup>\*)</sup>

### Thematischer Schwerpunkt der Bundeskonferenz

Auch die Bundeskonferenz (BK) der GKS wird das Leitthema der Woche der Begegnung „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM“ aufgreifen – allerdings unter einem anderen Aspekt als die Zentrale Versammlung. LtD WissDir Lothar Bendel, Referatsleiter im KMBA, wird am Donnerstag zum Thema „ETHISCHE BILDUNG IN DER BUNDESWEHR – CHANCEN UND RISIKEN“ vortragen. Die Teilnehmer werden Gelegenheit zu Nachfragen und hoffentlich lebhaften Diskussion haben. Am Freitag soll dann dieses Thema in vier Arbeitsgruppen unter der Moderation unserer Sachausschüsse aufgegriffen werden:

- (1) Herausforderungen an das Konzept der Inneren Führung,
- (2) Entwurf der neuen ZDv 10/1,
- (3) Lebenskundlicher Unterricht,
- (4) Ethische Bildung in der Bundeswehr: Was kann die GKS dazu beitragen?

Für jede Arbeitsgruppe wurden in Zusammenarbeit mit dem Referenten Leitfragen formuliert, die als Anregung für die Diskussion verstanden werden sollen. Selbstverständlich werden den Arbeitsgruppen auch die erforderlichen Materialien zur Verfügung gestellt werden.

Am Rande der BK werden Sitzungen des FGKS e.V. und des GKS e.V. stattfinden. Der GKS e.V. beabsichtigt für den ausgeschiedenen Geistlichen Beirat der GKS, jetzigen Generalvikar des Erzbistums Bamberg, Msgr. Georg Kestel, einen neuen Beisitzer wählen.

### Projektgruppe „GKS-Satzung“

Mir liegt sehr daran, dass wir bei unseren Beratungen auch auf die Arbeit der PROJEKTGRUPPE „GKS-SATZUNG“ eingehen. Der Bundesvorstand hat sich auf seiner Sitzung in Bam-

berg im Juni dieses Jahres ausführlich mit dem Grundlagendokument „ZIELE UND WEGE“ aus dem Jahr 1995 befasst. Im Zusammenhang von „50 Jahre Militärseelsorge“ und 10 Jahre nach Verabschiedung des gültigen „Programms“ ist es notwendig und gut, dass wir uns mit unseren Grundlagen beschäftigen. Die Projektgruppe wird diese Überlegungen fortführen. Wegen der Bedeutung der Dokumente muss letztlich die Bundeskonferenz entscheiden, wie „ZIELE UND WEGE“ und später auch Ordnung und Geschäftsordnung der GKS neu formuliert werden sollen.

### Seminar 3. Lebensphase

Ferner sollen die Überlegungen des Bundesvorstandes zur Weiterentwicklung des „SEMINARS 3. LEBENS-PHASE“ in der Bundeskonferenz zur Diskussion gestellt werden. Auch mit diesem Problem befasst sich eine Arbeitsgruppe, deren Überlegungen und Ergebnisse wir anhören und diskutieren wollen.

### Sicherheitspolitische Aspekte

Aber auch die aktuellen politischen Ereignisse können uns nicht unberührt lassen. Die Diskussionen über Art und Umfang eines deutschen Beitrags zur internationalen Friedenstruppe unter VN-Mandat im Libanon bedarf einer Stellungnahme durch die GKS – zumindest sollten wir darüber diskutieren. Hier zeichnet sich eine ungewöhnlich schwierige Gemengelage von historischen Belastungen und sicherheitspoliti-

schen Erwägungen ab, die unsere Positionierung aus friedensethischer Sicht erfordert.

Ein weiteres Thema kann das geplante Weißbuch der Bundesregierung sein. Wir kennen die Entwürfe, wissen aber noch nicht, zu welchen Ergebnissen die Ressortabstimmung schließlich führen wird. Themen der Militärseelsorge, Fragen einer Gesamtkonzeption von Auslandseinsätzen und Aspekte der Fortentwicklung der Inneren Führung finden unser besonderes Interesse.

### Lagebericht

Wie gewohnt wird zur BK an die Delegierten der Lagebericht 2006 mit Beiträgen aus den Bereichen, Sachausschüssen und Funktionen verteilt. Dazu wird bzw. kann im Plenum nachgefragt und diskutiert werden. In meinem Lagebericht vor der BK werde ich ausführlicher auf die drängenden Fragen zu Gesellschaft, Kirche und Bundeswehr eingehen.

Ich freue mich auf ein Wiedersehen in Ludwigshafen!

Die Bundeskonferenz als das höchste Beschlussgremium unserer Gemeinschaft bietet in hervorragender Weise die Gelegenheit zur geselligen Begegnung, zur gemeinsamen Besinnung im Gottesdienst sowie zur anspruchsvollen Bildung.

Bitten wir den hl. Christophorus um eine gute Anreise in die Pfalz.

Mit herzlichem Gruß

Ihr

Paul Brochhagen Oberstleutnant

### Innere Führung dient einem doppelten Zweck:

...

Auf der anderen Seite ist Innere Führung eine Normenlehre für die Menschen in den Streitkräften, das heißt, für das Verhalten der Soldaten und ihren Umgang miteinander. Sie enthält konkrete Forderungen an das Führungsverhalten der militärischen Vorgesetzten.

#### Ziele und Grundsätze

Aus dieser Zweckbestimmung ergeben sich die Ziele der Inneren Führung:

#### 1. Legitimation

Ethische Normen und politische und rechtliche Begründungen des soldatischen Dienstes werden vermittelt, damit der Sinn des militärischen Auftrages einsichtig und verständlich wird.

#### 2. Integration

#### 3. ...

<sup>\*)</sup> In einem Rundbrief (I/2006 vom August 2006) führt der Bundesvorsitzende, Oberstleutnant Paul Brochhagen, in den inhaltlichen Ablauf der Bundeskonferenz der GKS ein. Der Brief wird hier in den wichtigsten Passagen wiedergegeben.



# Aus dem Leben der GKS

## Bericht des Bundesgeschäftsführers

### 1. Sitzung des Bundesvorstandes

Einer langjährigen Tradition folgend führte der Bundesvorstand (BV) auch in diesem Jahr eine seiner Sitzungen so durch, dass auch die Ehepartner mit anreisen konnten. Der Bundesvorsitzende will damit seinen Dank dafür zum Ausdruck bringen, dass die Belastungen der Familien durch die häufigen Abwesenheiten der ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Bundesvorstandes von den Partnern akzeptiert werden.

Die BV-Sitzung fand vom 22.-25. Juni 2006 in Bamberg statt. Erstmals wurde dabei versucht, den Zeitplan so zu gestalten, dass ausreichend Zeit und Gelegenheit war, die für die Zukunft der GKS wichtigen Themen ausführlich und ohne Zeitdruck zu diskutieren. Die Teilnehmer waren daher bereits einen Tag früher angereist. Sie alle bewerteten diesen Versuch als sehr erfolgreich.

Der BV fand so Zeit und Gelegenheit für eine gründliche Diskussion über die Neuformulierung des Grundlagendokuments „ZIELE UND WEGE.“ Die mit der Weiterentwicklung dieses Dokuments sowie der Ordnung und der Geschäftsordnung beauftragte Arbeitsgruppe erhielt umfangreiche und weiterführende Vorgaben. Ihr Ziel ist ein überarbeitetes Papier, das nach Billigung durch den BV der Bundeskonferenz zur Billigung vorgelegt werden soll. Entsprechend soll dann mit der Ordnung und der Geschäftsordnung verfahren werden.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die Festlegung von Teilnahmebedingungen für die „SEMINARE DRITTE LEBENSPHASE.“ Der BV entschied, dass die aktive ehrenamtliche Mitarbeit in der Katholischen Militärseelsorge das Hauptkriterium für die Teilnahme sein soll. Auch hier werden die weiteren Einzelheiten durch eine Arbeitsgruppe ausformuliert und dem BV zur Entscheidung vorgelegt.

Breiten Raum nahm auch der Haushalt der GKS ein. Der BV be-

schloss, die vom KMBA vorgesehenen Einsparungen ab 2007 umzusetzen – insbesondere den Wegfall der Fahrtkostenerstattung bei Familienwochenenden und Familienwerkwochen – ferner bei den „SEMINAREN DRITTE LEBENSPHASE“ und bei der „GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN.“ Der Bundesvorsitzende wies erneut auf die Notwendigkeit hin, in allen Bereichen sparsam zu wirtschaften. Dabei sollen jedoch unsere Grundsätze unangetastet bleiben: Erste Priorität werden nach wie vor alle im Handbuch vorgesehenen Aktivitäten der GKS-Kreise und -Bereiche haben.

Schließlich befasste sich der Bundesvorstand ausführlich mit der inhaltlichen Arbeit bei der bevorstehenden Bundeskonferenz. Dabei legte er die Schwerpunkte für die Diskussionen in den Arbeitsgruppen fest, die nach dem Hauptvortrag zum Thema „ETHISCHE BILDUNG IN DER BUNDESWEHR – CHANCEN UND RISIKEN“ konkrete Aspekte aus dem Themenbereich „INNERE FÜHRUNG“ behandeln sollen.

Für das am 9. November 2006 geplante Politikergespräch mit BM Jung beschloss der Bundesvorstand, dass der Vorsitzende des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ Oberst Josef Blotz die Moderation übernimmt.

### 2. Politikergespräch mit MdB Bernd Siebert (CDU)

Nach einem ersten Politikergespräch in diesem Jahr mit dem Wehrbeauftragten fand am 6. Juli bereits ein zweites statt, diesmal mit MdB Bernd Siebert (CDU). Er ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2003 Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seit 2004 stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik der CDU. Seit November 2005 ist er Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit deren verteidigungspolitischer Sprecher.



Als Gastgeber begrüßten Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut und der Bundesvorsitzende der GKS Oberstleutnant Paul Brochhagen die Teilnehmer. Moderator war der Vorsitzende des GKS-Sachausschusses „SICHERHEIT UND FRIEDEN“, Oberst Josef Blotz. An dem Abend nahmen ca. 30 Personen teil, davon etwa 20 GKS-Mitglieder.

### 3. Ausblick

Abschließend noch ein Blick auf die Schwerpunkte der kommenden Wochen und Monate:

- Vom 18.09. – 23.09.2006 findet in Ludwigshafen die 46. Woche der Begegnung statt. Ihr Leitthema lautet: „SOLDATEN ALS DIENER DES FRIEDENS – GEWISSEN UND GEHORSAM.“ Während der vorangehenden Vorkonferenz werden gemeinsame und getrennte Sitzungen des Vorstandes der ZV und des BV-GKS stattfinden. Die GKS wird dieses Thema während ihrer Bundeskonferenz in der zweiten Wochenhälfte durch einen Vortrag und in Arbeitsgruppen vertiefen.
- Am Rande der Woche der Begegnung werden Mitgliederversammlungen des FGKS e.V. und des GKS e.V. durchgeführt werden.
- Vom 25.-29. Oktober werden sich in Nürnberg wieder katholische Ehepaare zu einem „SEMINAR DRITTE LEBENSPHASE“ zusammenfinden.
- Am 9. November wird in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin ein weiteres Politikergespräch stattfinden, diesmal mit dem Bundesminister der Verteidigung.
- Am 13. November ist eine Sitzung des Exekutivsausschusses in Bonn geplant. (Klaus Achmann)



## Abschied in Bamberg

**Bundesvorstand tagte im Juni 2006 am neuen Wirkort  
des ehemaligen Geistlichen Beirats der GKS,  
Militärdekan a.D. Georg Kestel**

**D**er Ort war so wichtig wie der Inhalt: Nicht zufällig hatte der Bundesvorstand seine Sitzung zur Vorbereitung der Bundeskonferenz während der „46. WOCHEN DER BEGEGNUNG“ in die alte Kaiserstadt gelegt. Es galt, neben allen laufenden Geschäften den langjährigen Geistlichen Beirat, Msgr. Georg Kestel, zu verabschieden.

Seit 1997 war Georg Kestel Militärdekan im Katholischen Militärbischofsamt als Leiter des Referats „Seelsorge“ tätig. Damit nahm er zugleich sowohl die Aufgaben des „Bischöflichen Beauftragten für die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten in Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr“ als auch des Geistlichen Beirats der GKS wahr. Kaum einer unter den aktiven, der nicht seine ansteckende, von Herzen kommende Fröhlichkeit, aber auch seine bedächtigen, aus einer tiefen Spiritualität genährten Predigten und Beiträge zu den Jahresberichten der GKS kannte. Zum 1. April 2006 hatte der Bischof seiner Heimatdiözese, Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Msgr. Kestel als Generalvikar nach Bamberg berufen. Eine große Ehre für Georg Kestel, auch für die Katholische Militärseelsorge und für die GKS – gewiss, aber eben auch ein Stück schmerzvoller Abschied von einem lieb gewordenen Freund.

Viel Zeit blieb selbst in Bamberg nicht, um sich mit Georg Kestel zu treffen und ein paar nette Worte auszutauschen. Unglücklicherweise traf die Bundesvorstandssitzung mit der Priesterweihe des Erzbistums zeitlich zusammen. Dennoch nahm sich Georg Kestel die Zeit für einen gemeinsamen Abend – bei fränkischen Spezialitäten. Der GKS-Bundesvorsitzende, Oberstleutnant Paul Brochhagen, würdigte noch einmal die Verdienste des ausgeschiedenen Geistlichen Beirats – und sein Vorgänger, Msgr. Walter Theis, ergänzte das Seine. Ein angemessener Ab-

schied, ganz im Stil von Georg Kestel: würdevoll und fröhlich zugleich.

Der Bundesvorstand musste in seiner Arbeits-sitzung eine bedenkliche Kassenlage zur Kenntnis nehmen. Es gilt zu sparen, oder zumindest doch, die vorhandenen Mittel gezielter zu bewirtschaften. Veranstaltungen müssen unbedingt rechtzeitig vorher an-



*Bei einer „Fränkischen Brotzeit“ verabschiedete der GKS Bundesvorsitzende Oberstleutnant Paul Brochhagen den geschätzten ehemaligen Geistlichen Beirat Msgr. Georg Kestel. Zum Dank überreichte er ihm ein Fotoalbum mit Bildern aus seiner 5-jährigen Tätigkeit.*

*Zum Abschluss der BV-Sitzung feierte der Vorgänger von MD Kestel als Geistlicher Beirat der GKS, Prälat Walter Theis, einen Gottesdienst und ließ sich dabei von vier Mädchen aus dem „GKS-Nachwuchs“ assistieren.*

*(Fotos: F. Brockmeier)*

gemeldet und in den Haushalt eingestellt werden, und Überziehungen bei den vorgesehenen Ausgaben können in Zukunft nicht ohne Weiteres mehr hingenommen werden. Der Bundesvorsitzende stellte jedoch klar, dass für das „Kerngeschäft“ auch weiterhin die Mittel bereit stehen werden: die seelsorgliche Arbeit sowie die Vertretung der Position der katholischen Soldaten in die Öffent-

lichkeit und innerhalb der Bundeswehr. Leider lässt sich das nur realisieren, indem an anderer Stelle gespart wird. Der erste Schnitt: der Bundesvorstand beschloss ab 2007 den Wegfall der Fahrkostenerstattung bei Familienwochenenden und Familienwerkwochen, ferner bei Seminaren „Dritte Lebensphase“ und bei der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn. (Winfried Heinemann)

# Termine · Termine · Termine

## Termine 2006

### Allgemeine

18.-23.09.	46. Woche der Begegnung, Ludwigshafen
16.09. – 18.09.	Vorkonferenz
18.09. – 21.09.	ZV
20.09. – 23.09.	BuKonf GKS
25.-29.09	Generalversammlung AML in Kenia
23.-27.10.	51. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorger, Freising
25.-29.10.	II. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
24.-25.11.	Vollversammlung ZdK
27.-28.10	Tagung Justia et Pax in Berlin
09.11.	Politikergespräch mit BMVg Dr. Franz Josef Jung im KMBA Berlin
27.11.	Sitzung Verwaltungsrat Soldatenseelsorge

### Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/Familienwochenenden

#### KLMD Kiel/Glücksburg/GKS Nord/Küste

29.09.-01.10. AK II/06, Parchim

#### KLMD Hannover/GKS NS-Bremen

03.-05.11. AK II/06, Cloppenburg-Stapelfeld

#### GKS Nordrhein-Westfalen

08.-13.10. Familienwerkwochenende, Travemünde

#### GKS Rhld-Pfalz/Hessen/Saarland

24.-26.11. BK, Kloster Maria Engelport

#### KLMD München/Sigmaringen

##### GKS Bayern u. Ba-Württemberg

20.-22.10. AK II/06, Beilngries

#### KLMD Erfurt/GKS Bereich Ost

03.-05.11. AK II/06, Schmochtitz

### BV/EA GKS und Vorst ZV

21.09. BS während der BuKonf, Ludwigshafen

11.11. Vorstand ZV im KMBA Berlin

13.11. EA-Sitzung in Bonn

### GKS-Sachausschüsse

SA „Innere Führung“ im Albertinum, Bonn:

11.09., 27.11.

SA „Sicherheit und Frieden“ im Albertinum, Bonn:

17.11. in Bonn

Internationaler SA

01.-03.12 in Berlin

## Vorschau 2007-2008

### 2007

10.01.07	Vorstandssitzung ZV in Berlin
11.01.07	Int. Soldatengottesdienst in Köln
26.01.07	J-Empfang MGV für Vorst ZV u. EA
27.01.07	Vorstandssitzungen ZV und EA Berlin
16.-18.02.07	KLMD Hannover/GKS NS-Bremen: AK/BK, Dassel
22.-24.02.07	Tagung Justia et Pax, SA Mission-Entwicklung-Frieden in Speyer
24.-26.03.07	KLMD Kiel/Glücksburg, GKS Nord/Küste: AK/BK, Salem
30.-31.03.07	Tagung Justia et Pax in Bonn/Köln
20.-22.04.07	KLMD München/Sigm., GKS Bayern/Ba-Württemberg: AK/BK, Untermarchtal
25.-29.04.07	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
04.-05.05.07	Vollversammlung ZdK
06.-10.06.07	Seminar 3. Lebensphase Cloppenburg
06.-10.06.07	31. Dt. Ev. Kirchentag in Köln
13.06.-19.06.07	49. Lourdes-Wallfahrt
15.-17.06.07	AK NRW in Mülheim
15.-17.09.07	Vorkonferenz zur Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen
17.09.-22.09.07	Woche der Begegnung in Augsburg-Leitershofen
30.09.-05.10.07	GKS-NRW: Familienwerkwoche, Kirchhundem-Rahrbach
20.-22.10.07	KLMD Kiel/Glücksburg, GKS Nord/Küste: AK/BK, Bünsdorf
22.-26.10.07	52. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorger in Bensberg
24.-28.10.07	Seminar 3. Lebensphase Nürnberg
26.-27.10.07	Herbsttagung Justia et Pax in Berlin
30.09.-05.10.07	GKS NRW: FamWerkWo in Kirchhundem-Rahrbach
09.-11.11.07	KLMD Hannover/GKS NS-Bremen: AK/BK, Duderstadt
10.11.07	Vorstandssitzung ZV in Berlin
16.-18.11.07	KLMD München/Sigm., GKS Bayern/Ba-Württemberg: AK/BK, Wertach
23.-24.11.07	Vollversammlung ZdK
30.11.-02.12.07	Seminar für Funktionsträger der GKS in der Wolfsburg in Mülheim

### 2008

21.-27.05.08	50. Lourdes-Wallfahrt
21.-25.05.08	97. Dt. Katholikentag, Osnabrück
15.-20.07.08	Weltjugendtag Sydney
20.-24.10.08	53. Gesamtkonferenz
21.-22.11.08	Vollversammlung ZdK

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

## Camino 2006

Was ist es – Glaube, Hoffnung, Liebe? (1Kor 13,13)

VON LUDWIG STRAUSS

Mein Erlebnis auf der diesjährigen Jakobuswallfahrt habe ich weit weg von Santiago de Compostela gehabt. Eine kleine Dorfkirche in einem ebenso kleinen Dorf hat dazu beigetragen.

Wir waren mit unserer Pilgergruppe von Astorga nach Rabanal de Camino marschiert. Dieser Weg ist gleichzeitig mit der Pilgerhauptstraße, dem „CAMINO FRANCE“ identisch. Jetzt war es Mittagszeit und eine wohlverdiente Pause angesagt. Ich hatte mein Lunchpaket verzehrt, und wollte mir noch etwas die Beine vertreten. Dieses Dorf Rabanal bietet malerische Winkel, einige Gaststätten, Pilgerherbergen, in der Dorfmitte ein Kloster und eine daneben stehende Dorfkirche. Natürlich ging mein Dorfrundgang auch zu dieser Kirche. Es war schon mühsam überhaupt die alte Kirchentüre zu öffnen. Gerade wollte ich wieder kehrt machen, als sie in ihren Angeln nachgab. Zuerst hab ich gar nichts gesehen; der spärlich beleuchtete Raum war aus der grellen Mittagssonne nicht zu erkennen. Es dauerte einen Moment bis sich die Augen an das Dunkel gewöhnten. Aber was sah ich, dieser Raum hatte nun fast gar nichts mit einem herrlichen Gotteshaus bayrischer Vorstellung zu tun. Es war ein Raum der seine glorreichen Tage hinter sich hatte. Die Hälfte der Wände hatten keinen Putz mehr, hier waren die nackten Bausteine zu sehen, an vielen weiteren Stellen bröckelte der Verputz ab. Auf den ersten Blick hätte es einen guten Kartoffelkeller abgegeben.

Ich setzte mich in eine Bankreihe und schaute mich um. Mein Blick blieb im Chorraum hängen. Das Mauerwerk in der gleichen Weise rampontiert, aber zudem klaffte ein hässlich tiefer Riss quer durch die Chorwand. Davor hing ein einfaches Kruzifix. Irgendwie fühlte ich mich an die Filmszene bei Don Camilo erinnert, und stellte mir vor, ich könnte mit dem Herrn ein Gespräch führen. Nun, ich war alleine in der Kirche, und ich gab mich diesem Gedanken hin.

– „Nun du Aleman, was überlegst du, warum möchtest du hier schon wieder alles verbessern, die Wände reparieren, Farbe anbringen. Lass es wie es ist, ich wohne schon viele Jahre so. Hier bin ich voll zufrieden, die Menschen besuchen mich, und spüren meine Nähe. Was brauchen wir Putz und Farbe, es kommt doch nur auf die Herzen an. Ja und die öffnen sie vor meiner Anwesenheit.“

– „Herr, ich möchte doch nur, dass du eine schönere Umgebung hast, dass deine Umgebung deiner Stellung entspricht. Dass die Menschen bei deinen Anblick ein bisschen den Himmel erahnen, und sich freuen bei dir in einer schönen, reinen Umgebung zu sein.“

Lange Zeit war Stille.

– „Herr, ich möchte doch nur die groben Schäden ausbessern, einfach ein Haus der Glorie und Anbetung schaffen. Es soll einfach Freude all die Besucher ergreifen.“

– „Was glaubst du eigentlich, mein Dasein wäre von solchen Äußerlichkeiten abhängig? Auch wenn diese Mauer einstürzte, bin ich immer noch anwesend. All diesen Pomp, Gold und Stuck ist doch nur euer Werk, mein Haus ist nicht von dieser Welt.“

Ich fühlte mich leicht beschämt, diese Worte waren mir ja nicht fremd.

– „Sieh auf diesen Riss hinter meinem Kreuz, zeigt er nicht die ganze Welt, gut und böse, arm und reich, gesund und krank, Liebe und Hass, zwei Hälften, und doch eine Wand. Farbe, Gold und Stuck würde das alles doch nur überdecken. Die Wahrheit wäre nun nicht mehr zu sehen. Und doch gibt es zwei Seiten, also schau hin. Es ist doch euer Werk, diese Einteilung.“

– „Herr, du hast sicher recht, aber hast du uns nicht so geschaffen, immer auf der Suche nach der Vollkommenheit?“

– „Was glaubst du denn, wer ist vollkommen, ihr Menschen, in euren Nationalitäten, Traditionen, oder Regeln. Das sind doch alles nur Werke



Skizze aus meinem Reisetagebuch

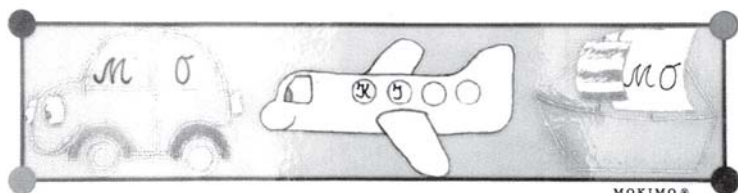
eurer Ängste, Machtstrebens oder der Geltungssucht. Meine Wahrheit kennt nur eine Frage, glaubst du, oder glaubst du nicht. Sieh die Vögel des Himmels, sie säen nicht, sie ernten nicht, und der himmlische Vater ernährt sie doch. Und dann ist da die Liebe, wisst ihr Menschen noch um diese Gnade?“

Seine Worte waren ruhig, und völlig ohne Pathos gesprochen. Meine Gedanken überschlugen sich, ich suchte nach Antworten. Ich verließ die Kirche, setzte mich auf eine steinerne Bank, und ließ die Situation nachwirken. Griff nach meinen Kugelschreiber und zeichnete diesen Chorraum in mein Reisetagebuch, dabei war ich zufrieden, und fand auch dass alles so bleiben soll. Ein Gefühl der Ruhe ergriff mich. Diese einfache Kirche hat mich stärker bewegt, als irgend eine große schöne Kathedrale, von der es doch so viele auf unseren Wegen gab.

Am nächsten Morgen, war diese Kirche unser Startpunkt für eine neue Tagesetappe. Als ich wieder den Innenraum betrat, fröstelte mich ein wenig. Vielleicht auch wegen der Kühle, welche natürlich am Morgen in den Raum war. Aber ich fand nicht die Ruhe und Besinnung. Zuviel Ablenkung und Unruhe tat sich auf. Es war einfach nicht der Moment dafür, die Situation von gestern wieder aufleben zu lassen.

Plötzlich war ich froh, das Erlebnis gestern für mich allein erfahren zu haben. □





SEELSORGEBEREICH BRUCHSAL-KARLSRUHE:

## MOKIMO

## Neue Wortschöpfung bei der Bundeswehr

**Z**u den bisher ungezählten und manchmal nicht mehr nachvollziehbaren Abkürzungen der Bundeswehr kommt seit einiger Zeit dieses Kürzel: „MOKIMO“.

Was verbirgt sich dahinter? Schlicht und einfach das

„MOBILES KINDERZIMMER

MATTHIAS OPOLONY“

Und so fing alles an:

Matthias Opolony, Oberstabsfeldwebel, Leiter des Familienbetreuungszentrums Stab VBK 52 in Speyer, hat-

te bei seinen Informationsveranstaltungen immer wieder Probleme, weil bei der Betreuung der Kleinkinder von Soldaten und deren Angehörigen bestimmte Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden mussten. Denn kein Dienstzimmer der Bundeswehr ist als Kinderzimmer geeignet.

Die zündende Idee, hier Abhilfe zu schaffen, kam dem umtriebigen Bastler eines Abends. Er entwarf ein mobiles Kinderzimmer. Wo aber findet man für eine solche Idee Partner, die eine solche Initiative finanzieren

und unterstützen. Er fand sie bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS) und dem Deutschen Bundeswehrverband (DBwV), die sofort Feuer und Flamme waren.

Als die Anfangsfinanzierung gesichert war und die Luftwaffeninstandsetzungsgruppe 12 in Ummendorf den ersten Prototypen gebaut hatten, reichte Oberstabsfeldwebel Opolony seine Erfindung über das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung zum Patent ein. Zunächst glaubte man dort an einen Aprilscherz, kam aber nach Rücksprache mit den „Erfinder“ sehr schnell zu der Überzeugung, dass hier mit allen Mitteln geholfen werden sollte. Opolony verkaufte seine Erfindung der Bundesrepublik als Gebrauchsmuster. Es haben sich auch schon Interessenten gemeldet, die das MOBILE KINDERZIMMER in Lizenz bauen wollen.

Das MOKIMO soll auf Anhängern transportiert werden, damit es bei allen Betreuungszentren eingesetzt werden kann.

Dieses mobile Kinderzimmer ohne scharfe Kanten, mit kindergerechtem Eingang, Garderobe und je nach Anzahl der Kinder in Modulbauweise beliebig zu vergrößern, ermöglicht den Eltern, sich voll und ganz auf die Informationsveranstaltung zu konzentrieren, denn selbstverständlich ist für die Betreuung der Kleinsten geschultes Personal im Einsatz.

Zur Person: Oberstabsfeldwebel Matthias Opolony ist verheiratet, hat zwei Kinder, ist Mitglied und Ansprechpartner der GKS und war lange Zeit Vorsitzender eines Militärpfarrgemeinderates.

(Text u. Fotos: Friedrich Brockmeier)



**Zu den Bildern:**

oben: Das von Matthias Opolony entworfene LOGO soll auf allen MOKIMO-Anhängern der Betreuungszentren angebracht werden.

Mitte: Blick in die Kinderstube.

unten: Der Ideengeber und die Kinderbetreuerin Silke Rudiger mit zwei Nutznießern der „Erfindung“.

## GKS-KREISE BAD NEUENHR-AHRWEILER UND KÖLN-WAHN:

### Auf den Spuren der Römer und des Weines

Zur gemeinsamen Veranstaltung der GKS-Kreise Bad Neuenahr-Ahrweiler und Köln-Wahn trafen sich die Mitglieder mit ihren Familien am Museum der Römervilla in Ahrweiler. Der Vorsitzende der GKS Bad Neuenahr, Michael Wilke, hatte zu einem Nachmittag auf den Spuren der Römer und des Weines geladen. Im Museum der Römervilla staunten nicht nur die Kinder über die großzügige Anlage mit über 700 qm Wohnfläche. Schon vor 2000 Jahren verfügten die Besitzer über Fußbodenheizung, Frischwasserzufuhr, Bäder und Toiletten (*Foto o.r.*).

Über den Rotweinwanderweg durch die Weinberge entlang der Ahr wurde der Silberberg bei sommerlichen Temperaturen erklommen und am Weltjugendtagskreuz eine Rast eingelegt. Von hier hat man eine weite Sicht über die Stadt und das untere Ahrtal (*Foto unten*). Gleich nebenan liegt das Eingangsportal des Silberbergtunnels und zeigt heute den Wanderern, wie die Bevölkerung Ahrweilers in den Kriegsjahren 1944/45 im Tunnel wohnte und sich so vor Bombenangriffen schützen konnte.

Weiter auf dem Rotweinwanderweg liegt die Winzerkapelle St. Urban. Der heilige Urban war Bischof von Rom und gilt als der Schutzpatron der Weinberge und der Winzer. Nach dem Lied „Der Himmel geht über allen auf“ wurde im Gebet die Sorge um Gottes Schöpfung angesprochen: Mögen wir jetzt planen und tun, was der Erde das Leben erhält und dass unsere Kinder und Kindeskinde das Leben finden im Einklang mit allen Geschöpfen. Der Weg führte die Gruppe durch die Weinberge zur Altstadt von Ahrweiler zurück, wo ein erlebnisreicher Nachmittag endete. (*Text u. Fotos: Michael Wilke*)



## GKS-KREIS KÖLN-WAHN:

### Pax Bank unterstützt GKS

„Einen guten Lauf“ wünschte Martin Hebbinghaus dem Vorsitzenden des GKS-Kreises Köln-Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht, bei der am 4. August 2006 erfolgten Übergabe von Lauftrikots.

Hecht konnte bereits im Vorjahr ein kleines Team von drei Läufern, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, für den Köln-Marathon gewinnen. In diesem Jahr hat Albert Hecht es geschafft, eine Laufgruppe von fünf Mitgliedern zu motivieren. Mit einem straffen Trainingsplan bereiten sich die Vertreter des GKS-Kreises Köln-Wahn schon gezielt auf den am 8. Oktober stattfindenden Jubiläumsmarathon in Köln vor.

Der Leiter der Privatkundenberatung der Pax-Bank, Martin Hebbinghaus, hatte die mit Unterstützung der Bank finanzierten fünf Trikot-Sätze übergeben. – Die Pax-Bank ist eine Spezialbank für Kirche und Caritas, die ihre Zentrale in Köln hat.



„Es lässt sich gut vereinbaren, dass die Gemeinschaft Katholischer Soldaten durch eine katholische Bank unterstützt wird“, so Hebbinghaus und wünschte Hecht ein gutes Resultat beim 10. Köln-Marathon. (*Text u. Foto: Walter Fröhler*)



GKS-KREIS KÖLN:

## Wechsel an der Spitze des GKS-Kreises Köln



**F**runk Unglaube (2.v.l.), Oberleutnant im Personalamt der Bundeswehr, wurde am 11. Juni zum neuen Vorsitzenden des GKS-Kreises Köln gewählt. Der bisherige Vorsitzende Oberstleutnant Franz Meierhöfer (r.) gab diese Amt nach fast acht Jahren ab, weil er rechtzeitig vor seiner Zuruhesetzung diese Aufgabe in jüngere Hände übergeben wollte. Unglaube war auch schon früher wie Meierhöfer Ansprechpartner der GKS in Murnau.

Die Übergabe der Vorsitze erfolgte nach einem gemeinsamen Gottesdienst mit dem Standortpfarrer Köln Gregor Ottersbach (2.v.r.) und in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Paul Brochhagen (l.) im Rahmen des Pfarrfestes des Seelsorgebezirkes Köln.

(Text u. Foto: Gabriele Meierhöfer)

GKS-KREIS VEITSHÖCHHEIM:

## „Mit allen Sinnen glauben“

**A**uf ein harmonisches Familienwochenende vom 9. bis 11. Juni im „Haus St. Michael“ in Bad Königshofen blickt der GKS-Kreis Veitshöchheim zurück. Rund 30 Teilnehmern folgten auch dieses Mal der Einladung. Die Veranstaltung begann traditionsgemäß mit einem gemeinsamen Abendessen.



Nach einer kurzen Begrüßung durch den Rektor des Hauses, Pfarrer Heller, und einer Einführung in das Thema des Wochenendes traf man sich im Gemeinschaftsraum des Hauses zum gemütlichen Beisammensein.

Nach dem Morgenlob am Samstagvormittag stand das Thema: „Mit allen Sinnen glauben“ im Vordergrund. Auf eine anschauliche, experimentelle Art und Weise sensibilisierte Pfarrer Heller die Teilnehmer für das Thema. Auch gab er ungewohnte Denkanstöße, wie z.B.:

- Was nehmen wir bei der Eucharistiefeier eigentlich alles wahr?
- Setzen wir dabei wirklich alle unsere Sinne ein?
- Jesus sagt: „Ich bin das Licht der Welt“ (Joh 8,12). Wir können das Licht, seine Helligkeit und Wärme sehen und spüren. Wie ist es aber mit Jesus, dem Licht der Welt? Können wir mit allen Sinnen an ihn glauben?

Am Dreifaltigkeitssonntag fand in der Hauskapelle ein Gottesdienst statt, der an die Thematik des Vortages anknüpfte. Er stand unter dem Bibelwort: „Siehe, ich stehe vor der Tür und klopfe an; wenn jemand meine Stimme hört und die Tür öffnet, zu dem werde ich hineingehen“ (Offb 3,20). Geprägt wurde diese Eucharistiefeier dadurch, dass alle sie aktiv mitgestalteten, indem sie das Gelernte und Erfahrene des Vortages einbringen und so individuell vertiefen konnten. Zum Abschluss des Gottesdienstes erteilte Pfarrer Heller allen Teilnehmern einen besonderen Segen und forderte sie auf, Christus die Tür zu öffnen, damit Er Licht und Leben, Vergebung und Freude bringen könne. – Ein gemeinsames Mittagessen beendete das Familienwochenende.

(Raphael Sikorski)



GKS-KREIS DORNSTADT:

## Deutsches Unterstützungskommando Lourdes anlässlich der 48. Internationalen Soldatenwallfahrt

Zum vierten Mal in Folge seit 2003 hatten vom 8. bis 25. Mai 2006 Soldaten aus dem Verantwortungsbereich des Logistikregiments 47 aus Dornstadt den Auftrag, als „Deutsches Unterstützungskommando Lourdes“ in dem südfranzösischen Wallfahrtsort am Fuße der Pyrenäen den Aufbau, Betrieb und Abbau des dortigen Zeltlagers für die 48. Internationale Soldatenwallfahrt sicherzustellen. Der Führer des UKdo, Olt Stefan Nüßle, und sein Stellvertreter, StFw Markus Müller, sind beides GKS-Mitglieder im Kreis Dornstadt.

Personal und Material aus dem gesamten Logistikregiment, aus den Standorten Ulm und Mengen sowie von Seiten des KMBA mussten zusammengeführt und in zwei Tagesmärschen über Chalon-sur-Saone nach Lourdes verlegt werden. Dort angekommen hatten die Soldaten alle Hände voll zu tun, die Organisation (Transfer der Pilger/Gepäck vom Flugplatz/Bahnhof zu den Unterkünften etc.), das Zeltlager und die internationale Begegnungsstätte so aufzubauen und zu betreiben, dass die Wallfahrerinnen und Wallfahrer, welche am 18. Mai mit vier Sonderzügen (Berlin, Münster, Regensburg und Rosenheim) in Lourdes eintrafen, keinen Grund zur Klage hatten.

Zeitgleich stellten die Soldaten des Unterstützungskommandos, neben den bereits erwähnten originären Aufgaben, die Durchführung zahlreicher Zusatzaufträge sicher, was sowohl zu einer Entlastung der Pilger als auch zu einem reibungslosen Gelingen der Wallfahrt beigetragen hat.

Für die seelsorgliche Versorgung der Soldaten des UKdo stand der Standortpfarrer Munster/Bergen, Militärpfarrer Rainer Stahlhacke, zur Verfügung, der als Lagerpfarrer auch die Pilger und Pilgerinnen im Zeltlager betreute.

### Dank des KMBA für die Unterstützung

Der Gesamtverantwortliche der Katholischen Militärseelsorge für den deutschen Anteil der Internationalen Lourdes-Wallfahrt, Militärdekan Johann Meyer, besuchte am 22. Juni das Logistikregiment 47 in Dornstadt, um dem Regimentskommandeur Oberst Reinhard Neubauer und allen am UStkdo beteiligten Soldaten den Dank des Militärbischofs und der Kurie des Militärbischofs zu übermitteln.

Militärdekan Meyer leitet seit Anfang des Jahres im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin das Referat IV „Seelsorge“. Er ist der Nachfolger von Militärdekan Msgr. Georg Kestel, der zum 1. April in das Amt des Generalvikars im Erzbistum Bamberg berufen wurde.

Ferner informierte sich der MD Meyer in seiner Eigenschaft als Geistlicher Beirat des Bundesvorstandes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten beim GKS-Kreis Dornstadt über die Arbeit auf Standortebene, welche, so MD Meyer, einen unverzichtbaren und somit überaus wichtigen Stellenwert in diesem katholischen Soldatenverband darstellt.

Im Gespräch und mit Hilfe von Fotos informierten die Mitgliedern des GKS-Kreises Dornstadt den Geistlichen Beirat über die Aktivitäten der vergangenen Monate sowie die weiterhin geplanten Projekte (Foto r.). (Stefan Nüßle)



Gruppenfoto mit Militärpfarrer Rainer Stahlhacke  
anlässlich eines Gottesdienstes auf dem Pic du Jer



Soldaten des dt. UStkdo als Ehrenposten  
vor der gesegneten Flamme im hl. Bezirk



STANDORT ULM/DORNSTADT:

## Bischof Fürst feiert Weltfriedenstag mit Soldaten der Standorte Ulm und Dornstadt

50 Jahre Katholische Militärseelsorge – GKS stellt sich auf dem Weltfriedenstag in Ulm vor



Dr. Gebhardt Fürst, Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart wird vom Vorsitzenden des GKS-Kreises Dornstadt über die Arbeit der GKS informiert.

Anlässlich des Weltfriedenstages und des Jubiläums 50 Jahre Katholische Militärseelsorge feierte der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, am 21. Juni in der Kirche Sankt Michael zu den Wengen mit den in der Region stationierten Soldaten ein Pontifikalamt. Im Anschluss daran fand ein Empfang auf dem Vorplatz des Gotteshauses statt, bei welchem die GKS-Kreise Dornstadt und Ulm ihren Verband, sein Profil, die inhaltliche Arbeit und die Aktivitäten, primär die auf der Kreisebene, den interessierten Besuchern vorstellten.

Untermauert mit Fotos der zurückliegenden Ereignisse und mit Hilfe von Positionspapieren, Flyern, Erklärungen sowie diversen Ausgaben der Zeitschrift AUFTRAG und mit personeller Unterstützung durch den Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, sowie den Vorsitzenden der GKS im Bereich Baden-Württemberg, Hauptmann Jürgen Hendricks (zugleich auch Vorsitzender GKS-Kreis Ulm), brachten die Mitglieder und Mitarbeiter der GKS-Kreise so den militärischen und zivilen Gästen die Gemeinschaft Katholischer Soldaten mit ihren Gebeten, Leitsätzen, Schwerpunkten, Zielen und Veranstaltungen näher. (Stefan Nüßle)

### GKS-KREIS MÜNCHEN:

#### Erster GKS-Kreis mit Soldatin als Vorsitzende

Mit OFVet Dr. Sabine Sauer wurde erstmals ein weiblicher aktiver katholischer Soldat an die Spitze eines GKS-Kreises in Bayern, und zwar des Kreises München, gewählt. Am 25. Juli hatte der amtierende Vorsitzende StFw Norbert Rödl zur Hauptversammlung in die Dienststelle des kath. StO-Pfarrers in München eingeladen.

Nach der Begrüßung und einem geistlichen Wort, gesprochen von Militärdekan Grötzner als geistlicher Beirat,

ließ StFw Norbert Rödl in seinem Rechenschaftsbericht die Aktivitäten und Ereignisse seit der Reaktivierung des GKS-Kreises München im Januar 2004 Revue passieren.



Zum Schluss seiner Ausführungen dankte er den Anwesenden für die Unterstützung während seiner Tätigkeit als Vorsitzender. Gleichzeitig kündigte er an, dass er aufgrund seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst mit Erreichen der besonderen Altersgrenze seines Dienstgrades zum 30. November 2006 nicht mehr für den Posten des 1. Vorsitzenden zur Verfügung stehe.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde OFVet Dr. Sabine Sauer zur 1. Vorsitzenden, OStFw Reinhard Kießner zu ihrem Stellvertreter, sowie StFw Norbert Rödl zum Beisitzer gewählt. Die Wahl wurde von allen Kandidaten angenommen. Der Leiter des Wahlausschusses, OTL Merz, bedankte sich für den reibungslosen Wahlablauf und übergab das Wort an die neu gewählte Vorsitzende.

Zum Abschluss gab die neue Vorsitzende einen Ausblick auf bereits fest terminierte Aktivitäten des GKS-Kreises München im Jahr 2007. Bevor sie die Hauptversammlung offiziell beendete, bedankte sie sich bei ihrem Vorgänger im Amt für dessen grosses Engagement in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren. Sie hob hervor, dass sie den Vorsitz nur übernehmen konnte, weil StFw Rödl sie in seiner Funktion als Beisitzer auch künftig bei der Wahrnehmung aller anfallenden verwaltungstechnischen Arbeiten im GKS-Kreis München tatkräftig unterstützen werde. (Text: Waltraud Rödl, Bild: PIZ SanABw)



## Leitende Militärseelsorger der NATO-Staaten wählen deutschen Militärdekan Simon zum AAFCCCGeneralsekretär

**N**eunundzwanzig Leitende Luftwaffen-Militärseelsorger aus sechzehn NATO-Mitgliedsländern haben auf ihrer Jahresversammlung den katholischen deutschen Militärdekan Joachim Simon zum Generalsekretär des „Allied Air Forces Chaplains Consultative Committee“ (AAFCCC) gewählt. Die Jahresversammlung mit der Neuwahl des Generalsekretärs fand auf Einladung Norwegens am 15. Juni 2006 in Longyearbyen auf der Insel Spitsbergen im nördlichen Polargebiet statt. Das AAFCCC wurde 1953 gegründet und vom Oberkommandierenden des NATO-Hauptquartiers in Europa (SACEUR) anerkannt. Es ist somit das älteste Militärseelsorge-Beratungsgremium auf NATO-Ebene. Ihm gehören jüdische Rabbis und christliche Militärggeistliche verschiedener Konfessionen an, die in leitender Position eine besondere Zuordnung zur Luftwaffe ihres jeweiligen NATO-Mitgliedslandes wahrzunehmen haben. Bei den Zusammenkünften des Gremiums in wechselnden Gastgeber-Ländern werden Fragen der multinationalen und überkonfessionellen Zu-



sammenarbeit für den Dienst der Militärseelsorge in den NATO-Mitgliedsländern erörtert. In den letzten Jahren rückten neue Aspekte der seelsorgerischen Begleitung von Auslandseinsätzen in den Vordergrund.

Bei der Versammlung im norwegischen Longyearbyen wurde die Arktis als Objekt unterschiedlicher politischer Interessenwahrnehmung mit zunehmender Bedeutung vorgestellt. Darüber hinaus diskutierten die versammelten Militärseelsorger die Herausforderungen einer zunehmend säkularen Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen für die Seelsorge in den Streitkräften einiger

Mitgliedsländer.

Der neue Generalsekretär Joachim Simon ist Referatsleiter für internationale und weltkirchliche Fragen im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin und Vertreter dieses Amtes beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam. Der 46-jährige Militärdekan folgt im Amt als Generalsekretär des AAFCCC dem Belgier Marc Lateur. (KMBA 19. Juni 2006)

## Der italienische Militärbischof Angelo Bagnasco wird Erzbischof von Genua

**P**apst Benedikt XVI. hat den bisherigen italienischen Militärbischof Angelo Bagnasco zum neuen Erzbischof von Genua ernannt. Diese Entscheidung wurde am 29. August im Vatikan bekannt gegeben.

Der 1943 in Pontevico bei Brescia geborene Bischof tritt das Erbe von Kardinal Tarcisio Bertone an, den der Heilige Vater am 22. Juni zum Nachfolger von Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano bestellt hatte.

Msr. Angelo Bagnasco wurde im Jahr 1998 Bischof der Diözese Pesaro, die zwei Jahre später in den Rang einer Erzdiözese erhoben wurde. Vor drei Jahren wurde er dann vom damaligen Papst Johannes Paul II. zum italienischen Militärbischof ernannt. (ZENIT.org)

## Missionswissenschaftler Bertsch gestorben

**L**udwig Bertsch, Jesuit und Missionswissenschaftler, ist am 28. August im Alter von 77 Jahren in Köln gestorben. Das wurde am Mittwoch in Aachen bekannt. Der in Frankfurt geborene Ordensmann war von 1989 bis 1996 Direktor des Missionswissenschaftlichen Instituts (MWI) in Aachen. Seit 1961 lehrte er Liturgiewissenschaft und später auch Pastoraltheologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Jesuiten in Sankt Georgen/Frankfurt, seit 1966 als Professor. 1967 wurde er Rektor der Jesuitenkommunität von Sankt Georgen, 1973 Regens des Priesterseminars. Von 1982 bis 1988 war er Rektor der Hochschule. Zuletzt lebte er in der Jesuitenkommunität in Köln.

Bertsch trat 1951 in den Jesuitenorden ein und wurde 1956 zum Priester geweiht. Zwischen 1971 und 1975 war er maßgeblich an der Würzburger Synode der katholischen Bistümer in Deutschland beteiligt. Der Ordensmann, der auch dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) angehörte, befasste sich über Jahrzehnte mit der afrikanischen Kultur und Theologie und tat sich besonders als Förderer und Kenner afrikanischer Kunst hervor. So leitete er die Kunstkommission des internationalen katholischen Missionswerks missio in Aachen und organisierte zahlreiche Ausstellungen.

Enge Kontakte hielt Bertsch insbes. mit der katholischen Kirche im Kongo, etwa als Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz im Verwaltungsrat der Katholischen Fakultäten von Kinshasa (FCK). Zuletzt machte er sich zum Fürsprecher der neu gegründeten Universität „Notre-Dame du Kasayi“ im kongolesischen Kananga. (KNA)

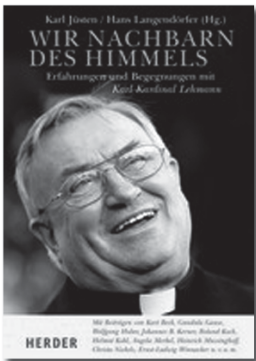
### GEFUNDEN:

### Zusammenarbeit

**D**ie ökumenische Gestaltung von Gottesdiensten bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist nach den Worten des evangelischen Militärbischofs Peter Krug „eingeschränkt“ möglich. Die Regelungen des katholischen Militärbischofs Walter Mixa von 2004/05 hätten nicht zu einer massiven Einschränkung der Zusammenarbeit geführt, erklärte Krug in seinem Bericht für die 51. Gesamtkonferenz Evangelischer Militärggeistlicher, die Anfang Mai in Karlsruhe stattfand. Beim Auslandseinsatz komme einer guten Zusammenarbeit von evangelischer und katholischer Militärseelsorge eine entscheidende Bedeutung zu, so Krug. Das Spektrum reiche „von rein pragmatischer bis hin zu enger Kooperation“. (KNA)



## Glaubenszeugnis



**Karl Jüsten, Hans Langendörfer:** „Wir Nachbarn des Himmels. Erfahrungen und Begegnungen mit Karl Kardinal Lehmann“. Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2006, geb., 191 Seiten.

Am 16. Mai 2006 feierte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, seinen 70. Geburtstag. Zu diesem Anlass gaben der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn, Pater Dr. Hans Langendörfer SJ, und der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Dr. Karl Jüsten SJ, einen Sammelband mit dem Titel „Wir Nachbarn des Himmels. Erfahrungen und Begegnungen mit Karl Kardinal Lehmann“ heraus. In dieser Publikation geht es im weiteren Sinne um den christlichen Glauben und wie einzelne Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hierzu stehen. Gemeinsam ist allen Verfassern, dass sie in einer Verbindung zu Kardinal Lehmann stehen und ihr publizistischer Beitrag als Gratulation an ihn zu verstehen ist.

Die einzelnen Artikel sind verschiedenen Themengruppen zugeordnet, die jedoch keinen Anspruch auf eine Systematik erheben. Diese lauten: „Entdeckungen des Glaubens“, „Ein Lebensweg im Glauben“, „Begegnungen, die bewegen“, „Im Einsatz für die Welt der Zukunft“, „Gegenwart des Glaubens“, und „In Gemeinschaft Glauben“. Die Beiträge sind weitgehend in einem Essay-Stil gehalten, gut lesbar und für ein breites Publikum geeignet.

Bei der Auswahl der Autoren ist das Bemühen erkennbar, Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen darzubieten. Dabei scheint auch von Bedeutung zu sein, dass die jeweiligen Autoren im politischen, kirchlichen, wissenschaftlichen oder journalistischen Bereich eine gewisse Bekanntheit besitzen.

Wie auch in anderen Lebensfeldern vermischen sich vielfach das Berufliche mit dem Privaten, ist das Amt des Vorsitzenden der DBK mitunter nicht von dem Menschen zu trennen, der es ausfüllt. So verschwimmen Grenzen zwischen kirchlichen und öffentlichen Aufgaben einerseits sowie freundschaftlichen und gefühlsmäßigen Wahrnehmungen andererseits. Da ist etwa der sehr persönlich gefasste Beitrag von Agathe Hitzel, der langjährigen Sekretärin des Bischofs. Sie gibt Einblick in die Persönlichkeit Lehmanns und in seinen Arbeitsalltag; oder der Beitrag von Max-Eugen Kemper, mit dem Lehmann seit gemeinsamen römischen Studienjahren im Collegium Germanicum et Hungaricum freundschaftliche Kontakte verbindet. In beiden Beiträgen erfährt der Leser etwas über die Persönlichkeit

Lehmanns, die hinter dem Amt des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz steht – Einblicke, die sich nicht auf ein- oder mehrmalige Begegnungen beschränken, sondern sich über Jahre entwickelt und gefestigt haben. Der Brief von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl an Kardinal Lehmann, der in diesem Sammelband abgedruckt ist, ergänzt diese eher persönlichen Wahrnehmungen.

Positiv hervor zu heben ist, dass die meisten Autoren versuchen, in ihren Texten einen persönlichen Bezug zu Kardinal Lehmann herzustellen, auch wenn sie nicht über jene reiche Erfahrung verfügen wie Agathe Hitzel oder Max-Eugen Kemper. Besonders überzeugend wirken Texte, die über den eigenen, gelebten Glauben sprechen, wie etwa bei Johannes B. Kerner. Da ist ein Ringen um den christlichen Glauben spürbar, eine Auseinandersetzung auch mit der eigenen Lebensgeschichte – und eben dies wirkt überzeugend auf den Leser. Eher unpersönlich gehaltene Beiträge wie jener des Aachener Bischofs Heinrich Mussinghoff entwickeln trotzdem eine gewisse Aufmerksamkeit, weil sie mit den Ausführungen zu Yad Vashem für die Öffentlichkeit interessante Themen ansprechen.

Bei der Besprechung eines Sammelbandes ist es im Prinzip ausgeschlossen, jeden einzelnen Text zu erörtern. Allgemein fällt auf, dass etwa Politiker aus den Reihen der FDP oder der PDS fehlen, was wohl mit den eher kritischen Positionen dieser Parteien gegenüber den Kirchen zusammenhängt. Eine ökumenische Sichtweise, wie sie auch dem wissenschaftlichen Werk Lehmanns entspricht, kommt in der Publikation zum Tragen. Ein Autor aus dem jüdischen Umfeld hätte vielleicht noch eine Bereicherung dargestellt. Insgesamt gesehen liegt jedoch ein lesenswerter und eindrucksvoller Sammelband vor, der Zeugnis ablegt über den christlichen Glauben, über die Persönlichkeit von Kardinal Lehmann und über das gesellschaftspolitische Wirken des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz.

(Andreas M. Rauch)

## Evolution und Glaube



**Peter Blank:** „Alles Zufall? Naive Fragen zur Evolution“. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2006, kart., 128 Seiten.

Gibt es einen Widerspruch zwischen naturwissenschaftlicher Erkenntnis und einem Schöpfungsglauben?

Schließen beide sich gegenseitig aus? Der Autor – Peter Blank, Jg. 1939, Jurist, promovierter Theologe und Priester mit Erfahrung als Religionslehrer und Studenten-seelsorger – stellt als naturwissenschaftlicher Laie auf unterhaltsame Weise naive

Fragen an die Evolutionstheorie. In acht Kapiteln zeigt er, wie unhaltbar die These ist, dass alles Leben zufällig entstanden ist. Ohne gesicherten Erkenntnissen zu widersprechen, plädiert Blank für mehr kritische Gelassenheit gegenüber dem weitverbreiteten Absolutheitsanspruch der Naturwissenschaft. Gegenüber dem materialistischen Glauben an die totale Von-Selbst-Organisation eines Zufall-Kosmos, erweist sich der Glaube an „die Notwendigkeit eines aller Materie vorausgehenden Gedankens, einer schöpferischen Erst-Ursache für Dasein und Sosein des Kosmos, des Menschen und der Evolution als vernünftig und verantwortlich“. Von den zahlreichen, an einen Schöpfergott glaubenden Naturwissenschaftlern, sei hier der Biologe und Nobelpreisträger Jakob von Uexküll zitiert: „Wer Plan, Ziel und Zweck der Natur bejaht, der bejaht ... damit unausweichlich Schöpfung und damit eben letztlich auch das Dasein eines Schöpfers: Gott“. (PS)

## Gesellschaft

**Christina Klein:** „Das Betreuungslexikon“. Verlag interna 2006, kart., 72 Seiten.

Was tun bei Entmündigung, Vormundschaft und Pflegefall? – Als 1992 das Betreuungsgesetz (BtG) eingeführt wurde, verschwanden die



Begriffe Entmündigung, Vormundschaft und Pflegschaft aus dem offiziellen Sprachgebrauch. Waren Volljährige betroffen, galt fortan „Betreuung“ als Sammelbegriff für das unerfreuliche Schicksal.

Unter Betreuung versteht man den staatlichen Beistand in Form von rechtlicher Fürsorge und nicht tatsächlicher Hilfe. Gerichtlich eingesetzte Betreuer kümmern sich ehrenamtlich um die Belange von Menschen, die diese nicht mehr selbst wahrnehmen können. Das Tätigkeitsspektrum des Betreuers reicht von der Organisation des täglichen Lebens über die Entscheidung in gesundheitlichen oder pflegerischen Dingen bis zur Vermögensverwaltung und rechtlichen Vertretung der betreuten Personen. Durch die Betreuung soll so wenig, wie möglich in das Selbstbestimmungsrecht des Betroffenen eingegriffen werden. Fachleute empfehlen zu Zeiten, in denen man geistig klar und noch gesund ist, Vorsorge für den Fall der Betreuungsbedürftigkeit zu treffen. Insoweit, wie der Betroffene selbst vorgesorgt hat, ist dann später die Anordnung einer Betreuung eventuell nicht erforderlich. Andererseits kann davon ausgegangen werden, dass dann im eigenen Sinne entschieden wird. Praktisch geht es dabei um die Vorsorgevollmacht, die Betreuungsverfügung und die Patientenverfügung.

Mit der Vorsorgevollmacht bevollmächtigt man eine Person, im Namen des

Vollmachtgebers Erklärungen abzugeben, zu denen diese infolge z.B. altersbedingten Verlustes der Geschäftsfähigkeit selbst nicht mehr in der Lage ist. Bei der **Betreuungsverfügung** hingegen geht es um konkrete Regelungen insbesondere im Hinblick auf die Lebensgestaltung und Unterbringung. Auch kann darin bestimmt werden, wer als Betreuer bestellt werden soll. Wer für Situationen vorsorgen möchte, in denen Andere über medizinische Maßnahmen die eigene Person betreffend entscheiden (müssen), sollte eine **Patientenverfügung** aufsetzen. Darin kann beispielsweise bestimmt werden, welche Behandlungen durchgeführt werden oder unterbleiben sollen. So kann man mit einer Patientenverfügung beispielsweise lebenserhaltende Maßnahmen im Falle eines irreversiblen Komas ausschließen.

Wer sich mit diesen wichtigen Themen befassen möchte, findet im „Betreuungslexikon“ aus dem Verlag interna einen kompakten Ratgeber. Er erklärt leicht verständlich alle relevanten Begriffe zum Thema „Betreuung“, von A wie „aktive Sterbehilfe“ bis Z wie „Zwangsgeld“. Das Werk leitet Betreuer wie Betreute, aber auch deren Angehörige durch alle Phasen ihrer Vorbereitung. Informationssammlung und Planung mit dem Ziel, das Wohl des Betreuten zu wahren und ihm ein so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. (PS)

### 50 Jahre Bundesmarine

**Günter Thye: „50 Jahre Marinegeschichte an der Flensburger Förde 1956-2006“. 400 Seiten, über 300 s/w-Abb., im Selbstverlag 2006.**

In diesem Jahr wird mit zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen daran erinnert, dass die Marine der Bundesrepublik Deutschland bereits seit 50 Jahren im Dienst ist.

In den heutigen Medienberichten stehen meist die Einsätze und Auslandsausbildungsreisen im Vordergrund. Welch weiter Weg von den bescheidenen Anfängen mit Kriegsfischkuttern, BYMSEN und anderen „Dergln“ bis zu den modernen Fregatten der SACHSEN-Klasse oder den außenluft-unabhängigen U-Booten der Klasse 212A, vor allem jedoch welche zähe Ausbildungs- und Planungsarbeit zahlloser Marineangehöriger dies erst ermöglichte, kommt meist zu kurz.

Zu speziell ist das Thema, das fernab der Marinestandorte in unserem traditionell kontinental geprägten Lande kaum Interessenten findet. Dies ist kein neues Phänomen: seit das rohstoffarme Deutschland zum Industriestaat wurde, leben die meisten seiner Bewohner unbewusst vom ungestörten Warenfluss über die Weltmeere. Maritimes Gedankengut ist den meisten unserer Landsleute fremd; welche Chancen in den maritimen Möglichkeiten und Fähigkeiten der Bundeswehr liegen, ist sogar vielen politisch Verantwortlichen unbekannt.

Gerade im Marinejubiläumsjahr 2006 sollten jedoch zumindest bei all denen, die irgendwann einmal in ihrem Leben das blaue

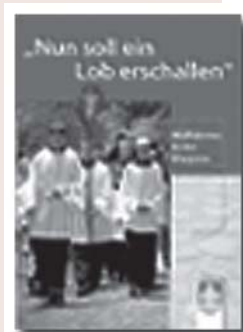
### Wallfahrtsorte in der Diaspora

**Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken (Hrsg.): „Nun soll ein Lob erschallen“ Wallfahrtsorte in der Diaspora; Paderborn 2006, 200 Seiten.**

Um die Wallfahrtsorte in den deutschen Diaspora-Regionen (neu) bekannt zu machen, hat das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken ein 200 Seiten starkes Werk mit dem Titel „NUN SOLL EIN LOB ERSCHALLEN“ veröffentlicht. Der Führer kostet 6 Euro zusätzlich Porto und ist unter eMail erhältlich: [bestellungen@bonifatiuswerk.de](mailto:bestellungen@bonifatiuswerk.de)

Das bebilderte Buch stellt 63 Wallfahrtsorte vor: von Solnhofen im Bistum Eichstätt bis Ratzeburg im Erzbistum Hamburg, von Hornbach im Bistum Speyer bis Sellin auf Rügen im Erzbistum Berlin. Pilger erhalten Informationen über das jeweilige Gnadenbild und die Geschichte der Wallfahrtsstätte. Gebete und Lieder, Adressen zur Kontaktaufnahme sowie praktische Hinweise zur Anreise und zu Gaststätten und Unterkünften ergänzen das Werk.

Im Vorwort erklärt der Berliner Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky das Wesen der Wallfahrt. Sie stelle eine Unterbrechung des Jahreskreises dar und diene als Orientierung hin zu den Quellen des Lebens. „Wallfahrten sind keine touristischen Events mit Führungen und fachlichen Erläuterungen, vielmehr sind sie Pilgerreisen. Nicht der Genuss der Natur – wie beim Ausflug ins Grüne – steht im Mittelpunkt, sondern das Beten und Singen, das Bitten und Danken.“ Auch in der Diaspora, wo Katholiken in der Minderheit leben, seien Orte des Gebetes und der Wallfahrt entstanden, die die Gläubige dazu einluden, der Gottesmutter Maria und ihrem liebenden Sohn zu begegnen, inne zu halten und Kraft für ein Leben aus dem Glauben zu schöpfen. (ZENIT.org)



Tuch getragen und an Bord grauer Boote Salzwasser geschmeckt haben, mehr oder weniger lange zurück liegende Erinnerungen wach werden. Inzwischen sind die Seeleute der ersten Stunde zu Zeitzeugen geworden, die von den bescheidenen Anfängen berichten. Meist sind es Historiker oder professionelle Autoren und Journalisten, die sich mühselig anhand von Akten, Fotos und Erlebnisberichten durch die für sie fremde Materie durcharbeiten. Daher bleiben sie meist an der Oberfläche, beim Allgemeinen; Sicherheitspolitik oder Technik stehen im Vordergrund ihrer Betrachtung.

Umso verdienstvoller ist es daher, wenn auch einmal ein Mariner selbst zur Feder greift. Mit Oberstabsbootsmann a.D. Günter Thye hat ein Berufssoldat nach jahrelangem Quellenstudium mit der ihm eigenen Akribie und Liebe zum Detail, vor allem jedoch seiner Personenkenntnis die Geschichte des Marinestandortes Flensburg und des benachbarten Glücksburg nachgezeichnet. Immer wieder beleben auch kleine Geschichten und Döntjes das Werk.

Und in einem Sonderteil stellt Thye, der in seiner aktiven Dienstzeit in der katholischen „Kirche unter Soldaten“ stark engagiert war, die Militärseelsorge bei der Marine vor.

Inzwischen ist der frühere Marinestützpunkt in Mürwik Heimathafen ziviler Segelboote. Nur eine Inschrift am Eingang und der Baustil der Gebäude an der Pier erinnern an die über 100-jährige Nutzung durch die verschiedenen deutschen Marinen. Welche Einheiten hier einmal stationiert waren, wer die Kommandanten waren und welche Fahrten sie unternahmen, kön-

nen selbst altgefahrne Mariner kaum noch nachvollziehen.

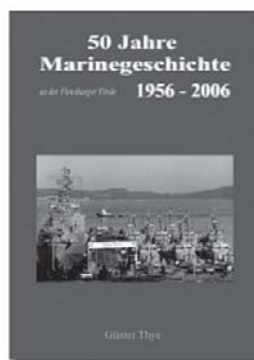
Bei den Landeinheiten wird es noch schwieriger. Zahlreiche Strukturveränderungen und Umgliederungen erschweren den Zugang zur Geschichte gerade dieses Marinestandortes. Marinefermmeldeschool, Flottenkommando und vor allem die traditionsreiche Marineschule Mürwik sind noch einigermaßen bekannt. Aber nur die Insider können etwas von anderen, längst aufgelösten

oder eher abseits der Öffentlichkeit tätigen Dienststellen berichten.

Sicherlich werden weitere Zeitzeugen mit Berichtigungs- und Ergänzungsvorschlägen, vor allem aber das Interesse der ab 1956 in Flensburg ein- oder mehrmals stationierten Marineangehörigen eine weitere Auflage dieses im Selbstverlag erschienenen Buches erzwingen. Günter Thye aber gebührt das Verdienst, mit seinem Buch erstmals in diesem Umfang alle diese Facetten unseres Marinestandortes Flensburg/Glücksburg erfasst zu haben.

Möge sein Buch möglichst vielen ehemaligen und aktiven Marineangehörigen, aber auch anderen Geschichtsinteressierten als Nachschlagewerk dienen.

(FK Werner Hupfeld, PIZ Marine, Glücksburg)



**Bezugsmöglichkeit über: Günter Thye, Uranusweg 80, 24943 Flensburg, Tel. 0461 64827, Fax 0461 6740718, E-Mail: H.G.Thye@t-online.de Stückpreis: EUR 25,50 plus EUR 3,50 Versandkosten. Umgehende Lieferung nach Eingang der Zahlung bei der VR Bank Flensburg-Schleswig, Konto 00006 720080, BLZ 216 617 19.**

# Nachlese zum „Tag der Kirche unter Soldaten“ beim Katholikentag 2006 in Saarbrücken

**D**er Katholikentag 2006 war im letzten AUFTRAG etwas stiefmütterlich weggekommen. Hier als Nachtrag noch ein paar fotografische Eindrücke, die Friedrich Brockmeier am 25. Mai, dem Tag der Militärseelsorge, gewonnen hat.

- (1): Militärbischof Dr. Walter Mixa besucht den Stand der GKS in der Kongresshalle und wird vom Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Paul Brochhagen begrüßt.
- (2): Auf dem Stand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn) war es möglich, mit einiger Anstrengung dem Himmel näher zu kommen; sogar ein Kameramann konnte der Versuchung nicht widerstehen, Bilder aus luftiger Höhe vom Katholikentagstreiben

einzufangen.

- (3): Hoher römischer Besuch auf dem Stand der GKS: Bischof Dr. Josef Clemens, Sekretär des Päpstlichen Rates für die Laien, erhält vom Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, Informationen über den katholischen Soldatenverband.
- (4): Auf dem Stand der KAS: Militärbischof Walter Mixa und der Vorsitzenden der KAS Rainer Krotz im Gespräch mit jungen Besucherinnen.

- (5): Nach dem Podiumsgespräch diskutieren die Teilnehmer weiter; v.l.: Matthias Wirth, Vorsitzender der aktion kaserne (ak), der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe, Militärbischof Walter Mixa und der Vorsitzende der Zentralen Versammlung (ZV) Oberst Richard Schmitt.

- (6): „Unter deinem Schutz und Schirm“. Militärbischof Mixa erhält kurz vor dem Pontifikalat von Mitarbeitern der Kurie letzte Informationen zur Beteiligung der Soldaten am Katholikentag.

- (7): Internationaler Soldatengottesdienst am „Tag der Militärseelsorge“; l. von Militärbischof Walter Mixa der ungarische Militärbischof Dr. Tomás Szabó, r. Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, l. außen der Katholische Leitende Militärdekan Köln-Wahn, Militärdekan Rainer Schnettker.

- (8): „Europäische Armee oder zivile Friedensdienste aufbauen?“, Thema einer Podiumsdiskussion von Pax Christi international. In kontroverser, aber fairer Gesprächsrunde legten ihre Meinung dar (im Bild v.l.): Generalleutnant Karl-Heinz Lather, Heidelberg, Dr. Reinhard Voß, Generalsekretär der deutschen Sektion von pax christi, Moderator Etienne de Jonghe von pax christi international.

- (9): Oberst Dr. Wilfried Heinemann, Pressesprecher der GKS, im Gespräch mit Josef König (l.), Geschäftsführer der aktion kaserne, und dem Vorsitzende der aktion kaserne Matthias Wirth.

## Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

### Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

### Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

### Heinemann, Dr. Winfried

Oberst, Referatsleiter im Militärhistorischen Forschungsamt der Bundeswehr Potsdam; Mitglied im Bundesvorstand und Pressesprecher der GKS.

### Hochholzer, Martin

Dipl. theol.; Referent in der Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen in Fulda.

### Jacob, Ludwig

Oberst a.D., freier Mitarbeiter am Institut für Theologie und Frieden, Hamburg; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

### Justenhoven, Dr. Heinz-Gerhard

Leiter des Instituts für Theologie und Frieden, Hamburg; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

### Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/Saudi-Arabien.

### Liebetanz, Klaus

Major a.D., Verden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

### Nüßle, Stefan

Oberleutnant und Vorsitzender des GKS-Kreises Dornstadt.

### Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Prof. eh. mit Lehrauftrag an der Universität Bonn.

### Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

### Schick, Prof. Dr. Ludwig

Erzbischof von Bamberg; als Mitglied der Pastoralkommission der DBK Beauftragter für die Männerseelsorge in den deutschen Diözesen.

### Schnarrer, Prof. Dr. phil. et Dr. theol. Johannes Michael

freier Wissenschaftler, Wien, E-Mail: jmschnarrer@hotmail.com

### Schumacher, Dr. Rolf

Leiter der Arbeitsgruppe Poitik und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK. Beitrag aus: SALZkörner, 12. Jg. Nr. 3, 30. Juni 2006, S. 9f.; Hrsg. ZdK, Bonn.

## Foto-/Grafiknachweis:

Archiv (2), F. Brockmeier (15), BPA (2), Bundeswehr (8), W. Fröhler (1), M. Hochholzer (1), Internet (2), KMBA (5), K. Liebetanz (1), G. Meierhofer (1), S. Nüßle (4), PS (6), P. Roth (3), R. Sikorski (1), L. Strauß (1), Verlage (5), M. Wilke (2)





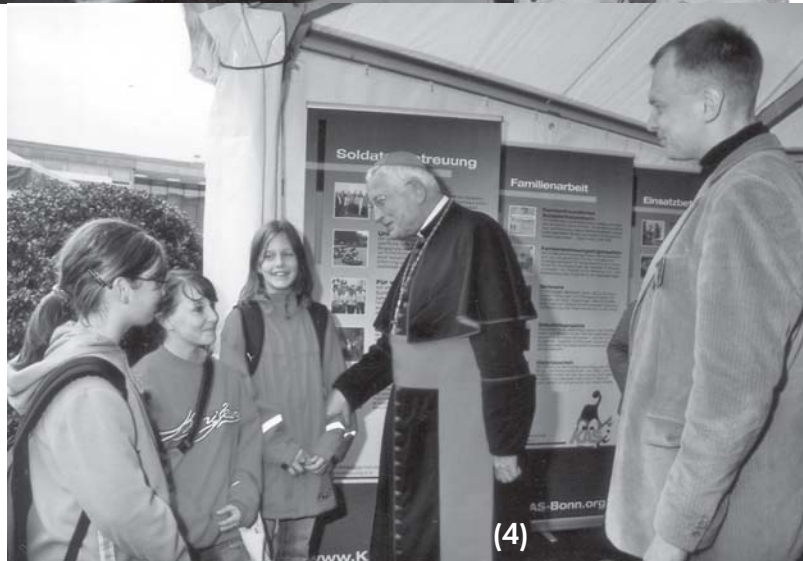
(1)



(2)



(3)



(4)



(5)



(6)



(7)



(8)



(9)



### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,  
10117 Berlin  
[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur e.h.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG  
c/o Paul Schulz, Postfach 27 06  
21317 Lüneburg, Tel/Fax: 04131-220768,  
e-Mail: [GKS.Redaktion@t-online.de](mailto:GKS.Redaktion@t-online.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,  
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.  
Überweisungen und Spenden an:  
Förderkreis der GKS (FGKS e.V.),  
Pax Bank eG Aachen,  
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.